

21. Sitzung

am Montag, dem 14. Juli 1980

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1413	Abg. v. Schönfeldt, Berichterstatter	1419
Bericht des parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 vom 6. Juli 1980 (Drucksache 10/261)		Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	1423
D a z u		Abg. Klein (CDU)	1423
Vorlage des Analysepapiers des bremischen Polizeipräsidenten		Abg. Lahmann (FDP)	1427
Antrag (EntschlieÙung) des Abgeordneten Dinné (BGL) vom 14. Juli 1980 (Drucksache 10/276)		Abg. Wedemeier (SPD)	1432
D a z u		Abg. Neumann (CDU)	1438
Anhörung der Tonbandprotokolle der nicht-öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 18. Juni 1980		Abg. Adamietz (BGL)	1446
Antrag (EntschlieÙung) der Gruppe der BGL vom 14. Juli 1980 (Drucksache 10/277)		Abg. Willers (BGL) zur Geschäftsordnung	1453
D a z u		Abg. Dinné (BGL) zur Geschäftsordnung	1453
Anderungsantrag der Fraktion der FDP vom 14. Juli 1980 (Drucksache 10/278)		Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	1454
Zwischenbericht zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980		Abg. Stichweh (SPD)	1461
Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der CDU vom 11. Juli 1980 (Drucksache 10/275)		Abg. v. Schönfeldt (FDP)	1465
Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung	1413	Abg. Richter (FDP)	1468
Abg. Stichweh, Berichterstatter	1414	Abg. Klein (CDU)	1470
		Abg. Dr. Monnerjahn (SPD)	1473
		Abg. Adamietz (BGL)	1476
		Abg. Borttscheller (CDU)	1480
		Abg. Ostendorff (FDP)	1481
		Abg. Wedemeier (SPD)	1483
		Abg. Neumann (CDU)	1483
		Senator für Inneres Fröhlich	1483
		Abg. Adamietz (BGL)	1486
		Abg. Lahmann (FDP)	1488
		Senator für Inneres Fröhlich	1489
		Abg. Wedemeier (SPD)	1489
		Abg. Neumann (CDU)	1491
		Abg. Dinné (BGL)	1492
		Abg. Heinrich Schumacher (CDU) zu einer Erklärung nach Paragraph 42 der Geschäftsordnung	1492
		Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung	1493
		Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung	1494
		Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung	1494
		Abstimmung	1494
		Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung	1494
		Abg. Dinné (BGL) zur Geschäftsordnung	1495
		Abg. Wedemeier (SPD) zur Geschäftsordnung	1495
		Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung	1495
		Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung	1495
		Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung	1496
		Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	1496

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Ehlers

Schriftführer Pötting

**Bürgermeister Koschnick (SPD), Präsident des Senats
und Senator für kirchliche Angelegenheiten**

Senator für Inneres Fröhlich (SPD)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.17 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 21. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Besucher und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse des Schulzentrums Bergiusstraße, eine Klasse der Gesamtschule Bremen-Ost.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in der Sitzung am vergangenen Mittwoch beschlossen, sich in der heutigen Sitzung ausschließlich mit dem Bericht des parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung der Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 zu befassen.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Zwischenbericht zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vom 11. Juli 1980, Drucksache 10/275.

(B)

Diese Drucksachen-Nummer ist auf der Ihnen zugestellten Vorlage noch nicht enthalten. Ich bitte Sie daher, diese nachzutragen.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Lage der deutschen Seeleute
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 10. Juli 1980 (Drucksache 10/271)
2. Deutsche Frage im Unterricht
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 11. Juli 1980 (Drucksache 10/274)

Die Großen Anfragen kommen auf die Tagesordnung der September-Sitzung.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Zur Geschäftsordnung? — Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL): Herr Präsident, angesichts der Tatsache, daß wir heute den 14. Juli im Jahr 1980 schreiben und wir eine Abgeordnete haben, die gerade die deutsch-französische Freundschaft in ihrer Person verkörpert, bitte ich doch, dieses Datum auch bei der Begrüßung zu würdigen.

(Beifall)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, ich vergesse keine Chance, wenn wir Gäste aus

Frankreich haben, auf dieses Ereignis besonders hinzuweisen, weil die parlamentarische Demokratie auch in unserem Land diesem Ereignis sehr viel verdankt.

(C)

(Beifall)

So wie vor vier Jahren auf das zweihundertjährige Bestehen der amerikanischen Verfassung hingewiesen wurde, werden wir nun Gelegenheit haben, uns in breiterem Maß mit diesem Ereignis zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Bericht des parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980

vom 6. Juli 1980

(Drucksache 10/261)

D a z u

Zwischenbericht zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 11. Juli 1980

(Drucksache 10/275)

(D)

Der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses aufgrund eines Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag) vom 21. Mai 1980 liegt den Abgeordneten mit Datum vom 6. Juli 1980 unter der Drucksachen-Nummer 10/261 im Wortlaut vor. Gleichfalls liegt Ihnen der Entschließungsantrag des Abgeordneten Neumann und Fraktion der CDU, Drucksache 10/275, vor.

Drucksache 10/275

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Zwischenbericht der Abgeordneten Klein, Bortscheller, Pflugradt und Bürger zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 zur Kenntnis.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir gemäß den Vorschriften unserer Geschäftsordnung verfahren, das heißt, zuerst einmal dem Berichterstatter und denjenigen, die für den Ausschluß den Bericht zu erstatten haben, das Wort zu erteilen, und daß wir dann in die Aussprache eintreten. Falls nichts anderes beschlossen wird, wird das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt. Falls eine andere Regelung gewünscht wird, müßte das Parlament dies beschließen.

(A) Ich gebe zunächst das Wort dem Abgeordneten Stichweh als Berichterstatter.

Abg. **Stichweh**, Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der parlamentarische Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980, kurz genannt „Untersuchungsausschuß 6. Mai“, hatte den Auftrag, zu ermitteln und der Bürgerschaft zu berichten über das Verhalten, die Entscheidungen und die Verantwortlichkeiten des Senats sowie der zuständigen nachgeordneten Behörden im Zusammenhang mit den Demonstrationen und gewaltsamen Ausschreitungen aus Anlaß des öffentlichen Gelöbnisses von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980, insbesondere Bericht zu erstatten über die Vorkehrungen der bremischen Sicherheitsbehörden zum Schutz der Veranstaltung im Rathaus und im Weserstadion, den Ablauf der gewalttätigen Ausschreitungen.

Die Bürgerschaft erwartete, daß der Untersuchungsausschuß bis zur Sitzung der Bürgerschaft im Juli 1980 möglichst den Abschlußbericht erstattet. Sollte das nicht möglich sein, sollte der Ausschuß seine Beratungen bis Mitte Oktober 1980 unterbrechen.

Der schriftliche Bericht ist der Bürgerschaft fristgerecht zugegangen. Der mündliche Bericht wird wie folgt erstattet:

(B) Zum Untersuchungskomplex „Vorkehrungen der Sicherheitsbehörden zum Schutz der Veranstaltung im Rathaus“ stellt der Ausschuß fest, daß die Vorbereitungen und der Ablauf der Feier im Rathaus nicht zu beanstanden sind. Die Veranstaltung verlief störungsfrei.

Die langfristige Planung der Polizei, der Senatskanzlei und der übrigen Dienststellen für die Veranstaltung im Weserstadion kann als sorgfältig und gewissenhaft bezeichnet werden. Diese Arbeit war die Grundlage dafür, daß das Gelöbnis und der Große Zapfenstreich im Weserstadion durchgeführt werden konnten.

Die sich aufgrund neuer Erkenntnisse verändernden Lagebeurteilungen führten dazu, daß der Kräfteinsatz durch die Polizei entsprechend schrittweise angepaßt werden konnte. Trotz der unerwartet einsetzenden brutalen Angriffe der gewalttätigen Störer konnte — wenn auch unter schweren Opfern — der Ablauf aller Veranstaltungen sichergestellt werden; dabei wird jedoch nicht verkannt, daß erhebliche Erschwernisse hingenommen werden mußten.

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß die vorgelegten Planungen eine solide Grundlage zur Durchführung der Veranstaltung boten. Kritisch beleuchtet der Ausschuß den Ablauf der Entscheidungsprozesse zur Genehmigung der KBW-Kundgebung mit Lautsprecher und Info-Stand am Peterswerder Tunnel.

Der Ausschuß stellt anheim zu überprüfen, ob die Zusammenarbeitspraxis im Polizeihaus nicht dahin-

gehend geändert werden sollte, daß — zum Beispiel bei Großveranstaltungen oder ähnlichem — der Leiter der Verwaltungspolizei an entscheidenden Sitzungen teilnimmt, um genauso gut über mögliche Vorkommnisse informiert zu sein wie die Beamten, die die Einsätze planen und leiten.

Für den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse ist die Entscheidung, an dem Ort, nördlich der Tennisplätze, die KBW-Aktivitäten nicht zu verbieten, unerheblich, da bislang kein Hinweis dafür vorliegt, daß die brutalen, gewaltsamen und unmittelbar geführten plötzlichen Angriffe gegen die Polizei anders abgelaufen wären, wenn Info-Stand und Lautsprecherwagen dort nicht gestanden hätten, da weiter aus Rechtsgründen ein Verbot der Veranstaltung des KBW schwierig gewesen wäre, weil dem KBW in den vergangenen Jahren keine Gewalttätigkeiten nachgewiesen werden konnten und da der Ausschuß dem Polizeipräsidenten und anderen leitenden Polizeibeamten in der Einschätzung folgt, daß Verbote in dieser Situation nichts bewirkt hätten.

Hierzu liegt der erste Teil von fünf Minderheitenanmerkungen vor, die Herr von Schönfeldt im Anschluß hieran vortragen wird.

Zu der Frage, ob die Demonstrationen hätten verboten werden müssen, stelle ich nachdrücklich fest: Der Ausschuß hält die Entscheidung der Polizei, von einem Verbot der angezeigten Demonstrationen Abstand zu nehmen, für sachgerecht. Eine Versammlung unter freiem Himmel braucht gemäß Artikel 8 Grundgesetz nur angezeigt zu werden. Sie kann nur verboten werden, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet sind.

Hätte die Polizeiführung den Ermessensspielraum so genutzt, daß sie ein Verbot ausgesprochen hätte, so wäre die Polizei in einen verhängnisvollen Zugzwang geraten. Im Fall des Demonstrationsverbotes wäre die Polizei verpflichtet gewesen, unmittelbar die Demonstrationen aufzulösen. Die geltende Rechtslage zwingt also die Polizei zum Eingreifen. Die Folgen wären möglicherweise Straßenschlachten in der Innenstadt oder am Bahnhof gewesen.

Die Auflösung des Demonstrationszuges hätte weiter dazu führen können, daß die aggressive Stimmung von dem kleinen harten Kern der militanten Störer auch auf einen Teil der friedlichen Demonstranten übergreifen hätte. Schließlich hätte die Polizei einen wesentlichen Teil ihrer Kräfte an einen Ort gebunden, der von dem eigentlichen zu schützenden Veranstaltungsort weit entfernt gewesen wäre.

Der Ausschuß hatte zu beachten, daß bei einer restriktiven Auslegung des der Polizei in Paragraph 15 Absatz 1 Versammlungsgesetz eingeräumten Ermessensspielraums neben der Effizienz des polizeilichen Handelns auch das in Artikel 8 Grundgesetz verfassungsrechtlich garantierte Grundrecht der Versammlungsfreiheit in unzulässiger Weise eingeschränkt worden wäre. Eine derartige Einschränkung polizeilichen Handlungsspielraums könnte nämlich

(C)

(D)

(A) dazu führen, daß in Zukunft die Polizei Kundgebungen friedlicher Demonstranten stets schon verbieten muß, wenn eine einzelne kleine Gruppe unfriedliche Absichten bei der Demonstration ankündigt.

Damit würde das Grundrecht auf Demonstration zum Spielball kleiner extremistischer Gruppen werden.

(Beifall bei der SPD)

Sicherlich hat Bürgermeister Koschnick formal korrekt gehandelt, als er ohne Einschaltung des Senats die Zustimmung dazu gab, daß die Bundeswehr im Weserstadion die Veranstaltung durchführen könne. Dennoch gibt der Ausschuß zu bedenken, ob der Senat bei Veranstaltungen dieser Größenordnung und Bedeutung nicht früher informiert werden sollte.

Unter der Aufgabenstellung, das Verhalten des Senats auch bei den Vorkehrungen zum Schutz der Veranstaltungen zu untersuchen, ist der Ausschuß dem Hinweis über das Gespräch zwischen Bürgermeister Koschnick und Bundesverteidigungsminister Dr. Apel nachgegangen.

(B) Das am 25. 4. 1980 in der Sitzung des SPD-Bundesvorstandes geführte Gespräch über die Ermittlungen über die angebliche Zusammenarbeit von Jungsozialisten und K-Gruppen hatte den Grundsatzbeschluß der SPD gegen die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zum Inhalt. Es ist deshalb verständlich, daß Bürgermeister Koschnick keinen Anlaß sah, über die Klärung, daß eine Zusammenarbeit von Jusos und KBW nicht stattfindet, hinaus weitere Ermittlungen zu veranlassen.

Der Ausschuß nimmt gegenteilige Ansichten zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß Prozesse in demokratischen Organisationen nicht ohne weiteres staatlichen Ermittlungen zugänglich sein sollten.

(Beifall bei der SPD)

Diesem Konsens, meine Damen und Herren, war seinerzeit auch die bremische CDU beigetreten.

Nach den weiteren Ermittlungen des Ausschusses ist die Behauptung im Lagevermerk des Generalinspektors der Bundeswehr vom 25. 4. 1980, „der MAD hat die diesbezüglichen Erkenntnisse... unverzüglich an das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen weitergegeben“, nicht zutreffend.

Es wurde außerdem ein Versuch unternommen, die verschiedenen Strömungen des Protestes gegen die Gelöbnisfeier zu beschreiben und deren Veröffentlichungen zuzuordnen. Aus ursprünglich vielen Organisationen, die zum Protest bereit waren, entstanden vier Protestgruppen, die dann in zwei große Initiativen einmündeten.

Die erste Initiative setzte sich zusammen aus Jungsozialisten, kirchlichen Personen und Gliederungen, aus gewerkschaftlich orientierten Gruppen und aus orthodoxen Kommunisten. Diese Initiative plädiert engagiert für einen friedlichen Protest.

(C) Die zweite Initiative, bestehend aus K-Gruppen, Chaoten und Spontis, ruft zu mehr oder weniger heftigen Störungen auf. Der Ausschuß hat dies mit Veröffentlichungen belegt.

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß der Senat und die für die Sicherheitsvorkehrungen der Gelöbnisfeier verantwortlichen Dienststellen zwar mit massiven Störungen der Gelöbnisfeier im Weserstadion rechnen mußten, nicht aber die tatsächlichen gewalttätigen Auseinandersetzungen dieses Umfangs vorhersehen konnten.

Die seit Anfang April 1980 in Bremen verteilten Flugblätter enthalten lediglich eine Vielzahl von Aufforderungen, die geplante Gelöbnisfeier zu verhindern oder zu stören. Bei der Beurteilung war zu berücksichtigen, daß nach den übereinstimmenden Bekundungen mehrerer Zeugen Flugblätter zu ähnlichen Veranstaltungen sich häufig durch Verbalradikalismen auszuzeichnen pflegen, die keine zuverlässigen Rückschlüsse auf tatsächlich geplante konkrete Gewaltaktionen zulassen.

Einige der militanten Unterzeichnergruppen haben in den letzten Jahren eine große Zahl von Demonstrationen in Bremen durchgeführt. Nach den übereinstimmenden Bekundungen der hierzu vom Ausschuß gehörten Zeugen aus dem Landesamt für Verfassungsschutz und der Polizei ist es bei keiner dieser Demonstrationen in den letzten Jahren zu gravierenden gewalttätigen Ausschreitungen gekommen.

(D) Obwohl es nicht direkter Auftrag des Ausschusses war, hat er dennoch versucht, über die Darstellung des Ablaufes des 6. Mai und über die Beschreibung des Verhaltens des Senats hinauszugehen, um gesellschaftliche Hintergründe und Ursachen der kriminellen Gewalttätigkeiten zu erklären.

Nach den Erkenntnissen des Ausschusses konnte nicht abschließend festgestellt werden, welcher Gruppierung die gewalttätigen Störer zuzuordnen sind. Über diese am 6. Mai erstmals zutage getretene Form einer aggressiven Militanz liegen bisher zu wenig konkrete Erfahrungen vor. Es gibt Hinweise, daß viele militante Störer von auswärts anreisten.

Der Einschätzung der Polizeiführung, daß dieser neuen Qualität von Militanz mit polizeilichen Mitteln nur unzureichend begegnet werden kann, ist zu folgen. Da die Befürchtung nicht auszuschließen ist, daß hier eine neue Form künftiger Auseinandersetzungen mit dem Staat entstanden ist, wird es zunehmend Aufgabe aller gesellschaftlich relevanten Gruppen sein, sich diesem Phänomen zu stellen. Dem darf sich auch dieses Parlament nicht entziehen.

Aufgrund von Veröffentlichungen der „Bremer undogmatischen Gruppe“, genannt BUG-Info, sprechen gewichtige Umstände dafür, daß diese Gruppe Kristallisationspunkt der undogmatischen „Neuen Linken“ ist. Ziel dieser Gruppe ist die revolutionäre Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Da die Gesellschaft gewalttätig ist,

(A) könne ihr nur mit Gewalt begegnet werden. Der Marxismus-Leninismus wird von der BUG ausdrücklich als theoretische Grundlage abgelehnt.

Die „Bremer undogmatische Gruppe“ ist dem terroristischen Umfeld zuzuordnen. Kontakte zur außerbremschen terroristischen Szene, wie der Roten Armee Fraktion und Irisch Republikanischen Armee, schließt der Ausschuß nicht aus.

Dem Untersuchungsabschnitt über die Arbeit der Sicherheitsorgane sollte sich dieses Parlament mit besonderer Aufmerksamkeit widmen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat zahlreiche Erkenntnisse gesammelt und weitergegeben, die die Einsatzleitung in die Lage versetzten, bis zum 5. 5. 1980 die Entscheidungen darauf abzustellen, daß sich massive, aber gewaltlose Störungen abzeichnen.

Als Organisationsmangel ist zu bezeichnen, daß zu den Sicherheitsbesprechungen nie ein Vertreter des Landesamtes für Verfassungsschutz hinzugezogen war. Die wertvollen Hinweise der Kriminalinspektion 6 zur Sicherheitslage hätten möglicherweise so ergänzt werden können.

Das Landesamt für Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst hätten ihre Erkenntnisse über die einzelnen Vorbereitungsveranstaltungen regelmäßiger, unter Umständen mündlich, angleichen müssen. Der Ausschuß verkennt dabei nicht, daß Nachrichtendienste auf das Abfassen von Abschlußberichten oder zusammenfassenden Berichten angewiesen sein können, da der Austausch einzelner Meldungen dazu führen kann, die Quelle der Meldungen zu enttarnen.

(B)

Die Behauptung des Bundesministeriums der Verteidigung, es habe keine Erkenntnisse weiterleiten müssen, weil diese ohnehin alle von bremschen Stellen stammten, ist nicht aufrechtzuerhalten. In drei Fällen hat der Militärische Abschirmdienst — unter anderem in einer Versammlung einer demokratischen Jugendorganisation — eigene Erkenntnisse gewonnen. Diese Erkenntnisse sind dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht übermittelt worden.

Diese Praxis und der Umstand, daß das Landesamt für Verfassungsschutz vom Militärischen Abschirmdienst keine Informationen über die Zusammenkünfte am 17., 18. und 23. 4. 1980 bekam, führte dazu, daß weder das Landesamt für Verfassungsschutz noch der Militärische Abschirmdienst — im nachhinein betrachtet — die richtigen Schlüsse ziehen konnte.

Schwerwiegend ist der Umstand, daß der Militärische Abschirmdienst fälschlich die Versammlung der Jungsozialisten am 18. 4. 1980 als Fortsetzung der Veranstaltung extremistischer Gruppierungen vom 17. 4. 1980 in der Hochschule für Technik bezeichnete. Dabei war zur Versammlung am 17. 4. bereits am 3. 4. in einem offenen Brief des KBW aufgerufen. Zur Versammlung der Jungsozialisten am 18. 4. war aber, als Entgegnung auf diesen offenen Brief des KBW, bereits am 10. April 1980 von den Jungsozialisten schriftlich eingeladen worden.

Ein Vergleich der Teilnehmerlisten, die vom Landesamt für Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst getrennt ermittelt worden waren, zeigt deutlich, daß die Quellen, auf die das Landesamt für Verfassungsschutz zurückgreifen konnte, erheblich glaubwürdiger und im einzelnen präziser waren.

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß nach dem 5. 5. 1980 die schnell aufeinanderfolgend anfallenden Erkenntnisse, die auf eine Zunahme der Gewaltbereitschaft einzelner Störergruppen hingewiesen haben, zum großen Teil rechtzeitig, das heißt unverzüglich, an die Einsatzleitung weitergegeben werden konnten. Die erst nach Ablauf des 6. 5. 1980 schriftlich niedergelegten Meldungen des Landesamtes für Verfassungsschutz hätten in ihrer Vollständigkeit zwar keine gänzlich neue Lagebeurteilung möglich gemacht, sie wären jedoch bei der Beurteilung von Einzelaspekten des Einsatzes nützlich gewesen.

Im übrigen stellt der Ausschuß fest: Das Landesamt für Verfassungsschutz hat sorgfältig recherchiert, dabei sowohl öffentlich zugängliche Quellen, wie Zeitungen und Flugblätter linksextremer Gruppen, ausgewertet als auch Erkenntnisse auf andere Weise gewonnen.

Die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz ist auch insoweit positiv zu bewerten, als es Veranstaltungen demokratischer Jugendorganisationen nicht zum Ziel seiner Ermittlungen macht.

(Beifall bei der SPD)

Zum tatsächlichen Ablauf der Ereignisse des 6. Mai 1980 wird festgestellt: Der Polizeieinsatz war bis auf Kleinigkeiten, die im Bericht erwähnt sind, gut geplant. Der Ablauf des Einsatzes wies im wesentlichen folgende Mängel auf: Der Einsatz des Hubschraubers störte die friedliche Alternativveranstaltung der Jungsozialisten; eine Festgenommenen-Sammelstelle ist nach Aktenlage und den Bekundungen der Zeugen nicht unmittelbar am Stadion vorgesehen gewesen; die Wasserwerfer operierten mehrmals ohne Mannschaftsdeckung.

In Anbetracht der nicht vorhersehbaren Plötzlichkeit und Brutalität der Angreifer sind diese Mängel nicht gravierend für den tatsächlichen Ablauf des 6. Mai.

Die Absperrung in der Höhe der Kassenhäuschen im Nordbereich des Stadions zwischen Stadion und Osterdeich war notwendig. Nur dadurch war es möglich, den Ostbereich von Demonstranten freizuhalten.

Ein Schwerpunkt des Einsatzkonzeptes war das Freihalten des Marathontores und der östlichen Zuwegungen. Dies ist voll gelungen. Dadurch konnte der Ablauf der Veranstaltung selbst gewährleistet werden.

Die Schließung der Einlaßtore hatte zur Folge, daß ein Teil der Besucher an der Veranstaltung im Weserstadion nicht teilnehmen konnte. Sie erscheint

(C)

(D)

(A) dennoch gerechtfertigt, da nur so der Ablauf der Veranstaltung im Weserstadion gewährleistet wurde.

Die Innenminister der Länder und die jeweiligen Polizeiführungen konnten bisher davon ausgehen, daß die weitgehend bundeseinheitliche Ausrüstung der Polizei geeignet ist, auch bei nicht friedlichen Demonstrationen ausreichend Schutz zu bieten. Bei den Vorfällen am 6. Mai 1980 in Bremen zeigte sich jedoch, daß die Schutzausrüstung für die Polizei bei einem derart brutalen und rücksichtslosen Vorgehen von militanten Störern nicht voll ausreichend ist.

Die rechteckigen Schutzschilde, mit denen die große Mehrheit der Bremer Polizei ausgestattet ist, sind besser als die kleinen, runden Schutzschilde. Schulter-, Ellenbogen- und Genitalschutz sind für derartige Einsätze zu verbessern.

Die gegenwärtig verwandten Schlagstöcke erweisen sich auch weiterhin als angemessenes Einsatzmittel. Bei mit großer Wucht geführten Schlägen verhindert ihre Soll-Bruchstelle übermäßige Verletzungen. Lediglich dreizehn Schlagstöcke zerbrachen aus diesem Grund bei dem Einsatz am 6. Mai 1980.

In den zuständigen Gremien der Bremischen Bürgerschaft und der Exekutive sollten Überlegungen darüber angestellt werden, ob und in welchem Umfang die defensive Ausrüstung der bremischen Polizei weiter verbessert werden kann.

(B) Der Ausschuß beanstandet weiter den Versuch mehrerer Bundeswehrfahrzeuge, ausgerechnet zum Zeitpunkt der Demonstration einzeln über den Osterdeich zum Weserstadion zu gelangen. Die Fahrzeuge blieben in den Demonstrationssägen, die auf dem Osterdeich entlanggingen, stecken. So konnten militante Demonstranten die stehenden Fahrzeuge angreifen, umwerfen und anzünden. Die Polizei, die zu diesem Zeitpunkt das Weserstadion zu schützen hatte, konnte nicht eingreifen.

Zum Verhalten und zur Verantwortlichkeit des Senats stelle ich fest: Der Ausschuß hat geprüft, ob Herr Bürgermeister Koschnick bei der Vorbereitung und der Durchführung der Gelöbnisfeier am 6. Mai 1980 Versäumnisse vorzuwerfen sind. Er ist der Meinung, daß das Verhalten von Bürgermeister Koschnick im Zusammenhang mit den Ereignissen am 6. Mai 1980 nicht zu beanstanden ist.

Die Zusage Bremens zur Durchführung der öffentlichen Gelöbnisfeier im Weserstadion durch Bürgermeister Koschnick war ohne vorherige Befassung des Senats zulässig. Sie entsprach auch der Handhabung in früheren Jahren. Durch die frühzeitige Einschaltung des Innensenators Fröhlich war die ordnungsgemäße Vorbereitung der Veranstaltung in vollem Umfang gewährleistet. Für die inhaltliche Ausgestaltung der Gelöbnisfeier war ausschließlich der Bund zuständig.

Der Ausschuß, der nur das Verhalten des Senats und von Landesbehörden zu untersuchen hat, sah deshalb keine Veranlassung, unterschiedlichen Vor-

stellungen über das Zeremoniell der Veranstaltung, wie zum Beispiel Großer Zapfenstreich, nachzugehen.

Der Ausschuß ist weiterhin zu der Auffassung gekommen, daß dem für das Handeln der Polizei politisch verantwortlichen Senator für Inneres keine Vorwürfe gemacht werden können. Nach den Feststellungen des Ausschusses war von Anfang an während der gesamten Vorbereitungsphase bis zur Durchführung der Gelöbnisfeier am 6. Mai sichergestellt, daß Senator Fröhlich über alle wesentlichen, insbesondere sicherheitsrelevanten Fakten stets rechtzeitig und umfassend unterrichtet war. Er war deshalb in die Lage versetzt, bei Bedarf seiner politischen Aufsichts- und Weisungspflicht nachzukommen.

Es muß kritisiert werden, daß der Senator für Wissenschaft und Kunst die ihm übermittelten Informationen nicht mit dem nötigen Nachdruck an die Hochschule für Technik weitergegeben hat. Andererseits ist festzustellen, daß die generelle Praxis, allen hochschulpolitischen Vereinigungen in der Hochschule für Veranstaltungen geeignete Räume zur Verfügung zu stellen, nicht zu beanstanden ist. Auf möglichen Mißbrauch ist dabei zu achten.

Dem Ausschuß sind keine Anhaltspunkte dafür bekanntgeworden, daß die Bremer Universität als Einrichtung ein entscheidendes Vorbereitungszentrum für die gewalttätigen Demonstrationen war.

Die öffentlich unter anderem in der Bremischen Bürgerschaft am 21. Mai 1980 geäußerte Vermutung, daß in Schulen Vorbereitungen zu gewaltsamen Demonstrationen getroffen worden seien, bestätigte sich nicht.

Nach den Feststellungen des Ausschusses hat sich Senator Dr. Scherf weder an einer Demonstration aus Anlaß der öffentlichen Gelöbnisfeier beteiligt noch dazu aufgerufen.

(Beifall bei der SPD)

Die glaubhaften Bekundungen des Zeugen Georg Drescher belegen, daß dieser den Anruf von Dr. Scherf als Vermittlung für die DGB-Jugend und die Jungsozialisten verstanden hat. Der Ausschuß stellt fest, daß durch den Vermittlungsversuch von Senator Dr. Scherf in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen konnte, er identifiziere sich mit dem Anliegen der Jungsozialisten.

Weiterhin ist der Ausschuß der Überzeugung, daß Senator Dr. Scherf sein Verhalten am Osterdeich glaubhaft als untadelig darstellen konnte. Hinsichtlich der von dem Zeugen Effner in eidlicher Aussage bekundeten Äußerungen von Senator Dr. Scherf mißt der Ausschuß die überwiegende Wahrscheinlichkeit der Darstellung zu, die übereinstimmend von dem Zeugen Dr. Scherf und der Zeugin Frau Ursula Kerstein über den Gesprächsinhalt gegeben worden ist. Der Zeuge Effner konnte sich nicht mit letzter Sicherheit an die Vokabeln „Quatsch“ beziehungsweise „Mist“ erinnern.

(A) Wenig glaubhaft ist die Bekundung des Zeugen Effner, daß er sich mit einem Reisepaß und einem CDU-Parteibuch ausgewiesen haben will. Ein so außergewöhnlicher Vorgang hätte sich in das Gedächtnis der Zeugen Dr. Scherf und Frau Kerstein eingepägt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Sehr glaubwürdig!)

Soweit meine Ausführungen zum Inhalt des Berichtes des Ausschusses!

Von den zirka 240 Schreibmaschinenseiten dieses Berichtes sind zirka 180, das heißt drei Viertel, reine Sachverhaltsdarstellungen. Diese Sachverhaltsdarstellung war der eigentliche Auftrag des Parlaments und wurde einstimmig von allen fünf verbliebenen Mitgliedern des Ausschusses getragen. Lediglich bei der Wertung von Sachverhalten gibt es in fünf Punkten keine Übereinstimmung. Dazu wird Herr von Schönfeldt gleich Stellung nehmen. Die eigentliche Aufgabe, das Geschehen zu untersuchen, meisterte der Ausschuß also einmütig.

Etwa drei Viertel der Beweisaufnahmesitzungen führte der Ausschuß in voller Besetzung, das heißt mit sieben Mitgliedern unter dem Vorsitz des Abgeordneten Klein durch. Am 18. Juni legten die Abgeordneten Klein, Borttscheller und ihre Stellvertreter Pflugradt und Bürger ihr Mandat vorübergehend nieder.

(B) Allen verbliebenen Ausschußmitgliedern und Stellvertretern blieb dieser Schritt unverständlich, da zu diesem Zeitpunkt bereits acht der zwölf geforderten Zeugen akzeptiert worden waren und zugesagt worden war, über die vier verbliebenen Zeugen später erneut zu beraten und gegebenenfalls im Oktober weiter zu tagen. Diese Verfahrenspraxis ist auch bei Gerichten üblich.

(Abg. Klein [CDU]: Einspruch!)

Der Ausschuß kann aus diesem Grunde nicht ausschließen, daß andere Motive als die öffentlich vorgetragenen bei der Entscheidung über den Auszug ausschlaggebend waren.

(Beifall bei der SPD)

Über die folgende öffentliche Diskussion und über die Tatsache, daß der Abgeordnete Klein in der Sondersitzung der Bürgerschaft am 30. 6. einen „ersten Zwischenbericht“ gab, ohne ihn mit dem Ausschuß, dem er damals noch angehörte, abgestimmt zu haben, enthält sich der Ausschuß an dieser Stelle jeder Wertung.

Die abfälligen öffentlichen Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden über einen angeblich lächerlichen Rumpfausschuß,

(Abg. Neumann [CDU]: Schrumpf-!)

der nur noch Schönfärberei leisten könne — —

(Zurufe von der CDU: Schrumpfausschuß!)

(C) Schrumpfausschuß oder Rumpfausschuß, es waren abfällige Bemerkungen! Also, Sie haben Rumpfausschuß gesagt!

Dieser angebliche Rumpfausschuß, der nur noch Schönfärberei leisten könne, diese Äußerungen von Herrn Neumann haben die Ausschußmitglieder nicht davon abgehalten, auch weiterhin ihrer Parlaments- und Gewissenspflicht mit besonderer Gründlichkeit nachzukommen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir fünf Ausschußmitglieder und unsere Stellvertreter bitten dieses Parlament, unsere Arbeit im Untersuchungsausschuß an unserem vorgelegten Bericht zu beurteilen, zu bewerten und gegebenenfalls zu kritisieren. Da in der Sondersitzung der Bürgerschaft am 30. 6. auch die Frage nach dem Aufwand für den Ausschuß gestellt wurde,

(Abg. Adamietz [BGL]: Von uns!)

möchte ich kurz auch darauf eingehen:

Dem Ausschuß standen neben Herrn Dr. Wilken, Herrn Heiser und Frau Kirschner ständig fünf Protokollführer zur Verfügung. Für zusätzliche Schreibkräfte wurden 60 000 DM bereitgestellt. Auch bei den Mitarbeitern im technischen Bereich führte die Belastung zu fast unzumutbaren Überstunden. Die übrigen Mitarbeiter waren gehalten, die voll eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu vertreten.

(D) Von der BGL — jetzt kommen Sie, Herr Adamietz — ist in der Sondersitzung am 30. 6. unter anderem behauptet worden, die Ausschußmitglieder hätten sich an Spesen bereichert.

(Abg. Dinné [BGL]: Sie können noch nicht einmal lesen!)

Dazu stelle ich fest, daß für die Ausschußarbeit keine Spesen gezahlt wurden. Es wurde lediglich wie für alle anderen Ausschüsse und Deputationen Sitzungsgeld, das heißt maximal für zwei Sitzungen pro Tag, gezahlt.

(Abg. Dinné [BGL]: 60 DM!)

Ich habe für mich selbst eine Rechnung, die ich Ihnen übrigens gern anhand meines Terminkalenders im einzelnen vorlegen würde, über das Mehr an Sitzungsgeld und das Mehr an Arbeit vorgenommen. Es ergab sich ein rechnerischer Stundenlohn von 2,08 DM. Ich sage dies nur, meine Damen und Herren, weil es Hinweise darauf gibt, daß die von den BGL-Abgeordneten aufgestellten falschen Behauptungen in der Öffentlichkeit teilweise geglaubt wurden. Ich sage dies nicht, um zu jammern.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es ist Bestandteil unserer Aufgabe als Abgeordnete, auch solche Sondereinsätze zu fahren. Ich habe dies aber nur aus diesem Grunde gesagt, weil in der Öffentlichkeit falsche Eindrücke entstanden.

(Abg. Dinné [BGL]: Die Bevölkerung weiß, was los ist!)

- (A) Wenn man über die Ausschubarbeit eine Nutzen-Kosten-Analyse-Rechnung anstellt, dann, meine Damen und Herren, schlagen die zusätzlichen Kosten und Belastungen im Bereich der Bürgerschaftsverwaltung erheblich stärker zu Buche.

Ich glaube, ich spreche im Namen des gesamten Parlaments, wenn ich allen Mitarbeitern der Verwaltung für ihre zusätzlichen Arbeitsleistungen meinen Dank ausspreche.

(Beifall)

Abschließend möchte ich den Bereich der Wahrheitsfindung beleuchten. Die Tatsachen der Vorbereitung des 6. Mai und seines Ablaufs lagen uns als beschriebenes beziehungsweise bedrucktes Papier, als belichteter Film oder als bespielter Tonträger vor. Hinzu kamen die Zeugenaussagen, die akustisch und später, als sie geschrieben waren, auch optisch vorlagen.

- (B) Alle Ausschußmitglieder konnten diese Abbilder des tatsächlichen Geschehens zur Kenntnis nehmen. Beim Bewerten und Ordnen und beim Inbeziehungsetzen dieser Fakten beginnen die Schwierigkeiten der Wahrheitsfindung. Durch ständigen Meinungsaustausch beginnt die Annäherung an die Erkenntnisse des tatsächlichen Geschehens. Irgendwann wird dann versucht, diesen Kenntnisstand zu fixieren. Dabei gibt es wieder neue Erkenntnisse, aber auch gleichzeitig ein zwangsläufiges Verändern der Fakten. Mit anderen Worten: Dieser Bericht ist die größtmögliche Annäherung an die Tatsachen, die unter den uns gestellten Bedingungen zu ermitteln waren. Zu diesen Bedingungen gehört auch, daß nach dem Ausscheiden der CDU-Mitglieder ein Aspekt der Wahrheitsfindung nicht mehr vorhanden war. Andererseits, meine Damen und Herren, haben die untauglichen Versuche, die Mitglieder des Ausschusses, die ihrer parlamentarischen Pflicht weiter nachkamen, in der Öffentlichkeit verächtlich zu machen, zusätzlichen Gewissensdruck und eifrige Entschlossenheit bei uns gebracht, besonders gründlich zu arbeiten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Der Ausschuß ist der festen Überzeugung, daß der von allen fünf Mitgliedern unterzeichnete Bericht ein so hohes Maß an Wahrheit beinhaltet, daß wir ihn diesem Parlament und der Öffentlichkeit mit gutem Gewissen vorlegen konnten. — Danke schön!

(Anhaltender Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt. Ich gehe davon aus, daß Herr von Schönfeldt gemäß Paragraph 40 Absatz 2 der Geschäftsordnung einen Bericht der Minderheit abgibt.

Abg. v. Schönfeldt, Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bekanntlich hat der FDP-Vertreter im Ausschuß in fünf entscheidenden, wie wir meinen, entscheidenden

Punkten ein Minderheitenvotum eingeführt und beigefügt, wobei bemerkenswert ist, daß auch dieses Minderheitenvotum von der Ausschlußmehrheit mit unterschrieben worden ist. Das heißt, die Wertungen, die ich getroffen habe, sind damit anerkannt worden als gültige, denkbare und vertretbare Wertungen. Das ist immerhin ein bemerkenswert politischer Vorgang, und ich danke Herrn Stichweh dafür, daß er hier als Ausschußvorsitzender diesen Komplex umfangreich, ausführlich und, was den sachlichen Gehalt anbelangt, auch vollständig vorgebracht hat.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich kann mich insoweit kurz fassen. Ich darf vielleicht an dieser Stelle nur vorab sagen, daß die Ausschubarbeit gezeigt hat, daß es auch bei unterschiedlicher Bewertung eines Sachverhaltes möglich ist, unter ausgewachsenen Menschen emotionslos, sachlich, fair im Umgang miteinander zu diskutieren und am Ende zu einem Ergebnis zu kommen. Dies war ein positives Zeichen für dieses Parlament und für den Parlamentarismus.

(Beifall bei FDP und SPD)

Daß ich dies beschränke auf nur den Teil, der von dieser Sachlichkeit und Emotionslosigkeit getragen worden ist, versteht sich von selbst.

Meine Damen und Herren, Herr Stichweh hat darauf hingewiesen, daß wir im Bereich der Bewertung der Arbeit des Stadt- und Polizeiamtes, insbesondere bei der rechtlichen Frage, der Verbotsfrage, eine andere Position vertreten haben unter Hinweis auf die auch im einzelnen dargelegte Rechtsprechung. Auch nach den Ausführungen von Herrn Stichweh heute bin ich nicht in der Lage, seinen Ausführungen im Hinblick auf die Praxis des Stadt- und Polizeiamtes zu folgen und erhalte mein Minderheitenvotum voll aufrecht.

Wer sich die Mühe macht und die angeführte Rechtsprechung des OVG Bremen nachliest, der muß das Ergebnis bestätigen, zu dem meine rechtliche Würdigung bei der Praxis und bei den Notwendigkeiten für etwaige Verbotsverfügungen kommt, und unterstützen. Aber abgesehen davon, man hat einfach kein Verständnis dafür, daß so verfahren worden ist, wie verfahren wurde.

Ich habe den Eindruck, man hat sich auf den Standpunkt gestellt, und das kann ich belegen aus Zeugenaussagen im einzelnen, dies alles zu prüfen, dies alles rechtlich abzuwägen, in den unterschiedlichen Phasen des Geschehens erneut Ermessensentscheidungen zu fällen, als zu einer unstreitig beabsichtigten friedlichen Demonstration der Jusos eine Demonstration angemeldet wurde, als nachweislich aus den Flugblättern im einzelnen zu belegende, auf gewalttätige Ausschreitungen angelegte zusätzliche Demonstrationen ins Spiel kamen, nämlich die von BBA und KBW, mit der Maßgabe, sich am Goetheplatz die friedliche Demonstration zunutze zu ma-

(A) chen, sie umzufunktionieren unter dem erklärten Ziel, nicht zu den Weserterrassen, sondern zum Weserstadion zu marschieren. Warum? Weil an dieser Stelle ein KBW-Stand, praktisch die Logistik für politische Agitation, aufgebaut und genehmigt war.

Diese verschiedenen Phasen des Geschehens bedurften einer immer wieder erneuten Ermessensentscheidung und Ermessensabwägung im Rahmen des Versammlungsgesetzes. Meine Damen und Herren, das Versammlungsgesetz sieht durchaus gesetzliche Maßnahmen, sieht durchaus Verbote vor nach dem Motto, da, wo die Intoleranz einer Demonstration mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu Lasten derjenigen gehen wird, die eine Veranstaltung durchführen wollen, beziehungsweise derjenigen, die sich aus friedlichen Gründen beteiligen wollen, besteht gar keine andere Wahl, als ein Verbot auszusprechen.

Meine Damen und Herren, diese Ausführungen werden auch bestätigt durch die Bekundungen des Polizeipräsidenten, der selbst bei der Erläuterung seiner polizeitaktischen Überlegung immer wieder darauf hinweist, daß jedes Mehraufkommen an sogenannten friedlichen Demonstranten die polizeiliche Abwehr behindert, die im einzelnen auch beschrieben werden als zum Teil sympathisierend, zum Teil neugierig, zum Teil drängend, nach vorn drängend, die polizeiliche Abwehr behindernd beziehungsweise den Militanten immer wieder Schutz und Obhut gebend, wenn sie sich zurückzogen.

(B) Dies alles ist doch ein Beleg dafür, daß das Mehraufkommen, das in Kauf genommene Mehraufkommen von Demonstranten mit nachweislich provokatorischer Zielrichtung eine Behinderung der polizeilichen Abwehrtätigkeit war, selbst wenn man einräumt, daß diese militanten Gruppierungen sich nicht davon hätten abhalten lassen, dort unten Unruhe zu stiften. Aber die behinderte Möglichkeit der Abwehr steht auf einem anderen Blatt.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang die Aussage von Bürgermeister Koschnick, der frank und frei erklärt hat, wenn er davon gewußt hätte, hätte er anders entschieden. Die Erfahrungen mit einem KBW-Stand am Weserstadion in unmittelbarer Veranstaltungsnähe hatten ja auch letztlich, meine Damen und Herren, dazu geführt, daß das Stadt- und Polizeiamt, daß der Innensenator, daß der Polizeipräsident die geübte Praxis in Zukunft umstellen werden. Prüfungen sollen jetzt möglich sein, die vorher angeblich gar nicht möglich gewesen sind?

Ein Letztes, meine Damen und Herren: Der Vorsitzende der Jusos, ein sicherlich, was Demonstrationsfreiheit und Meinungsfreiheit angeht, sensibler Mensch, hat selbst nach den Veranstaltungen am 6. Mai gerügt, ausdrücklich gerügt, daß es sich hier um eine unverständliche Genehmigungspraxis beziehungsweise nicht durchgeführte Verbotspraxis gehandelt hat. Er hat kein Verständnis dafür, daß man zwei Demonstrationen hat zusammenfließen

(C) lassen und sie auf diesen gefährdeten Punkt praktisch hat zuleiten lassen. Er selbst hat diese Kritik sich zu eigen gemacht. In diesem Zusammenhang ist auch sein Versuch zu berücksichtigen, der ihn selbst wahrscheinlich politisch in eine ganz schwierige Lage gebracht hat, seine eigene Demonstration zu einem Zeitpunkt herauszuhalten, als das noch möglich gewesen wäre, durch Veränderung des Veranstaltungsortes.

Es ist egal, ob er sich nun um eine Verbot bemüht hat oder gefragt hat, läuft da etwas gegen uns. Einheitlich ist in jedem Fall die Aussage des Polizeipräsidenten und des Herrn Parpart gewesen, es sei der Grund gewesen, von Diekmann erkannt, von Parpart bestätigt, man wollte das, was man hier auf sich hat zukommen sehen, im Interesse der Jungsozialisten, im Interesse der Demonstrationsteilnehmer, das heißt im Interesse der Bürger, die ja nachweislich nachher auch noch gefährdet worden sind, verhindern, und ich unterstelle, auch wenn er es nicht gesagt hat, ich unterstelle denjenigen, die sich bemüht haben entgegen der Ignoranz, möchte ich jetzt einmal sagen, im Stadt- und Polizeiamt, daß sie auch ein klein wenig an die Polizeibeamten gedacht haben, die nämlich als lebendes Bollwerk unten hinstelliert worden sind und dies alles auf sich zukommen lassen mußten. Auch dies möchte ich hier mit einbringen, meine Damen und Herren. Es sind mehr als genug Indizien, Tatsachen, Zeugenaussagen dazu vorhanden, daß es darum geht, daß hier eine andere Entscheidung geboten war.

(D) Ein Letztes, meine Damen und Herren: Ich habe den Eindruck, auch belegbar durch Zeugenaussagen, daß man im Stadt- und Polizeiamt unter Ausschaltung des insoweit zuständigen Verwaltungspolizeidirektors Gaus, unter Ausschaltung der dazu bezahlten und auch mit Kenntnissen ausgestatteten Sachbearbeiter, unter Ausschaltung, Nichtbeteiligung der senatorischen Dienststelle, die auch über eine Rechtsabteilung verfügt, einsam und allein entschieden hat, und zwar in der Spitze im Stadt- und Polizeiamt.

Mir ist einfach nicht wohl, meine Damen und Herren, wenn, wie dieses Beispiel zeigt, Verwaltungsentscheidungen, Entscheidungen, die sehr wohl abzuwägen haben zwischen Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit auf der einen, Sicherheit auf der anderen Seite, allein aus polizeitaktischen Erwägungen gefällt werden, daß die Exekutive, die Verwaltung meine ich hiermit, ausgeschaltet sein soll und wir hier dem einsamen Urteil, dem schnellen Urteil, dem einmaligen Urteil eines Polizeipräsidenten bei Verwaltungsentscheidungen folgen sollen.

Ich baue darauf, meine Damen und Herren, daß die von mir vermittelten und auch belegten Hinweise über eine Änderung der Praxis aufgenommen werden, daß man sich im Hause des Senators für Inneres, im Senat darüber Gedanken machen wird und daß man eine Organisation in diesem Hause so nicht länger hinnehmen kann.

- (A) Einen letzten Abschußsatz zu diesem Bereich Stadt- und Polizeiamt: Sehr, sehr nachdenklich muß es stimmen, wenn der Polizeipräsident Diekmann in seiner Abschlußbewertung unmittelbar nach den Ereignissen eine Feststellung trifft, die zu zusammenfassend so bezeichnet werden kann, ich zitiere den Polizeipräsidenten:

„Ich meine, es sei an der Zeit, die Frage zu stellen, ob die Straße denen überlassen werden kann, die sie mißbrauchen, oder ob die Polizei und die Polizeibehörden die Möglichkeiten bekommen, die auch politisch abgesichert werden müßten, unter Hinweis auf den befürchteten gewalttätigen Verlauf angemeldete Demonstrationen bis auf weiteres zu verbieten, um damit taktisch für die Polizei Lösungen anderer und verbesserter Ansatzmöglichkeiten unter Hinweis wesentlich geringeren Kräfteverschleißes erreichen zu können.“

Meine Damen und Herren, diese Abschlußbemerkung spricht für sich. Das sagt ein Polizeipräsident, der hier in diesem Zusammenhang einseitig zitiert worden ist, der nämlich befürchtet, befürchten mußte, eine andere Entscheidung sei nicht genügend politisch abgesichert, der aus dieser womöglich falschen Erkenntnis oder Vermutung gehandelt hat und der sich darüber beklagt, daß ein solches Ergebnis unter Berücksichtigung der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zu diesen Verletzungen geführt hat. Ich habe in einem anderen Zusammenhang Veranlassung, auch die Frage nach der politischen Verantwortlichkeit für diese Haltung des Polizeipräsidenten zu stellen.

(B)

Im zweiten Bereich, das ist der Bereich des Landesamtes für Verfassungsschutz, möchte ich mich kurz fassen. Wir werden Gelegenheit haben, über diese Problematik in den dafür zuständigen Gremien zu reden. Wir werden Gelegenheit haben, auch in diesem Hause, über den Komplex Verfassungsschutz zu sprechen, und wir werden uns im einzelnen fragen müssen: Wie hältst du es mit dem Verfassungsschutz? Ich habe den Eindruck, daß darüber in diesem Hause in weiten Bereichen der Abgeordneten Meinungsverschiedenheiten, Unklarheiten bestehen, und deswegen eine ganz klare Position an dieser Stelle!

Wir haben einen Verfassungsschutz, wir brauchen einen Verfassungsschutz, wir können auf einen Verfassungsschutz nicht verzichten, solange Gruppierungen, politische Bereiche sich daranmachen, diesen Staat auch mit subversiven Mitteln zu zerstören, und wir müssen uns alle gemeinsam bemühen, die Arbeit des Verfassungsschutzes so effizient, so schlagkräftig und so präzise auszugestalten, daß wir sicher sein können in diesem Lande. Ich bitte die Bürger unter uns, abgesehen von parteiideologischen Vorstellungen über das, was Verfassungsschutz sein sollte oder nicht sein sollte, sich die Frage zu stellen, wenn sie im einzelnen die Ermittlungsergebnisse nachlesen, ob einem nicht unwohl

sein muß bei der Frage, ob in diesem Amt alles zum Besten bestellt ist, um unsere Sicherheit, insbesondere im Vorfeld von solchen Aktionen, zu gewährleisten!

Im Gegensatz zum Mehrheitsbericht bin ich nach der Beweisaufnahme in voller Verantwortung und vollem Bewußtsein, was ich damit sage, weder in qualitativer noch in quantitativer Hinsicht zufrieden mit den Erkenntnissen und der Arbeitsweise dieses Amtes, und, es soll nicht häßlich klingen, ich bin erinnert worden an einen „Stern“-Artikel vom 19. 7. 1979, der sicherlich journalistisch unsauber, nicht fair ist und wahrscheinlich im Widerspruch zu einem Journalismus, der mit so einer Materie umgeht, steht, aber, meine Damen und Herren, ich kann nicht umhin, Ihnen zu empfehlen, sich diesen Bericht des „Stern“ vom 19. 7. 1979 mit der Überschrift „Die Gabel des Herrn Galle“ in Erinnerung zu bringen. Insbesondere deswegen nicht,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die Gabel fehlt ja immer noch!)

und nun zitiere ich aus diesem „Stern“-Artikel eine Wahrheit! Da heißt es nämlich: „Ein parlamentarisches Kontrollgremium für den Geheimdienst, wie es die Liberalen fordern, wurde letzte Woche in der Bremischen Bürgerschaft abgelehnt. SPD und CDU waren sich darin einig, eine Kontrolle sei zur Zeit nicht vonnöten.“

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das war schon damals falsch und ist heute immer noch falsch! — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Eine arbeitsbegleitende Kontrolle!)

Meine Damen und Herren, Sie werden Gelegenheit haben, dazu demnächst Stellung zu nehmen. Ich möchte nur zu diesem Komplex abschließend sagen: Herr Senator Fröhlich, es ist nicht fünf Minuten vor 12, sondern in diesem Bereich ist es Punkt 12, daß Sie handeln müssen, daß Sie sich kümmern müssen und daß Sie politisch — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Hören Sie auf zu babbeln!)

Sie können, wenn Sie nicht stillsitzen können, noch einmal zehn Minuten hinausgehen, dann bin ich fertig. Ich erwähne Sie mit keinem Wort, keine Sorge!

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. Neumann [CDU]: Seien Sie nicht so nervös, Herr Kollege! Ich verstehe doch Ihre Widersprüche zu Ihrem Fraktionsvorsitzenden! Das ist doch bekannt!)

Sie werden Veranlassung haben, Herr Senator Fröhlich, das von Ihnen mehrfach Erklärte und auch als erforderlich Angesehene, die Reorganisationen unverzüglich zu veranlassen. Ich habe überhaupt gar keinen Zweifel daran, meine Damen und Herren, daß — die zusammenfassende Feststellung des Minder-

(A) heitenvotums — die eigentliche Qualität der Gefährdungen, mit denen wir es zu tun haben, weniger bei den immer uns vor Augen gehaltenen K-Gruppen, KBW, DKP, die sicherlich verfassungsfeindliche Ziele haben, lag.

Wenn die Frage gestellt wird, ist dies alles ein Wunder gewesen, was da über uns hereingebrochen ist, konnte man mit diesen Rotznasen, wie sie sich selbst in ihrem Info 54 nennen, diese militanten Spontisten, rechnen, dann bin ich nicht jemand, der hinterher klüger sein will als andere, aber nach den hier vorliegenden Erkenntnissen, nach dem Studium der öffentlich verteilten Zeitschriften dieser Gruppierungen — lesen Sie das Info 54, lesen Sie die vorangegangenen Infos, stellen Sie einmal fest, was dort an Manöverkritik, an taktischen Anweisungen, an dezidierten Überlegungen angestellt wird, auch für das nächste Mal! Fragen Sie in anderen Ländern nach den Erkenntnissen, die es über diese Gruppierungen gibt! — kann Ihnen nicht nur himmelangst werden, sondern Sie werden bei dem Lesen derjenigen Erkenntnisse, die das Verfassungsschutzamt statt dessen übermittelt hat, gähnende Leere feststellen.

(B) Ich lasse mir nicht weismachen und der Bürger auch nicht, daß in diesem Bereich sich nicht schon längst jemand darum hätte kümmern müssen, was sich dort tut, aus welchen Gründen auch immer. Es ist nicht die Ohnmacht des Bürgers, wie hier einmal gesagt worden ist. Das sind nicht die Bürger, das möchten Sie vielleicht gern, Sie tun den Bürgern unrecht, Herr Adamietz, sondern dies ist eine Gruppierung, die sicherlich sozialpsychologisch einmal analysiert und untersucht werden müßte, wenn es nicht schon aus den von ihnen selbst gegebenen Veröffentlichungen dafür genügend Erkenntnisse gibt.

Ich würde sogar daran denken, daß im Verfassungsschutzamt künftig zu diesem Zweck ein Sozialwissenschaftler tätig wird, der den Leuten einmal sagt, welche Zusammenhänge sich hier ergeben, welche Überlegungen notwendig sind, um diesen Leuten beizukommen, und daß hier mit herkömmlichen Mitteln, dem Bewilligen von Stellen, damals unter dem Motto Terroristenfahndung, nichts erreicht wird. Damals haben wir hier, weil keiner wagte, etwas dagegen zu sagen, Stellen bewilligt. Nein, es geht darum, wie diese Stellen verwandt werden! Wird den jeweiligen Gegebenheiten entsprechend auch die Stellenplanung vorgenommen? Darum muß sich ein politisch Verantwortlicher, der sich ja selbst zu dieser Verantwortung bekannt hat, kümmern, und dazu ist dieser Senator aufzufordern.

Wir haben im Bereich der Senatoren bekanntlich auch andere Bewertungen vorgenommen, meine Damen und Herren. Ich fange mit Senator Dr. Scherf in diesem Zusammenhang an. Ich kann nur zusammenfassend sagen, das, was Herr Stichweh hier vortragen hat als Erkenntnis der Ausschlußmehrheit,

(C) wird von mir deswegen nicht geteilt, weil es einfach im Ausschlußbericht keinerlei Beleg findet. Die glaubhaften Bekundungen des Zeugen Drescher belegen, daß dieser den Anruf von Dr. Scherf nicht als Vermittlung für die DGB-Jugend und die Jusos verstanden hat. Den Verfassern dieser Passage, die für die SPD dies positiv ausdrückten, ist ja wahrscheinlich selbst nicht ganz wohl, wenn sie sagen, es hätte auch nach außen hin anders verstanden werden können.

Meine Damen und Herren, Herr Drescher hat auf ausdrückliches Befragen gesagt, ich habe ihn gefragt: „Herr Drescher, richtig ist, daß von Vermittlungsversuchen, wie das eben interpretiert wurde, des Herrn Scherf zugunsten des Jugendsekretärs Busch Ihnen erst bekanntgeworden ist durch das Telefongespräch am 19. Mai mit Herrn Scherf?“ Herr Drescher: „Ja!“

Das ist doch der Beleg dafür, daß es ihm vor dem 19. Mai nicht bekannt gewesen ist und er es auch gar nicht so verstehen konnte, sondern es ist hier festzustellen durch die Handlung des Herrn Scherf: Telefongespräch mit dem mehrfach wiedergegebenen Wortlaut und auch dessen, was Herr Scherf selbst dazu sagt — er hat im Telefongespräch erklärt, er komme gerade aus einer Sitzung der Bürgerschaftsfraktion, die sich mit dem neuen Demonstrationskonzept einverstanden erklärt habe, nach der die Jungsozialisten und so weiter das öffentliche Gelöbnis akzeptieren, in Abweichung dessen, was Herr Parpart hier gesagt hat, es sei nur um einen Jugendsekretär gegangen —, daß es ihm darum ging, die Juso-Demonstration zu verstärken und nicht nur darum, Konflikte zwischen Jugendlichen zu lösen. Das sagt er selbst.

Ich zitiere Herrn Senator Dr. Scherf in seiner Vernehmung vom 16. 6. 1980, Senator Dr. Scherf, Originalton: „Also, Uwe Parpart hat auch mir gegenüber gesagt und auch anderen gegenüber gesagt, daß er ein Interesse daran hätte, daß auf dem Marktplatz, auf dem Rathaus-Markt, eine Veranstaltung stattfinden würde, in nun wirklich deutlichem Abstand zum Weserstadion, und daß ihm daran läge, daß diese Veranstaltung auch wirklich sozusagen mit Menschen gefüllt sei und sich nicht nur ein paar versammelten und die übrigen alle zum Weserstadion ziehen.“

(D) In diesem Sinne, diese nun wirklich erkennbar friedliche Veranstaltung wirklich zu vermeiden, die direkte Berührung mit der Weserstadion-Veranstaltung und den Polizisten, die diese Weserstadion-Veranstaltung schützen, darum ging es ihm. Er wollte gern die Demonstration größer machen, und darum ging es auch bei dem Telefongespräch.

Ich werde in diesem Zusammenhang, wenn es in der Debatte darauf ankommt, Ihnen weitere Belege aus den Vernehmungen darstellen können, die eindeutig feststellen, daß hier das nachher erklärte und von der Ausschlußmehrheit übernommene Vermitt-

- (A) lungenanliegen nicht stattgefunden hat, sondern daß es sich um eine Vermehrung, Vergrößerung einer Demonstration gegen eine Maßnahme des Senats gehandelt hat.

Nun lassen Sie mich zum Kernproblem dieses Bereiches kommen!

(Glocke)

Ich fasse mich kurz. Ich habe im Schlußbericht meiner abweichenden Voten eine andere Würdigung über die Wertung oder über die Tätigkeit, über die Stellung und über die Haltung des Bürgermeisters herausgefunden.

Ich möchte diese Bewertung des Bürgermeisters Koschnick der Kürze wegen wie folgt wertend zusammenfassen: Mir hat sich die Situation des Bürgermeisters, nachdem er zu Anfang hinter der Veranstaltung mit allem Drumherum gestanden hat, als ein Spiegelbild des Verlustes an Autorität im Laufe der Diskussion in seiner Partei, als der Mangel an Fähigkeit, die politische Richtung gegen seine Partei, gegen Gruppierungen in seiner Partei durchzusetzen, dargestellt, und ich komme zu dem zusammenfassenden Schluß, Herr Bürgermeister Koschnick,

(Zuruf von der CDU: Der ist nicht da!)

man hat Sie — er hört es, nehme ich an —, man hat den Bürgermeister im Regen stehen lassen! Der Bürgermeister ist im Regen stehengeblieben mit einem ganz kümmerlichen, unter Kompromissen ausgehandelten Beschluß des Senats, wie wir aus der „FAZ“ entnehmen, angeblich sogar unter Heranziehung einer Rücktrittsdrohung. Ihm ist es lediglich noch gestattet worden vom Senat, er selbst dürfe die Veranstaltung positiv nach außen hin vertreten.

(B)

Der Bürgermeister war dann selbst, als es darum ging, die gesamte Veranstaltung, so der Senatsbeschluß, positiv zu vertreten, auch dazu nicht mehr in der Lage. Er hat versucht, doppelstrategisch mit zweierlei Zungen, mit tiefsinnigen Unterscheidungen zwischen Zapfenstreich einerseits und Gelöbnisveranstaltung andererseits, sich aus der Ecke zu lavieren. Herr Bürgermeister Koschnick, Ihnen ist das nicht gelungen!

Wir haben das Problem in diesem Bereich zusammenfassend wie folgt zu sehen: Wenn es dem Bürgermeister in dieser Stadt nicht möglich ist, seine Senatoren hinter eine Entscheidung des Senats, hinter seinen politischen Willen zu binden, sie anzubinden an eine einheitliche Willenserklärung des Senats — wie die Verfassung übrigens vorschreibt, er hätte einen Gesamtbeschluß des Senats herbeiführen müssen, gegen diese Verfassungsbestimmung ist verstoßen worden, denn es gab divergierende Meinungen im Senat —, dann hat sich auch dieser Bürgermeister zu fragen, ob er noch, und darauf legt er ja Wert, nach außen hin akquirieren kann die Leistungen der unendlich vielen Bürger in diesem Lande, die nachweislich noch Leistungen erbringen,

ob er sich dies noch weiter auf die Fahne schreiben kann.

Ich bin der Auffassung, dieses Beispiel belegt, daß auch Bürgermeister Koschnick nicht mehr in der Lage ist, die Exekutive dahin zu bringen, wohin er sie bringen muß nach der Verfassung, nämlich in eine Situation, die unsere Sicherheit, unsere Möglichkeiten, gemeinsam miteinander auszukommen, und unsere Möglichkeiten, uns frei zu bewegen, sicherstellt. Diese Voraussetzungen sind nicht mehr erfüllt, wenn der Bürgermeister nicht die Folgerungen, die heute hier aufzuzeigen sind, ernst nimmt und seinen Senatoren nahelegt, die dazu notwendigen Konsequenzen zu ziehen, damit er wieder den Rücken frei bekommt, um exekutiv handeln zu können, um sich gegen seine Partei, gegen die Gruppierung durchsetzen zu können. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei den Berichterstattern für ihren Bericht bedanken. Ich möchte ebenfalls Dank sagen für die zügige Durchführung und allen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, allen, für ihre umfassende Tätigkeit Dank sagen.

(Beifall bei der FDP)

In den Dank schließe ich auch alle Mitarbeiter ein, die mitgeholfen haben, daß der Bericht so schnell vorgelegt werden konnte.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich rede nicht zur Sache! Ich wollte mich nur eben bei Herrn von Schönfeldt entschuldigen, Graf Lambsdorff hatte angerufen, hatte mich herausgerufen. Ich nehme an, daß ein FDP-Mann dies versteht.

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion vom 11. Juli erstatte ich einen Zwischenbericht der Abgeordneten Bortscheller, Pflugradt, Bürger und Klein zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Einen Bericht ohne Auftrag!)

einen Zwischenbericht, der sich stützt auf die derzeitigen Erkenntnisse über die Ereignisse im Weserstadion am 6. Mai 1980 aufgrund der Ermittlungen im Untersuchungsausschuß, der dem Untersuchungs-

- (A) ausschuß zugeleiteten Unterlagen beteiligter Behörden und anderen öffentlich zugänglichen Materials.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, die Vorlage eines abschließenden Berichts zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit der öffentlichen Gelöbnisveranstaltung von Soldaten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 erscheint uns, den ehemaligen Mitgliedern der CDU in dem am 21. Mai 1980 gebildeten Untersuchungsausschuß, nicht gerechtfertigt in Anbetracht der noch offenen Fragen, der nicht durchgeführten Vernehmungen, des Zeitdrucks der Verhandlungen und des Fehlens der restlichen Protokolle.

Diese Meinung wird dadurch bestätigt, daß der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages als Untersuchungsausschuß nach Artikel 45 a Absatz 2 des Grundgesetzes noch eine Vielzahl von Beweisen erheben wird zu Komplexen, die im Untersuchungsausschuß der Bremischen Bürgerschaft bisher noch nicht behandelt wurden und angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse für eine Beweiserhebung und -würdigung auch nicht vorgesehen waren.

- (B) Die Mitglieder der CDU in dem am 21. Mai gebildeten Untersuchungsausschuß bedauern, daß von den Vertretern der Fraktionen der SPD und FDP dennoch schon ein abschließender Bericht vorgelegt worden ist. Die Vertreter der CDU sind daher gezwungen, zu den derzeitigen Erkenntnissen über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem feierlichen Gelöbnis von Rekruten der Bundeswehr im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 einen Zwischenbericht vorzulegen. Dieser stützt sich auf die Ermittlungen im Untersuchungsausschuß, die diesem zugeleiteten Unterlagen beteiligter Behörden und anderes öffentlich zugängliche Material.

Meine Damen und Herren, eine politische Bewertung werde ich bei diesem Bericht noch nicht vornehmen. Das bleibt dem Sprecher der CDU-Fraktion später vorbehalten.

Zunächst zu dem Verhalten von Herrn Bürgermeister Koschnick! Herr Bürgermeister Koschnick hat nach Beratungen zwischen der Senatskanzlei, Senator Fröhlich, anderen Bremer Behörden und Dienststellen sowie Vertretern und Dienststellen der Bundeswehr, die am 8. Januar 1980 begannen, dem Bundesminister der Verteidigung mit Schreiben vom 11. April 1980 mitgeteilt, „daß die Freie Hansestadt Bremen der am 6. Mai 1980 vorgesehenen repräsentativen Veranstaltung der Bundeswehr zustimmt“. Dennoch hat sich der Senat zu keiner Zeit mit dieser Veranstaltung solidarisiert. Vielmehr haben sich sowohl der Bürgermeister als auch einzelne Senatoren davon oder von Teilen distanziert und/oder Maßnahmen dagegen in ihrem Verantwortungsbereich zugelassen oder gefördert.

(C) Mit Vermerk vom 5. März 1980 hatte Regierungsrat Kranz von der Senatskanzlei Bürgermeister Koschnick darüber informiert, daß ein Großer Zapfenstreich Teil der vorgesehenen repräsentativen Veranstaltung der Bundeswehr sein werde. Bürgermeister Koschnick erklärte sich am gleichen Tage damit handschriftlich einverstanden, stimmte der ausdrücklich als repräsentativ bezeichneten Veranstaltung für die Freie Hansestadt zu und ließ den Senat am 28. April 1980 beschließen, er werde zu der Veranstaltung einschließlich des im Senatsbeschluß ausdrücklich erwähnten Großen Zapfenstreichs positiv Stellung nehmen.

Dennoch, meine Damen und Herren, distanzierte sich Bürgermeister Koschnick ausweislich einer Meldung der „Nordsee-Zeitung“ vom 29. April und bezeichnete „Vereidigung mit Großem Zapfenstreich und Fackelzug als vordemokratisches Zeremoniell“. Er trug damit entscheidend zur weiteren Verunsicherung der durch zahlreiche Stellungnahmen von SPD-Gliederungen und -Arbeitsgemeinschaften aufgeschreckten Öffentlichkeit bei. Das wiegt um so schwerer, als gerade Bürgermeister Koschnick ohne vorherige Absprache im Senat der Durchführung dieser Veranstaltung in Bremen zugestimmt hatte.

In Gegenwart von Bürgermeister Koschnick und aufgrund seiner einführenden Bemerkungen beschloß der SPD-Landesvorstand am 27. April 1980 hinsichtlich der für den 6. Mai vorgesehenen Veranstaltung, daß — ich zitiere — „überholte vordemokratische Traditionsrituale abgebaut werden müssen“. Es wurde sogar — wieder wörtlich — „erwartet, daß die Veranstalter der Vereidigung am 6. Mai diese Auffassung zum Ausdruck bringen“.

(D) Meine Damen und Herren, diese Erwartung des SPD-Landesvorstandes war vor allem an Bürgermeister Koschnick gerichtet, da spätestens seit dem Telegramm vom Bundesverteidigungsminister Apel an den SPD-Unterbezirk Bremen-Ost vom 23. April feststand, daß die Bundesregierung voll hinter Form und Inhalt der öffentlichen Gelöbnisfeier stand. Durch seine in der „Nordsee-Zeitung“ wiedergegebenen Äußerungen, die er in seiner Vernehmung vor dem damals noch verfassungsgemäß zusammengesetzten Untersuchungsausschuß am 11. Juni 1980 vertieft hat, kam Bürgermeister Koschnick dieser Erwartung nach.

Aus diesen bisherigen sicheren Feststellungen ziehe ich namens der Kollegen im Untersuchungsausschuß von der CDU-Fraktion folgendes Fazit: Bürgermeister Koschnick stimmte zwar der Durchführung der öffentlichen Gelöbnisfeier zu, konnte aber nicht den von ihm geführten Senat überzeugen und ist unter dem Druck seiner in Teilen auch gegen die Bundeswehr als solche eingestellten Partei öffentlich von einem von ihm zuvor gebilligten Teil der öffentlichen Gelöbnisfeier abgerückt. Aus politischer Schwäche hat er damit die Demonstrationen begünstigt und die Öffentlichkeit verunsichert.

(Beifall bei der CDU)

(A) Damit hat er in einer für das Ansehen des Landes Bremen entscheidenden Frage als Regierungschef kläglich versagt.

Hinzu kommt, meine Damen und Herren, daß Bürgermeister Koschnick die Sicherung der öffentlichen Gelöbnisfeier frühzeitig zur Senatssache hätte machen müssen. In Anbetracht ausreichender Hinweise auf mögliche gewalttätige Auseinandersetzungen, zum Beispiel Berichte der Sicherheitsbehörden, Diskussionsstand in der SPD und SPD-Fraktion sowie der ständigen Beteiligung der Senatskanzlei an allen vorbereitenden Besprechungen, hätte Bürgermeister Koschnick die sich anbahnenden Ereignisse in ihrer Tragweite erkennen müssen. Daher treffen ihn als Chef der Landesregierung die gleichen Vorwürfe wie seinen Innensenator, worauf ich später noch zu sprechen kommen werde.

Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß Bürgermeister Koschnick beziehungsweise die Senatskanzlei mehrfach von verschiedenen Bonner Stellen und Mitgliedern der Bundesregierung auf die zu befürchtenden gewalttätigen Auseinandersetzungen hingewiesen wurden. Dieser Komplex konnte wegen der Ablehnung der Einvernahme von Zeugen nicht aufgeklärt werden.

(B) Zu Herrn Senator Dr. Scherf treffen wir folgende Feststellungen: Herr Senator Dr. Scherf hat entgegen seiner Verpflichtung zur Solidarität mit dem Senat und zur Treue zu den verfassungsmäßigen Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland, zu denen auch die Bundeswehr gehört, im Rahmen der Vorbereitung einer Demonstration gegen die Gelöbnisfeier aktiv mitgewirkt, denn Senator Dr. Scherf bemühte sich darum, der DGB solle der DGB-Jugend grünes Licht für die Teilnahme an der Demonstration geben, die unter anderen von den Jungsozialisten, dem Sozialistischen Hochschulbund sowie orthodox orientierten linksextremen Gruppen wie Deutsche Kommunistische Partei, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner, Deutsche Friedensunion getragen wurde.

Meine Damen und Herren, damit hätte sich das Störpotential angesichts von 20 000 Mitgliedern der DGB-Jugend beträchtlich erhöht. Es wäre ein starker Sog auf bisher unbeteiligte Jugendliche zur Teilnahme an der Demonstration ausgeübt worden. Damit hat Senator Dr. Scherf sich an der Vorbereitung der Demonstration gegen die aufgrund einer Entscheidung von Bürgermeister Koschnick in Bremen durchgeführte öffentliche Gelöbnisfeier beteiligt!

(Beifall bei der CDU)

Die Anwesenheit von Senator Dr. Scherf am Osterdeich mußte darüber hinaus als Ermutigung der Demonstranten von diesen aufgefaßt werden.

Was seine konkreten Äußerungen betrifft, steht Aussage gegen Aussage. Der Aussage des Belastungszeugen steht die einer SPD-Bürgerschafts-

abgeordneten gegenüber. Da im Falle der widersprüchlichen Aussagen der Zeugen Diekmann und Parpart auf eine Beweiswürdigung verzichtet wurde, ist eine Beweiswürdigung zur Entlastung von Senator Dr. Scherf in diesem Fall völlig unverständlich. Hinzu kommt, daß derjenige, der sich nicht richtig erinnern kann, schon nach den Gründen der Logik nichts auszuschließen vermag.

(Beifall bei der CDU)

Spätestens seit dem 1. Mai 1980 war darüber hinaus Senator Dr. Scherf in der Rolle eines Kritikers und Verunsicherers der Polizei. An diesem Tag war ein nicht genehmigtes Straßenfest vor dem Haus der Naturfreundejugend wegen Verkehrsbehinderungen aufgelöst worden. Dazu hatte er, ohne sich vorher über die Situation ausreichend zu informieren, ausgeführt, „die Jugendarbeit wird durch Polizeieinsätze aufs Dramatischste gefährdet“, und „daß hier durch einen Polizeieinsatz dieser Teil der Jugendarbeit zusammengeprügelt worden ist“.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Für die Senatssitzung am 5. Mai 1980 verlangte er strenge Untersuchung der Vorfälle, obwohl es seine Aufgabe gerade als Jugend senator gewesen wäre, so die Gewerkschaft der Polizei, ich zitiere, „den Jugendlichen klarzumachen, daß sie genauso wie erwachsene Bürger polizeiliche Ge- und Verbote zu beachten und zu befolgen hätten“.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die GdP weiter feststellt, durch ein Transparent am Haus der Naturfreundejugend — „Was macht die Polizei am 6. Mai“ — sei die Konfrontationsrichtung deutlich zum Ausdruck gekommen, so gilt das auch für die Reaktion von Senator Dr. Scherf auf den Polizeieinsatz. Diese hatte zu einer entscheidenden Verunsicherung der Polizei geführt, so daß der Polizeipräsident in einer „Aktuellen Information des Stadt- und Polizeiamtes“ vom 5. Mai 1980 an alle Polizeibeamten unter Hinweis auch auf Senator Dr. Scherf erklärte, ich wiederhole wegen der großen öffentlichen Bedeutung diese Erklärung, ich zitiere:

„Da fordert man Untersuchungsausschuß, Bericht, Rechtfertigung, fast Selbstanklage, und da gefährden Polizeieinsätze die Jugendarbeit. Gleichzeitig erwartet man von der Polizei Versachlichung und emotionsfreies Handeln, bringt aber eigene Emotionen ideologisch garniert um so stärker ins Spiel. Ich bestreite nicht,“ — sagt Polizeipräsident Diekmann — „daß wir uns nach rechtsstaatlichem Handeln fragen lassen müssen. Ich bestreite aber jedem, auch Politikern, die es sind oder zu sein vorgeben, das Recht, uns in Wortwahl und Tendenz ohne Beweisaufnahme zu verurteilen. Ich wehre mich gegen die Scheinheiligkeit mancher Moralisten.“

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Ich fahre im Zitat fort: „Weil es so ist, muß ich alle Beamten bitten, bleiben Sie bei den kommenden Ereignissen kühl, überziehen Sie nicht, vertrauen Sie sich selbst und Ihrem Können, lassen Sie sich nicht provozieren, reagieren Sie nicht so, wie man möchte, daß Sie reagieren! Wir dürfen nicht fragen, wie hätten Sie es denn gern, unser Handeln wird vom Gesetz diktiert.“

(Beifall bei der CDU)

Einen schlagenderen Beweis für die Verunsicherung der Polizei kann es nicht geben, meine Damen und Herren. Ich ziehe aufgrund dieser derzeitigen gesicherten Erkenntnisse folgendes Fazit in bezug auf Herrn Senator Dr. Scherf: Senator Dr. Scherf, der die Bundeswehr grundsätzlich ablehnt und ein sachlich nicht gerechtfertigtes Mißtrauen gegen die Polizei hegte, hat versucht, die Zahl der Demonstranten zu vermehren. Er hat die Polizei entscheidend verunsichert, durch seine Anwesenheit am Osterdeich während der Krawalle die Demonstranten ermutigt und damit gegen die vom Senat offiziell getragene öffentliche Gelöbnisfeier gehandelt.

(Beifall bei der CDU — Senator Dr. Scherf: Das hat doch alles schon im „Weser-Report“ gestanden!)

(B) Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einem Komplex, der noch nicht hinreichend ermittelt worden ist. Die im Zusammenhang mit Senator Dr. Scherf festgestellte Pflicht zur Solidarität mit dem Senat und zur Treue zu den verfassungsmäßigen Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland gilt auch für alle anderen Senatoren. In einer Reihe von Behörden, Dienststellen und Einrichtungen wurden Flugblätter und Aufrufe zur Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen gegen die öffentliche Gelöbnisfeier ausgehängt und verteilt. Die jeweiligen Senatoren tragen die politische Verantwortung dafür, wenn in Behörden, Dienststellen oder Einrichtungen ihres Ressorts Maßnahmen gegen die ungestörte Durchführung der feierlichen Gelöbnisveranstaltung vorbereitet oder zur Teilnahme an Gegenmaßnahmen aufgerufen wurde.

Die Genehmigungsverfahren sowie die jeweilige Verantwortung für die Verbreitung von Aufrufen und Flugblättern zur Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen gegen die öffentliche Gelöbnisfeier in verschiedenen Behörden, Dienststellen und Einrichtungen mehrerer Ressorts konnte wegen der Nichteinvernahme von Zeugen nicht abschließend geklärt werden.

Meine Damen und Herren, nun zu Herrn Senator Fröhlich! Ich darf hier das Fazit vorwegnehmen. Wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Senator Fröhlich hat die ihm obliegenden politischen Führungsaufgaben im Bereich der inneren Sicherheit nicht erfüllt. Aus politisch-opportunistischen Gründen hat er diese Aufgaben auf die Sachbearbeiter

und Referentenebene abgeschoben und sich noch nicht einmal rechtzeitig die nötigen Kenntnisse über die Sach- und Rechtslage verschafft. Hätte er das getan, hätte er ein Verbot der Demonstrationen erwirken müssen. Darüber hinaus trägt er die politische Verantwortung für die Mängel bei der Planung und Durchführung des Polizeieinsatzes sowie die mangelhafte Ausrüstung der Polizei. Fast 300 verletzte Polizisten haben die Folge des Fehlverhaltens zu spüren bekommen. (C)

Senator Fröhlich verwies in den Vernehmungen vor dem Untersuchungsausschuß immer wieder auf die ihm unterstellten Beamten, da er wichtige Sachverhalte nach seinen Aussagen nicht kannte. Senator Fröhlich hat sich über die Anmeldungen von Demonstrationen nicht rechtzeitig informiert. Überlegungen über ein Demonstrationsverbot hat er nie angestellt. Trotz einer Äußerung des Polizeipräsidenten, das, was an Demonstrationen bevorstehe, sei „fürwahr für die Polizei ein phantastisches Szenario“, hat Senator Fröhlich nicht die erforderlichen Maßnahmen veranlaßt. Er hat auch nicht dafür Sorge getragen, daß das Landesamt für Verfassungsschutz zur Abschlußbesprechung hinzugezogen wurde.

Auch der Beschluß des SPD-Landesvorstandes zum 27. April 1980 enthielt einen deutlichen Hinweis auf „Demonstrationen, die auf undemokratische und gewalttätige Auseinandersetzungen angelegt sind“. Ausweislich eines Berichts der „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Mai 1980 erklärte der SPD-Landesvorsitzende Kunick in diesem Zusammenhang, ich zitiere: (D)

„Die Jungsozialisten sind mehrere Tage vor der Nato-Feier zu mir gekommen und haben mir ihre Sorgen vorgetragen, die Demonstration könnte von Politrockern umfunktioniert werden und entgegen der Absicht der Veranstalter aus den Fugen geraten.“ Er habe daraufhin seinem Parteifreund, Innenminister Fröhlich, die Bedenken der Jusos und seine eigenen vorgetragen. Fröhlich seien auch, so Kunick, Verlegungsvorschläge unterbreitet worden. Der Senator habe jedoch erklärt, von der Demonstration gehe keine Gefahr aus. Sie könne vor den Weserterrassen in Stadionnähe stattfinden.“

Das entspricht, meine Damen und Herren, im übrigen der Intervention des Juso-Landesvorsitzenden Parpart beim Polizeipräsidenten. Hier steht zwar Aussage gegen Aussage, da jedoch die Aussage des Zeugen Parpart in einem gewissen Widerspruch zu einer in der Presse wiedergegebenen früheren Äußerung von ihm stand, bedarf es hier einer weiteren Aufklärung.

Am 30. April 1980 beschloß die SPD-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft eine „neue Demonstrationskonzeption“. Die Tatsache, daß in der SPD-Fraktion über Demonstrationskonzeptionen beraten und beschlossen wurde, macht deutlich, daß dort die Dimension der bevorstehenden Demonstrationen und ihrer möglichen Folgen erkannt worden waren. Zu klären

(A) ist unbedingt, welche Inhalte die Konzeption hatte und wie weit Senator Fröhlich daran beteiligt war.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Hätten Sie doch klären können!)

Einen weiteren Hinweis auf geplante Gewalttätigkeiten enthielt der wenig später wieder zurückgezogene Antrag, und zwar der entsprechende Entschließungsantrag der SPD-Fraktion vom 5. Mai 1980. Es wurde schon am Tage vorher, ich zitiere, „begrüßt, daß sich die Bremer Bevölkerung nicht an einer Demonstration beteiligt hat, die auf undemokratische und gewalttätige Auseinandersetzungen angelegt war“.

Meine Damen und Herren, wenn die SPD-Fraktion selbst von einer auf gewalttätige Auseinandersetzungen angelegten Demonstration ausging, so ist zu klären, warum nicht auch Senator Fröhlich mit gewalttätigen Auseinandersetzungen rechnet!

Um so unverständlicher ist in diesem Zusammenhang, wenn der Mehrheitsbericht der SPD des Untersuchungsausschusses feststellt, ich darf zitieren: „Von Anfang an während der gesamten Vorbereitungsphase bis zur Durchführung der Gelöbnisfeier am 6. Mai war sichergestellt, daß Senator Fröhlich über alle wesentlichen, insbesondere sicherheitsrelevanten Fakten stets rechtzeitig und umfassend unterrichtet war.“

(B) Meine Damen und Herren von der SPD, das steht im Widerspruch zu den Ermittlungen, das steht im Widerspruch zur vereidigten Aussage von Herrn Senator Fröhlich. Was soll eine solche Feststellung, wenn er selbst erklärt hat, daß er von der Anmeldungslage, daß er vom Anschluß der Demonstration und daß er vom Kundgebungsort an den Wesertennisplätzen dort beim Tor 2 keine Ahnung gehabt hat!

(Beifall bei der CDU — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Entweder ist diese Feststellung in Ihrem Mehrheitsbericht Ausdruck nicht mehr zu überbietender Schlurigkeit,

(Abg. Stichweh [SPD]: Über Schlurigkeit unterhalten wir uns gleich noch!)

oder Sie wollen ihm, dem Herrn Senator Fröhlich, eine objektive Falschaussage unterstellen. Beides ist unververtretbar!

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend, nachdem ich diesen Zwischenbericht erstattet habe, noch zurückkommen auf eine Basislegende, die uns vorgehalten wird zur Verschleierung der erheblichen Verkürzung der Minderheitenrechte. Diese Basislegende babylonischen Ausmaßes,

(Lachen bei SPD, FDP und BGL)

(C) eine durchsichtige Notlüge, ist dadurch gekennzeichnet, daß immer wieder wiederholt wird, von unseren Beweisanträgen seien acht Zeugen vernommen worden. Ich erkläre hier eindeutig, das ist die Unwahrheit. Von unseren Beweiskomplexen sind lediglich zwei Zeugen vernommen worden, und zwar die Zeugen Parpart und Buchmann. Und das nachträglich nicht aufgrund besserer Einsicht, sondern weil Sie nach der Ablehnung auch dieser Zeugen, auch dieser Beweisanträge durch öffentliche Ereignisse dazu gezwungen worden sind!

(Beifall bei der CDU — Abg. Wilken [SPD]: Buchmann haben Sie gar nicht genannt!)

Daß Sie diese schier babylonische Notlüge immer wieder wiederholen, wirft ein Schlaglicht auf das hohe Maß von Unwahrheit Ihres Mehrheitsberichts! — Ich darf mich bedanken!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

(D) Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir haben heute parlamentarische Bilanz zu ziehen über den Ablauf, die Verantwortlichkeiten und die Konsequenzen aus den Geschehnissen am 6. Mai, bei deren blutigen Krawallen 250 Polizeibeamte verletzt, das Ansehen Bremens beschädigt und die Bemühungen um ein verständnisvolles Miteinander von Bürgern mit und ohne Uniform schwer gestört worden sind.

Die Wunden, die dieser Tag geschlagen hat, werden sicher noch lange nicht vernarbt sein, wenn der heute zu debattierende Untersuchungsbericht schon längst als Archivmaterial in irgendwelchen Aktenschränken anstaubt. Wir können hier nur wenig wiedergutmachen. Wir können und müssen bemüht sein, die Folgen zu lindern, aber was geschehen ist, das ist geschehen. Bei aller Rückschau auf die Ereignisse muß darum heute gefragt werden: Wie kann verhindert werden, daß sich ein solcher 6. Mai in Bremen wiederholt? Was da zu geschehen hat, das wird in dem Bericht des Untersuchungsausschusses und insbesondere in den abweichenden Stellungnahmen meines Fraktionskollegen Ernst von Schönfeldt offenkundig.

Die FDP, meine Damen und Herren, hat diesen Untersuchungsausschuß nicht gewollt. Wir hätten es begrüßt, wenn der Senat am 21. Mai in diesem Haus alle unsere zehn Fragen und die Zusatzfragen lückenlos und zweifelsfrei beantwortet und Konsequenzen dargelegt hätte. Der Senat hat das nicht getan, ich habe das in jener Sitzung bedauert, ich bedauere das heute wieder. Vieles wäre sicher einfacher gewesen, wenn der Senat damals auf unsere Fragen nicht gemauert hätte.

Der vorliegende Bericht zeigt nach unserer Auffassung, daß der Ausschuß gründliche Arbeit ge-

(A) leistet hat. Den Sachverhalt, den er zu untersuchen hatte, hat er restlos aufgeklärt.

(Beifall bei der FDP)

Darum schließe ich mich auch der Bewertung unseres Mitglieds im Ausschuß an, daß der Knochen jetzt abgenagt sei,

(Abg. Neumann [CDU]: Da würde sich manche Suppe noch freuen!)

wobei ich, weil wir darüber schon mehrfach gesprochen haben, auf die Obstruktionspolitik der CDU mit ihrer Politik der leeren Stühle nicht nochmals ausführlich eingehen will.

Vielleicht nur eine Bemerkung dazu: Empfinden Sie nicht Ihre Politik selbst als schizophren, meine Damen und Herren von der CDU? Auf der einen Seite bejammern Sie, daß hier ein Abschlußbericht vorgelegt wird, obwohl der Verteidigungsausschuß mit seiner Arbeit noch längst nicht fertig ist, auf der anderen Seite legen Sie selbst ein als Zwischenbericht bezeichnetes Papier vor, in dem Sie schon ganz genau beschreiben, was mißlungen ist und wer die Verantwortlichen sind.

(Abg. Neumann [CDU]: Einiges kann man schon erkennen!)

(B) Im wesentlichen haben Sie das abgeschrieben von dem Minderheitenvotum des Herrn von Schönfeldt, das ist wohl wahr.

(Beifall bei der FDP — Abg. Stichweh [SPD]: Aber schlecht abgeschrieben!)

Also, das wissen Sie schon ganz genau! Wenn Sie nun aber schon alles wissen, meine Damen und Herren, was wollen Sie dann eigentlich noch erfahren?

(Abg. Neumann [CDU]: Das sagen wir Ihnen!)

Wenn Sie für sich in dieser ganzen Angelegenheit noch etwas retten wollen, dann kann man Ihnen eigentlich nur empfehlen: Zeigen Sie sich doch einmal als Partei der Nächstenliebe! Sagen Sie Ihren Parteifreunden in Bonn, daß die Angelegenheit sich erledigt habe!

(Abg. Neumann [CDU]: Da sind wir ganz anderer Auffassung! Dann fragen Sie einmal Ihre Freunde in Bonn!)

Sie sparen damit allen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses in Bonn viel Arbeit und Zeit, Sie ermöglichen ihnen doch noch vernünftige Sommerferien und sparen nicht zuletzt dem Steuerzahler eine Menge Geld.

(Beifall bei FDP und SPD)

Bevor ich, meine Damen und Herren, zu einzelnen Punkten unserer Bewertung komme, gestatten Sie

(C) mir einige Anmerkungen zu den Wertungen der SPD-Mitglieder im Untersuchungsbericht!

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Lahmann, meine Damen und Herren!

Abg. Lahmann (FDP): Danke sehr, Herr Präsident!

Wer den Sachverhalt im Untersuchungsbericht liest, der muß feststellen, daß die SPD-Mitglieder in dem Ausschuß offenbar den Sachverhalt im Interesse ihrer Partei verniedlicht haben. Da wird zwar hier und da etwas zu erwägen gegeben, klare Stellungnahmen bei der Beurteilung des Verhaltens und der Verantwortlichkeiten einzelner Senatsmitglieder aber findet man nicht. Weder konnten sich die SPD-Vertreter der nach unserer Auffassung klaren und schlüssigen Kritik von Senator a. D. Dr. Graf anschließen, noch waren sie gewillt, wenigstens das zu übernehmen, was Bürgermeister Koschnick in seiner Schlußvernehmung aus diesen Vorfällen gelernt hat, daß nämlich in Zukunft in bestimmten Bereichen besser koordiniert, informiert und gearbeitet und vom Senat eindeutige Positionen gemeinsam vertreten werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

(D) Nun bin ich nicht so naiv zu glauben, daß die SPD gegen den von ihr gestellten Senat mit schwerem Geschütz auffahren würde. Daß man aber in diesem Umfang und bei diesen Fakten nur mit Samthandschuhen gleichsam streichelt, also wertet, das sollte nicht nur der SPD-Fraktion insgesamt zu denken geben, die doch immer Wert darauf legt, ebenfalls parlamentarische Kontrolle der Regierung zu sein, vielmehr macht es die Position all derjenigen, und dazu zählen wir uns auch, nicht einfacher, für die die Gewaltenteilung mehr ist als nur ein Schlagwort.

(Beifall bei der FDP)

Fazit: Bei der SPD haben Parteiinteressen mit Rücksicht auf Flügel- und Gruppeninteressen die Wahrheit leicht vernebelt und klare Konsequenzen unseres Erachtens verhindert.

(Beifall bei der FDP)

Der Untersuchungsausschuß war deshalb in erster Linie ein Instrument der Opposition. Weil das so ist, war es auch richtig und war es wichtig, daß die Vertreter der FDP im Untersuchungsausschuß geblieben sind. Die FDP hat durch ihre Vertreter in dem Minderheitenvotum an entscheidender Stelle wirksame parlamentarische Kontrolle ausgeübt,

(Beifall bei der FDP)

und ich möchte deswegen unseren Mitgliedern dafür noch einmal ganz ausdrücklich danken.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

(A) Wir kennen alle, meine Damen und Herren, aus der Presse die Konsequenzen, die die FDP-Fraktion in diesem Fall für erforderlich hält. Ich habe in den vergangenen Tagen mehrfach gehört und gelesen, wie Sie auch, daß diese Konsequenzen überraschend gekommen seien. Dazu kann ich nur sagen: Überrascht können nur diejenigen sein, die gründlich mißverstanden haben, warum die FDP nach dem Auszug der CDU im Untersuchungsausschuß geblieben ist. Wir haben den Schritt der CDU nicht mitvollzogen, weil wir ihn in der Sache für nicht gerechtfertigt halten und weil wir überdies davon überzeugt sind, daß eine Politik der leeren Stühle letzten Endes immer nur in eine Sackgasse führt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das Verhalten der CDU in den letzten Wochen hat dies wohl auch dem letzten Zweifler klargemacht.

(Beifall bei der FDP — Abg. Neumann [CDU]: Das sehen wir anders!)

Aber wir haben uns, die FDP hat sich zu keiner Zeit, wie die CDU das so gern behauptet, an die SPD herangedrängt. Wir waren nicht im Schlepptau der SPD! Wir waren nur deshalb als einzige Oppositionsfraktion bis zum Abschluß in dem Ausschuß vertreten, weil die CDU diesen Ausschuß im Stich gelassen hat.

(B) (Abg. Gassdorf [CDU]: Warum erwähnen Sie das denn noch?)

Wir haben uns auch in diesem Ausschuß immer unsere Unabhängigkeit bewahrt, und wenn nun einer meint, wir hätten die SPD an der Nase herumgeführt, dann muß man ihm antworten, daß ein gemeinsames Verfahren eine Sache ist, die Inhalte und Wertungen dieses Verfahrens aber eine andere. Der Vertreter der FDP im Untersuchungsausschuß hat von Anfang bis Ende mit klarer Linie an der objektiven Aufklärung des Sachverhalts gearbeitet und auch Wertungen vorgenommen.

Bei den Sachverhalten bestand weitgehend Einigkeit mit der SPD, bei den Wertungen dieses Sachverhalts nicht. Daß die FDP-Fraktion in Übereinstimmung mit ihrem Ausschußmitglied dann durch diese abweichenden Wertungen zu anderen Schlußfolgerungen kommt als die Mehrheit, das ist daher eine ganz schlichte und natürliche Konsequenz aus diesen Wertungen. Das ist keine Frage, wie der Kollege Neumann meint, der kalten Füße, das ist eine Frage der Logik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Zu Ihren Mutmaßungen, Herr Kollege Neumann, über unterschiedliche Meinungen in der FDP-Fraktion weise ich noch einmal darauf hin, daß wir in voller Übereinstimmung mit dem Ausschußmitglied zu diesen Konsequenzen gekommen sind. Ich kann nur sagen, Ihr Instinkt, der in diesem Fall auch noch

fehlgeleitet war, reicht eben nicht aus, um Politik zu machen.

(Beifall bei der FDP — Abg. v. Schönfeldt [FDP]: So ist das!)

Meine Damen und Herren, in allem Ernst, die FDP-Fraktion fordert die Senatoren Dr. Scherf und Fröhlich zum Rücktritt auf, weil wir damit ihre politische Verantwortung für Fehlverhalten ausdrücken wollen. Einen formellen Mißtrauensantrag konnte, wie Sie wissen, die FDP nach den Bestimmungen der Verfassung aus zeitlichen und aus zahlenmäßigen Gründen nicht stellen. Wir meinen allerdings, daß ein solcher Antrag eigentlich auch gar nicht nötig sein sollte, denn nach gutem demokratischen Brauch müßten die beiden Herren unserer Auffassung nach auch ohne einen solchen Antrag wissen, was zu tun ist.

Lassen Sie mich damit zu unseren Wertungen im einzelnen kommen, wobei ich mit dem Sicherheitsbereich beginne! Für die FDP-Fraktion besteht nach der Beweisaufnahme kein Zweifel daran, daß im Stadt- und Polizeiamt erhebliche Koordinationsmängel vorliegen, und das gilt insbesondere hinsichtlich der Einschaltung und Beteiligung der Verwaltungspolizei. Die Verwaltungspolizei ist zuständig für eventuelle Verbote von Demonstrationen und auch für die Genehmigung von Informationsständen. Es liegt auf der Hand, daß sich die Verwaltungspolizei über diese Fragen nur dann Gedanken machen kann, wenn ihr auch die notwendigen Informationen gegeben werden.

Tatsache aber ist, daß die Aufrufe und Flugblätter zwar jeweils vom MAD, vom Landesamt für Verfassungsschutz oder der Kriminalpolizei gesammelt wurden, diese Unterlagen wurden aber dem Entscheidungsträger nicht zugänglich gemacht, nicht nur das, statt dessen erfolgte ein mündlicher Hinweis der Schutzpolizei, es gebe keine Erkenntnisse, die zu einer Verbotserfügung Anlaß geben könnten.

Die Folge, meine Damen und Herren, war, anstatt die KBW-, BBA-Demonstration und den KBW-Informationsstand unmittelbar neben dem Weserstadion zu verbieten, wurde eine solche Ermessensabwägung auch dann nicht durchgeführt, als feststand, daß eine Vereinigung mit der anderen Demonstration beabsichtigt war und diese für agitatorische, auf die Verhinderung und Störung angelegte Zwecke mißbraucht werden sollte.

Die Verwaltungspolizei nahm die Anmeldung für die Demonstrationen und für den Informationsstand offenbar lediglich entgegen. Sie unterließ eine Verbotsprüfung und trug damit aufgrund des Informationsmangels unbewußt und sicher ungewollt erheblich dazu bei, daß es in unmittelbarer Nachbarschaft des Weserstadions zu einer solchen gefährlichen Ansammlung kam.

Erhebliche Versäumnisse sind darüber hinaus beim Landesamt für Verfassungsschutz festzustellen.

(A) Nicht nur der geringe Erkenntnisstand war unbefriedigend, auch die Qualität der Erkenntnisse. Insbesondere aber ist es aus unserer Sicht bedrückend, feststellen zu müssen, wie hilflos dieses Landesamt der Bremer linksradikalen Sponti-Szene gegenübersteht, über die sogar die Zeitung „Die Zeit“ mit genauen Intimkenntnissen berichtete. Der Sachbearbeiter im Amt jedoch erklärte: „Wir wissen so gut wie nichts.“

Meine Damen und Herren, um das ganz klar zu machen, solange es Kräfte gibt, die unseren Staat zerstören wollen, und die gibt es leider, brauchen wir einen Verfassungsschutz, aber wir brauchen einen, der wirkungsvoll arbeitet! Das scheint die Leitung des Amtes nicht sicherstellen zu können. Sofern die Leitung sich nicht imstande fühlte, die notwendigen Entscheidungen auch politisch durchzusetzen, müßte sie Alarm schlagen und schonungslos für ihre Sache eintreten.

(Beifall bei der FDP)

Angesichts der bei der Untersuchung zu Tage getretenen Mängel erscheint daher eine Neuorganisation sowie die Ablösung des verantwortlichen Amtseleiters geboten.

(B) Darüber hinaus hat die Einsicht in die Praxis dieses Amtes, vor allem die Ver- und Bewertung von Erkenntnissen und das Nichterkennen von Prioritäten, die Notwendigkeit der von der FDP in diesem Hause wiederholt geforderten parlamentarischen Kontrolle dieser Behörde bestätigt, denn, und auch das ist ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses, eine politische Kontrolle und Führung durch die senatorische Dienststelle, die bisher immer als ausreichend bezeichnet worden ist, hat in diesem Amt nicht stattgefunden und findet offenbar nicht statt.

Sowohl das Stadt- und Polizeiamt als auch das Landesamt für Verfassungsschutz fallen in den Zuständigkeitsbereich von Innensenator Fröhlich. Es muß festgestellt werden, daß an ihm wesentliche Informationen vorbeigelaufen sind. In seiner Schlußvernehmung am 26. Juni vor dem Untersuchungsausschuß spricht Senator Fröhlich nur von Befürchtungen, die man haben konnte. Die Fülle der Erkenntnisse, die vorlagen, über das, was geplant und beabsichtigt war: Die Journalisten piffen es von den Dächern, Entschuldigung, ich korrigiere mich, die Spatzen piffen es von den Dächern, sagen die Journalisten.

(Heiterkeit)

Die Jusos haben es kommen sehen, die Polizeibeamten ebenfalls, nur der Innensenator hat von all dem nichts gewußt, es sei denn, es stand etwas in der Zeitung.

Meine Damen und Herren, er hätte die korrekten und sachgerechten Entscheidungsabläufe im Stadt- und Polizeiamt sicherstellen und politisch abdecken

und das Landesamt für Verfassungsschutz gezielter ansetzen, politisch führen und kontrollieren müssen.

(Beifall bei der FDP)

Er hat aber die ihm obliegende notwendige Kontrolle und die politische Führung anderen überlassen. Er hat sich um die notwendigen Informationen nach Meinung der FDP-Fraktion zu wenig gekümmert und es unterlassen, die reibungslose Zusammenarbeit seiner Behörden sicherzustellen.

Innensenator Fröhlich hat immer wieder gesagt, er übernehme für seine Beamten die politische Verantwortung. Das spricht für seine menschliche Integrität. Es ist auch für uns, das will ich ausdrücklich hinzufügen, als Opposition nicht leicht, den Rücktritt eines Mannes zu fordern, den wir menschlich schätzen und mit dem wir sachlich und konstruktiv zusammengearbeitet haben.

(Beifall bei der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, so ist das, es gibt Fakten, und es gibt politische Verantwortlichkeiten. Die Fakten liegen im Stadt- und Polizeiamt und im Landesamt für Verfassungsschutz, und diese Fakten waren mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit ursächlich für das Ausmaß der Ausschreitungen am 6. Mai. Die politische Verantwortung für diese beiden Ämter liegt beim Innensenator Fröhlich. Diese politische Verantwortung und die Art und Weise, wie er sie beziehungsweise er sie nicht wahrgenommen hat, machen nach Auffassung der FDP-Fraktion seinen Rücktritt notwendig.

Die FDP-Fraktion fordert auch den Rücktritt von Senator Dr. Scherf. Herr Dr. Scherf will sich als linker Parteipolitiker profilieren, das ist sein gutes Recht. Als bremischer Senator aber hat er nach der Verfassung im Interesse des Gesamtwohls gewisse Spielregeln einzuhalten. Das ist ihm nach unserer Auffassung nicht gelungen, weder am 6. Mai noch bei zahlreichen Anlässen vorher.

Im Zusammenhang mit den Vorgängen am 6. Mai hat er versucht, so stellt das Minderheitsvotum fest, an der Vorbereitung einer Demonstration gegen die vom Senat beschlossene Gelöbnisfeier aktiv mitzuwirken. Der objektive und durch Zeugeneid bestätigte Wortlaut seines Telefongesprächs mit dem DGB-Landesvorsitzenden Drescher ohne einen Hinweis auf die von ihm nachträglich behaupteten Beweggründe sind von Herrn Drescher und konnten von Herrn Drescher auch nur als eine aktive Mitwirkung, als der Versuch einer aktiven Mitwirkung bei der Vorbereitung einer Demonstration verstanden werden.

Wenn Herr Dr. Scherf sagt, er habe auf diese Weise zugunsten einer Jugendorganisation vermitteln wollen, um ihr wieder eine Gesprächsebene mit ihren Ansprechpartnern zu geben, dann steht sein Verhalten damit nicht im Einklang.

(A) Er ist sogar aus eigenem Antrieb weitergegangen als der Juso-Vorsitzende Prapart erbeten hatte, denn statt sich für die Teilnahme nur eines Redners einzusetzen, hat er für die Teilnahme der gesamten Gewerkschaftsjugend geworben. Dies ergibt sich aus den Feststellungen des Minderheitenberichts, dem die FDP-Fraktion ausdrücklich zustimmt. Am Abend des 6. Mai, meine Damen und Herren, hat er sich nicht, wie nach den Feststellungen des Minderheiten-votums mit dem Polizeipräsidenten verabredet, hinter den Linien der Polizei aufgehalten, sondern, wie von vornherein beabsichtigt, auf der Gegenseite. Er hat damit gezeigt, und die FDP-Fraktion meint, er hat damit auch zeigen wollen, auf welcher Seite er steht. Er hat damit eher zu einer Ermutigung als zur Mäßigung der Demonstranten beigetragen.

Daß dies so verstanden werden muß, wird auch deutlich aus einer Aussage des Polizeipräsidenten, wenn er zur Anwesenheit von Dr. Scherf auf dem Osterdeich sagt, ich zitiere: „Jede gute Absicht, hilfreich zu wirken oder wirken zu wollen, wird von der Polizei begrüßt. Jede gute Absicht! Manchmal sind Absichten mit der Realität nicht verbindbar, das genügt, glaube ich.“

(B) Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch. Hier soll nicht der engagierte Wehrdienstverweigerer Scherf kritisiert werden, sondern das Mitglied des Kollegialorgans Senat wird gefragt, wie er es mit der Loyalität und Kollegialität zum Gesamtsenat, auch zum Bürgermeister, hält, der im Weserstadion sein politisches Waterloo erlebte, während er, Scherf, sich draußen profilierte und es auch nicht für notwendig befand, den zuständigen Innensenator von seiner Anwesenheit auf dem Osterdeich zu unterrichten, und dies alles vor dem Hintergrund, daß Scherf gegen die Gelöbnisveranstaltung war, obwohl der Senat sich für diese Veranstaltung ausgesprochen hatte.

(Beifall bei der FDP)

Zu diesem Verhalten am 6. Mai kommen weitere Fehlleistungen aus der Vergangenheit hinzu. Im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz in der Buchtstraße am 1. Mai hat Herr Dr. Scherf nach unserer Beurteilung leichtfertig und pauschal der Polizei vorgeworfen, sie hindere durch solche Einsätze die Jugendarbeit. Ohne eine Untersuchung der Vorfälle gemeinsam mit dem zuständigen Innenressort abzuwarten hat er damit zu einer erheblichen Emotionalisierung gegen die Polizei beigetragen. Wir fürchten, daß er einen Konflikt geschürt hat, anstatt ihn zu dämpfen.

(Beifall bei der FDP)

Des weiteren kommt hinzu seine Bemerkung über die Gang, mit der er führende Repräsentanten der Bundesrepublik, darunter den Bundespräsidenten und den Bundestagspräsidenten, als Gangster verunglimpft hat. Es kommt hinzu sein Auftritt in einer Stadthallengegenveranstaltung in unmittelbarer

(C) Nähe zu einer CDU-Kundgebung, wodurch er die Stimmung der jungen Leute eher aufheizte, anstatt sie zu entspannen und die Polizei in eine ähnliche Situation wie am 6. Mai brachte; auch damals waren erhebliche Verletzungen die Folge und Bremens Ruf in Zweifel geraten. Es kommt hinzu seine parteipolitische Polemik unter dem Schutz des Senats, wobei er Prozeßkosten für seinen Rechtsstreit auch noch der Staatskasse zumutete. Selbst wenn der Senat dies hundertmal angeboten hatte, das konnte und mußte der streitbare Parteipolitiker Scherf selbst aus eigener Tasche bezahlen.

(Beifall bei der FDP)

Diese Punkte zusammengenommen, meine Damen und Herren, ergeben aus der Sicht der FDP-Fraktion das Bild eines Senators, der für Bremen nicht länger tragbar ist. Parteipolitische Eskapaden und ideologisches Engagement eines Senators finden ihre Grenzen dort, wo dem Ansehen des von ihm repräsentierten Landes geschadet wird. Die Politik eines Jugendensors findet dort ihre Grenze, wo die Entscheidungen des Gesamtsenats unterlaufen werden um den Preis, sich womöglich bei einer Gruppe Jugendlicher anzubiedern. Beide Grenzen hat Senator Scherf mehrfach überschritten. Wir halten ihn deshalb für den Senat der Freien Hansestadt Bremen nicht länger für tragbar.

(D) Die Lage Bremens ist zu schwierig, als daß es sich Alleingänge und Eskapaden einzelner Senatsmitglieder leisten könnte. Die Lage erfordert eher hanseatische Zurückhaltung und eben keine partei-ideologische Agitation der Senatoren. Auch Prozeßhansel im Stil von Franz Josef Strauß sind im Senat fehl am Platze. Es mag sein, daß Dr. Scherf alles das, was er tut, gut meint. Dann aber ist ihm Lebensfremdheit und Blauäugigkeit vorzuwerfen, wenn er nicht merkt, daß vielfach seine spektakulären Aktionen eher das Gegenteil bewirken und nur zu einer bundesweiten Belastung des Ansehens Bremens geführt haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf in diesem Zusammenhang an den eindrucksvollen Kommentar von Heinz Nolte im „Weser-Kurier“ unter dem Titel „Das Risiko einer Doppelrolle“ vom 18. August 1979 erinnern, ohne im einzelnen zu zitieren! Meine Damen und Herren, Herr Dr. Scherf hat nach unserer Meinung die Freiheit, für seine Ideen und parteiideologischen Standpunkte zu arbeiten und zu kämpfen, auch zu agitieren, wo er immer es will; nur von seinem öffentlichen Amt als Senator muß er dann zurücktreten, dazu fordern wir ihn auf.

(Beifall bei der FDP)

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, ein ernstes Wort zu Bürgermeister Koschnick: Herr Bürgermeister Koschnick, Sie wissen, daß die Freien Demokraten Sie immer geachtet und respektiert

(A) haben. Sie haben sich durch Ihre sympathische, unkonventionelle Art, durch eindrucksvolle Beredbarkeit, durch Geschicklichkeit in schwierigen Missionen, durch Ihr eher vermittelndes als polarisierendes Wesen großes Ansehen in Bremen und auch außerhalb unserer Landesgrenzen erworben. Dennoch sind Sie in der Gefahr, von der Geschichte eines Tages als der Präsident des Senats eingestuft zu werden, dessen Name über dem Niedergang der Freien Hansestadt Bremen steht.

(Widerspruch bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Ihr stürzt euren Spitzenkandidaten! — Zurufe)

Ja, ich meine das sehr ernst und habe kein Verständnis für diese Zwischenbemerkungen!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir haben ja noch weitere Wortmeldungen! Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Lahmann! — Bitte sehr!

(B) Abg. **Lahmann** (FDP): Ich will das begründen, Herr Bürgermeister Koschnick! Ihre Regierungszeit ist unter anderem gekennzeichnet durch eine angespannte Finanzlage, durch stark gestiegene Verschuldung, durch abflachende Steuerkraft, durch sinkende Investitionen, viel zu lange hinausgezögerte Hafenerweiterungen, umstrittene Schul- und Hochschulpolitik, Abwanderung von Einwohnern und mittelständischen Betrieben ins Umland, Stillstand bei wichtigen öffentlichen Bauvorhaben, Verlust wichtiger maritimer und konsularischer Einrichtungen, Zusammenbruch und Auszug traditionsreicher bremischer Unternehmen mit Weltruf, wiederholte Zweifel an der Bundestreue Bremens, Zunahme der Verfilzung zwischen sozialdemokratischer Partei und Staat, fortschreitende Linksorientierung der SPD in Bremen, bundesweit beachtete Pannen, Skandale, Krawalle.

Meine Damen und Herren, es kommt uns so vor, als verschenkte Bremen seinen alten Ruf, als vernachlässigte es zunehmend seine gesamtstaatliche maritime Aufgabe, als verspielte es seine einst geachtete Stellung im Kreis der Bundesländer, vielleicht sogar allmählich seine Selbständigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Und, meine Damen und Herren, der 6. Mai hat dazu einen Scherbenhaufen gebracht, der durch Unfähigkeit und Träumerei im Senat mitverursacht ist.

Herr Bürgermeister Koschnick, ich behaupte nicht, daß Sie dies alles bewirkt haben. Tatsache aber ist, daß Sie es nicht vermocht haben, Ihr Ansehen in politischen Einfluß umzusetzen. Wichtige politische Sachentscheidungen, wichtige Personalentscheidungen sind gegen Ihre Meinung, gegen Ihre veröffentlichte Meinung gefallen. Sie haben das hingenom-

(C) men, obwohl in erster Linie Sie es waren, der die Wahlen für die Bremer SPD gewonnen hat.

Sie haben auch diesmal den Zwiespalt im Senat nicht gelöst, den Zwiespalt, der schlaglichtartig deutlich wurde, als ein bremischer Senator sich in Hannover um mehr Polizisten und ein anderer bremischer Senator sich ebendort um mehr Demonstranten bemühte.

Haben Sie wirklich alles getan, um Schaden von Bremen abzuwenden? Herr Bürgermeister Koschnick, Sie müssen jetzt endlich kämpfen, und Sie müssen tun, was Sie denken! Kämpfen Sie für Ihre Meinung, und bringen Sie Ihr Haus in Ordnung! Das erwarten nicht nur die Freien Demokraten, dazu verpflichtet Sie der hanseatische Geist dieser Stadt, und daran wird die Geschichte Sie messen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. **Wedemeier** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir ist eben nur noch eines eingefallen, Herr Lahmann, woran er noch schuld sein könnte: an Ebbe und Flut.

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Lahmann [FDP]: Ich habe nicht behauptet, daß er an allem schuld ist!)

(D) Herr Präsident, meine Damen und Herren, zu Beginn möchte ich auch für die SPD-Fraktion den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses für ihre schnelle Arbeit und für die Aufklärung des Sachverhalts danken. Ich möchte auch und insbesondere den Mitarbeitern der Parlamentsverwaltung, die während der Arbeit des Ausschusses großen Einsatz gezeigt haben und sich zwiischendurch auch ungezeigerten Angriffen gegenübersehen, unseren herzlichen Dank abstaten.

(Beifall bei der SPD)

Aus dem Untersuchungsbericht ist für uns abzuleiten, um die Fragen nach den Rücktrittsforderungen gleich zu beantworten, daß Forderungen nach personellen Konsequenzen unberechtigt sind.

(Beifall bei der SPD)

Der 6. Mai dieses Jahres wird uns sicherlich noch einige Zeit in Erinnerung bleiben.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Dies aber nicht deshalb, weil insbesondere die CDU meint, den 6. Mai nutzen zu müssen, um altbekannte Vorwürfe gegen die CDU wieder hervorzukramen.

(Abg. Neumann [CDU]: Gegen die CDU?)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Gegen die SPD! Das bringen Sie aber auch noch fertig, Herr Neumann!

Der 6. Mai, meine ich, muß vielmehr zum Nachdenken darüber anregen, wie es eigentlich zu den Ausschreitungen kommen konnte, welche gesellschaftlichen Hintergründe diese gehabt haben und ob wir alle immer dazu in der Lage waren und sind, die verschiedenen Strömungen in unserer Gesellschaft rechtzeitig und vor allem richtig einzuschätzen. Diejenigen, die auch nach diesem Bericht noch meinen, man könne halbwegs glaubwürdig immer noch die These vertreten, daß sämtliche Demonstranten am 6. Mai als Linksextremisten, Verfassungsfeinde und Gegner der Bundeswehr abgestempelt werden können, müssen sich nun selbst die Frage stellen, wie es um ihr demokratisches Bewußtsein bestellt ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das insbesondere deshalb, weil einige CDU-Mitglieder in ihrem als Zwischenbericht deklarierten Antrag glaubten, feststellen zu müssen, daß 20 000 Mitglieder der DGB-Jugend als Störpotential anzusehen sind.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Bremer CDU glaubt, die Mitglieder der DGB-Jugend in die Nähe von linksextremistischen Gruppierungen rücken zu müssen, darf sie sich nicht wundern, wenn sie bei einem großen Teil unserer Jugend verspielt hat.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es darf nicht zugelassen werden, daß durch derartige Angriffe auf demokratische Jugendorganisationen die Parteien- und Staatsverdrossenheit in unserer Jugend noch mehr wächst!

(Beifall bei der SPD)

Wenigstens heute und aufgrund des Untersuchungsberichts sollten wir dazu in der Lage sein, klar zu trennen. Auf der einen Seite stehen Jugendliche mit gewerkschaftlicher, demokratischer und christlicher Orientierung, wie es im Untersuchungsbericht heißt, andererseits gibt es ein nicht zu übersehendes Protestpotential in den sogenannten K-Gruppen und in anarchistisch orientierten Sponti-Gruppen.

Es ist nun unsere Aufgabe, mit den zuerst genannten Gruppierungen in einen Dialog einzutreten, der ihnen nicht schlichtweg den Vorwurf macht, sie seien bundeswehrfeindlich orientiert, sondern der ihre Fragen beantwortet. So könnten wir zum Beispiel gefragt werden, warum wir immer noch Kasernen oder auch Zerstörer der Marine nach Personen benennen, deren aktive Unterstützung des nationalsozialistischen Regimes nicht verheimlicht werden kann. Die Kritik, die von diesen demokratischen Jugendorganisationen vor dem 6. Mai geübt wurde, hatte nichts mit einer angeblich bundeswehrfeindlichen Einstellung zu tun, sondern war lediglich von der Sorge getragen, daß in einer bestimmten welt-

politischen krisenhaften Situation eine Demonstration militärischer Stärke, wie sie es genannt haben, unterbleiben sollte.

(C)

Man muß diese Auffassung nicht teilen, zumal sich zum Beispiel die Mitglieder des Warschauer Paktes nach meiner Auffassung von einer feierlichen Veranstaltung im Weserstadion nicht einschüchtern lassen. Trotzdem muß es erlaubt sein, über die Frage des Wie einer Verteidigung auch in Zukunft zu diskutieren. Zweifellos wäre es für alle Beteiligten besser und auch atmosphärisch sinnvoller gewesen, eine Diskussion über den Traditionserlaß der Bundeswehr nicht erst dann zu führen, wenn von der Bundeswehr selbst aus Anlaß des Nato-Beitritts der Bundesrepublik Deutschland eine öffentliche Verteidigung geplant ist. Es läßt sich sachlicher über solche Fragen diskutieren, ohne daß ein konkreter Anlaß dazu den Anstoß gegeben hat.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist eine Kritik an Koschnick!)

Meine Damen und Herren, das sage ich zu allen, die darüber diskutiert haben. Wenn Sie nicht einmal das begreifen, tun Sie mir leid, Herr Klein.

Klar zu trennen von den eben angesprochenen Jugendorganisationen sind solche, die sich zum Ziel gesetzt haben, unsere demokratische Ordnung mit Gewalt zu beseitigen. In der Bekämpfung dieser Gruppen dürfen wir auch in Zukunft nicht nachlassen, und schon gar nicht dürfen Sozialdemokraten und demokratische Jugendorganisationen einen solchen Kampf vernachlässigen, sind doch die K-Gruppen und andere extremistische und anarchistisch orientierte Gruppierungen die wahren Gegner der Sozialdemokratie, weil sie allen reaktionären Politikern in unserem Land immer wieder Gelegenheit geben, jene zu verteufeln, die darüber nachdenken, ob unsere Gesellschaft nicht noch besser gestaltet werden könnte.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Man kann in 30 Minuten nicht zu allen Punkten des Untersuchungsberichts Stellung nehmen, deshalb möchte ich mich auf einige wenige Punkte beschränken.

Der Untersuchungsbericht weist aus, daß die Vorbereitung des Einsatzes der Polizei in keiner Weise zu beanstanden ist. Die Polizei hat durch ihre Vorbereitungen erreicht, daß die Veranstaltung im Weserstadion störungsfrei verlaufen konnte, dabei übersehe ich nicht, daß nicht alle Interessenten in das Weserstadion gelangen konnten. Auch haben die Ereignisse in der Buchtstraße und die darauf folgende Kritik die Polizei nicht dazu veranlaßt zu resignieren, sondern sie hat — wie ich auch aus den öffentlichen Vernehmungen leitender Polizeibeamter gehört habe — sowohl den Einsatz als auch die Kritik nach der Buchtstraßen-Geschichte analysiert und ihre Vorbereitungen zum 6. Mai abgeschlossen.

(A) In diesem Zusammenhang wird im Untersuchungsausschußbericht auch die Tatsache, daß die angemeldeten Demonstrationen nicht verboten worden sind, als richtige Entscheidung gewürdigt. Das Minderheitenvotum an dieser Stelle ist für mich wenig überzeugend, Herr von Schönfeldt. Die Erklärungen der Polizei, daß aufgrund der bisherigen Erfahrungen ein Verbot in dieser Situation nichts bewirkt hätte, werden im Minderheitenbericht nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Man kann zwar — wie auch die Polizei einräumt — aufgrund der jetzt konkret vorhandenen Erfahrungen des 6. Mai in Zukunft zu anderen Entscheidungen kommen, bis dahin jedoch gab es sowohl Erfahrungen als auch gerichtliche Entscheidungen, die die Entscheidung der Polizei selbst rechtfertigen.

An dieser Stelle möchte ich davor warnen, die Ereignisse des 6. Mai zum Anlaß zu nehmen, eine ungerechtfertigte Verschärfung des Demonstrationsrechts zu verlangen. Das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht, das es zu verteidigen gilt.

(Beifall bei SPD und BGL)

Wir sollten uns nicht Gedanken darüber machen, wie dieses Grundrecht beseitigt werden kann, sondern Gedanken darüber, wie wir verhindern können, daß extremistische Organisationen ein Grundrecht der Bürger der Bundesrepublik Deutschland für ihre umstürzlerischen Ziele nutzen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Im übrigen teilen wir die Aussage im Untersuchungsbericht, daß im Stadt- und Polizeiamt dafür Sorge getragen werden muß, daß auch der Leiter der Verwaltungspolizei alle für ihn wichtigen Informationen erhält und insbesondere zu Besprechungen hinzugezogen wird, in denen über angekündigte Demonstrationen gesprochen wird. Immerhin ist der Leiter der Verwaltungspolizei dafür verantwortlich, über Demonstrationsverbote zu entscheiden. Dazu gehört auch, ihn ausreichend zu informieren und zu beteiligen.

(Beifall bei der FDP)

Einer Verbesserung bedarf zweifellos auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sicherheitsorganen. Die Tatsache, daß unterschiedlich Erkenntnisse gesammelt, aber nicht ausgetauscht wurden, kann nicht kritiklos hingenommen werden. Auch halten wir es für selbstverständlich, daß Vertreter des Landesamtes für Verfassungsschutz zu Sicherheitsbesprechungen hinzugezogen werden.

Zum Polizeieinsatz möchte ich abschließend bemerken, daß wir der Polizei insbesondere dafür dankbar sein müssen, daß sie ihr Einsatzkonzept auch wirklich durchgehalten hat. In einer so schwierigen Situation wie vor dem Weserstadion erfordert diese Haltung schon viel Erfahrung, Können und Mut und sollte deshalb besonders hervorgehoben werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Verschiedentlich wurde berichtet, daß nach Schluß der Veranstaltungen Übergriffe der Polizei auf abziehende Demonstranten vorgekommen sein sollen. Bürgermeister Koschnick hat bereits in den beiden letzten Bürgerschaftsdebatten dazu erklärt, daß in allen Fällen, in denen Anzeige erstattet worden ist, die Vorwürfe genau überprüft werden. Ich gehe davon aus, daß nach den angesprochenen Ermittlungsverfahren über diesen Komplex der Öffentlichkeit Bericht erstattet wird.

Meine Damen und Herren, über die Verantwortlichkeit des Senats und insbesondere einzelner Senatoren ist in den letzten Wochen am häufigsten diskutiert worden. So hat die CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft ohne Prüfung der Vorgänge zunächst den Rücktritt des Bürgermeisters und danach den Rücktritt der Senatoren Fröhlich und Scherf gefordert. Daß Sie sich heute darüber aufregen, daß die FDP Rücktritte fordert, verstehe ich allerdings überhaupt nicht mehr, denn Sie haben es zumindest getan, bevor überhaupt der Untersuchungsausschuß getagt hatte.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU zumindest war an einer Aufklärung des Sachverhalts wenig interessiert, sie war mehr an einem wahlkampfpolitischen Spektakel interessiert, wie sich ja auch heute wieder zeigt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Man kann solche Forderungen auch nur halbwegs glaubwürdig vertreten, wenn sie mit konkreten Sachverhaltsfeststellungen des Untersuchungsausschusses zu verbinden wären, aber nicht, wenn sie zu Beginn einer Untersuchung gemacht werden.

Auch wenn der Untersuchungsausschuß feststellt, daß es aus heutiger Sicht richtiger gewesen wäre, der Senat hätte rechtzeitig über die geplante Veranstaltung gesprochen, so ist dies nach unserer Auffassung noch kein Grund, den Rücktritt des Bürgermeisters zu fordern oder derart scharfe Rügen zu verteilen, wie das die FDP gemacht hat, aber auch dafür habe ich langsam, Herr Lahmann, Verständnis. Irgendwann muß ja auch für Sie der Wahlkampf beginnen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Das haben wir gemerkt!)

Das Verhalten des Bürgermeisters ist aus damaliger Sicht nicht zu beanstanden, er hat von seinen Kompetenzen innerhalb des Senats Gebrauch gemacht und im übrigen auch die Zustimmung des Senats gefunden. Die Feststellungen, die Bürgermeister Koschnick am 28. April 1980 gemeinsam mit dem Landesvorstand der SPD zu der Veranstaltung am 6. Mai getroffen hat, zeigen auch, daß er sich in Übereinstimmung mit dem Leitungsgremium der Partei befand. Auch wenn in einer demokratischen Organisation, und das ist die SPD nun einmal, unterschiedliche Auffassungen in Untergliederungen vertreten werden, kann daraus nicht abgeleitet

(C)

(D)

(A) werden, daß der Bürgermeister sich nicht mehr in Übereinstimmung mit seiner Partei befände.

(Beifall bei der SPD)

Führungsgremien und Basis der sozialdemokratischen Partei haben keinen Anlaß, sich von ihrem Spitzenkandidaten abzusetzen, und werden in Zukunft auch jeden Versuch abzuwehren wissen, der den Bürgermeister und Spitzenkandidaten der SPD von seiner Basis trennen will.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorwurf der FDP, Bürgermeister Koschnick habe laviert, anstatt zu führen, klingt gerade aus dem Mund von FDP-Politikern etwas lustig, sind wir doch das Lavieren in der politischen Arena eigentlich nur von der FDP gewohnt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, zur Verantwortlichkeit des Senators für Inneres stellt der Untersuchungsausschuß fest, daß er jederzeit in die Lage versetzt war, bei Bedarf seiner politischen Aufsichts- und Weisungspflicht nachzukommen. Selbstverständlich ist der Innensenator für die Handlungen der Polizei politisch verantwortlich. Im Untersuchungsausschußbericht ist jedoch eindeutig nachgewiesen worden, daß Vorbereitung und Einsatz der Polizei nicht zu beanstanden sind.

(B) Die SPD-Fraktion teilt auch die Ansicht von Senator Fröhlich, daß die ihm nachgeordnete Polizei einen weitgehenden eigenverantwortlichen Spielraum haben muß. Dazu gehört auch, daß der Innensenator von seiner Weisungsbefugnis — wie er das gesagt hat — nur dann Gebrauch macht, wenn es unbedingt erforderlich ist.

(Abg. Klein [CDU]: Pilatus-Haltung!)

Wie für jede andere Behörde im Land Bremen muß aber auch für die Polizei eine ständige politische Kontrolle selbstverständlich sein. Dazu gehört unter anderem die ständige Berichtspflicht des Polizeipräsidenten gegenüber dem Innensenator.

(Abg. Lahmann [FDP]: Wo war sie?)

Die schwerwiegendsten Vorwürfe sind in den vergangenen Wochen gegen den Senator für Soziales, Jugend und Sport, Herrn Dr. Scherf, erhoben worden. Wir haben bereits in der Sondersitzung am 30. Juni darüber debattiert, wann diese Vorwürfe spätestens zusammengebrochen sind. Die Hoffnung der CDU, Dr. Scherf würde durch den Landesvorsitzenden des DGB schwer belastet werden, hat sich nicht erfüllt. Das müssen Sie jetzt endlich einmal zur Kenntnis nehmen, Herr Klein.

(Beifall bei der SPD)

Wir teilen deshalb die Feststellung des Untersuchungsausschusses, daß Senator Dr. Scherf sich nicht aktiv an der Vorbereitung der Demonstration zum

6. Mai beteiligt hat und auch nicht zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen hat. (C)

(Beifall bei der SPD)

Auch das Verhalten Senator Dr. Scherfs auf dem Osterdeich ist nicht zu beanstanden. So wird im Minderheitsbericht ebenfalls festgestellt, daß Senator Dr. Scherf keine abfälligen und herabsetzenden Äußerungen über die Veranstaltung im Weserstadion gemacht hat. Von den angeblich vielen glaubwürdigen Zeugen, die der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bremischen Bürgerschaft angeboten hat, ist keiner erschienen.

Ich habe wohl die Zwischentöne bei Herrn Klein mitbekommen, als er Frau Kerstein der Unwahrheit bezichtigen wollte hinsichtlich der Aussage vor dem Untersuchungsausschuß. Ich finde das besonders verwerflich, Herr Klein, um Ihnen das einmal an dieser Stelle zu sagen, angesichts des Zeugen, den Sie hier gebracht haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. Stichweh [SPD]: Er macht vor niemandem halt!)

Aber unterhalten Sie sich ruhig weiter!

Hinsichtlich seines konkreten Verhaltens vor und am 6. Mai ist Dr. Scherf durch den Untersuchungsausschuß eindeutig attestiert worden, daß die kurz nach dem 6. Mai erhobenen Vorwürfe der Bremer CDU ungerechtfertigt sind.

Wir nehmen genauso wie hoffentlich Dr. Scherf die Feststellung des Ausschusses zur Kenntnis, daß durch seinen Vermittlungsversuch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen konnte, er identifiziere sich mit dem Anliegen der Jungsozialisten. Selbstverständlich ist jeder Senator verpflichtet, bei all seinen öffentlichen Äußerungen und Handlungen darauf zu achten, daß die geschlossene Haltung und damit die Glaubwürdigkeit eines Kollegialorgans, und das ist nun einmal der Senat, nicht in Frage gestellt werden können. (D)

Hat die Bremer CDU bereits vor dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses den Rücktritt von Senator Dr. Scherf gefordert, befließigt sich nun die FDP, alles nachzuholen,

(Abg. Wilhelms [CDU]: Wie immer!)

dies unter anderem auch mit nachweislich falscher Argumentation, wie zum Beispiel durch die Behauptung, Dr. Scherf habe durch seinen Auftritt auf einer Stadthallengegenveranstaltung zu einer CDU-Kundgebung junge Leute aufgeheizt. Dazu kann man lediglich feststellen, daß seinerzeit sogar der Polizeipräsident die Auffassung vertreten hat, daß durch die Gegenkundgebung alle friedlichen Demonstranten von den vor der Stadthalle randalierenden Demonstranten getrennt worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Scherf hat mehrere Male mit dem Polizeipräsidenten gesprochen.

(A) Meine Damen und Herren von der FDP, auch mit der Forderung nach Rücktritt des Senators Dr. Scherf werden Sie bei uns auf entschiedene Ablehnung stoßen.

(Beifall bei der SPD)

Bleibt von den FDP-Forderungen also lediglich noch die Forderung der Ablösung des Leiters des Landesamtes für Verfassungsschutz. Hier kann man durchaus über die Forderungen nach organisatorischen Änderungen im Landesamt für Verfassungsschutz diskutieren, und wir teilen auch die Forderung nach politischer Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Herr von Schönfeldt, auch wenn Sie das noch einige Male wiederholen, es wird nicht wahrer, was Sie sagen. CDU und SPD haben, soweit ich das jedenfalls für meine Fraktion sagen kann, damals Ihren Antrag nicht abgelehnt, weil wir keine Kontrolle wollten, sondern weil Sie kurz vor der Wahl eine politische Schau gemacht haben, ohne daß wir noch Konsequenzen ziehen konnten. Natürlich sind wir für politische Kontrolle und bemühen uns ja auch beide darum, diese in Gang zu setzen. Ich würde jetzt endlich einmal aufhören, solche Märchen in die Welt zu setzen.

(Beifall bei SPD und CDU)

(B) Meine Damen und Herren, ob jedoch mit einer Neuorganisation des Amtes auch die Ablösung des Leiters verbunden sein muß, kann jedenfalls aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses, wie er vorgelegt worden ist, nicht abgeleitet werden.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich mich kurz dem sogenannten Zwischenbericht der Abgeordneten Klein, Bortscheller und Co. zuwenden. Dieser Zwischenbericht, der erst herausgegeben werden durfte, nachdem er die Zustimmung des CDU-Fraktionsvorstandes gefunden hatte,

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist auch falsch!)

zeigt nachträglich noch einmal sehr deutlich, daß die CDU-Mitglieder im Untersuchungsausschuß gar nicht gewillt waren, ihren parlamentarischen Pflichten nachzukommen, nämlich Sachverhalte im Zusammenhang mit den Ereignissen des 6. Mai aufzuklären.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ungeheuerlich in diesem Bericht ist der Vorwurf, daß der Untersuchungsausschuß nach dem Austritt der CDU-Mitglieder nicht mehr verfassungsgemäß zusammengesetzt war. Wenn sie diese Auffassung wirklich vertreten, wäre es ihre Pflicht als Abgeordnete gewesen, den Staatsgerichtshof anzurufen, um diesem Treiben ein Ende zu setzen.

(Beifall bei der SPD — Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Dafür findet sich kein Anhalt!)

(C) Das mag so sein, deshalb haben sie es auch nicht gemacht, aber es muß trotzdem dieser Vorwurf hier im Parlament erhoben werden, das paßt zu der Strategie insbesondere von Herrn Klein, allen, die nicht zu seiner Partei gehören, ständig verfassungswidriges Verhalten vorwerfen zu wollen. Das paßt zu ihm. Aber das gehört auch zu dem Umgang miteinander, Herr Klein, daß Sie nicht Ihre Pflichten grob verletzen und anderen Pflichtverletzung vorwerfen.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Grinsen zeigt mir, daß wir Sie schon richtig erkannt haben.

(Abg. Klein [CDU]: Glashaus-Strategen!)

Zu dem Papier selbst kann man sagen, daß es sich um eine Zusammenfassung bekannter Vorwürfe handelt, ohne daß der Versuch unternommen wird, zumindest die öffentliche Beweisaufnahme anständig zu würdigen. Auch machen die CDU-Mitglieder durch dieses Papier deutlich, daß sie selbst nicht daran interessiert waren, Sachverhalte, die sie heute als gegeben hinstellen, im Untersuchungsausschuß aufzuklären.

So ist zu fragen, warum die Bremer CDU im Untersuchungsausschuß nicht jene Zeugen benannt hat, die glaubwürdig hätten nachweisen können, daß in den bremischen Behörden Aufrufe verteilt beziehungsweise ausgehängt wurden, wie Sie es jetzt plötzlich behaupten. Wo haben Sie diese Zeugen im Ausschuß jemals benannt? Es gibt eine Latte von Zeugen, die Sie immer wieder anführen, aber nie in den Ausschuß hineingebracht haben. Warum eigentlich nicht, Herr Klein? Es gehört zu Ihrer Strategie, mit der Unwahrheit Politik zu machen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: 17. 4., Hochschule für Technik war der Einstieg!)

(D) Dies ist ein Beweis mehr dafür, daß Sie, Herr Klein, als ehemaliger Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses offenbar nicht mehr dazu in der Lage waren, Ihren parlamentarischen Pflichten nachzukommen, und daß Sie Ihre parteiinterne Strategie zur Absicherung Ihrer Position in den Vordergrund gestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Papier fällt insbesondere auf, daß Herr Klein die Behauptung wiederholt, am 30. April 1980 habe die SPD-Fraktion ein neues Demonstrationskonzept beschlossen.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist gesagt worden!)

Wäre er dazu in der Lage gewesen, den öffentlichen Vernehmungen im Untersuchungsausschuß zu folgen, so hätte er feststellen können, daß die SPD-Fraktion am 30. April lediglich einen Bericht des

(A) Landesvorsitzenden der Partei nach einer Landesvorstandssitzung, danach einen Bericht des Präsidenten des Senats und abschließend einen Bericht des Senators für Inneres entgegengenommen hat und mehr nicht, ohne Beschluß!

(Beifall bei der SPD)

Einen Beschluß in der SPD-Fraktion über ein Demonstrationskonzept hat es nie gegeben!

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Aussage Drescher sagt das Gegenteil!)

Ich habe das gehört, Vernehmung von Herrn Drescher, ich habe anschließend aber auch Herrn Senator Dr. Scherf gehört, der richtiggestellt hat. Danach habe ich Herrn Senator Fröhlich noch einmal gehört, da waren Sie noch Vorsitzender. Wenn Sie da einen Widerspruch erkannt hätten, dann hätten Sie ihn aufklären müssen, wie Sie es jetzt Herrn von Schönfeldt zum Beispiel immer vorwerfen. Sie haben das versäumt, Herr Klein, aus durchsichtigen Gründen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Stichweh [SPD]: Er hat sehr vieles versäumt!)

Sie wollten diesen Widerspruch gar nicht aufklären, um hier immer noch behaupten zu können, die SPD-Fraktion habe ein Demonstrationskonzept beschlossen. So haben Sie Ihre Aufgabe im Untersuchungsausschuß gesehen!

(B)

(Zuruf von der CDU)

Versteht er auch etwas davon? Zusammengefaßt kann man sagen, daß die meisten Behauptungen in diesem Papier jeder sachlichen Grundlage entbehren und auch nicht durch Zeugenvernehmung belegt sind.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Pamphlet entspricht dann der Linie, die der CDU-Fraktionsvorsitzende vorgegeben hat und neuerdings auch im „Bayernkurier“ bekundet.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Ach!)

Das sage ich auch, wenn ich den „Bayernkurier“ lese, Herr Borttscheller, dann sage ich auch „ach“!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Auch Herr Neumann, lassen Sie sich das ruhig einmal sagen, stellt die unwahre Behauptung auf, in der SPD-Landtagsfraktion sei ein Demonstrationskonzept verabschiedet worden, und die Jungsozialisten hätten sich mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland beraten. Damit die Richtung stimmt, wird auch gleich der DGB diffamiert. So stellt der CDU-Fraktionsvorsitzende im „Bayernkurier“ fest, daß die Vertrauenskörperleitung der

IG Druck und Papier gegen die Bundeswehrveranstaltung gekämpft habe. (C)

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Unerhört!)

Offenbar ist er noch nicht einmal dazu in der Lage, zwischen Vertrauensleuten innerhalb eines Betriebs und der Vertrauenskörperleitung einer Gewerkschaft zu unterscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie dann, Herr Neumann, die Jungsozialisten nur als „sogenannte demokratische Organisation“ bezeichnen, kann man dazu nur sagen, daß Sie sich längst dem Stil Ihres rüden Kanzlerkandidaten angepaßt haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. Sagner [CDU]: Das ist ein rüder Ton!)

Meinen in der letzten Bürgerschaftsdebatte erbobenen Vorwurf, daß der CDU-Fraktionsvorsitzende Verrat an Bremen betreibe, belegt er nun selbst damit, indem er behauptet, daß der Bremer Senat insgesamt ein Sicherheitsrisiko für Bremen und den Bund darstelle.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wer derartiges behauptet, hat sich längst aus der Gemeinschaft der Demokraten verabschiedet, will ich Ihnen einmal sagen. (D)

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Meine Damen und Herren, und daß der Kampf des CDU-Fraktionsvorsitzenden um Positionen, wo auch immer, nun jeder Rücksicht auf Ansehen von Institution und Person entbehrt, belegt auch ein anderer Vorgang. Die peinliche Vorführung eines CDU-Mitglieds nach, wie es bei Herrn von Schönfeldt heißt, Abstimmung mit dem Fraktionsgeschäftsführer Dr. Röper beim Untersuchungsausschuß belegt erneut, daß Herr Neumann bereit ist, auch das Ansehen eigener Parteimitglieder zu schädigen, wenn er sein politisches Ziel damit erreichen kann.

(Beifall bei der SPD — Abg. Gassdorf [CDU]: Wie muß das bei Ihnen zugehen!)

Um die Ereignisse des 6. Mai nun noch in den Bundestagswahlkampf hineinretten zu können, hat die CDU es letztlich über den Bonner Parteivorstand, der Fraktionsvorstand war nicht so ohne weiteres dazu bereit, erreicht —

(Abg. Klein [CDU]: Woher wissen Sie das?)

woher wohl! —, daß der Verteidigungsausschuß des Bundestages sich mit dem beschäftigt, womit sich der Bremer Untersuchungsausschuß bereits in ausreichender Weise, wie ich meine, befaßt hat. Ich

(A) habe schon einmal betont, daß die Sozialdemokraten in Bremen einen Untersuchungsausschuß in Bonn nicht scheuen müssen. Interessant jedoch ist, daß entgegen der Zusagen der Bremer CDU vom 21. Mai, in diesem Haus abgegeben, in Bonn auf Verlangen der Christdemokraten offenbar doch die Diskussionen in demokratischen Jugendorganisationen und Parteien kontrolliert werden sollen.

An dieser Stelle möchte ich Bedenken dagegen anmelden, daß Parteien und Jugendverbände nun der Kontrolle durch den Verteidigungsausschuß ausgesetzt sind. Ein solches Verfahren kann verheerende Auswirkungen auf die Bereitschaft, insbesondere der jungen Generation, sich am demokratischen Demonstrationsprozeß noch zu beteiligen, haben.

(Beifall bei der SPD)

Folgt man dem CDU-Beweisantrag vom 8. 7. 1980, der nicht die Handschrift Bonner Christdemokraten, sondern eindeutig die Handschrift von Herrn Klein trägt,

(Abg. Borttscheller [CDU]: Das ehrt uns!)

der im Verteidigungsausschuß allerdings noch nicht beschlossen worden ist, so droht auch der verfassungswidrige Eingriff des Verteidigungsausschusses in die Länderkompetenz. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß das Untersuchungsrecht nach den allseits anerkannten Kommentatoren des Grundgesetzes —

(Zuruf von der CDU: Na?)

es geht weiter —, daß das Untersuchungsrecht des Verteidigungsausschusses sich auf den Bereich der Verteidigung beschränkt, Sie wissen das sehr genau, Herr Klein.

(Abg. Klein [CDU]: Das können Sie als Zeuge noch aussagen!)

Unter Verteidigung verstehen die Kommentatoren nur die militärische Verteidigung, noch nicht einmal den Schutz der zivilen Bevölkerung, so jedenfalls im Grundgesetzkommentar. Es gibt auch andere ganz konservative Kommentatoren, die diese Auffassung teilen. Ich rufe den Verteidigungsausschuß in Bonn auf, darauf zu achten, daß er nicht für wahlkampfpolitische Zwecke durch die CDU mißbraucht wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend einen Kommentar aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 11. 7. 1980 zitieren. Der Kommentator ist übrigens kein Bremer, aber er erweist sich in seinen Ausführungen sicher eher als nüchtern denkender Hanseat im Gegensatz zu den CDU-Mitgliedern in diesem Haus, die bereit sind, Bremens Ansehen und Selbständigkeit rücksichtslos aufs Spiel zu setzen. Der Kommentator schreibt unter anderem, ich zitiere:

„Zwar ist nahezu alles zu diesem Fall in Bremen schon längst durchgekaut worden, aber um das lokale Ereignis noch einmal auszuschlachten, wird der Krawall knapp drei Monate vor dem Wahltag am 5. Oktober von der CDU und CSU auf die Bundesebene gehievt. Das ist ein einmaliger Vorgang in der einunddreißigjährigen Geschichte des Bonner Parlaments. Union 80 unter Strauß bringt es fertig.“

(Beifall bei SPD und FDP)

Wenn das jetzige Beispiel Schule macht und Landtagsuntersuchungen künftig in Bonn weiterbetrieben werden, droht das Verfassungsorgan Bundestag zur Bühne für Provinzstreitigkeiten zu denaturieren. Legal zwar, aber dennoch ein Skandal!“

(Beifall bei der SPD)

Ich selbst halte das noch nicht einmal für legal.

Ich möchte dem nur noch hinzufügen, für Wahlkampfmanöver mancherlei Art kann man viel Verständnis haben. Wer aber bereit ist, aus niederen Motiven heraus den Föderalismus aufs Spiel zu setzen, muß wissen, daß er damit einen entscheidenden Eckpfeiler unserer Demokratie beseitigt,

(Abg. Klein [CDU]: Apel nicht vernehmen und uns niedere Motive unterstellen, das ist Ihr Stil!)

aber vielleicht ist dies das Ziel von CDU und CSU in diesem Jahr. Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik werden das zu verhindern wissen. — Vielen Dank!

(Anhaltender starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stehe jetzt in der Versuchung, auf die verschiedenen Verbalinjurien, die den einen oder anderen von uns auch trafen, einzugehen, Herr Kollege Wedemeier, aber ich bin der Auffassung, daß wir uns im wesentlichen doch auf den Untersuchungsausschußbericht konzentrieren sollten.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich nur eine Bemerkung machen, was den Verrat an Bremen angeht! Ich meine, da ist doch folgende Situation zu verzeichnen: Sie haben hier einen Senat und eine Partei, die den guten Ruf Bremens — der Bürgermeister hat das in seinem letzten Debattenbeitrag indirekt zugestanden, was das Ansehen des Senats betrifft —, Sie haben hier einen Verein, der regiert, und Sie tragen ihn als Partei, der permanent durch neue Experimente, durch neue Anlässe und durch neue Skandale Bremen ins Schlaglicht bringt.

(Beifall bei der CDU)

(A) Nicht wir sind verantwortlich für die Universität, nicht wir sind verantwortlich für das Radio-Bremen-Gesetz und seine Folgen, und nicht wir sind verantwortlich, und wir regieren nicht bezogen auf das, was am 6. Mai vor sich gegangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, daß Sie da nicht mehr differenzieren können zwischen Kritik an den Regierenden und wirklich vernünftiger Opposition, macht deutlich, daß Sie im Grunde glauben, Bremen zu beherrschen, und wenn einer Kritik an Herrn Koschnick oder anderen übt, sagen Sie, das ist Verrat an Bremen. Das macht den Verfilzungsprozeß, meine Damen und Herren von der SPD, erst richtig deutlich.

(Beifall bei der CDU)

Eine letzte Bemerkung zu Ihrer Wort- und Schmutzkampagne, was das Verbale betrifft, Herr Kollege Wedemeier! Wenn Sie nun mir gerade sagen, mit dieser Kritik, berechtigten Kritik, die ja nicht nur von mir kommt — lesen Sie die Kommentatoren in allen deutschen Tageszeitungen! —, stelle ich mich sozusagen außerhalb des demokratischen Konsenses, dann frage ich mich, wie kann dies eigentlich ein Mann sagen, der vor kurzer Zeit noch führende Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland als schlimmer als Baader-Meinhof-Terroristen bezeichnet hat.

(B) (Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Ich bin der Auffassung, das habe ich in der Interfraktionellen Besprechung deutlich gemacht, daß die heutige Debatte eine Debatte ist, die mindestens, wenn eine abschließende Bewertung vonstatten gehen soll, zu früh stattfindet. Ich habe deshalb im Namen meiner Fraktion auf eine Vertagung gedrängt mit der Absicht, dann, wie das ursprünglich einmal vereinbart war, nach dem 5. Oktober diesen wie auch den vom Bundesverteidigungsausschuß zu erwartenden Bericht gemeinsam zu debattieren.

Man kann darüber streiten, ob dieser Ausschuß in Bonn, wie Sie meinen, zu Recht oder zu Unrecht ermittelt, aber, meine Damen und Herren, Sie können den Tatbestand ja nicht wegdiskutieren. Sie können den Tatbestand nicht wegdiskutieren, daß wichtige Sachverhalte dort noch ermittelt werden, daß eine weitere Zahl von Zeugen dort antreten muß. Deswegen hielten wir es für unsinnig, wie Sie das jetzt vorhaben, abschließend zu werten.

Eine Vertagung ist schon deshalb sinnvoll, wie ich meine, und das ist kein Vorwurf gegen die Verwaltung. Man hat ja bald ein schlechtes Gewissen, wenn man sich nicht auch generell anschließt an das Lob, das tue ich. Die Verwaltung in der Bremischen Bürgerschaft hat hier Optimales geleistet bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU)

(C) Meine Damen und Herren, nehmen Sie doch Ihren Bericht, Herr Stichweh! Ist es denn nicht schludrig, wenn Sie und Herr von Schönfeldt mit Ihrer Unterschrift es noch nicht einmal zustande bringen, sozusagen die Kollegen, die im Ausschuß waren, mit der richtigen Parteibezeichnung zu treffen, hat die Zeit nicht gereicht, weil Sie Herrn Pflugradt zum SPD-Abgeordneten machen?

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, ist es denn nicht problematisch, Herr Ostendorff, wenn Sie zu einem abschließenden Bericht kommen, ohne daß die Protokolle vorliegen? Ich halte es für skandalös, daß Sie — —.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Der Vorwurf ist falsch, das wissen Sie ganz genau!)

Es liegen die Protokolle der letzten Vernehmung, auf die Sie sich jetzt bezogen haben, nicht vor. Uns lagen die Protokolle, ich habe sie angefordert, von der Vernehmung Kerstein einerseits und Effner andererseits nicht vor, obwohl — —.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die bekommen Sie natürlich nicht, das ist klar!)

Nein, nein, diese Protokolle sind allen zugänglich, Herr Wedemeier, aufgrund eines Beschlusses des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses!

(Beifall bei der CDU)

(D) Ich sage Ihnen, wir haben sie angefordert Ende der letzten Woche. Wir haben sie angefordert. Herr Präsident, Sie können das ja auch einmal klären. Wir haben sie angefordert, uns konnten diese Protokolle, weil sie noch nicht fertig waren, nicht ausgehändigt werden. Sie begehen die juristische Unmöglichkeit, ohne daß diese Protokolle und einzelnen Aussagen gewertet werden, dem einen Zeugen, weil er von Ihrer Partei kommt, mehr Recht zuzubilligen als dem anderen, und das ist unerhört.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ich muß feststellen, daß nach meiner Information es richtig ist, daß die Protokolle von der letzten öffentlichen Sitzung und von der Sitzung, die im Anschluß auch vertraulich war, noch nicht vorliegen.

(Zurufe von der SPD: Doch! — Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist falsch, Herr Präsident!)

Dann muß ich mich korrigieren. Eine Sekunde! Dann müßten sie aber ausliegen.

(Starke Unruhe — Glocke)

Dann müssen sie ausliegen, und dann sind sie für jedermann zugänglich hier im Hause. — Bitte, Herr Neumann!

(A) **Abg. Neumann (CDU):** Meine Damen und Herren, ich will die Diskussion nicht fortsetzen, aber, Herr Präsident, wenn hier so ein Verfahren geübt wurde, wir haben Zeugen, daß unser Geschäftsführer und andere danach gefragt haben, Ende letzter Woche am Freitag, und für uns waren sie nicht zugänglich,

(**Abg. Wedemeier [SPD]:** Es geht doch nur darum, ob die Ausschußmitglieder sie gehabt haben, und die haben sie gehabt, und das war wichtig für den Bericht!)

dann, meine Damen und Herren, halte ich das für unerhört, wenn jetzt mit solchen Dingen — —.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen, ich lasse dies — —.

(**Abg. Stichweh [SPD]:** Herr Neumann, sagen Sie doch einmal etwas Sachliches!)

Meine Damen und Herren, wenn das nicht sachlich ist: Wenn Sie von der SPD bereits werten, voll die Aussagen werten, und zwar in ziemlich parteilicher Sicht, andere Kollegen, fast die Hälfte dieses Hauses, mindestens ein Drittel dieses Hauses, überhaupt diese Protokolle nicht haben einsehen können, dann, finde ich, widerspricht das dem parlamentarischen Stil und Geist dieses Hauses!

(Beifall bei der CDU — Glocke)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich muß feststellen als Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, daß ich davon ausgegangen bin, daß alle Unterlagen, die der Ausschuß hatte und bei denen wir uns einig waren, daß sie vorgelegt werden, auch vorgelegt worden sind. Wenn also die Niederschriften fertig sind,

(**Abg. Neumann [CDU]:** Die waren nicht fertig!)

bin ich davon ausgegangen, daß sie hätten zugänglich sein müssen in der Bibliothek unseres Hauses. Das ist für mich auch neu, daß es nicht so erfolgt ist. — Bitte, Herr Neumann!

(**Abg. Beckmeyer [SPD]:** Wer sagt das denn?)

Abg. Neumann (CDU): Meine Damen und Herren, ich sage dies hier, und Sie — —.

(Zurufe von der SPD — **Abg. Gassdorf [CDU]:** Wir haben sie doch nicht, Herr Beckmeyer!)

Meine Damen und Herren, man kann grundsätzlich die Frage stellen, nach all dem, was wir erlebt haben, ob es denn überhaupt sinnvoll ist, einen solchen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Die Frage ist ja auch insbesondere von Herrn Adamietz gestellt worden.

(C) Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß dies sinnvoll ist, und ich bin auch nicht der Auffassung, daß aus der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses nun gar nichts herausgekommen ist. Im Gegenteil, dieser Untersuchungsausschuß hat mit seiner bisherigen Arbeit einiges an Erkenntnissen vermitteln können, bezogen auf das, was den Herrn Koschnick, Herrn Scherf, aber auch Herrn Fröhlich angeht, was mir in dieser Deutlichkeit vor Einsetzung des Untersuchungsausschusses nicht klar war.

Meine Damen und Herren, ein Untersuchungsausschuß hat auch nicht nur die Aufgabe, letztlich nur neue Fakten an den Tag zu bringen, sondern er hat auch die Aufgabe, innerhalb möglicher bekannter Fakten Dinge zu ermitteln, Verantwortlichkeiten festzustellen, Abhängigkeiten festzustellen — ich sage dies deshalb so deutlich, weil das ja auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird —, und auch hier kann man jetzt schon sagen, daß einiges ermittelt worden ist.

Aber, meine Damen und Herren, ein solcher Untersuchungsausschuß funktioniert natürlich nur, wenn diejenigen, die unstreitig die eigentliche, wichtige, die Hauptbürde der Kontrolle tragen, wenn deren Rechte nicht dauernd von der Mehrheit in Frage gestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren, wir können darüber diskutieren, ob Zeugen zu Recht oder zu Unrecht noch beantragt worden sind. Aber unsere Auffassung ist die, und diese Auffassung wird geteilt von allen anderen Parlamenten, daß unbeschadet der sachlichen Einschätzung eine qualifizierte Minderheit in der Lage sein muß, rechtlich und formal in der Lage sein muß, aus ihrer Sicht die notwendigen Kontrollrechte wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist in Bremen als einzigem Bundesland so nicht gegeben, und das kann nicht bestritten werden. Ich kündige Ihnen hiermit schon an, daß wir erneut — in Anbetracht dieser Vorfälle — den Versuch unternehmen werden, parlamentarisch diesen Rechtszustand, der für die Opposition aller anderen Bundesländer gilt, herzustellen, und dazu gehört, daß eine Minderheit, eine qualifizierte Minderheit, den Untersuchungsausschuß überhaupt einberufen kann.

Herr Wedemeier, wir haben dem Untersuchungsausschuß zugestimmt, weil wir ihn beantragt haben, und deswegen wollten wir natürlich etwas untersuchen. Aber Sie wissen ganz genau, daß unserer Auffassung nach der Auftrag weitgehender sein sollte, daß wir zum Beispiel Bedenken beim Datum hatten. Dies alles haben wir hintangestellt, damit überhaupt der Untersuchungsausschuß arbeiten konnte. Eine solche Situation ist unbefriedigend.

(A) Der zweite Punkt ist der, daß wir auch konkrete Verfahrensregelungen einbringen werden. Herr Lahmann, Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie feststellen, am Ende habe der Ausschußvorsitzende, der hiesige, der bisherige, der alte Ausschußvorsitzende, die Schuld daran, daß die Arbeit parteipolitisch geworden ist. Ein Untersuchungsausschuß, in dem Mitglieder von Parteien sitzen, ist immer ein politisches Gremium. Er ist immer ein politisches Gremium! Aber, meine Damen und Herren, man kann dem einen, der seinen Untersuchungsauftrag ernst nimmt, nicht vorwerfen, er habe sein Amt mißbraucht, wenn die Mehrheit ihn an dieser Tätigkeit hindert,

(Beifall bei der CDU)

und deswegen weise ich diesen Vorwurf zurück! Wir werden dementsprechende Anträge einbringen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt betrifft den Bonner Ausschuß. Ich weiß nicht, Herr Wedemeier, ob Sie sich Ihre Vorwürfe gegenüber allen Mitgliedern des Verteidigungsausschusses in Bonn gut überlegt haben. Sie haben den Kollegen von SPD, FDP und CDU/CSU im Deutschen Bundestag, die einstimmig die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen haben,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Im Bundestag?)

(B) Sie haben diesen allen, den Kollegen niedere Motive unterstellt. Niedere Motive!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das sind eben die Punkte, wenn darüber berichtet wird, wo Bremen Schaden zugefügt wird, wenn hier ein Provinzabgeordneter diese Vorwürfe machen kann!

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Sie wissen ganz genau, wem ich das unterstellt habe! Hören Sie auf zu lügen! — Glocke — Abg. Wedemeier [SPD]: Das nehme ich zurück!)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Wedemeier, ich weise den Ausdruck „lügen“ zurück! — Bitte, Herr Neumann!

Abg. Neumann (CDU): Meine Damen und Herren, bezeichnend ist doch in den Debattenbeiträgen, insbesondere des SPD-Abgeordneten Wedemeier, daß auf den eigentlichen schlimmen Sachverhalt überhaupt nicht mehr eingegangen wird.

Ich möchte darauf zurückkommen. Ich möchte noch einmal, wenn wir diese abschließende Debatte aus Ihrer Sicht, aus unserer Sicht nicht, hier führen, feststellen, was denn eigentlich passiert war. Hier wird ja über alles mögliche geredet. Herr Lahmann zum Beispiel spricht von der Finanzpolitik. Vielleicht ist es ja auch ganz sinnvoll, noch einmal festzustellen, was eigentlich los war.

(C) Meine Damen und Herren, ich zitiere aus einem Bericht der GdP, den ich nicht anzuzweifeln habe, der über den Vorgang dort folgendes schildert:

„Die Masse der Demonstranten verhielt sich wie eine Zuschauermenge, teils ablehnend, teils zustimmend oder sympathisierend, teils passiv oder sensationsbegierig. Es gab Sprechchöre wie ‚Polizisten schützen die Faschisten‘, aber auch ‚Aufhören, aufhören!‘. Die Chaoten steigerten mit mehreren hundert Teilnehmern ihren Angriff auf die rund um das Stadion eingesetzten Polizeibeamten bis in die Nachtstunden mit größter Brutalität und Intensität. ‚Schlagt die Bullen tot!‘

Wurfgeschosse, Pflastersteine, Molotowcocktails in größter Zahl wurden gegen die Beamten geschleudert. Der Polizeihubschrauber wurde ständig mit Leuchtkugeln beschossen, etliche Bundeswehrfahrzeuge waren in Brand gesetzt, es herrschte völliges Chaos, Brandwolken, Steinbombardements, explodierende Molotowcocktails, Flammen und Rauch und Mengen johlender Politrockers, dazwischen Rote-Kreuz-Fahrzeuge mit Ärzten in Stahlhelmen sowie in der Menschenmenge eingekeilte Feuerwehrfahrzeuge.

Das Ergebnis des Angriffs der politischen Extremisten hatte zur Folge, daß 257 Polizeibeamte verletzt wurden, die Anzahl stieg auf fast 300, davon etliche schwer. In Krankenhäusern befanden sich fünf Beamte. Der Sachschaden betrug mehrere hunderttausend DM. Der Bundespräsident, Verteidigungsminister und Senatspräsident gelangten nicht durch die normale Zufahrt, sondern per Hubschrauber in das Stadion.“

(D) Meine Damen und Herren, ich habe dies deshalb noch einmal vorgetragen, weil ich glaube, daß in Anbetracht der Konsequenzen, die wir hier diskutieren, dies uns in Erinnerung bleiben muß, und dazu, Herr Wedemeier, haben Sie kein Wort gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß diese Auffassung alle Kollegen dieses Hauses teilen, daß dieser 6. Mai ein Ereignis war von einer Dimension, bezogen auf den Schaden, den unser Bundesland hat, auch im äußeren Ansehen oder gerade im äußeren Ansehen, von einer Dimension, wie wir sie noch nie gehabt haben. Ich glaube, das wird nicht bestritten. Meine Damen und Herren von der SPD, dann dürfen Sie dabei nicht vergessen, auch das steht natürlich nicht im Bericht, daß Sie zum Klima, zum Anheizen dieses Klimas, in dem dies alles überhaupt möglich wurde, als SPD einen entscheidenden Beitrag geleistet haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt zu den Senatoren Scherf, Fröhlich und Bürgermeister Koschnick!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Ist das Ihr Zwischenbericht?)

- (A) Es ist richtig, Herr Kollege Lahmann oder Kollege Wedemeier, einer von den beiden hat es gesagt, daß ich selbst für meine Fraktion kurz nach den Ereignissen, als die Dimensionen deutlich wurden, den Herren, allen drei Herren, nahegelegt habe, die persönliche Verantwortung dafür zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuß, mindestens in seiner ersten Phase, als die Herren vernommen wurden, hat ja die verschiedenen Dinge, die damals bereits als Kritik anstanden, für meine Begriffe in großem Umfang bestätigt.

Es wird doch überhaupt auch von Ihnen gar nicht bestritten, daß der Bürgermeister mit seiner Haltung gegenüber der Haltung der SPD und der Durchführung der Veranstaltung nicht nur eine schwierige Rolle hatte, sondern eine lavierende Rolle einnehmen mußte. Es wird doch überhaupt von Ihnen, von der SPD, gar nicht bestritten, daß mit seiner Haltung, mit der Haltung, dies hier durchzuführen, Koschnick nicht die Mehrheit der SPD und SPD-Bürgerschaftsfraktion hinter sich hatte.

(Beifall bei der CDU)

Inzwischen kann nicht mehr bestritten werden, und das ist neu für mich, daß auch Koschnick, wie häufig, eine Doppelstrategie probierte, das ist mir allerdings erst durch den Ausschuß so klar geworden, indem er versucht hatte, nachdem er die Meinungsbildung in seiner Partei kannte, nun eine Hintertür zu finden nach dem Motto: Vordemokratisch ja, aber nur der Große Zapfenstreich! Das war vorher so nicht klar, das heißt — —.

(B)

(Abg. Adamietz [BGL]: Das haben wir früher gemerkt!)

Gut, ich spreche Ihnen mein Kompliment aus! Jeder kann ja auch einmal etwas früher merken.

Meine Damen und Herren, das macht doch deutlich, und insofern ist das keine Polemik, daß dieser Bürgermeister in einer Frage, in der es wirklich um Bremens Ansehen ging, in seiner Rolle als Regierungschef deshalb versagt hat, weil er eine völlig zerstrittene Basis und einen in sich nicht konsensfähigen Senat hinter sich hatte.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was Senator Fröhlich angeht, guter Wille sei ihm unterstellt, aber damals wie heute ist klar, Herr Senator Fröhlich, daß in dem von Ihnen zu verantwortenden Amtsbereich eine Vielzahl von Pannen vorgekommen ist, und die Forderung oder die Aufforderung an jemanden zurückzutreten, muß ja nicht die vorangegangene Logik in sich haben, daß der Betreffende automatisch immer am Schalthebel stand. Sehen Sie, Berliner FDP-Senatoren sind zurückgetreten, weil sie Ausbrüche von Häftlingen in einer Strafanstalt, in einer Strafvollzugsanstalt zu verantworten hatten! Es ist doch völlig klar, daß die nun nicht dabei waren als

Aufseher und deshalb versagt haben, nein, sie waren so anständig, die politische Verantwortung für eine Panne in ihrem Bereich zu übernehmen!

(Beifall bei der CDU)

Herr Maihofer ist auch nicht zurückgetreten, weil er Herrn Traube persönlich abgehört hat, sondern er ist zurückgetreten, weil er politische Verantwortung übernahm für eine Sache, die schlecht gelaufen war.

Herr Senator Fröhlich, daß diese gesamte Sache schlecht gelaufen war mit den schrecklichen Ergebnissen, dies können Sie nun selbst nicht bestreiten.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kunick [SPD]: Herr Strauß ist noch nie zurückgetreten!)

Meine Damen und Herren, Sie zitieren ja immer bestimmte Wochenblätter. Ich zitiere jetzt einmal Ihr eigenes Wochenblatt, den „Vorwärts“, was der zu Senator Fröhlich sagt. Vielleicht haben Sie ihn noch nicht gelesen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Doch, doch!)

Das haben Sie gelesen! Da heißt es — das bezieht sich jetzt auf den Polizeieinsatz, Polizeiführung —:

„In diesem letzten Punkt zeigte der Ausschuß unter der Leitung des CDU-Abgeordneten Klein wohl auch nicht die notwendige Beharrlichkeit nachzufassen, wie es mit innerer Sicherheit, Polizeieinsatz und so weiter war.“

Ich zitiere weiter: „Bereits in den Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft hatten mit Ausnahme der Grünen alle Fraktionen der Polizei für ihren vorbildlichen Einsatz gedankt. Dabei hätten Beobachter am Osterdeich in Bremen erheblich andere Eindrücke schildern können. Danach schien es eher,“ — „Vorwärts“, SPD-Zeitung — „als ob die Polizei aufgrund einer fundamentalen Fehleinschätzung von der Entwicklung überrascht wurde und keineswegs die Dinge unter Kontrolle hatte. Zwar gab es vorher Lagebesprechungen mit Beteiligung des Verfassungsschutzes und des MAD, doch grundlegende Einwände gegen die geplanten Demonstrationen schienen nicht zu bestehen“, sagt SPD-„Vorwärts“.

Da heißt es weiter: „Daran hatte sich auch nichts geändert, als der Bremer SPD-Landesvorsitzende Konrad Kunick seine und auch der Jungsozialisten Bedenken gegen den Kundgebungsort Innensenator Fröhlich vortrug. Wie es heißt, wurden solche Warnungen mit der Bemerkung abgetan, man rechne mit nur 700 bis 1 000 Demonstranten und habe die Lage im Griff.“

In diesem Stil geht es weiter. Meine Damen und Herren, das ist doch eine schallende Ohrfeige der SPD-Zeitung für den SPD-Senator Fröhlich!

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Aber natürlich!)

(C)

(D)

(A) Da können Sie natürlich sagen: Sie haben recht, in der SPD wird teilweise ja so gedacht, aber deswegen braucht er nicht zurückzutreten. Diese Meinung muß man hinnehmen, nur ist die Frage, was denn noch in Bremen passieren muß, damit einmal einer von den Senatoren, früher war das anständiger, die politische Verantwortung übernimmt. Ich weiß es nicht. Zumindest müssen Sie sich gefallen lassen, daß wir dies hinterfragen.

Was Herrn Senator Scherf angeht, ja, meine Damen und Herren, die Schwierigkeit für Sie, überhaupt über Rücktritte zu diskutieren, hängt ja damit zusammen, daß Sie zu einem großen Teil die Position von Herrn Scherf teilen. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe dafür Verständnis. Wie sollen Sie sich denn nun verhalten — ja so ähnlich, wie der Herr Scherf dachte, und wie er darüber dachte, das haben wir spätestens auf der Veranstaltung in Grohn, als wir alle miteinander diskutiert haben, zur Kenntnis nehmen können —, wie sollen Sie sich denn verhalten in der SPD-Fraktion, wenn mindestens eine qualifizierte Minderheit, vielleicht sind es ja auch schon ein paar mehr, Herr Wedemeier, genau die Positionen von Scherf teilt? Sie finden das doch nicht gut, daß das im Weserstadion stattgefunden hat. Sie fanden das doch gut, das haben Sie doch gesagt, Kunick, Wedemeier, öffentlich, daß eine Gegendemonstration gemacht werden sollte. Das ist Ihre Position, und von dorthier ist es eine gewisse Logik, daß diese Herren jetzt sagen, der Scherf kann nicht zurücktreten, denn wenn der zurücktritt, müßte ein Drittel oder fast die Hälfte der SPD-Fraktion zurücktreten, weil sie die gleiche Meinung haben.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nur sagen, daß ich es für unerträglich und nicht verantwortbar halte, wenn in einer so zentralen Frage, bei der nicht nur das Ansehen des Senats und des Herrn Koschnick, sondern ganz Bremens auf dem Spiel steht, ein Senator diese Veranstaltung durch eine Reihe von Maßnahmen, insbesondere DGB-Gespräch, konterkariert! So ein Senator gehört nicht in eine Landesregierung!

(Beifall bei der CDU)

Nun könnte die nächste Frage, die der Herr Lahmann stellen könnte, ja sein, Herr Neumann, wir verstehen Sie gar nicht, nachdem wir von der FDP nun auch hinterhergekommen sind, daß Sie uns nicht abstützen

(Abg. Lahmann [FDP]: Habe ich nicht erbeten!)

und daß Sie nicht auch jetzt in dieser Sitzung sagen, bringen wir die Sache auf den Punkt, und stellen wir entsprechende Anträge.

Aus unserer Meinung, was die Einschätzung dieser Herren betrifft, ihre politische Verantwortung, haben wir als CDU nie ein Hehl gemacht. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, ist ja überhaupt gar nicht zu bestreiten, daß es noch eine Reihe von zusätzlichen Erkenntnissen geben wird durch den Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages.

(Abg. Klein [CDU]: Mit Sicherheit!)

Wir brauchen ja für den Rücktritt, für einen Mißtrauensantrag, Herr Lahmann, das wäre ja dann die Konsequenz, wenn man es auf den Punkt bringen will, nicht nur die Stimmen der CDU und der Grünen Liste, in dem Punkt halte ich sie beide für konsequent und geradlinig, auch Ihre Stimmen, die müssen dazukommen.

(Lachen bei der SPD)

Ja, meine Damen und Herren, ich sage das einmal ganz deutlich, mir sind Kollegen, die die Sache so aussprechen, wie sie ausgesprochen werden muß, lieber als Leute, die immer dazwischenlavieren wie die FDP.

(Beifall bei CDU und BGL)

Nein, meine Damen und Herren, Herr Lahmann wird die Nagelprobe wahrscheinlich machen müssen. Wir brauchen auch die Stimmen der SPD. Die SPD hat hier bisher immer noch eine Mehrheit, wenn es auch eine knappe Mehrheit ist.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Zumindest das ist an Ihrer Rede wahr! — Abg. Kunick [SPD]: Hoffentlich werden wir die noch lange behalten!)

Meine Damen und Herren, da wird es noch weitere Erkenntnisse geben. Mich würde beispielsweise einmal interessieren, ob das zutrifft, was der Herr Bürgermeister bezogen auf seine Information, die er von Bonn bekommen hat, gesagt hat. Mich würde interessieren, was der Herr Apel sagt, wie er den Herrn Koschnick informiert hat. Bisher wurde ja von Bürgermeister Koschnick immer so getan, als seien das Hinweise nach dem Motto „Paßt schön auf“ gewesen, aber klare Hinweise auf Gewalttätigkeiten waren nicht zu erkennen. So habe ich das bisher begriffen. Jetzt wird es doch einmal interessant sein zu erfahren, was sagen denn die Herren, die sich mindestens im Deutschen Bundestag und woanders nach meiner Information anders ausgedrückt haben. Das heißt, es wird eine Vielzahl von Fragen gestellt werden müssen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie noch Argumente brauchen, Herr Wedemeier, für Senatoren, die Ihnen nicht lieb sind, ich befürchte beinahe, das ist bei Ihnen mehr Herr Fröhlich als Herr Scherf, dann wird es auch da noch zusätzliche Erkenntnisse geben. Wenn dies nun schon alles so ist, meine Damen und Herren, einmal ganz abgesehen davon, daß

(A) Sie eine Woche Zeit brauchen für den Antrag, ist es logisch, daß wir jetzt das abwarten, was in Bonn an Erkenntnissen herauskommt, und daß wir dann hier in der Bremischen Bürgerschaft darüber debattieren.

Ich gehe auch davon aus, daß wir in der nächsten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft ein Papier vorliegen haben, in dem der Senat uns etwas sagt über die Konsequenzen, die er ziehen will. Daß er von sich aus zurücktreten will, wird er uns nicht schreiben. Aber, meine Damen und Herren, er wird uns sicherlich ein umfassendes Konzept mitteilen. Herr Fröhlich, seien Sie doch nicht so unruhig!

(Senator Fröhlich: Ich bin überhaupt nicht unruhig!)

Seien Sie doch fröhlich, noch!

(Abg. Schmidt [SPD]: Nichts Neues von Herrn Altmann! — Abg. Wedemeier [SPD]: Er heißt ja Klein, so ist er auch!)

Meine Damen und Herren, der Senat wird uns sicherlich in einem umfassenden Papier mitteilen, welche Konsequenzen, und zwar über den Sozialarbeiter des Herrn von Schönfeldt hinaus, er denn nun leisten will, und ich gehe davon aus, das sollte hier geschehen, daß wir das schriftlich bekommen, um uns darauf einzustellen. Auch das wird ein Punkt einer nächsten Debatte sein.

(B) Meine Damen und Herren, was die FDP betrifft und ihre Rücktrittsforderungen: Herr Lahmann, daß Sie den Rücktritt fordern, ist im Hinblick auf die Sachlage logisch. Aber wie das bei Ihnen vor sich geht, das begreifen wahrscheinlich nur noch ganz eingefleischte Liberale.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch, warum. Als unsere Kollegen die Mitarbeit im Ausschuß aufgekündigt haben, erklärte Herr Lahmann bezogen auf Herrn Neumann, die gehen doch deshalb hinaus, weil die Luft heraus ist. Die wollten Herrn Scherf etwas nachweisen und haben das nicht belegen können, so Originalton FDP. Meine Damen und Herren, just derselbe Herr Lahmann, just dieselbe FDP in Anbetracht dieser Äußerung stellt drei Wochen später Rücktrittsforderungen! Ist dies logisch, Herr Lahmann?

(Abg. Jackisch [CDU]: Für die FDP ja!
— Abg. Lahmann [FDP]: Für die FDP ja!)

Nächster Punkt! Meine Damen und Herren, ich bedauere, daß der Kollege von Schönfeldt nicht im Raum ist. Ich habe — vielleicht äußern Sie sich dazu — den Beiträgen, auch Berichten von Journalisten entnehmen können, als seien Sie jemand gewesen, der zwar ein harter Kritiker ist, dem die Notgemeinschaft mit der SPD aber so gefallen hat, daß er personelle Konsequenzen in der Dimension nicht vor-

nehmen wollte. Dies ist mir von mehreren, auch von Journalisten, bestätigt worden. Gut, meine Damen und Herren, es wäre doch einmal interessant, Herr von Schönfeldt, Herr Lahmann, es ist nicht interessant, daß Sie ihn nun auf Ihre Linie gebracht haben, sondern es ist interessant, einmal zu wissen, wie das bei Ihnen aussah und aussieht.

(Beifall bei der CDU — Abg. Lahmann
[FDP]: Ach nein, kümmern Sie sich einmal um Ihren Kram!)

Schauen Sie, in der Definition Ihrer Beiträge sind Sie von der FDP doch gar nicht abgestimmt. Herr von Schönfeldt fordert Herrn Senator Fröhlich auf: Herr Senator Fröhlich, in Zukunft ziehen Sie die und die Konsequenzen, stellen Sie den ein, überprüfen Sie dies! Sie wollen den ja gar nicht im Amt belassen, Herr Lahmann. Ihre Konsequenz ist Rücktritt, die Herrn von Schönfeldts war Verbesserung im Amt, aber Bleiben des Herrn Fröhlich. Das sind Dinge, meine Damen und Herren, von denen ich glaube, daß es hier keine Linie der FDP gibt.

Nun haben Sie Herrn Koschnick angegriffen, Ihren Spitzenkandidaten.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und BGL)

Meine Damen und Herren, natürlich war Hans Koschnick Spitzenkandidat der FDP. Sie haben ihn zum Bürgermeisterkandidaten gemacht, damit Herr Lahmann Senator werden konnte, das wissen wir doch alle.

(Beifall bei der CDU — Abg. Lahmann
[FDP]: Hören Sie doch auf zu spinnen!)

Sehen Sie, dann überprüfen Sie einmal Ihre Formulierungen! Sie waren gerade draußen, als Herr von Schönfeldt redete. Was der formulierte zum Bürgermeister, das war bald noch schärfer als das, was Sie gesagt haben zu Herrn Fröhlich und Scherf. Logischerweise, nach der ganzen Reihe, die Sie aufgeführt haben, mußten Sie auch den Rücktritt dort fordern. Das haben Sie noch nicht gemacht. Warten Sie einmal ab!

Sie haben nämlich erklärt in der Pressekonferenz, erst einmal fordern wir den Herrn Koschnick auf, die Konsequenzen zu ziehen, bezogen auf Scherf und Fröhlich. Wenn er sie nicht zieht — damit war gemeint, daß er sie aus dem Amt entläßt, was er so wohl gar nicht kann, oder daß sie gehen —, wenn Hans Koschnick dies nicht macht, so sagt Lahmann, dann muß er selbst Konsequenzen ziehen, weil er sich dann wahrscheinlich nicht durchsetzen kann.

Herr Lahmann, wir kommen auf dieses Thema zurück. Sie wissen ja, daß es für solche Formen nicht nur liberale Erklärungen gibt, sondern daß man mit der Zahl — die haben Sie nicht — von 25 Abgeordneten Mißtrauensanträge stellen kann. Bereiten Sie sich bitte auf solche Diskussionen vor! Ich möchte hier den Bonner Ergebnissen nicht vorgreifen. Aber

- (A) bereiten Sie sich bitte vor, dann werden wir die Nagelprobe machen, ob die FDP bereit ist, möglicherweise den Spitzenkandidaten Hans Koschnick zu stürzen!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, für uns geht es wie folgt weiter: Dieses Thema ist für uns nicht beendet. Wir fassen dies als Zwischenberichtsdebatte auf, wie immer Sie das endgültig sehen. Ich gehe davon aus, Herr Kollege Wedemeier, genauso wie Sie, wenn ein Bericht vorliegt, muß der dringend debattiert werden.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Machen wir doch!)

Wir werden einen Bericht bekommen vom Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, den wir dann auch dringend hier debattieren werden, nur daß Sie es wissen.

Das Angebot, das ich Ihnen einmal gemacht habe, haben Sie ausgeschlagen, und jetzt sage ich Ihnen eine letzte Bemerkung: Passen Sie auf, ich rede genau das, was Sie hören wollen! Ich mache eine letzte Bemerkung, sie betrifft den Wahlkampf.

- (B) Meine Damen und Herren, hier geht es bei dieser Frage, ihren Folgen und ihren Verantwortlichkeiten um eine zentrale Frage der Einstellung der Parteien zur Gesellschaft und ihren Institutionen. Nehmen Sie bitte mit, Sie brauchen uns dies gar nicht zu unterstellen, nein, ich sage es selbst, natürlich spielt dieses Thema in der Auseinandersetzung um Mehrheiten von Wählern eine Rolle, weil die Wähler nämlich — und daraus mache ich überhaupt kein Hehl, das ist legitim —, weil die Wähler in Bremen wissen sollen, daß ein Herr Scherf und andere diesem Senat angehören, weil die Wähler in Bremen wissen sollen, und nicht nur zu einer Wahl, sondern darüber hinaus, wer hier in Bremen inzwischen regiert, weil ich glaube, daß die Wähler das wissen müssen, wenn sie eine korrekte Entscheidung für Bremen treffen wollen!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, einen Moment bitte! Ich habe in der Zwischenzeit nachgeprüft, wie das mit den Niederschriften der Beweisaufnahmen war, und mir ist folgendes gesagt worden: Der Protokolldienst dieses Hauses hat am Mittwoch nachmittag sämtliche Protokolle der Beweisaufnahmen, auch die der vertraulichen, abgeliefert. Die Protokolle sind dann abgelichtet worden, und am Donnerstag nachmittag sind sie verteilt worden an die Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Sie sind auch ausgelegt worden, so daß die Einsichtnahme für alle Abgeordneten möglich war. Am Donnerstag nachmittag! Bis auf den nichtöffentlichen Teil, der ist am Freitag früh verteilt worden!

Das war aber nur ein ganz kleiner Teil, so daß alle Vorlagen für alle Abgeordneten zugänglich waren.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist falsch! Dann werden wir das untersuchen!)

Herr Abgeordneter Neumann, bitte sehr, ich kann mich auf die Aussagen meiner Verwaltung verlassen! Ab Freitag früh sind alle Unterlagen zur Einsichtnahme für alle Abgeordneten zugänglich gewesen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Es ist doch das Gegenteil gesagt worden!)

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir die Sitzung unterbrechen bis 14.45 Uhr.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 13.15 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.46 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir befinden uns in der Beratung des Tagesordnungspunktes 34, Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 6. Juli 1980, Drucksache 10/261, sowie des dazu eingebrachten Entschließungsantrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/275.

Bevor ich dem nächsten Redner, dem Abgeordneten Adamietz, das Wort gebe, möchte ich noch folgendes feststellen: Bevor wir in der Beratung fortfahren, möchte ich zu der Fertigstellung der Protokolle, die Herr Neumann vor Eintritt in die Mittagspause angesprochen hat, folgendes erklären:

Herr Neumann hatte beanstandet, daß dem Untersuchungsausschuß bei der Abfassung seines Berichts nicht alle Protokolle zur Verfügung gestanden hätten und daß sie auch heute noch nicht vorliegen würden. Ich habe diese Bemerkung auf die Protokolle über die Vernehmung der Zeugen bezogen. Die Protokolle über die öffentliche und nichtöffentliche Vernehmung am Freitag, dem 4. Juli, lagen erst in der letzten Woche vor, und zwar das Protokoll der öffentlichen Vernehmung am Donnerstag nachmittag, dem 10. Juli, und das Protokoll der nichtöffentlichen Vernehmung am Freitag, dem 11. Juli. Damit lagen alle Vernehmungsprotokolle vor, und zwar spätestens am Freitag früh.

(Abg. Kunicke [SPD]: Hört, hört!)

Neben den umfangreichen Zeugenvernehmungen gab es noch eine Reihe von internen Besprechungen des Untersuchungsausschusses, in denen unter anderem Verfahrensfragen besprochen wurden. Über diese Sitzungen werden Inhaltsprotokolle bezie-

(A) hungsweise Beschlußprotokolle angefertigt, die zum Teil noch nicht vorliegen. Ich bitte, dabei zu bedenken, daß auch die Sondersitzung am 30. Juni und die beiden Plenarsitzungen in der letzten Woche vom Protokolldienst bewältigt werden mußten. Zahlreiche Protokolle anderer Ausschüsse stehen noch aus, weil Untersuchungsausschuß und Plenum in der letzten Woche absoluten Vorrang gehabt haben.

Es ist also durchaus denkbar, daß Herr Neumann die Verfahrensprotokolle im Auge hatte, die liegen noch nicht alle in der Niederschrift vor. Die Vernehmungsprotokolle liegen allerdings alle vor, für die Abgeordneten auch alle zur Einsicht seit Freitag.

Ich gebe nunmehr das Wort dem Abgeordneten Adamietz.

Abg. **Adamietz** (BGL) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer diese Debatten verfolgt hat, und zwar nicht nur die heute, sondern auch die früheren Debatten einschließlich der Sondersitzung über dieses Thema, der wird wissen, daß wir der Art und Weise, wie dieses Parlament das vorliegende Thema behandelt, sehr skeptisch gegenüberstehen. Wir sind in unserer Skepsis durch die jüngsten Vorgänge und letztlich durch den Bericht dieses Ausschusses noch bestärkt worden.

(B) Ich darf unsere Gesamteinschätzung mit einem Zitat wiedergeben, das ich aus dem Frühkommentar von heute morgen von Herrn Rolf-Jürgen Franke von Radio Bremen entnehme. Er schreibt: „Nachgerade kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ein Berg gekreißt hat, und ein Papiertiger wurde geboren.“

Herr Franke zählt dann weiter auf, daß wir Berichte haben, er hat das wohl zusammengezählt, von insgesamt 330 Seiten Papier, 1 400 Seiten Wortprotokolle, sicherlich noch ungezählte Materialien, Beweisunterlagen, Dokumentationen, eine fast vierstündige Sondersitzung des Senats am Wochenende, zwei Sondersitzungen der Bremischen Bürgerschaft und die ordentlichen Sitzungen und so weiter, also ein Mammutwerk, und Herr Franke folgert:

„Aber Quantität ersetzt auch in der Politik nicht immer Qualität. Manches im Umfeld des 6. Mai, so meine ich, ist trotz aller Papierflut noch nicht so richtig ans Ufer geschwemmt worden, und viele, allzu viele banale Einzelheiten bedecken den Strand der Erkenntnis wie Seegrass nach dem Sturm.“

Meine Damen und Herren, ich meine, dem kann man sich nur anschließen, und wenn ich das nun noch kurz skizziere, was ich heute von den Vorrednern zu diesem Thema gehört habe, dann bin ich erinnert an eine Bemerkung des Antonius, ein alter Römer, wie der Name ja zeigt, über eine Rede des Crassus.

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Der ist gar nicht so alt geworden!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Dieser Antonius sagte über die Rede des Crassus, die er ausgezeichnet fand: „So zierlich verstehst du dich über Rauhes, so reichhaltig über Mageres, so neu über Altbekanntes auszudrücken.“ Meine Damen und Herren, das ist mein Kommentar zu den Vorrednern!

Unseren Kommentar der Bremer Grünen Liste haben wir bereits in der 14. Sitzung der Bremischen Bürgerschaft, nämlich am 21. Mai dieses Jahres abgegeben, als dieser parlamentarische Untersuchungsausschuß eingesetzt wurde. Ich darf uns selbst zitieren, um das auf den Punkt zu bringen. Wir haben damals gesagt:

„Wir sind der Meinung, daß bei dem Untersuchungsausschuß, wie Sie ihn hier vereinbart haben, nicht viel mehr herauskommt als das politische Hickhack im Bundestagswahlkampf zwischen SPD und CDU, daß aber die Bevölkerung sicherlich keinerlei Interesse an einem solchen Ausschuß hat und schon keinerlei Verständnis und keinerlei Erkenntnisse von diesem Ausschuß erwarten kann über die wirklichen Hintergründe der Vorgänge des 6. Mai.“

Ich meine, daß unsere Einschätzung steht, bis auf zwei Anmerkungen. Bekräftigen muß ich, daß tatsächlich über die Hintergründe, den Ernst dieses Themas, den Ernst dieser Auseinandersetzung, wie man eigentlich den Frieden erhalten kann, hier, wie ich schon einmal gesagt habe, mit penetranter Hartnäckigkeit nichts verlautet wurde.

(D) Die zweite Bemerkung, die ich hier anschließen muß: Man hat gesehen, daß nun, wie immer, noch gerade vielleicht rechtzeitig, die SPD auf dieses Pferd Bundestagswahlkampf aufgestiegen ist und auch nun versucht, kräftig mitzuhalten, etwas kläglich allerdings im Ergebnis.

Ein paar Bemerkungen zu den Formalia dieses Ausschusses sind, meine ich, angebracht, wenn man die Arbeit dieses Ausschusses begutachtet. Zum ersten, die Grünen sind nicht beteiligt worden, das hat das Haus hier mit Mehrheit beschlossen. Die großen Fraktionen, wie gesagt, machen das immer nach dem d'Hondtschen Verfahren, und das nennt man dann so, ich habe es mit Interesse vermerkt, wie das der damalige Ausschußvorsitzende, Herr Klein, in der ersten Sitzung getan hat. Er hat Bürgermeister Koschnick darauf aufmerksam gemacht bei der ersten Vernehmung, wie das mit dem Auftrag sei. Er sagt dort: „Herr Bürgermeister, Sie kennen den Auftrag des Untersuchungsausschusses, vom Parlament einstimmig — nein, ich muß mich korrigieren —, einmütig beschlossen, gegen die Stimmen der Vertreter der Bremer Grünen Liste.“

Meine Damen und Herren, Sie sehen nunmehr, was der Unterschied zwischen einstimmig und einmütig ist.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Die Grüne Liste!)

(A) Wir jedenfalls sind in diesem Ausschuß nicht vertreten gewesen, und so haben wir natürlich mit besonderem Interesse vermerkt, wer denn alles sonst noch in dem Ausschuß vertreten war, außer den Parlamentsfraktionen hier. Natürlich meinen wir damit nicht die Senatsverwaltung oder auch die Damen und Herren, die die Protokolle schreiben mußten. Gut, die mußten anwesend sein, um die Arbeit des Ausschusses dort zu gewährleisten.

Von Interesse ist allerdings, daß natürlich auch abgeordnetenfremde Personen darin waren. Ich meine damit, daß man nichts Besseres zu tun hatte, als auch Fraktionsassistenten in diesen Ausschuß zu setzen, die dort nun auch in den vertraulichen Sitzungen anwesend sein durften, ein Recht, das man eben Abgeordneten dieses Hauses, Abgeordneten zweiter Klasse, meine ich, verwehrt.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Das haben Sie ja abgelehnt!)

Der weitere Punkt ist, nicht nur die Fraktionsassistenten, die da nun vielleicht Hilfestellung leisten sollten, waren im Ausschuß, sondern selbst der Senat hatte einen Vertreter in diesem Ausschuß, der in den meisten, auch vertraulichen Sitzungen anwesend war. Meine Damen und Herren, denken Sie bitte daran, der Ausschuß soll ja Mißstände im Bereich der Verantwortlichkeit des Senats untersuchen, und der Senat sitzt nun selbst mit seinem Vertreter darin, natürlich nicht stimmberechtigt, das ist gar nicht der Punkt, aber er sitzt darin! Wir wollten ja auch gar nicht mitstimmen. Wir haben am Anfang gesagt,

(B)

(Abg. Lahmann [FDP]: Aber Sie haben das doch abgelehnt, Herr Adamietz!)

wie die Mehrheitsverhältnisse in diesem Ausschuß aussehen werden, daß die SPD mit ihren vier Vertretern im Ausschuß den Mehrheitsbericht machen wird, daß vielleicht Minderheitenberichte kommen, also mit den Stimmverhältnissen war das klar.

(Abg. Lahmann [FDP]: Sie haben doch die Teilnahme abgelehnt! Das haben wir Ihnen doch angeboten!)

Aber, Herr Lahmann, das alte Thema brauchen Sie doch nicht noch einmal aufzuwärmen, das nützt Ihnen doch nichts! Sehen Sie einmal, Sie haben gesagt, daß Sie uns einen Stellvertreterposten auf Ihrem Ticket angeboten haben.

(Abg. Lahmann [FDP]: Mehr hatten wir nicht anzubieten!)

Jawohl, nun darf ich einmal verlesen, was wir in dem Ausschußbericht hierzu festgestellt bekommen, Seite neun: „Entsprechend der Praxis bisheriger Untersuchungsausschüsse nahmen die stellvertretenden Mitglieder ohne Rede- und Fragerecht an den Be-

weisaufnahmen und mit beratender Stimme an den internen Beratungssitzungen teil.“ (C)

(Abg. Lahmann [FDP]: Also mit Rede-recht!)

Ferner waren drei namentlich benannte Fraktionsassistenten bei den Sitzungen zugelassen. Außerdem war in der Regel ein Vertreter des Senats zugegen.“

Meine Damen und Herren, ich habe schon öfter betont,

(Abg. Lahmann [FDP]: Volle Informationsmöglichkeit hätten Sie gehabt!)

wir lassen uns doch nicht abspeisen mit einer Gnade, die nichts bringt, wo Sie dann nur ein Feigenblatt haben, daß Sie uns doch nicht zu Abgeordneten zweiter Klasse gemacht haben!

(Abg. Lahmann [FDP]: Das ist ungerrecht, was Sie sagen!)

Was nützt uns denn die Teilnahme an solchen Ausschußsitzungen, wenn Sie uns nicht das Rede- und Fragerecht zugestehen,

(Abg. Lahmann [FDP]: Das hätten Sie doch gehabt!)

wo wir doch gerade deutlich gemacht haben, daß wir ganz andere Fragen hier in diesem Ausschuß stellen würden, als Sie sie gestellt haben. Ich habe diese Fragen zum Teil hier in den Bürgerschaftssitzungen vorgetragen. Ich finde auch nicht, daß sie in dem Ausschuß, nach den mir zugänglichen Protokollen, überhaupt aufgegriffen wurden. (D)

Das war die Situation im Ausschuß, und dasselbe gilt natürlich auch für die Vertraulichkeit der Beratungen, Vertraulichkeit der Untersuchungsunterlagen. Wir haben hier in der Sondersitzung eine heftige Geschäftsordnungsdebatte gehabt, wo man uns die Einsichtnahme in die sogenannten vertraulichen Teile verwehrt. Zuletzt hat es der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß während der Sitzung der Bürgerschaft getan, obwohl man uns doch in der gleichen Sitzung abverlangte, nun die Arbeit des Ausschusses als sachgerecht einzustufen.

Damals wollte man über die Runden kommen in dieser öffentlichen Bürgerschaftssitzung, damit man dort seine Anträge durchbekommen konnte, und hat das schlichtweg abgebügelt. Ein paar Tage später ist es dann möglich geworden, da war auf einmal die Gefahr nicht mehr da, daß wir Dinge hier an die Öffentlichkeit tragen oder sonst irgendwie uns unredlich verhalten würden. Da konnte man es auf einmal zulassen, daß wir als Abgeordnete auch die vertraulichen Dinge kennenlernen können. Ich meine, diese Dinge sprechen für sich.

Auf derselben Linie liegt es, wenn hier der Abgeordnete Stichweh polemisiert gegen die Bremer Grüne Liste, sie hätte in dieser Sondersitzung be-

(A) hauptet, die Ausschußmitglieder hätten sich an Spesen bereichert.

(Abg. Stichweh [SPD]: Außer Spesen nichts gewesen, haben Sie gesagt! — Abg. Dinné [BGL]: Das ist doch auch so!)

Selbstverständlich, außer Spesen nichts gewesen! Aber es ist natürlich immer dieselbe Sache, daß man erst einen Popanz aufbauen muß, um dann hinterher zu erklären, daß man gegen diesen Popanz sei und daß das natürlich die bösen Grünen alles verbockt hätten.

Ich möchte dazu klarstellen, die Protokolle werden ja veröffentlicht, da können Sie das nachlesen, daß ich gerade nur in dem Vergleich mit einer Fußballmannschaft davon geredet habe,

(Abg. Dinné [BGL]: Herr Präsident, ich werde belästigt hier! — Unruhe bei SPD und BGL — Glocke)

daß hier auch Prämien gezahlt werden, nämlich die Sitzungsgelder, und daß ich auch deutlich gemacht habe, daß gerade hier nicht nur eine Verschwendung von Geldern —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, da scheint ein Streit zwischen zwei Abgeordneten ausgebrochen zu sein.

(B) Abg. Adamietz (BGL): Ja, schlichten Sie den doch bitte, Herr Präsident!

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Um was geht es, Herr Abgeordneter Dinné?

(Abg. Dinné [BGL]: Der Abgeordnete Stelljes steht ständig neben meiner Seite! — Heiterkeit)

Fühlen Sie sich bedrängt?

(Abg. Dinné [BGL]: Ich fühle mich bedrängt! — Heiterkeit — Abg. Adamietz [BGL]: Herr Dinné, kommen Sie hier nach vorn zum Rednerpult, hier ist es ruhiger!)

Ich glaube, der Abgeordnete Stelljes ist jetzt wieder auf seinem Platz.

(Abg. Stelljes [SPD]: Herr Präsident, ich habe einen festen Freund, ich brauche den nicht! — Stürmische Heiterkeit)

Fahren Sie bitte fort, Herr Adamietz!

Abg. Adamietz (BGL): Vielen Dank, Herr Präsident, ich wollte auch nur feststellen, daß wir hier nicht im Nonnenkloster sind, es muß ein Mönchkloster sein!

(Heiterkeit)

(C) Ich wiederhole, ich habe festgestellt, daß wie in einer Fußballprofimannschaft nun auch Prämien gezahlt wurden in Gestalt des Sitzungsgeldes, daß das aber alles Verschwendung von Steuergeldern sei und vor allen Dingen auch Verschwendung von Arbeitskraft. Ich halte das aufrecht, und ich meine, das wird noch unterstrichen durch die Bemerkung von Herrn Stichweh, daß nun die Abgeordneten dort für einen Stundenlohn von 2,08 DM gearbeitet haben. Ich meine, das ist tatsächlich zu wenig, sie hätten diese Arbeit durchaus ganz sein lassen können.

Nun zu inhaltlichen Punkten! Zum Stichwort Verfassungsschutz! Es ist hier kritisiert und auch zu einem wesentlichen Thema gemacht worden in der Aufarbeitung dieser Vorgänge, daß der Verfassungsschutz nicht an der Universität oder bei demokratischen Organisationen seine Ermittlungen treibt, daß also die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes ungenügend waren. Im Gegensatz zum Verfassungsschutz hat ja der Militärische Abschirmdienst das getan. Er hat beispielsweise bei der Zusammenkunft der Jusos am 18. 4. 1980 seine eigenen Erkenntnisse gesammelt.

Ich möchte hier noch einmal die Gelegenheit ergreifen, deutlich zu machen, daß auch diese Erkenntnisse des MAD nicht einmal richtig sind. Der MAD stellt hier fest, daß Teilnehmer dort gewesen seien, die sich in eine ausliegende Liste eingetragen hätten. Das kann er wohl nur vom Hörensagen haben, denn die Aufführung der Grünen Liste hier ist insoweit unkorrekt, als wir uns nicht in eine Liste eingetragen haben.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Aber Sie waren anwesend?)

Selbstverständlich waren wir anwesend, und deswegen können wir über diese Veranstaltung ja auch hier berichten.

Das, was der Untersuchungsausschuß da weiter nach dem Bericht des MAD feststellt, nämlich den Satz, eine Beteiligung des KBW an ihren Maßnahmen hätten die Jusos abgelehnt, das ist sicherlich richtig, und trotzdem ist es nicht die volle Wahrheit, denn, wie jeder, der die Untersuchungen des Untersuchungsausschusses verfolgt hat, weiß, muß man ja bei der Wahrheit auch noch vollständig aussagen, und die vollständige Aussage heißt natürlich, daß die Jusos gerade eine Beteiligung der DKP ermöglichen wollten an ihren Veranstaltungen. Ich komme darauf zurück.

Ich meine, daß eigentlich solche Kleinigkeiten nur deutlich machen, daß die Dinge, die hier aufgeklärt werden sollen durch Verfassungsschutz, durch MAD, Dinge sind, die die beteiligten Organisationen selbst in die Öffentlichkeit tragen, weil sie nämlich die politische Debatte hier führen wollen, und daß man sich daran halten sollte, daß man dann auch weiß, was politisch hier los ist, daß man aber dafür nicht Organisationen braucht wie den Verfassungsschutz,

(D)

(A) der solche Erkenntnisse offensichtlich nicht einmal richtig zusammentragen kann. Ich möchte da nur kurz aus einem Brief des Landesjugendpfarrers zitieren, der immerhin schon, ich glaube, es war der 29. 4., eine Woche vor dem 6. Mai an den Präsidenten des Senats folgendes schrieb:

„Die Polizeikräfte unserer Stadt sind berechtigterweise besorgt, es könnten im Zusammenhang mit der am 6. Mai geplanten Veranstaltung sich Zwischenfälle von bedrohlichem Ausmaß ereignen. Viele junge Menschen werden diese Veranstaltung nicht passieren lassen, ohne deutlich ihren Protest zum Ausdruck zu bringen, vor, neben und während des ‚Festaktes‘. Nach allem, was wir erfahren haben, werden solche Protestdemonstrationen nicht oder nur in sehr geringem Maße von ‚Radikalen‘ gesteuert werden.“

Ich schreibe Ihnen dies, damit nachher nicht zum wiederholten Male kolportiert werden kann, die Extremisten hätten zur Zerstörung unserer freiheitlichen Ordnung das Heft in die Hand genommen. Viele überzeugte Demokraten fühlen sich durch die geplante Veranstaltung im Weserstadion so tief verletzt, daß aggressive Reaktionen unvermeidbar erscheinen und von Protestierenden selbst nicht mehr zu kontrollieren sind.“

(B) Das, meine ich, war eine öffentliche Erklärung, daraus hätte man sehr viel mehr lernen können als durch alle Berichte des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Ein weiterer Punkt sind die Aktivitäten der Polizei, und zwar geht es mir hier zunächst einmal um die Frage, die wir ja auch wiederholt aufgeworfen haben, ob eigentlich die Untersuchungen des Untersuchungsausschusses zum Polizeiverhalten vollständig und insoweit wahr sind, vor allen Dingen was die Vorgänge nach Abschluß der Veranstaltung im Weserstadion anbelangt. Hier finden wir einen bemerkenswert kurzen Absatz in dem mehr als 230 Seiten starken Bericht, nämlich nur folgende kurze Wertung, und zwar gestützt auf einen einzigen Vorgang, der hier zitiert worden ist:

„Der Ausschuß kann nicht ausschließen, daß es zu Übergriffen der Polizei gegenüber Demonstranten während der Demonstration am 6. Mai 1980 und nach der Ingewahrsamnahme Festgenommener gekommen ist. In allen Fällen, in denen Anzeige erstattet wurde, werden diese von der Staatsanwaltschaft in Ermittlungsverfahren geprüft.“

Meine Damen und Herren, es hat heute schon jemand einmal bemerkt, wenn ich etwas nicht weiß, dann ist es völlig klar, daß ich etwas nicht ausschließen kann. Und genau das ist auch hier der Vorgang. Es geht mir im Augenblick hier gar nicht so sehr um das, was hier als Polizeiverhalten zu kritisieren ist, sondern es geht mir darum, wie dieser Untersuchungsausschuß seine Untersuchungstätigkeit be-

greift. Gerade wenn er etwas nicht ausschließen kann, dann ist es seine Pflicht, hier noch einmal etwas aufzuklären. Da wird hier doch tatsächlich der Eindruck erweckt, als ob überhaupt keine Kenntnisse über diese Vorgänge vorhanden gewesen wären, und zwar vor allen Dingen sei nur aus einer Jugendzeitschrift ein Leserbrief bekanntgeworden, wonach drei Festgenommene mißhandelt wurden.

Meine Damen und Herren, allein in den Akten des Untersuchungsausschusses befindet sich ja ein Leserbrief aus den „Bremer Nachrichten“, der deutlich und mit Einzelheiten und namentlich gekennzeichnet solche Gewalttaten hier geschildert hat, Gewalttaten, die nach der ganzen Veranstaltung auf dem Osterdeich von der Polizei verübt wurden. Wir haben erst jetzt am Wochenende noch einen Leserbrief in der Zeitung gehabt, der sich damit befaßt hat.

Wir haben Vorgänge gehabt, die in der Öffentlichkeit breit diskutiert worden sind und auch deutlich gemacht worden sind durch Pressemitteilungen von Anwälten, zum Beispiel den Vorgang, daß die Polizei selbst wiederholt Pflastersteine in ungeschützte Demonstranten vor dem Weserstadion zurückgeworfen hat, zum Beispiel den Vorgang, daß ein akkreditierter Journalist und Rechtsanwalt von Feldjägern mißhandelt wurde, der Polizei übergeben wurde, dort einem regelrechten Spießbrutenlauf unterzogen wurde.

Wir haben Vorgänge kennengelernt, die Hochschullehrer und Rechtsanwälte bekanntgemacht haben, daß auf dem Osterdeich Personen geschlagen wurden, und wir haben Mitteilungen bekommen, daß Festgenommene auch auf der Wache oder auf den Wegen dorthin mißhandelt wurden. Erst heute noch haben einige Personen, Rechtsanwalt und Hochschullehrer, eine entsprechende Presseerklärung herausgegeben. Ich lenke die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit einmal darauf.

Aber nicht nur das, wir als Bremer Grüne haben in der Bürgerschaft selbst in der Sitzung vom 21. Mai eine Strafanzeige verlesen und deutlich gemacht, daß hier eine Bürgerin schwer mißhandelt wurde. Wo finde ich denn etwas, daß der Untersuchungsausschuß sich einmal damit befaßt hat?

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft! Ich habe doch gesagt, daß die Staatsanwaltschaft das dann ermittelt!)

Selbstverständlich ist die Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft, selbstverständlich darf die Staatsanwaltschaft nicht ihre Pflicht verletzen und das nicht aufklären, aber der Untersuchungsausschuß, der ist doch gerade dafür da, auch dieses Verhalten aufzuklären! Wollen Sie etwa sagen, es

- (A) geht den Untersuchungsausschuß nichts an, wie denn dieses Polizeiverhalten zustande kommt?

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Wir sind keine Staatsanwälte! — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Dann hätten Sie das beantragen müssen beim Untersuchungsausschußauftrag! Das wäre möglich gewesen!)

Meine Damen und Herren, wenn ich das hier von der Redetribüne dieses Hauses dem Haus mitteile und der Untersuchungsausschuß sieht sich nicht einmal in der Lage, das aufzugreifen, ich meine, dann spricht das für sich, dann spricht das für die Einägigkeit in diesem Untersuchungsausschuß.

(Beifall bei der BGL — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Aber so wichtig sind Sie nicht!)

Wenn man das so hört, diese Vorgänge nach der ganzen Veranstaltung der Polizei, dann wäre man fast drauf und dran zu sagen, da müßte man die Polizei verbieten, wenn die Polizei hier auf wehrlose Demonstranten in unrechter Weise eingepreßelt hat.

- (B) Diese Logik ist es nämlich, die auf der anderen Seite entfaltet wird gegenüber den Demonstranten, wenn gesagt wird, hier haben Leute demonstriert, und im Schutze einer solchen großen Demonstration haben einige Steine geworfen. Ergo, wir müssen jetzt solche Demonstrationen verbieten, sonst kommen wir ja nicht der Sache bei. Das ist so, als ob man die Autos verbieten wollte, die im Nebel mit Richtgeschwindigkeit eine Massenkarambolage verursachen.

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Das ist ein Vergleich, der spricht für Sie!)

Das ist ein Vergleich, der deutlich macht, wie wenig man hier wirklich an den Ursachen ansetzt, sondern wie man hier mit Symptomen die Sache bekämpfen will!

Unsere Kritik zielt auf diese einzelnen Vorgänge bei der Polizei, das haben wir deutlich gemacht, und wir sind der Meinung, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß, daß die Sache aufgeklärt werden muß und auch Leute zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Was sagen Sie eigentlich zu den Steinewerfern?)

Aber unsere wesentliche Kritik richtet sich an die politische Führung, die solche Dinge ermöglicht. Unsere wesentliche Kritik ist, daß es nicht möglich war, eine politische Debatte zu führen, die solche Vorgänge überhaupt von vornherein ausschließt, indem sie nämlich an die Hintergründe, auch an die Sorgen der Bevölkerung herangeht.

Ich meine, daß diese Dinge in der letzten Zeit wohl in Fluß gekommen sind. Der Polizeipräsident hat ja

(C) in seiner Vernehmung deutlich gemacht, daß es gar nicht um die Polizeigewalt im wesentlichen hier geht, sondern um gesellschaftspolitische Hintergründe. Ich darf einmal zitieren aus seiner öffentlichen Anhörung:

„Das Protest- und Demonstrationspotential, wenn ich das mit diesem etwas abgegriffenen Wort bezeichnen darf, entsteht ja nicht von ungefähr, und ich glaube nicht, daß wir dieses Potential sozusagen mit dem Polizeischlagstock reduzieren können.“

Erst nachdem der Vorsitzende Klein ihn nun weiter bedrängte, daß er dort nun Abhilfeempfehlungen geben sollte, wobei Herr Klein dann unterstellte, daß die politischen und gesellschaftspolitischen Ursachen zwar politisch bekämpft werden müßten, aber daß man nun einmal unterstellen müsse, das gelinge nicht — eine sehr realistische Einschätzung von Herrn Klein —, erst da kommt Herr Diekmann dann dazu, auch wiederum das Verbot von Demonstrationen in Betracht zu ziehen.

(D) Ich meine, daß aus diesen Vorgängen, die ich hier nur andeuten kann, deutlich wird, wie wenig in der politischen Führung in den Fragen des Einsatzes der Polizei überhaupt Klarheit herrscht, die Aufträge klar sind und auch eine politische, gesellschaftspolitische Analyse dem zugrunde liegt. Ich habe den Eindruck, und aus gewöhnlich gut informierten Kreisen, meine ich, verstärkt sich dieser Eindruck, daß bei der Polizei hier neuere Überlegungen in Gang sind, daß hier so etwas wie ein Grobbericht vertraulicher Art längst gefertigt ist, den wir hier natürlich noch nicht zu Gesicht bekommen, der weder dem Untersuchungsausschuß noch dem Bericht von Herrn Dr. Graf zugrunde liegt, der aber offensichtlich viel mehr den Finger auf die Wunden legt.

Ich meine diesen Grobbericht, Untersuchungen, die im Hause der Polizeiführung angestellt wurden und die offensichtlich zunächst einmal nur einer qualifizierten Zahl oder einem qualifizierten Kreis von Abgeordneten zugänglich gemacht werden. Wir haben, wie immer, gut informierte Kreise, ich habe meine Kenntnisse von, so meine ich, Bremens bestinformiertem Mann, und ich meine, daß man hier das auch offen ansprechen muß, daß solche Dinge, wenn solche Berichte vorliegen, auch sofort hier auf den Tisch dieses Hauses gehören, wenn wir überhaupt über solche Vorgänge reden. Ich meine, daß das nicht hinter verschlossenen Türen zu verhackstücken ist, sondern daß das hier gerade im Zusammenhang mit dem Untersuchungsbericht öffentlich zu verhandeln ist.

Ich fordere deswegen auf, daß dieser Bericht der Polizeiführung hier dem Hause, den Abgeordneten zugänglich gemacht wird. Sie wissen, daß wir immer für Öffentlichkeit sind, wenn aber hier solche Bedenken zum gegenwärtigen Zeitpunkt da sind, dann könnte das auch in nichtöffentlicher Sitzung geschehen, aber ich meine, daß es nicht angeht, solche Dinge überhaupt zu verschweigen, überhaupt nicht

(A) hier anzusprechen, um dann später mit irgendwelchen klugen Rezepten aus der Tasche zu kommen, die dann doch einer näheren Untersuchung überhaupt nicht standhalten.

Ich meine, daß die Angaben, die Einschätzungen, die der Polizeipräsident hier gemacht hat, sowohl was die Frage einer Wirksamkeit eines Demonstrationsverbotes angeht, auch hinsichtlich der rechtlichen Zulässigkeit, aber auch hinsichtlich der Frage der politischen Verantwortlichkeit, der gesellschaftspolitischen Hintergründe für solche Vorgänge, daß die sehr viel tragfähiger sind, sehr viel zutreffender sind als alles das, was unsere politischen Führer in Senat und SPD-Fraktion hier von sich gegeben haben.

Damit bin ich bei der politischen Verantwortlichkeit für diese ganzen Vorgänge. Wir haben erklärt, die Verantwortlichkeit liege bei der SPD-Führung, in Partei, im Senat und in der Fraktion. Wir finden das vollauf bestätigt. Wir können hierzu in aller Kürze nur noch einmal die Stichworte aufführen. Die politische Debatte, die eigentlich hier hätte geführt werden müssen mit den Jugendorganisationen, mit den Kirchen, mit allen möglichen politischen Organisationen, die nämlich Bedenken hatten gegen diese Veranstaltung, diese politische Debatte ist gerade in der SPD abgewürgt worden. Bürgermeister Koschnick persönlich hat, nachdem er aus den USA zurückkehrte, ja ein entsprechendes Machtwort gesprochen.

(B) Dann entfaltet sich erst das richtig, was wir als die politische Breitbandlüge der SPD in der letzten Zeit immer deutlicher hier herausarbeiten, und die CDU hat ja einen Teil davon offenbar schon begriffen, dann entfaltet sich nämlich dieses Konzept der SPD, Konzept einer Volkspartei, wo alle Strömungen unterkommen sollen.

Erste Strömung, verkörpert durch den Senator Fröhlich, die für Ruhe und Ordnung sorgen soll und die sich auch aktiv an der Durchführung dieser Veranstaltung im Weserstadion, einer militärischen Demonstration, beteiligen will! Wir haben ja gehört, Herr Fröhlich selbst war es, der den Vorschlag eingebracht hat, daß das Ganze im Weserstadion stattfinden sollte. Pech für Herrn Fröhlich ist, daß er dieser Aufgabe offenbar nicht gut genug im Sinne von Law and order nachgekommen ist. Das wird ihm irgendwann, wenn nicht jetzt sofort, nach dem kleinen Sturm im Wasserglas der FDP, dann aber doch vielleicht später politisch sicherlich das Genick brechen.

Zweiter Teil dieser Breitbandlüge ist der Präsident des Senats selbst, der steht in der Mitte, er kommt aus den USA wieder, legt klar, daß die Veranstaltung stattfindet, und benutzt danach jedwede Möglichkeit der Abschwächung, daß Bremen ja nur ein armes Opfer sei dieser Veranstaltung, daß sie sozusagen von Bremen natürlich nicht hergeholt worden sei, sondern daß man sie letztlich ja nur dulde, daß man natürlich jederzeit die Möglichkeit gewährleiste, daß die Bundeswehr hier demon-

striere, aber eben man selbst habe das ja nicht veranlaßt. (C)

Um dann der ganzen Sache noch das I-Tüpfelchen aufzusetzen, wird der Zapfenstreich, das kann man ja noch vertreten, dann als vordemokratisches Ritual gekennzeichnet, um deutlich zu machen, daß man natürlich auch den Opponenten etwas gibt. Natürlich ist das, was man denen gibt, etwas, das tatsächlich überhaupt nichts bringt, das überhaupt nichts ändert, denn die ganze Veranstaltung ohne Zapfenstreich wäre genauso eine politische Demonstration des Militärs gewesen, wie sie jetzt stattgefunden hat.

Wenn Herr Koschnick im Ausschuß sagt, so schön salopp, wie ihm das immer gelingt, es gehe hier um die Musik, ich meine, dann wird deutlich, daß tatsächlich hier die Breitbandlüge auch auf diesen Teil schon erstreckt wird.

Der andere Teil dieser Breitbandlüge ist verkörpert in dem Senator Scherf, der nun den anderen Flügel bei der SPD repräsentieren soll. Ich wiederhole noch einmal, unsere Kritik ist nicht an Herrn Scherf, daß er etwa Demonstranten hierher geholt hätte, daß er diese Demonstration gestärkt hat. Wir haben diese Demonstration mitgetragen, wir halten nach wie vor diese Veranstaltung für eine Provokation und für eine um so ungeheurere Provokation, als der Bundesverteidigungsminister Apel nun dem Ganzen noch eines daraufsetzen will und demonstrativ extra in Bonn im November noch einmal öffentlich das Ganze veranstalten will. (D)

Das ist nicht unsere Kritik. Unsere Kritik ist nicht einmal, daß im Senat nicht einmütig eine Haltung herrscht. Wir haben ja vorhin gehört, was einmütig und einstimmig hier bedeutet. Meinetwegen können im Senat viele Meinungen vertreten werden. Das ist Sache des Senats, da muß er sich politisch stellen, und wir werden das aufgreifen und werden die Meinungen inhaltlich bewerten. Unsere Kritik ist, daß solche Meinungsunterschiede dann nicht offen und ehrlich hier auf den Tisch gelegt werden, sondern daß der Eindruck erweckt wird, als ob man für alle doch sei und deswegen tatsächlich hier alle Wählerschichten, alle Bevölkerungsteile anspreche.

Bei Herrn Scherf, ich brauche das nicht mehr groß zu wiederholen, war es doch so, daß er einerseits sagt, er wolle hinter den Linien der Polizei stehen, so hat er es Herrn Diekmann versprochen, tatsächlich in seiner eigenen Vernehmung erklärt er dann, daß er zwischen den Linien stehen wollte, abgesprachen mit Herrn Koschnick, und nachher in Wirklichkeit hat er dann auf der einen Seite gestanden oder kam gar nicht heran, wie er gesagt hat, und hat letztlich zwischen allen Stühlen gestanden oder gesessen.

Herr Scherf hat Demonstranten herangeholt und hat auf der anderen Seite erklärt, er wolle entspannend wirken. Er hat den Eindruck bei Herrn Diekmann erweckt, was die Begründung für Herrn Diek-

(A) mann auch war, eine solche Gegendemonstration eigentlich politisch für gut zu halten, als ob dadurch das politische Potential, wie Herr Diekmann es ausdrückt, aufgesaugt würde. Das wird natürlich nicht aufgesaugt, wenn das politische Potential aus Hannover durch Telefonanrufe erst herangeschafft wird. Das ist die Kritik, die wir an dem Senat haben, daß dieser Senat insgesamt diese Breitbandlüge verkörpert.

Diese Breitbandlügenstrategie ist es, die letztlich auch der FDP ihr Profil als lavierendes liberales Wetterfähnchen gegeben hat, denn die FDP ist voll darauf hereingefallen. Die FDP ist voll darauf hereingefallen, indem sie gerade diesen Teil nicht aufklärt, indem sie beispielsweise gerade auch diesen Vorgang zwischen Herrn Polizeipräsidenten Diekmann und dem Juso-Chef Parpart nicht aufklärt, nämlich nicht aufklärt, was ist denn nun die Strategie dort gewesen, daß man einerseits ebenso eine Demonstration als Juso anmeldet und andererseits offenbar verbieten lassen will.

Das ist doch genau der Inhalt dieser Breitbandlüge, und das nun auf den Punkt zu bringen, das hätte man in diesem Ausschuß leisten können als Oppositionspartei. Das hat die FDP nicht geleistet, sie ist darauf hereingefallen, sie läßt alles offen, und sie ermöglicht es gerade der SPD, mit dieser Breitbandlüge weiter vor die Öffentlichkeit zu treten.

(B) So haben wir denn genau nun das Schauspiel, daß Herr Diekmann einerseits diskreditiert ist in seiner Aussage und daß andererseits Herr Parpart sich vor den Jusos weiterhin brüsten kann, er habe natürlich diese Demonstration gewollt, aber anderen Leuten wird auch mit suggeriert, na ja, die Jusos sind ja so brav, im rechten Moment bitten sie auch um ein entsprechendes Verbot.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Das ist die klassische Doppelstrategie! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Adamietz, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Adamietz (BGL): Ja, ich komme zum Schluß! Ich will zum Schluß nur noch eine Frage ansprechen. Es ist hier viel geredet worden, daß das, was hier in dem Ausschuß alles passiert ist, Wahlkampfstrategie sei. Man hat diesen Vorwurf auch der CDU gemacht. Das mag auch so richtig sein, obwohl natürlich dieser Vorwurf dann gerade auf die SPD zurückfällt, nämlich in der Weise, daß auch sie auf die CDU-Strategie hereingefallen wäre. Wenn es wirklich nur Wahlkampfstrategie der CDU gewesen ist, hier einen Beweisantrag vorzulegen, um die ganze Sache nach Bonn zu holen, dann wäre es ja für die SPD ein leichtes gewesen, diesem Beweisantrag stattzugeben,

(Beifall bei der CDU)

um dadurch der CDU ihre Wahlkampfmunition wässrig zu machen. Die SPD hat sich nicht dazu ver-

standen, im Gegenteil, sie hat hoch gepokert, und ich meine, sie wird hoch verlieren. (C)

Für unsere Einschätzung bleibt zum Schluß die Frage der Rücktritte zu beantworten, speziell der Senatoren Fröhlich, Scherf und des Bürgermeisters Koschnick. Das ist von der FDP hier angesprochen worden, von der CDU haben wir es vielleicht in ein bis zwei Monaten zu erwarten. Für uns gilt folgendes: Wir machen die Forderungen nach Rücktritten nicht an Einzelhandlungen im Zusammenhang mit diesen Vorgängen hier fest, obwohl natürlich einzelne Handlungen auch dann tatsächlich den politisch Verantwortlichen hier nahelegen müßten zurückzutreten. Wir machen unsere Haltung zu diesem Senat an dieser Breitbandlüge, wie ich sie versucht habe zu schildern, fest. Unsere politische Wertung ist völlig klar. Wir können natürlich nicht — —

(Abg. Stichweh [SPD]: Schmalspurspinner!)

Ich habe das leider nicht verstanden, wiederholen Sie es doch noch einmal!

(Abg. Stichweh [SPD]: Schmalspurspinner!)

Schmalspurspinner! Herr Stichweh meint, er wäre ein Schmalspurspinner!

(Beifall bei der BGL)

Den Senat meinte er, den Senat, ich sprach vom Senat! (D)

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Kommen Sie bitte zum Ende!

Abg. Adamietz (BGL): Ich komme zum Ende, Herr Präsident! Es ist bekannt, daß dieser Senat nicht unser Vertrauen hat, daß wir natürlich auch diesem Senat nicht das Vertrauen aussprechen könnten, wenn die Frage einer Abwahl hier ansteht. Wir wissen aber zugleich, daß an die Stelle etwa abgewählter Senatoren natürlich schon andere in den Startlöchern stehen, um letztlich dort hineinzusteigen und letztlich dasselbe politische Konzept der Breitbandlüge zu verwirklichen. Uns geht es darum, deutlich zu machen, erst wenn dieses politische Konzept einer Breitbandlüge durchkreuzt ist, wird sich hier politisch etwas ändern!

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich möchte geschäftsordnungsmäßig einmal etwas sagen. Ich weiß, wie schwierig das abzugrenzen ist, aber nach der Geschäftsordnung heißt es, wer die Ordnung, besonders durch persönliche Angriffe, verletzt, wird zur Ordnung gerufen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns angewöhnt, und das ist üblich in Parlamenten, daß, wenn man eine allgemeine Feststellung trifft, zum Bei-

(A) spiel, das ist eine Lüge, ohne einen persönlichen Angriff damit zu verbinden, wir das durchgehen lassen.

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Dann ergänze ich das als Spinnerei! — Glocke)

Wenn allerdings ein persönlicher Angriff damit verbunden ist, dann ist es eine Störung der Ordnung.

Ich weiß, daß die Vertreter der Bremer Grünen Liste an dem Wort „Breitbandlüge“, das hier heute nicht zum ersten Mal gefallen ist, offenbar eine ungeheure Sympathie gefunden haben.

(Abg. **Kauffmann** [CDU]: Das ist die Zusammenfassung von Lug und Trug!)

Es ist im Zusammenhang mit Breitbandlüge des Senats und, glaube ich, auch Breitbandlüge der FDP gesagt worden.

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Die darauf hingefallen ist!)

Damit ist ein Angriff verbunden, und ich weise dies zurück! Dies gilt übrigens auch für Kleinspurspinner!

(Heiterkeit — Zurufe: Schmalspurspinner!)

Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Willers.

(B) Abg. **Willers** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem an dieser Stelle alle im Parlament vertretenen politischen Gruppierungen Gelegenheit zur Stellungnahme gehabt haben und nachdem wir jetzt drei Sitzungen lang an diesem Thema arbeiten und öffentliche Gelder verschleudern, wobei politische Sacharbeit hintenan steht — ich hoffe, das zumindest unterstützen Sie alle —, nachdem jetzt auch offensichtlich hier keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind, sondern eher noch mehr verschleiert werden könnte, als bisher schon verschleiert worden ist, und nachdem auch deutlich geworden ist, daß sich die Mehrheit dieses Hauses ausschließlich mit Erscheinungsformen und nicht mit den Ursachen dieses Problems zu beschäftigen beabsichtigt, meinen wir, daß es jetzt genug ist, und darum stellen wir an dieser Stelle einen Antrag auf Schluß der Debatte.

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, es ist ein Antrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung auf Schluß der Beratung gestellt worden. Diese Anträge habe ich jederzeit sofort zur Verhandlung zu stellen, nachdem die Namen der noch ausstehenden Redner verlesen worden sind. Zu solchen Anträgen haben nicht mehr als zwei Redner dafür und zwei dagegen das Wort.

Es haben jetzt sich noch zu Wort gemeldet als nächster Herr Bürgermeister Koschnick, dann die Abgeordneten Stichweh, von Schönfeldt und Richter.

Wünscht jemand für oder gegen diesen Geschäftsordnungsantrag zu sprechen? (C)

(Abg. **Wedemeyer** [SPD]: Wir stimmen dagegen, das genügt!)

Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag auf Schluß der Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Geschäftsordnungsantrag ab.

Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eben en passant gehört, daß wir einen Bericht des Herrn Polizeipräsidenten in der Luft liegen haben. Und wir sollen heute wieder darüber befinden, ob die Situation hier für einige Senatoren rücktrittsfähig sei, ohne daß wir genügend Material haben. Ich stelle deshalb einen Geschäftsordnungsantrag, der lautet wie folgt — —.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Was ist das denn für ein Bericht?) (D)

Ja, Sie kennen den auch nicht? Das ist ja gut, dann werden Sie sicher auch für den Antrag stimmen, daß er uns allen zugänglich ist.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Was soll denn darin stehen?)

Darin steht, welche Zustände in Bremen herrschen und daß die Polizei sich in Zukunft nicht in der Lage sieht, überhaupt noch irgend etwas zu unternehmen, wenn die politische Führung sich mit ihren Zielen nicht klarer ausdrückt, und die Polizei weiß, woran sie ist. Ich könnte Ihnen stundenlang erzählen. Der Senat hat ja vier Stunden in seiner Sondersitzung darüber getagt.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Kennen wir nicht! — Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Muß auf den Tisch!)

Also, der Geschäftsordnungsantrag lautet wie folgt: „Die Bürgerschaft verlangt, daß ihr das Analysepapier — Grobbericht — des bremischen Polizeipräsidenten insgesamt zugänglich gemacht wird und nicht nur einigen Auserwählten der SPD.“ Die haben das nämlich schon.

(Beifall bei BGL, CDU und FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

(A) **Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Klein [CDU]: Kennen Sie das, Herr Bürgermeister?)

Ich nehme für den Senat in zweifacher Hinsicht Stellung: Einmal, soweit die Landesregierung von den Wertungen des Untersuchungsausschusses betroffen ist, zum anderen, soweit ich selbst und mein Verhalten von diesem Bericht angesprochen sind.

Der Senat erklärt noch einmal ausdrücklich, daß in der Frage der öffentlichen Selbstdarstellung der Bundeswehr es für die bremische Landesregierung eine selbstverständliche Pflicht ist, alles zu tun, um der Bedeutung der Bundeswehr als staatliches Instrument der Friedenssicherung Rechnung zu tragen, und sich dafür einzusetzen, der Bundeswehr ihren legitimen Platz in unserer Gesellschaft zu sichern.

Deshalb hat der Senat unter erheblichem Einsatz bremischer und niedersächsischer Polizeibeamter dafür gesorgt, daß die Veranstaltung der Bundeswehr am 6. Mai 1980 im Weserstadion stattfinden konnte und die Ansprachen zum Gelöbniß durch den Herrn Bundespräsidenten und durch den Herrn Generalinspekteur der Bundeswehr wie geplant ohne nachhaltige Störungen gehalten werden konnten. Diese Tatsache hat nach Meinung des Senats keine hinreichende Würdigung im Bericht des Untersuchungsausschusses gefunden.

(B) Die Bundeswehr, die im Bündnis mit den anderen Nato-Partnern in der Pflicht steht, unser Land vor erpresserischem Druck, besser vor erpresserischem äußeren Druck, zu bewahren, die Bürger unseres Staates vor Gewaltanwendung anderer Staaten zu schützen und im Ernstfalle diese Aufgabe sogar unter höchster Opferbereitschaft zu erfüllen, darf nicht in ihren Kasernen versteckt werden. Sie hat einen Anspruch auf unsere politische Unterstützung.

Der Senat ist ebenso wie eine breite Öffentlichkeit tief betroffen darüber, daß durch brutale Übergriffe von gewaltkriminellen Störern der Eindruck vermittelt wurde, unsere Bundeswehr könne sich nicht mehr ungehindert darstellen. Auch bedauert der Senat, daß durch Mißbrauch der grundgesetzlich verankerten Meinungs- und Demonstrationsfreiheit eine nicht geringe Zahl bremischer Bürger gehindert war, an der Gelöbnißveranstaltung teilzunehmen. Die Sicherheitsbehörden des Landes Bremen haben jedoch gerade angesichts des von erheblichen Störungen begleiteten Flensburger Gelöbnisses vom 25. März 1980 alles getan, um den Ablauf der Bundeswehrveranstaltung zu gewährleisten.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Dies ist auch gelungen, obgleich bei der Demonstration, in die sich Gewalttäter gemischt hatten, Ausschreitungen erfolgten, die die Mehrheit der Demonstranten zu keiner Zeit gewollt hatte.

(C) Zur Demonstration selbst folgendes: Die politisch notwendige Unterstützung der Bundeswehr verbietet es nicht, auch den Bürgern Rechnung zu tragen, die gegen die Veranstaltung am 6. Mai oder andere Veranstaltungen ihre abweichende Meinung in friedlichen Demonstrationen oder Kundgebungen zum Ausdruck bringen wollen, sei es, daß diese ihre Meinung zu Art und Umfang unseres Verteidigungsbeitrages, sei es zum Zeitpunkt der öffentlichen Darstellung der Bundeswehr — etwa in Anbetracht außenpolitischer Krisensituationen oder in Erinnerung an den Tag des totalen Zusammenbruchs des NS-Systems —, sei es auch aus Gründen der Ablehnung bestimmter traditioneller Formen wie öffentlicher Gelöbnisse oder eines Zapfenstreichs Stellung nehmen wollen.

Die friedliche Äußerung anderer Meinungen als die des Senats ist nicht nur aus Verfassungsgrundsätzen heraus zu schützen, sie ist auch aus Toleranz geboten, ohne die eine Demokratie nicht leben kann. Es darf hier an das Prinzip von Voltaire erinnert werden: „Ich teile nicht Ihre Auffassung, aber ich werde mich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, daß Sie Ihre abweichende Meinung ungehindert von privater oder öffentlicher Gewalt vortragen können.“

(Beifall bei der SPD — Abg. L a h m a n n [FDP]: Ich teile Ihre Auffassung nicht!)

(D) Ich teile nicht Ihre Auffassung! Der Senat wird auch künftig alles daransetzen, daß eine auf Gewalt orientierte Minderheit nicht bestimmen kann, wer und wie sich jemand öffentlich artikuliert und darstellt.

Der Senat teilt im Grundsatz die Wertungen des Berichts und die Stellungnahme der Mehrheit des Ausschusses, er würdigt den Minderheitsbericht in seiner ihm geziemenden Bedeutung und nimmt im einzelnen folgendermaßen Stellung:

Zum Verhalten des Präsidenten des Senats: Offensichtlich will der Minderheitsbericht die Tatsache einfach nicht zur Kenntnis nehmen, daß alle bremischen Tageszeitungen sowie die Sendungen von Radio Bremen, aber auch Meldungen in der überregionalen Presse die vom Senat getragene eindeutige Haltung des Präsidenten des Senats zur öffentlichen Darstellung der Bundeswehr und seine Bereitschaft wiedergegeben haben, ihr im Land Bremen jede Unterstützung zukommen zu lassen, dies gerade auch im Widerspruch zu protestierenden Gruppen aus der bremischen Bevölkerung, zum Teil auch im Gegensatz zu Aufforderungen von Untergliederungen seiner Partei.

Im übrigen haben auch die Gruppen, die sich in der Zeit vom 2. April bis zum 6. Mai 1980 gegen die Gelöbnißveranstaltung gewandt haben, den Präsidenten des Senats in keinem Fall als ihren Kronzeugen bemüht, sondern ihn teils qualifiziert, häufig jedoch unqualifiziert wegen seiner einseitigen Position angegriffen.

(A) Der Senat weist den Vorwurf des Minderheitsberichts, der Präsident des Senats habe versucht, sich in der öffentlichen Diskussion vor dem 6. Mai 1980 durch zwischen den Fronten lavierende Erklärungen aus der Affäre zu ziehen, mit Entschiedenheit zurück. Von einer „Doppelstrategie“ kann überhaupt keine Rede sein. Der Präsident des Senats hat von Anfang an eine eindeutige Position zu der Frage einer Gelöbnisveranstaltung der Bundeswehr sowohl intern als auch in der Öffentlichkeit vertreten. Er ist stets von dem Recht des Bundes ausgegangen, die Form des öffentlichen Auftretens und der dabei vorgesehenen zeremoniellen Umrahmung als seine ureigene Angelegenheit selbst zu bestimmen.

Dies ist von ihm zu keiner Zeit in Zweifel gezogen worden — weder vor noch nach dem im Minderheitsbericht angesprochenen Artikel der „Nordsee-Zeitung“ vom 29. April 1980. Auf eine entsprechende Frage eines Journalisten dieser Bremerhavener Tageszeitung während einer Pressekonferenz an den Präsidenten des Senats, auf was sich die Äußerung des Landesvorstands der SPD über den Abbau vordemokratischer Traditionsrituale beziehe, hat er geantwortet: „Auf den Zapfenstreich.“

Dieser Zapfenstreich wurde bekanntlich zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts in einer unzweifelhaft vordemokratischen Periode deutscher Geschichte bei der Armee eingeführt. Aus dieser Tatsache zu schlußfolgern, der Präsident des Senats habe sich damit gegen die Gelöbnisveranstaltung und die Umrahmung ausgesprochen, ist nichts als eine bewußte Mißdeutung der Haltung des Präsidenten des Senats, denn der Minderheitsbericht unterschlägt die Erklärung des Präsidenten des Senats in demselben Artikel der „Nordsee-Zeitung“, daß er keine Bitten auf Änderung der Art der Veranstaltung vorzubringen hätte. Allerdings sieht der Senat die Fruchtlosigkeit aller Bemühungen ein, den Vertreter des Minderheitsberichts von seiner vorgefaßten Meinung abzubringen, die er bereits äußerte, als er den Präsidenten des Senats zu diesem Sachverhalt vor dem Untersuchungsausschuß als Zeugen vernahm.

Darüber hinaus kommt der Ausschuß insgesamt zu der Wertung, es wäre besser gewesen, den Senat über die geplante Bundeswehrveranstaltung frühzeitiger zu informieren. Dazu ist festzustellen: Hinterher ist man immer klüger. Gleichwohl darf dann angemerkt werden, daß auch eine frühzeitigere Information des Senats an der Entscheidung für die Bundeswehrveranstaltung nichts geändert hätte.

Zu der strittigen Frage, ob bereits bei der Vorbereitung erkennbar war, daß bei dieser Bundeswehrveranstaltung mit brutaler Gewalt gegen Institutionen des Staates — Polizei wie Bundeswehr — hätte gerechnet werden müssen, kann der Senat nur seine bisherigen Stellungnahmen wiederholen. Er weist auf die beeidigten Aussagen der vor dem Untersuchungsausschuß vernommenen Zeugen hin. Erst am Abend des 5. Mai und am Vormittag des

6. Mai verdichteten sich die Erkenntnisse, daß mit größeren gewalttätigen Auseinandersetzungen gerechnet werden mußte. (C)

Zu den in den Berichten von Senator a. D. Dr. Graf und dem Untersuchungsausschuß aufgeworfenen Fragen, ob nicht angesichts dieser Entwicklung ein Demonstrations- beziehungsweise Kundgebungsverbot erforderlich gewesen wäre, kann der Senat auch im nachhinein feststellen: Der Grundsatz der Versammlungsfreiheit ist ein so hohes Gut, daß er nicht auf Verdacht hin aufgehoben werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Die Demonstrationen anläßlich von Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft auf dem Marktplatz sind ein Beispiel. An diesen Demonstrationen haben mit Sicherheit etliche teilgenommen, die diesmal auch vor dem Weserstadion waren, sozusagen Stammgäste von Demonstrationsveranstaltungen. Diese Veranstaltungen hier auf dem Marktplatz wurden geduldet, auch wenn sie mitunter recht laut vonstatten gingen, was hier im Plenum deutlich genug vernommen wurde. Sie haben auch nicht zu der Einführung einer Bannmeile geführt.

Das hat uns auch nicht dazu bewogen, Versammlungen unter freiem Himmel zuallererst unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, wie man sie verbieten kann. Es muß dabei bleiben, daß in Bremen friedliche, und ich betone, friedliche Demonstrationen zulässig sind, auch wenn uns ihre Parolen nicht gefallen. Wir wollten sicherstellen, daß sich die Flensburger Vorfälle im Weserstadion nicht wiederholen. Das haben wir erreicht. (D)

Der Senat hält die Auffassung des Graf- und des Minderheitsberichts, daß die für den 6. Mai 1980 angemeldeten Demonstrationen und Kundgebungen des KBW von vornherein hätten verboten werden müssen, für unzutreffend. Flugblätter sind zwar ein wichtiges Indiz zur Beobachtung von Vorbereitungen rechtswidriger Veranstaltungen und können im Zusammenhang mit anderen Erkenntnissen ein Verbot rechtfertigen, verbalradikale Flugblätter, wie sie im Vorfeld des 6. Mai zusammengeschrieben wurden, reichen jedoch für ein zwingendes Verbot allein nicht aus.

Zur Wertung von Flugblättern hat das Obergericht Bremen in einem anderen Rechtsstreit noch nach dem 6. Mai 1980 geurteilt, daß beispielsweise verbalstarke Formulierungen des KBW nicht als Aufruf zu körperlicher Gewaltanwendung, sondern als politische Agitation anzusehen sind. Wenn man die Agitation beispielsweise des KBW und anderer K-Gruppen für bare Münze nehmen würde, müßten wir uns mitten im Bürgerkrieg befinden. Statt dessen ist die Bundesrepublik Deutschland eine der stabilsten Demokratien der Welt.

(Beifall bei der SPD)

Man mag sehr wohl erwägen, ob nicht im Verlauf des 5. oder 6. Mai Demonstrationsverbot oder Ver-

(A) legungen der Kundgebungsorte angemessen gewesen wären,

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

aber auch die polizeitaktischen Überlegungen, die von solchen Maßnahmen Abstand genommen haben, lassen sich sehr wohl rechtfertigen.

Wenn der Minderheitsbericht die Anwendung des Paragraphen 15 Absatz 1 des Versammlungsgesetzes in einem Sinne fordert, daß Versammlungsverbote herauskommen müssen, dann muß er auch Paragraph 15 Absatz 3 des Versammlungsgesetzes zitieren, wonach die Polizei gezwungen wäre, verbotene Demonstrationen aufzulösen. Wenn man den Ermessensspielraum der Polizei hinsichtlich eines Versammlungsverbot auf Null zusammenschrumpfen läßt, dann schrumpfen auch die polizeitaktischen Überlegungen auf Null.

(Beifall bei der SPD)

Die Polizei wäre dann gehalten gewesen, Ersatzdemonstrationen eventuell am Bahnhof, eventuell am Marktplatz oder im Ostertor- oder Steintorviertel aufzulösen. Das hätte bedeutet, mehrere Stadtviertel in ein Heerlager zu verwandeln, um solche Präventivmaßnahmen durchzuführen. Weil man aber dies nicht gewollt hat, mußte sich die Polizei auf den Schutz des Weserstadions konzentrieren.

(B) Zum Verhalten des Senators für Inneres: Der Senat hat in seinem Kompetenzbereich seit langem die Empfehlungen des Höcherl-Berichtes und die entsprechenden Beschlüsse der Innenministerkonferenz umgesetzt. Diese sind auf eine klare, zweifelsfreie Aufgabengliederung im polizeilichen Bereich ausgerichtet. Nicht zuletzt haben die Erfahrungen aus den Demonstrationen anläßlich der Erhöhung der Straßenbahntarife im Jahr 1968 den Senat bewegt, deutlich zwischen Fachkompetenz für die polizeitaktischen Überlegungen und der politischen Verantwortung für den polizeilichen Einsatz zu unterscheiden. Die Verantwortung des Senators für grundsätzliche Fragen auch innerhalb des polizeitaktischen Bereichs ist dabei unumstritten.

Im Gegensatz zu den Wertungen des Berichts von Senator a. D. Dr. Graf hat der Senat klargestellt, daß Einsatzplanungen und das polizeiliche Konzept Aufgabe der Sicherheitsbehörden des Landes Bremen sind. Es bleibt festzustellen, daß der Polizeipräsident vor Beginn der Demonstrationen über alle relevanten Unterlagen verfügte und sie zur Grundlage von sachgerechten Abwägungen und Entscheidungen gemacht hat.

In diesem Zusammenhang hält es der Senat für angebracht, darauf hinzuweisen, daß aus lange vor dem 6. Mai beim Senator für Inneres und der Senatskommission für das Personalwesen eingeleiteten Überlegungen begonnen wurde, die Organisationsstrukturen im Stadt- und Polizeiamt zu verbessern. Für den Senat ist es selbstverständlich, daß bestimmte Entscheidungsfälle, die eine politische Brisanz beinhalten können, über die zunächst gegebene

(C) politische Verantwortung des Senators für Inneres hinaus auch zum Gegenstand von Entscheidungen des Gesamtsenats gemacht werden. Insoweit entspricht die Praxis des Senats allgemein den Anregungen des Graf-Berichts und des Untersuchungsausschusses.

Zur Vermeidung von Fehldeutungen weist der Senat darauf hin, daß zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Senator für Inneres vor dem 6. Mai ein ständiger Gedankenaustausch über die Sicherungsmaßnahmen anläßlich dieser Veranstaltung stattgefunden hat. Der Innensenator ist jederzeit über die Gesamtsituation unterrichtet gewesen.

(Abg. Klein [CDU]: Das hat er aber nicht ausgesagt!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle zu der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und der anderen Aufklärungsdienste kommen! Den Anregungen des Ausschusses zur Arbeit des Verfassungsschutzes und zu seiner Zusammenarbeit mit den anderen Diensten soll gefolgt werden, soweit sie sich realisieren lassen. Für den Senat steht fest, daß das Minderheitsvotum des Ausschusses nicht von einer genauen Kenntnis über die Arbeitsweise und die Arbeitsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes geprägt ist.

(Beifall bei der SPD)

(D) Der Senat muß darüber hinaus feststellen, daß das Minderheitsvotum eine unrichtige Darstellung des Graf-Berichts in bezug auf angebliche Beobachtungsverbote im Bereich der Hochschulstätten unverändert übernommen hat, obwohl der Senat dies längst richtiggestellt hatte. Zum Graf-Bericht hat der Senat klargestellt, daß es selbstverständlich keine Freiräume bei der Beobachtung verfassungsgegnertlicher Organisationen gibt. Ihre Veranstaltungen und ihr Wirken sind auch in Einrichtungen der öffentlichen Hand zu beobachten. Das gilt auch für unsere Bildungseinrichtungen. Ausgenommen von der Beobachtung sind natürlich der Schul- und Lehrbetrieb und die Lehrveranstaltungen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Forderung des Minderheitsberichts, der Verfassungsschutz hätte sich besser nicht so sehr um die sogenannten K-Gruppen und statt dessen mehr um die Infiltrierung spontaner und undogmatischer Gruppen kümmern sollen, verkennt der Verfasser die Gesamtzusammenhänge in diesem Bereich. Die sogenannte Sponti-Szene und die fest organisierten Kader des sogenannten K-Bereichs dürfen nicht dergestalt separiert werden, daß die K-Gruppen zu vernachlässigen wären, um sich verstärkt der Sponti-Szene zuzuwenden. Beide Bereiche sind vielmehr gleichermaßen zu beobachten, soweit sie verfassungsgegnertliche Ziele haben.

Im übrigen darf in Richtung auf die Sponti-Gruppen angemerkt werden, daß es sich gerade hier nur selten um Organisationen mit regelmäßigen Zu-

(A) sammenkünften und festen Mitgliedern handelt, sondern sich häufig Kräfte aus dem Augenblick heraus zu kurzlebigen, auf Gewaltanwendung fixierten Aktionsgemeinschaften gegen Vorhaben oder Maßnahmen des Staates zusammenfinden.

Diese Einsicht befreit niemanden, schon gar nicht den Senat, von der Pflicht, dem gesellschaftlichen Phänomen der Entwicklung solcher Aktionen nachzugehen. Ähnliche Vorkommnisse in Plymouth, in London, in Zürich, in Amsterdam, in Paris verdienen es ebenso wie die Vorkommnisse in Frankfurt, in Freiburg und in Heidelberg, gründlich analysiert zu werden. Diese Aufgabe kann jedoch nicht vorrangig den Sicherheitsorganen oder den Nachrichtendiensten überlassen werden. Es handelt sich vielmehr um eine im Gesamtbereich der Politik zu meisternde Aufgabe.

Hier stehen wir in der Auseinandersetzung mit einer zwar zahlenmäßig eng begrenzten, aber dennoch gefährlichen Verabschiedung einzelner Personen und kleiner Gruppen aus der gesellschaftlichen Realität. Der Senat setzt darauf, daß Parlament und demokratische Parteien sich an der Aufgabe beteiligen, es nicht bei dem Ruf nach der Polizei zu belassen, sondern alles kritisch zu überdenken, was mit einer solchen Entwicklung im Zusammenhang steht.

Zum Verhalten des Senators für Soziales, Jugend und Sport: Bei nicht unerheblichen Teilen der jüngeren Generation finden sich zunehmend ablehnende Haltungen gegenüber unserer rechtsstaatlichen Ordnung und unserer demokratisch geprägten freiheitlichen Gesellschaft, die bis zu einem bewußten Aussteigen aus den überlieferten Normen dieser Gesellschaft führen können. Deshalb ist es von besonderer politischer Bedeutung, daß gerade die mit der Förderung der jungen Generation befaßten Politiker sich dieser Entwicklung engagiert stellen und auch persönlich nach Wegen suchen, um Fehlentwicklungen aufzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Diese Bemühungen führen verständlicherweise allzu leicht zu Mißdeutungen und Kritik bei einer Öffentlichkeit, die nicht in vollem Umfang die sozialen Entwicklungstendenzen und Probleme der jungen Generation erkennt. Mißdeutungen solcher Art bestimmen leider auch das Bild von Senator Dr. Scherf in der Öffentlichkeit, ein Bild, das von der Opposition geflissentlich gepflegt und gefördert wird.

Der Senat weist diese Versuche entschieden zurück. Er ist im übrigen der Auffassung, daß die Schlußfolgerungen des Minderheitsberichts zum Verhalten von Senator Dr. Scherf im Zusammenhang mit dem 6. Mai 1980 durch die Beweisaufnahme nicht gedeckt und daher haltlos sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu den von der Opposition aufgeworfenen personellen Konsequenzen: Jetzt werden

in diesem Zusammenhang Köpfe gefordert, der von Senator Fröhlich, der von Senator Dr. Scherf, der des Leiters des Landesamtes für Verfassungsschutz und zur Hälfte auch der des Präsidenten des Senats. Noch hält sich die CDU mit ihrem abschließenden Urteil zurück, aber ich gehe davon aus, daß sie voraussichtlich am Ende des Bonner Untersuchungsausschusses die andere Hälfte des Kopfes des Präsidenten des Senats fordern wird.

Der Senat hält es nicht für seine Aufgabe, sich mit solchen Forderungen auseinanderzusetzen, das ist vielmehr Angelegenheit der Bürgerschaft, die den Senat gewählt hat. Der Senat sieht sich deshalb auch nicht in der Lage, die Angehörigen des Parlaments von dieser Aufgabe der Beurteilung der Senatsmitglieder zu befreien. In ihrer Hand und nicht in der Verantwortung des Senats liegt die Entscheidung.

Das gilt nicht für den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, dies ist Angelegenheit des Senats, und der Senat gedenkt nicht, der Forderung der Opposition zu folgen.

Ich komme zum Schluß: Die Landesregierung dankt dem Untersuchungsausschuß für seine Zurückhaltung, soweit — —.

(Beifall und Lachen bei CDU und BGL —
Abg. Klein [CDU]: Ein Hundepapier!)

Ich wiederhole: Die Landesregierung dankt dem Untersuchungsausschuß für seine Zurückhaltung, soweit die Materie in das Bund-Länder-Verhältnis hineinspielt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Beckmeyer
[SPD]: Das sind die billigen Showeffekte
der Opposition!)

So wie die Bundeswehr ausschließlich dem Kompetenzbereich des Bundes zugehört, so gehört die Materie der Polizei mit derselben Ausschließlichkeit zum Kernbereich der Eigenstaatlichkeit der Länder.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hat sich der Ausschuß zu Recht mit seinem Bericht weitestgehend bei der Befassung mit dem Handeln des Bundes insoweit beschränkt, wie es für die Feststellung von Verantwortlichkeiten in Bremen notwendig war.

Die Landesregierung steht im übrigen wie die Bundesregierung in der Pflicht, darauf zu achten, daß die jeweiligen Untersuchungsausschüsse die verfassungsrechtlichen Bedingungen des Bund-Länder-Verhältnisses sorgfältig einhalten. Der Senat wendet sich deshalb energisch gegen alle Versuche von seiten der CDU, diesen nach dem Grundgesetz auf den Bereich der Verteidigung beschränkten Untersuchungsausschuß des Bundes zum Aufsichtsorgan über das Land Bremen werden zu lassen. Es geht nicht an, daß eine interessierte Partei ihn als zweite Instanz anruft, wenn sie mit einem Ergebnis des

(C)

(D)

(A) Landtagsuntersuchungsausschusses nicht einverstanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Es würde dem Grundsatz der Bundestreue eklatant widersprechen, wenn das Recht und die Pflicht eines Landes, die ihm von der Verfassung zugewiesenen eigenen Aufgaben zu erfüllen, hier übergangen oder als nachrangig zurückgewiesen werden. Der Senat ist sich seiner Pflicht bewußt, einem Untersuchungsausschuß des Bundes im Rahmen seiner Befugnisse Rede und Antwort zu stehen, um den parlamentarischen Gremien des Bundes Gelegenheit zu geben, ihre Kontrollrechte gegenüber Bundesregierung und Bundeswehr ausüben zu können. Diese Pflicht der Landesregierung müßte aber dort enden, wo ein Ausschuß des Deutschen Bundestages mißbräuchlich Rechte für sich in Anspruch nähme und dadurch die Gewaltenteilung im föderativen Staat gefährdete.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat geht jedoch hier und heute davon aus, daß sich der Bundestagsausschuß sehr wohl dem Prinzip eines konstruktiven Föderalismus verpflichtet weiß, insofern ist der Senat zur Kooperation bereit.

(Beifall bei der SPD)

(B) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte es dem Parlament einfacher machen. Ich melde mich nicht erneut zu Wort und nehme deswegen jetzt gleich Stellung zu den Dingen, die vorhin von den Fraktionsvorsitzenden gesagt worden sind. Ich habe keine große Lust, lange nachzukarren, was über mich gesagt worden ist. Das mag das Parlament beurteilen. Es fällt mir nur auf, daß bei immerhin dreißig Zeitungsartikeln nur ein einziger Satz, nämlich aus der „Nordsee-Zeitung“, aufgespießt worden ist. Danach müßten alle Journalisten, die in derselben Pressekonferenz dabei gewesen waren, wenn das tatsächlich so gesagt worden wäre, alle geschlafen haben.

(Abg. Klein [CDU]: Sie sind doch auch vernommen worden, Herr Bürgermeister!
— Abg. Wedemeier [SPD]: Es war halt dienlich!)

Verzeihung, ich nehme auch nichts zurück! Nein, Herr Klein, Sie sind ja gar nicht gefragt worden, Sie sind ja gar nicht im Minderheitsbericht. Sie sind ja herausgelaufen! Ich spreche von Herrn von Schönfeldt.

(Beifall bei der SPD)

Das muß doch einmal gesagt werden! Sie müssen sich einmal entscheiden, ob Sie von dem Bericht oder nicht von dem Bericht sprechen. Im Augenblick spreche ich jedenfalls zu Herrn von Schönfeldt! Bitte, prüfen Sie — —.

(Abg. Klein [CDU]: Sie ärgern sich, Herr Bürgermeister!)

(C) Daß Sie herausgelaufen sind, ja natürlich ärgere ich mich! Natürlich ärgere ich mich, weil ich gemeint hatte, dieser Landtag hätte die Aufgaben selbst erfüllen können, wenn er nur gewollt hätte.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die tief sinnigen Unterscheidungen, und jetzt komme ich zu Ihnen, lieber Herr Klein, die tief sinnigen Unterscheidungen, die Koschnick zwischen dem Gelöbnis und dem Zapfenstreich gemacht haben sollte, werden nicht nur von Koschnick allein gemacht. Kein Mensch in der Bundeswehr kommt auf den Gedanken, daß etwa der Zapfenstreich und die Ablegung des Eides in irgendeiner Form zwangsläufig zusammengehören. Die Eidesleistung ist die eine Zeremonie, und der Zapfenstreich ist eine andere Zeremonie.

(Beifall bei der SPD)

Man kann beides sehr wohl an einem Abend veranstalten, aber kein Mensch in der Bundeswehr kommt auf den Gedanken, daß das eine ohne das andere nicht geht.

(Abg. Bürger [CDU]: Nur in Bremen!)

(D) Wenn Sie, Herr von Schönfeldt, dies ein bißchen durcheinanderwerfen bei der Kritik an mir, bitte ich, doch noch einmal daran zu denken, was Bundespräsident Heuss am 12. März 1959 geschrieben hat: „Eine Tradition selber zu schaffen, ist viel schwieriger, aber auch großartiger, als nach Resten und Formen verjährter Gesinnung zu suchen und diese zu pflegen.“ Darüber nachzudenken innerhalb und außerhalb der Bundeswehr ist lohnenswert und eine Aufgabe für uns alle, nicht nur für eine Gruppe in diesem Kreis.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vielleicht noch eine kleine kritische Anmerkung zu Ihnen, Herr Klein! Ihre Äußerungen über die Gründe des Auszugs der Vertreter der CDU aus diesem Ausschuß des Parlaments zu verbinden mit einer Basis-Legende babylonischen Ausmaßes beziehungsweise eine babylonische Notlüge in die Welt zu bringen, das ist —

(Abg. Wedemeier [SPD]: Er ist nun einmal so geschwollen, nun lassen Sie ihn doch!)

kann man da nur sagen — eine babylonische Sprachverwirrung erster Güte.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Alles nur gedacht, um für den zweiten Akt eines — manche meinen — Wahlkampfmanövers den Schauplatz der Handlung von Bremen nach Bonn zu wechseln! Dies, lieber Herr Klein, war an sich unter Ihrem sonstigen intellektuellen Niveau!

(Beifall bei der SPD)

(A) Wenn ich aber noch ein Wort sagen darf auch zu Herrn Adamietz, dann möchte ich nicht nur aufgreifen, was er hier heute gesagt hat, sondern auch das zu Beginn der Diskussion, als wir uns zum ersten Mal im Parlament darüber unterhalten haben. Sie, Herr Adamietz, haben damals darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die gesellschaftlichen Ursachen und ihre Wirkungen zu untersuchen und nicht nur das Ereignis als solches zu sehen. Sie haben es bei der Polizei allerdings anders gemacht, da wollten Sie den einen Vorfall isoliert betrachten, da wollten Sie praktisch das Prügeln hinterher losgelöst und schlimmer beurteilen als das, was mit Steinewerfen begann.

Diese Sicht teile ich nicht, aber ich bin mit Ihnen der Meinung, so sehr, wie ich die Steinewerfer verurteile, so sehr setze ich mich dafür ein, daß gründlich geprüft wird, ob nicht Übergriffe durch die Polizei passiert sind. Alle Dinge, die mir zur Kenntnis gelangt sind, sind bei der Justiz gelandet, weil ich meine Glaubwürdigkeit gilt für beide Seiten in der Auseinandersetzung und Meinungsfreiheit.

(Beifall bei der SPD)

Zum Brief des Landesjugendpfarramtes: Das waren ernste Besorgnisse, wenngleich mir hinterher mitgeteilt worden ist, daß sie das, was dann passiert ist, damals nicht gesehen hätten. Sie hätten nur die Besorgnisse in ihren Reihen gehabt. Der Brief, den danach die evangelische Kirche an die Bundeswehr geschrieben hat, ist übrigens dem Untersuchungsausschuß mitgeteilt worden. Wir wissen also, wie im Augenblick die Kirche dazu steht.

(B) Keiner von uns hat damals keine Besorgnisse gehabt, aber alle haben darauf gesetzt, daß es möglich sein müßte, in dieser Stadt freiheitlich und offen Position zu beziehen: die einen in diesem Bereich, die anderen in einem anderen. Wer aber mit Gewalt den anderen seinen Willen aufnötigen will, gibt die Prinzipien der Demokratie preis.

(Beifall bei der SPD)

Dagegen werde ich mich immer und mit Entschiedenheit wenden.

Ich möchte aber auch das gern wieder aufgreifen, was Sie zum Schluß gesagt haben, nicht mit Bezug auf Koschnick — das kann ich ertragen —, sondern in bezug auf Veränderungen der Gesellschaft. Ich hatte mich beim letzten Mal schon bemüht, darauf einzugehen. Wir sind vielleicht in der Sorge um die Entwicklung einig, in der Wertung sind wir diametral auseinander. Aber das ist zunächst einmal nicht wichtig, wenn wir uns in der Sache unterhalten, mit welchem Phänomen wir uns hier herumzuschlagen haben.

Als es in Zürich vor wenigen Wochen aus scheinbar nichtigem Anlaß — es ging um ein Opernhaus — zu regelrechten Straßenschlachten zwischen Polizei und jugendlichen Demonstranten gekommen war, mit vielen Verletzten übrigens und mit einer Polizei, die besser ausgerüstet ist als unsere und Hart-

(C) gummigeschosse eingesetzt hatte, da gab es, als Erregung und Empörung abgeklungen waren, nicht etwa Parteienstreit mit gegenseitigen Beschuldigungen, sondern in Zürich haben sich die Parteien zusammengesetzt, haben sich die Verantwortlichen bemüht, die gesellschaftlichen Probleme zu erkennen und mitzuhelfen, um nach neuen Wegen des Umgangs mit einer aufbegehrenden jungen Generation zu suchen.

Wohlgemerkt, mit diesen neuen Wegen des Umgangs, von denen ich gesprochen habe, war nicht etwa eine verbesserte Ausrüstung der Polizei gemeint. Die nüchtern und rational denkenden Schweizer haben sich vielmehr daran gemacht, in einer Arbeitsgruppe aus Psychologen, Pädagogen, Sozialarbeitern und vielen anderen die Ursachen dafür zu erforschen, warum ein Teil der Jugend, ein kleiner Teil zwar, aber trotzdem ein nicht unbeachtlicher Teil, sich abwendet von den Normen und Spielregeln unserer demokratischen Gesellschaft, und das gewann an Bedeutung, weil gleich hinterher in Bern etwas ähnliches eingetreten war, in einer Stadt, die bekanntlich im europäischen Vergleich als besonders ruhig angesehen wurde. Warum sage ich das?

(D) Ich sage es nicht, weil ich ablenken möchte von den möglicherweise hier begangenen Fehlern und Versäumnissen, von der Möglichkeit, daß einiges nicht bedacht worden ist. Ich sage es auch nicht, weil ich die Untersuchung, die hier stattgefunden hat, auf ein anderes Gleis abschieben möchte. Ich sage es vielmehr, weil ich die große Sorge habe, daß Auseinandersetzungen in der Art, wie wir sie zur Zeit in Bremen „pflegen“, nicht gerade dazu geeignet sind, die Probleme, mit denen wir uns herumzuschlagen haben, sichtbar werden zu lassen, sondern nur das Ansehen der Parteien und der parlamentarischen Demokratie in Frage zu stellen.

(Abg. Dinné [BGL] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Lassen Sie mich zu Ende reden, Herr Dinné! Die zentralen Fragen: Woher kommt diese Unruhe, dieses Aufbegehren in einem Teil der Jugend? Wieso kommt es, daß junge Menschen sich abwenden von materiellem Wohlstand und bürgerlicher Freiheit? Warum ist ihr zum Teil der Sturz unserer liberalen Ordnung auch mit Gewalt recht, stellen sie sich gegen uns, die wir diese Ordnung, die gar nicht fehlerfrei ist, gleichwohl lieben und schätzen gelernt haben, weil wir die kalte Friedhofsruhe der Diktatur noch in Erinnerung haben? Warum?

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen darauf keine überzeugenden Antworten geben. Das ist ebenso schwer, wie es den jungen Menschen selbst schwerfällt, sich zu artikulieren, ihre Utopien aufzufüllen mit konkreten Inhalten. Viele von Ihnen in diesem Haus haben wie ich ein wenig Kenntnis von den Problemen durch die Diskussion mit unseren Kindern. Unsere Kinder

(A) verlangen von uns andere Antworten als die, die wir gewöhnlich zu geben pflegen: Gesetz ist Gesetz, die Ordnung muß gewahrt werden, die Polizei ist Hüter der Ordnung, wer die Ordnung nicht hält, ist ein Störenfried.

Das ist alles richtig, aber es wird als Antwort allein nicht akzeptiert. Ratlosigkeit macht sich breit. Es bestehen ganz offensichtlich gegenwärtig mit einem Teil der jungen Generation keine oder nur noch begrenzt Gesprächsmöglichkeiten. Dieser Teil der jungen Generation teilt unseren Stolz auf das Erreichte, auf das Geleistete nicht. Er mißt die Bundesrepublik nicht an einer nur 35 Jahre zurückliegenden Vergangenheit, er mißt sie an dem, was sie vielleicht hätte sein können.

Man kann selbstverständlich der Ansicht sein, ein solches Gespräch sei sowieso sinnlos, man müsse diesen Teil der Jugend abschreiben, abdriften lassen oder, was ja auch zuweilen gesagt und gefordert wird, man müßte diesen Jungen und Mädchen nur einmal ordentlich den Hosenboden strammziehen, dann werden sich diese Probleme von selbst erledigen.

(B) Nichts erledigt sich von selbst! Ich bin anderer Ansicht. Mir bedeutet die oft gehörte Redewendung von der Auseinandersetzung mit der kritischen Jugend mehr als eine bloße Floskel. Ich meine, wenn Auseinandersetzung hier nicht im intellektuellen und im politischen Sinne verstanden wird, sondern nur im juristischen, öffentlich-rechtlichen, dann gefährden wir damit, ob wir das nun wollen oder nicht, auf Dauer und für die Zukunft die Stabilitäten und die Sicherheit unserer gesellschaftlichen Ordnung und unseres Staates.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit dazu benutzen, Sie alle zu bitten, die Vorfälle bei aller Kritik am Senat, meinetwegen an der Polizei, bei aller Kritik an Versäumnissen gleichwohl nicht isoliert zu sehen, sondern sie in ihrem Gesamtzusammenhang zu werten. Das wird Ihnen auch erleichtern, sich mit den tatsächlichen Hintergründen dieser Vorgänge zu beschäftigen und nicht nur mit den vermuteten. Ich habe dafür volles Verständnis, dafür bin ich selbst Parteipolitiker genug, daß das hier vorliegende Material auch einbezogen wird in den Parteienstreit um die Ordnungsprinzipien unseres demokratischen Staates.

Ich möchte Sie aber sehr dringend bitten, es nicht bei der eher vordergründigen Suche nach Sündenböcken und schwarzen Schafen zu belassen. Das gibt vielleicht Schlagzeilen in den Medien, trägt aber relativ wenig zur Aufhellung der Motive und Ursachen bei. Der Senat, so möchte ich Ihnen versichern, ist bereit, das Seine zu tun, um tatsächliche Ursachenerforschung zu betreiben. Machen Sie dabei mit! Geben Sie der aufmerksamen Öffentlichkeit, geben Sie den Eltern, geben Sie der jungen Generation nicht nur Schauspiele sich streitender Parteien!

Gewiß, auch der Meinungsstreit gehört zum Wesen der Demokratie, ist sogar eines der Grundelemente, aber zum Wesen der Demokratie gehört auch

(C) die gemeinsame Verantwortung für uns alle, für alle diejenigen, die in diesem Staat leben. Dazu gehören auch diejenigen, die dabei sind, um es einmal in ihren eigenen Worten zu sagen, sich aus der Gesellschaft zu verabschieden. Wir alle sind aufgefordert, für diesen Teil unserer jungen Generation neue Brücken des Gesprächs und der Verständigung zu bauen, nicht indem wir nachgeben, aber indem wir uns öffnen für das Gespräch.

Zugleich müssen wir, jedenfalls muß ich es, weiterhin bei einer kritischen Aufarbeitung der Spontiszene dahin kommen, daß die geistigen und ideologischen Strömungen in diesem zum Teil anarchistisch geprägten Bereich klarer werden, klarer werden als bisher. Nicht die Polizei, nicht die Nachrichtendienste werden hier vorrangig gefordert, sondern wir, die Politiker!

(Beifall bei der SPD)

Aber bitte nicht nur die Politiker, auch die Gesellschaftswissenschaftler, die Soziologen, Politologen, Psychologen sind hier in der Pflicht.

Ich komme auf meine Stellungnahme zu den Vorgängen zum 6. Mai hier vor dem Hohen Haus zurück, indem ich unter Hinweis auf die aus dem sogenannten undogmatischen Bereich stammenden Informationen — —

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Ein Weltproblem!)

(D) Ja, aber wenn es ein Weltproblem ist, müssen wir doch darüber reden können und nicht so tun, als könnte es die Polizei allein lösen!

(Beifall bei der SPD)

Ich komme noch darauf zurück, und ich habe damals gesagt,

(Abg. Klein [CDU]: Ihre Partei hat die Sonntagsreden nötiger als wir!)

daß bereits in der „FAZ“, eine Zeitung, die Sie gelegentlich lesen sollten, um zu beurteilen, was da passiert, über die Ablehnung des individuellen Terrors geschrieben wurde. Man lehnt jetzt ab, was die Rote Armee Fraktion oder Baader-Meinhof bei Drenkmann, Ponto, Buback, Schleyer getan haben, aber wünscht die allgemeine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Trägern des Staates, hier vornehmlich mit der Polizei. Dies ist insbesondere typisch: in Plymouth, in Amsterdam, in Paris, in Bern, in Genf, in Freiburg ist es das gleiche gewesen. Die Bundeswehr war hier nur ein Vehikel, gemeint war die Auseinandersetzung mit der Polizei. Dies müssen wir begreifen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Sagner [CDU])

Das heißt nicht, die Probleme herunterzuspielen, die wir zu bewältigen haben, nicht herunterzuspielen, was Sie untersucht haben, nicht, was Sie gefunden haben. Den Dingen werden wir nachgehen

(A) müssen. Wir werden weiter berichten, wir werden auch Stellung nehmen zu den einzelnen Fakten. Aber eines sage ich auch: Betreiben Sie nicht das Geschäft derjenigen, die diesen Staat kaputtmachen wollen!

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, interfraktionell haben wir verabredet, daß jede Fraktion für einen ihrer Redner 30 Minuten Redezeit beanspruchen kann. Diese Runde ist abgeschlossen. Der Abgeordnete Klein hatte fünf Minuten die Redezeit von einer Viertelstunde überschritten.

(Abg. Klein [CDU]: In Anlehnung an die Herren Vorredner!)

Uns war es nicht bekannt, ob er die halbe Stunde in Anspruch nimmt. Das hat dann der Abgeordnete Neumann gemacht.

Als nächstem gebe ich jetzt das Wort dem Abgeordneten Stichweh, und ich schlage Ihnen vor, daß wir nach diesem Beitrag eine Unterbrechung, vielleicht von einer Viertelstunde, einlegen.

(Abg. Wilhelm [CDU]: Was ist mit dem Antrag von Herrn Dinné?)

Dieser Antrag wird, wie es sich gehört, zum Schluß der Beratung, wenn wir mit der Beratung fertig sind, aufgerufen.

(B) Abg. **Stichweh** (SPD *)): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Neumann hat in Sachen der Zeugen Effner und Kerstein, wenn ich recht zugehört habe, die Behauptung aufgestellt, daß der Ausschuß die Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit von Zeugen nach dem Parteibuch gewichtet habe. Ich weise, falls Sie das gemeint haben sollten mit Ihren Ausführungen, Herr Neumann, diese Unterstellung auf das schärfste zurück!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe heute — seit 1971 bin ich ja Mitglied in diesem Hause — meinen zweiten Ordnungsruf erhalten.

(Abg. Wilhelm [CDU]: Mit Recht!)

Ich möchte keinen dritten heute erhalten und werde mich deshalb dazu schweigend äußern, was ich darüber denke, wie der Zeuge Effner von der Landeszentrale der CDU in dieses Verfahren eingeführt worden ist.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Schon wieder eine Unterstellung! Westentaschendemagoge!)

Herr Neumann hat festgestellt, der Ihnen vorliegende Entwurf, der ja immerhin über 230 Schreibmaschinenseiten umfaßt, sei mit heißer Nadel ge-

*) Vom Redner nicht überprüft.

näht. Er hat als Beweis dafür angeführt, daß wir aus Versehen hinter dem Namen Pflugradt — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Nicht als Beweis, das war ein Indiz!)

Das war der einzige Beweis! In der Sache, Herr Neumann, haben Sie uns keinen einzigen Fehler nachgewiesen! Das ist ja gerade das Beschämende!

(Beifall bei der SPD — Abg. Wilhelm [CDU]: Herr Kollege, das zeigt, daß Sie das immer noch nicht richtig nachgelesen haben!)

Sie haben uns Lächerlichkeit und Schönfärberei vorgehalten und haben als Beleg dafür angeführt, daß durch einen Schreib- oder Druckfehler — meinetwegen geht der auf meine Kappe — zufällig hinter dem Namen Pflugradt in Klammern stand SPD.

(Abg. Wilhelm [CDU]: Da sind noch mehrere!)

Wenn das alles ist, was Sie zu bieten haben, dann will ich Ihnen gern zugeben, daß Sie in diesem Punkt recht hatten.

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Darin sind auch falsche Daten!)

Sie haben hier die Behauptung erhoben, Herr Neumann, die Mehrheit habe Herrn Klein an der Wahrheitsfindung gehindert, und haben dafür ebenfalls keine Belege geliefert. Ich fordere Sie auf, Herr Neumann, seien Sie wenigstens in dieser Beziehung Kerl, und nehmen Sie das zurück!

(Abg. Klein [CDU]: Nehmen Sie doch das Tonband vor, können wir uns ja anhören, 18. 6.!)

Herr Klein, beruhigen Sie sich doch, Sie haben sich doch gemeldet, Sie kommen doch gleich an die Reihe!

(Unruhe — Glocke)

Der Abgeordnete Neumann hat ferner gesagt, der Deutsche Bundestag habe einstimmig beschlossen, den Verteidigungsausschuß zum Untersuchungsausschuß zu machen. Auch das ist nicht richtig. Der Verteidigungsausschuß hat gemäß Verfassungslage das Recht, sich selbst in sicherheitsrelevanten Fragen zum Untersuchungsausschuß zu machen, und das ist geschehen, nicht durch Beschluß des Deutschen Bundestages.

(Abg. Neumann [CDU]: Das hat er einstimmig gemacht, und das habe ich gesagt!)

Sie haben vom Deutschen Bundestag geredet, Herr Neumann! Ich kann doch nichts dafür, wenn Sie nicht wissen, was Sie sagen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Sie haben, indem Sie einen Fraktionsvorsitzenden hier als Provinzparlamentarier bezeichnet haben — —.

(Zuruf von der CDU: Ja, richtig!)

„Richtig“ kommt da noch der Zwischenruf von der CDU! Der Verstrafungsprozeß der CDU macht weitere Fortschritte!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der erste Schritt ist, die Parlamente lächerlich zu machen. Überlegen Sie einmal, was Sie damit tun! Das ist der erste Schritt. Damit hat es in den zwanziger Jahren schon einmal angefangen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Dinné [BGL]: Wer macht denn die Parlamente lächerlich? — Starke Unruhe — Glocke)

Herr Abgeordneter Dinné, Sie haben mich gefragt, wer hier die Parlamente lächerlich macht! Sie sind hier neulich einmal mit einer Plastikschüssel mit zwei Fischen —

(Abg. Dinné [BGL]: Damit wir einmal wissen, worüber hier geredet wird!)

lassen Sie mich doch einmal ausreden! —, mit zwei deformierten Fischen erschienen. Ich habe es für anschaulich und gut gefunden, daß Sie das hier demonstriert haben, aber die Art und Weise, daß Sie Ihren eigenen Dreck nicht mitgenommen haben, war eine Verächtlichmachung dieses Parlaments!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Zum Verteidigungsausschuß! Ich stelle fest, daß der Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß seine Untersuchungen machen wird. Ich sehe dem, was da herauskommt, mit großer Gelassenheit entgegen. Nur vor einem sollten wir uns hier hüten: Wir sind zwar das kleinste Bundesland, aber der Verteidigungsausschuß und alle Gremien des Deutschen Bundestages sind keine Revisionsinstanz für das, was hier die bremischen parlamentarischen Gremien machen!

(Beifall bei der SPD)

Herr Neumann, es gibt einen Spruch — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Haben Sie Angst? Dann reisen Sie man alle hin!)

Nein, eben nicht! Es gibt einen Spruch, der heißt, Galopp ist eine gute Gangart, aber nur über kurze Entfernungen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Was Sie hier gemacht haben, ist Galopp gewesen,

(Abg. Neumann [CDU]: Trab, nicht Galopp!)

und ich sage Ihnen, nach dem 5. Oktober, Herr Neumann, unterhalten wir uns darüber, was Ihre Kollegen aus dem Verteidigungsausschuß dazu sagen, daß Sie sie in eine solche fruchtlose Sache, in ein solch fruchtloses Recherchieren hineingejagt haben! Dann möchte ich nicht in Ihrer Haut stecken.

(C)

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Fragen Sie einmal, was Herr Grobecker denkt über die SPD in Bremen!)

Ja, mit Herrn Grobecker habe ich auch schon öfter gesprochen. Es ist Tatsache, daß der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Herr Dr. Wörner, ausgesprochen ungewillt war, diesen Auftrag anzunehmen. Er hat dann, weil Herr Klein und Herr Borttscheller nach unseren Informationen sich in Bonn herumgetrieben haben, während wir hier parlamentarische Arbeit im Ausschuß machen mußten — —.

(Beifall bei der SPD)

Herr Klein und Herr Borttscheller sind in Bonn gewesen, und das Konrad-Adenauer-Haus hat dann bedeutet, also, Wörner, nun mußt du mal, und nun mal ran!

(Abg. Neumann [CDU]: Sie kennen Herrn Wörner nicht!)

Ich sage, nach dem 5. Oktober sehen wir die Ergebnisse an, vergleichen, und dann unterhalten wir uns weiter.

(D)

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Vor dem 5.!)

Jetzt sagt er in einem Zwischenruf, vor dem 5.! Nun wird es deutlich, Herr Neumann, nun muß ich das Clausewitz-Zitat schon jetzt bringen, das ich hier habe.

(Abg. Klein [CDU]: Clausewitz, können Sie das buchstabieren?)

Ich darf einmal Karl von Clausewitz zitieren: Es heißt hier — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Besser als meine Arbeit!)

Der Clausewitz ist wirklich besser als Sie, Herr Neumann! Es heißt hier:

„Zuweilen wird der politische Zweck selbst sich nicht dazu eignen, das Ziel der kriegerischen Handlung abzugeben. Dann muß ein solches genommen werden, welches als ein Äquivalent für ihn gelten und ihn vertreten kann. Es gibt Verhältnisse, wo das Äquivalent größer sein muß als der politische Zweck, wenn dieser damit errungen werden soll.“ Das steht unter der Überschrift „Nun tritt der politische Zweck wieder hervor“!

(Heiterkeit)

(A) So, meine Damen und Herren, und jetzt war er nämlich eben deutlich, ganz deutlich. Es geht gar nicht darum, Sachaufklärung nach dem 5. Oktober zu betreiben, es gilt wieder, Putz zu machen vor der Wahl hier in diesem Parlament!

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Warum wollten Sie denn fertig werden vor der Wahl?)

Jetzt komme ich zu Herrn Klein! Herr Klein hat hier heute einen zweiten Zwischenbericht abgeliefert, einen ersten hat er nämlich zu dem Zeitpunkt gegeben, als er noch Mitglied des Ausschusses war, ohne zumindest die Mehrheit des Ausschusses überhaupt davon in Kenntnis zu setzen, daß er ein solches beabsichtigt. Wenn das, was Sie, Herr Neumann, hier eben angedeutet haben, wirklich von diesem Parlament mitgemacht wird, dann werden wir im September 1983 kurz vor der Bürgerschaftswahl das fünfundzwanzigjährige Jubiläum eines Zwischenbericht dieser Sache feiern. Dazu sind wir nicht bereit!

(Abg. Neumann [CDU]: Das wäre gar nicht einmal schlecht!)

Wir fordern Sie jetzt auf, in der noch verbleibenden Zeit sich zur Sache zu äußern und nicht immer draußen herumzuschwimmen.

(B) (Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Wilhelms [CDU])

Ich habe hier heute morgen den Ausschlußbericht vorgestellt, Herr Wilhelms, und ich erwarte jetzt auch sachliche Kritik, und Herr Klein hat ja einen Versuch unternommen.

(Abg. Lüerssen [CDU]: Was hat Herr Beckmeyer denn gesagt?)

Er hat nämlich folgendes gesagt: Der Ausschlußbericht ist schluderig gewesen. Er hat das auch belegt mit einem Punkt, Herr Klein. Er hat nämlich gesagt, von den zwölf Zeugen, die die CDU-Mitglieder beantragt haben, seien nur zwei gehört worden, nämlich die Herren Buchmann und Parpart.

Dazu ist erstens zu sagen, daß der Herr Buchmann von Ihnen namentlich überhaupt nicht ins Gespräch gebracht worden ist,

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Es geht um die Zahlen!)

und zweitens — —. Ja, es geht jetzt um die Zahlen. Zu Ihrer Zwölfer-Liste, Herr Klein, gehörten auch Bürgermeister Koschnick,

(Abg. Klein [CDU]: Niemals! Lächerlich!)

Senator Fröhlich. Also, Herr Klein, in der Liste, die Sie vorgestellt haben am 18. Juni, waren Bürgermeister Koschnick, Senator Fröhlich und Polizei-

direktor Gilch enthalten. Zumindest an diesen drei Namen kann ich Ihnen nachweisen, daß das, was Sie hier als Beleg für unsere Schludrigkeit einführen wollten, Ihre Schludrigkeit war.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einmal einen ganz kurzen Versuch unternehmen, um das darzustellen, was am 18. Juni gelaufen ist. Der Ausschuß trat am 18. Juni um 10.30 Uhr zusammen, um über weitere Beweisanträge und Zeugen zu beraten. Dabei brachte die FDP zum Ausdruck, daß sie ohne weitere Zeugen auskomme. Die SPD trug vor, daß sie noch einen Zeugen, den stellvertretenden Leiter der zuständigen MAD-Stelle 21, zu hören wünsche. Die CDU schlug eine Liste von zwölf Zeugen, darunter den Leiter der MAD-Stelle 21, vor. Die CDU übernahm den Vorschlag der SPD und erweiterte daraufhin ihre Liste vorübergehend auf 13.

Nach kurzer Diskussion schlug Dr. Koring vor, jeden Zeugen einzeln aufzurufen und dann zu begründen, zu welchen Beweiskomplexen dieser Zeuge gehört werden soll.

(Abg. Klein [CDU]: Er wollte abstimmen!)

Ich weise darauf hin, daß der Vorsitzende zu diesem Zeitpunkt Herr Klein war. Darauf ging der Vorsitzende trotz mehrmaliger Aufforderung nicht ein. Gegen 12 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen, die einzelnen Fraktionen tagten jetzt getrennt. Kurz vor 13 Uhr kamen die CDU-Vertreter zurück und legten das Ergebnis ihrer Beratungen vor. Die CDU war bereit, auf die Einvernahme des Zeugen Mützelburg zu verzichten, behielt aber ansonsten die komplette Liste bei mit wieder diesen zwölf Zeugen. Der Ausschuß vertagte sich daraufhin wiederum auf 14.30 Uhr.

Um 14.35 Uhr eröffnete Herr Klein erneut die Sitzung und bat den Sprecher der SPD, die Auffassung der SPD vorzutragen. Im Namen der SPD wurde vorgetragen, daß man erstens mit sechs der vorgeschlagenen Zeugen einverstanden sei und zweitens nach Einvernahme dieser sechs Zeugen über die verbleibenden sechs Zeugen beraten wolle und, falls dann noch Fragen offen seien, drittens die Beweisaufnahme, wie in der Bürgerschaft beschlossen, nach der Wahl fortsetzen wolle, ausdrücklich von mir da schon angeboten. Darauf rief Herr Pflugradt von hinten, und das habe ich gesehen, und dazu kann ich jeden Eid leisten,

(Abg. Neumann [CDU]: Vorsicht!)

darauf rief Herr Pflugradt von hinten: „Günter!“, und Herr Klein sah zu Herrn Pflugradt und nickte. Unmittelbar danach verließ Herr Pflugradt den Raum.

Dann erklärte der FDP-Vertreter, daß er um des lieben Friedens willen die Liste der zu vernehmenden Zeugen um weitere zwei auf acht erweitern

(C)

(D)

(A) wolle. Die SPD-Vertreter schlossen sich dem an, so daß damit über acht der zwölf Zeugen Einvernehmen erzielt war.

(Abg. Klein [CDU]: Unsinn, Sie phantasieren!)

Weiter hielt der SPD-Vertreter seine Zusage aufrecht, zu gegebener Zeit über die verbliebenen offenen vier Zeugen zu beraten und gegebenenfalls im Herbst weiterzumachen. Da habe ich dieses Angebot noch einmal erneuert. Jetzt betrat Herr Pflugradt den Raum und nickte noch stehend Herrn Klein zu.

(Lachen bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Das ist doch Phantasterei!)

Darauf erklärte Herr Klein — hören Sie sich das einmal an, das wird nämlich ein Ding aus dem Tollhaus! —, daß die Mitglieder, weil man ihre Beweisanträge abgelehnt habe, ihre Mitarbeit sofort einstellen würden, und schloß die Sitzung. Daraufhin habe ich Herrn Klein darauf hingewiesen, daß er überhaupt noch gar nicht abgestimmt hatte vor Aufgeregtheit, und ich beantragte, die Namen einzeln aufzurufen und einzeln abzustimmen. Herr Klein eröffnete die Sitzung wieder und ließ, obwohl Gegenteiliges beantragt war, über alle zwölf Namen pauschal abstimmen. Diese Abstimmung ergab zwei Stimmen der CDU-Vertreter für den Antrag und vier Stimmen von SPD und FDP dagegen.

(B) Darauf verließen die CDU-Mitglieder und ihre Stellvertreter den Raum, und ich füge hinzu, weil ja von Diktat und Machtmißbrauch der Mehrheit hier die Rede ist, wir hatten zu diesem Zeitpunkt als SPD überhaupt gar keine Mehrheit in diesem Ausschuß.

(Abg. Klein [CDU]: Natürlich!)

Wir haben zu diesem Zeitpunkt mit drei Vertretern in dem Ausschuß gesessen. Wenn Sie das nicht einmal mitbekommen haben, Herr Klein, dann tun Sie mir wirklich leid!

(Starker Beifall bei der SPD — Abg. Adamietz [BGL] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Stichweh, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Stichweh** (SPD): Nein! Ich möchte noch zu zwei Vorwürfen etwas sagen: Der eine Vorwurf, der hier mehrfach wieder aufgeworfen worden ist und auch mehrfach wiederholt worden ist, nämlich an der Universität sei ein entscheidendes Vorbereitungszentrum! Ich habe diese eben verlesene Darstellung mit keinem Ausschußmitglied abgestimmt, damit Sie nicht sagen, ich hätte mir hier irgendwelche Zustimmungen geholt. Das ist das, was ich unter Eid nach bestem Wissen und Gewissen mir

gemerkt habe, wie dieser 18. Juni abgelaufen ist. (C) Aber ich komme jetzt zur Universität!

(Abg. Klein [CDU]: Haben Sie auch gehört, was ich vormittags gesagt habe? — Abg. Bürger [CDU]: Wo ist denn das Protokoll vom 18.?)

Herr Bürger, Sie wissen doch ganz genau, daß es von den internen Sitzungen überhaupt gar keine Wortprotokolle gab!

(Abg. Klein [CDU]: Das Tonband gibt es doch!)

Ja, haben Sie sich denn die Mühe gemacht, das Tonband abzuhören? Das hätten Sie doch tun können. Ich habe immer dafür gesorgt, daß Sie, selbst als Sie Ihre Arbeit eingestellt haben, alle Unterlagen bekommen haben, und selbst als Sie ausgezogen waren aus dem Ausschuß, habe ich mich dafür verwendet, daß Sie die nachgereichten Protokolle bekommen haben. Sie können hier doch nicht irgendwie den Eindruck erwecken, daß ich irgendeinen Versuch unternommen hätte, irgendwelche Akten zu verschleiern. Sie verfügen über genau das gleiche Material wie wir auch, und dann legen Sie solch einen fünfzehnteiligen Bericht vor! Das ist aber eine Zumutung.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.) (D)

Nein, ich nehme keine Zwischenfragen an! Tut mir leid, das habe ich bei Herrn Adamietz auch so gemacht!

(Abg. Klein [CDU]: Legen Sie doch das Tonband vor! — Abg. Borttscheller [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Warum haben Sie es denn nicht abgehört?

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Abgeordneter Klein, der Abgeordnete Stichweh ist nicht bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen. Sie haben das Recht, sich selbst zu Wort zu melden. — Bitte sehr!

(Abg. Klein [CDU]: Legen Sie doch das Tonband vor! — Abg. Dinné [BGL]: Warum wurden denn keine Protokolle gemacht?)

Abg. **Stichweh** (SPD): Herr Präsident, ich möchte in Anbetracht der Tatsache, daß ich mich heute morgen ganz genau an die Redezeit gehalten habe, und weil eben sehr gestört worden ist, darum bitten, eben noch zwei Gedanken vortragen zu dürfen.

Erstens, es ist gesagt worden, die Universität sei ein Zentrum gewesen für die Vorbereitung, das wird in Ihrem Bericht belegt mit der Tatsache, daß dort Flugblätter ausgelegt haben. Ja, wenn jemand im Zentralbad Flugblätter auslegt, dann beschuldigt

(A) gen Sie die Bademeister doch auch nicht, eine Demonstration vorbereitet zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Man muß doch einmal wissen, wer dahintersteckt und wer das macht, und man kann doch nicht einfach aufgrund der Tatsache, daß da etwas ausliegt, eine ganze Institution in den Dreck ziehen!

Zum zweiten der GEW-Beschluß, der mir übrigens als GEW-Mitglied nicht paßt, den ich kritisiere und den ich für falsch halte! Diesen GEW-Beschluß kritisieren Sie, und jetzt sagen Sie, der Senator für Bildung habe zugelassen, daß dieser Beschluß in den Schulen an den der GEW zugewiesenen Aushängebrettern für Flugblätter gehangen hat.

(Abg. Neumann [CDU]: Das sind Schwarze Bretter!)

Ja, meine Damen und Herren, verlangen Sie denn wirklich, daß der Senator für Bildung die Gewerkschaften kontrollieren soll, was die für Beschlüsse fassen und wie die ihre Beschlüsse veröffentlichen? Das ist doch nun wirklich nicht Sache der Exekutive. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 16.35 Uhr.

(B) (Unterbrechung der Sitzung 16.23 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.42 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe nun als nächstem das Wort dem Abgeordneten von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wenn die Diskussion noch eine Diskussion sein soll, dann wäre es natürlich wünschenswert, daß diejenigen, mit denen ich zu diskutieren gedenke, unter uns sind, sonst spricht man mehr für sich hin!

(Beifall bei FDP und SPD)

Aber das geht anderen auch so, die nach der Kaffeepause hier die Rednerliste eröffnen, sie haben Mühe, dann die Abgeordneten im Saal wieder zusammenzubekommen. Ich halte es nur für nützlich oder überhaupt für fruchtbringend, wenn diejenigen, die man ansprechen möchte und denen man erwidern möchte, auch anwesend wären.

(Zuruf)

Sie sind da! Ich werde dann

(Abg. v. d. Schulenburg [CDU]:
Der Senat ist vollzählig da! — Abg. Adamietz [BGL]: Fangen Sie mit uns an!)

mit den Punkten beginnen, die jetzt abgehandelt werden können.

Meine Damen und Herren, es ist ein Mißverständnis entstanden, wenn jemand unser Votum in Sachen Stadt- und Polizeiamt mit der Kritik an einer nicht stattgefundenen, nicht rechtlich haltbaren Ermessensentscheidung gleichsetzen würde, mit dem Ruf nach mehr Verboten, mit mehr Demonstrationsverboten. Das ist eine völlig unzulässige Wertung dessen, was wir hier gemacht haben, sondern wir haben am Einzelfall, so wie es unsere Pflicht als Opposition ist, kritisiert, daß eine Entscheidung im Rahmen des Versammlungsgesetzes nach ganz bestimmten Kriterien gefällt werden mußte. Wir haben gerügt und halten dies aufrecht, daß im vorliegenden Einzelfall diese Entscheidung nicht nach den von der Rechtsprechung vorgesehenen Kriterien, wie nämlich Ermessensentscheidungen gefällt werden müssen, stattgefunden hat.

Dies hat nichts zu tun mit einer, wie manche meinen würden, illiberalen Haltung dem Demonstrationsgebot beziehungsweise den Demonstrationsmöglichkeiten und dem Recht auf freie Meinung gegenüber, sondern ich bitte Sie, diese Kritik sachlich zu verstehen als eine Kritik über die Entscheidungsabläufe im Bremer Stadt- und Polizeiamt. Ich wiederhole es: Ermessensentscheidungen müssen derart gefällt werden, daß von dem Ermessen auch Gebrauch gemacht wird, daß das Ermessen auch ausgeübt wird. Wir haben nach der Beweisaufnahme die Überzeugung gewonnen, daß eine solche pflichtgemäße Ermessensentscheidung in keinem Falle stattgefunden hat, jedenfalls nicht den Gegebenheiten entsprechend, so wie es höchstrichterliche Rechtsprechung vorsieht.

Nach Paragraph 15 Absatz 1 Versammlungsgesetz „kann die zuständige Behörde,“ — ich zitiere jetzt noch einmal die Rechtsprechung — „sofern andere Mittel nicht ausreichen, eine Versammlung unter freiem Himmel“ — wie hier geplant war — „verbieten, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist. Eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung liegt vor, wenn eine Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in allernächster Zeit eintritt.“

Dies ist eine vom OVG Bremen und vom Bundesverwaltungsgericht vorgegebene Richtlinie über die Art und Weise, wie im Rahmen des Versammlungsgesetzes entschieden werden muß. Wir haben in dem Minderheitenvotum unwidersprochen darge-

(C)

(D)

(A) stellt, daß diese Entscheidung sich nicht in dem dafür vorgesehenen rechtlichen Rahmen bewegt hat.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Sehr bedenklich!)

Mehr nicht und weniger nicht, und es ist hier nicht die Rede davon, daß einem Mehr an Demonstrationsverboten das Wort geredet worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt: Es ist hier mehrfach behauptet worden, es habe auch dem liberalen Vertreter, dem FDP-Vertreter, an Respekt vor Minderheitenrechten gefehlt, indem er die einsame, auch für die FDP völlig überraschende, aus heiterem Himmel hervorgeholte Entscheidung des CDU-Vertreters oder der CDU-Vertreter nicht geteilt hat.

Meine Damen und Herren, bei allem Respekt vor Minderheitsrechten in einem Untersuchungsausschuß — wir werden unverzüglich die uns vorschwebenden Verfahrensordnungsvorschriften auch Ihnen vorstellen —, bei allem Respekt vor Minderheitsrechten auch in einem solchen Ausschuß, gerade wir als FDP haben ein vitales Interesse daran, daß solche Minderheitenrechte gewahrt sind! Aber, meine Damen und Herren, es ist doch eine Frage des Umgangs miteinander, des Umgangs in einem Kollegialorgan untereinander, daß zumindest derjenige, der Rechte für sich in Anspruch nimmt, seinen Kollegen im Ausschuß begründet, zu welchem Zweck er von diesem Mittel, zu welchem Zweck er von seinen Rechten Gebrauch macht, und daß er begründet, warum hier noch ein Zeuge gehört werden soll.

(Beifall bei der FDP)

Ich erinnere daran, meine Damen und Herren, Herr Klein, wenn wir der Wahrheit die Ehre geben wollen, was hätten Sie getan, wenn der FDP-Vertreter aus immer einem Grunde, und er hatte Gründe, die Versammlung, den Ausschuß verlassen hätte? Sie hätten in Ihrer Rede nicht eine Sekunde angehalten. Sie hätten es nicht einmal bemerkt!

(Abg. Professor Dr. Holl [FDP]: Sehr richtig!)

Das ist das, was hier heute unter Minderheitenschutz einmal erwähnt werden sollte!

Erinnern Sie sich noch daran, als ich einen Teilbeweisbeschuß vorgelegt habe mit dezidierten Beweisfragen, beweisheblich ist dies und jenes, und deswegen wollen wir diese und jene Zeugen, und wie Sie den Laien im Ausschuß — Gott sei Dank war Herr Dr. Monnerjahn da — weismachen wollten, es ginge gar nicht darum, Beweisfragen zu stellen, es sei unzulässig, im Untersuchungsausschuß Beweisfragen im einzelnen zu stellen und dann Zeugen da-

zu zu benennen? Sie haben den Laien im Ausschuß weismachen wollen, (C)

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Das hätten wir ihm aber auch nicht geglaubt!)

daß der Beweisbeschuß Schönfeldt unzulässig sei!

Was haben Sie jetzt gemacht? Lesen Sie einmal den Beschluß, den der Verteidigungsausschuß jetzt gefaßt hat! Ein klassischer Beweisbeschuß, in beweishebliche Tatsachen, in Frageform umgesetzt und dann dazu Zeugen benannt! Was hat denn die CDU gemacht mit ihrem Antrag hier im Plenum das letzte Mal? Da sind Beweisfragen gestellt worden in Frageform, und wir sollten dann hier sogar im Plenum darüber befinden, ob sie beweisheblich sind!

Meine Damen und Herren Laien im Untersuchungsausschuß, wie schwer war es, deutlich zu machen, Ihnen deutlich zu machen, daß der Jurist Klein in diesem Falle irrte, und ein Sohn eines Vaters mit berühmtem Namen hat Herrn Klein in dieser Frage noch unterstützt. Ich bin überzeugt, nicht aus juristischen Gründen, sondern aus politischen Gründen! Das war die Position.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich sage dies jetzt nicht, um „klein-klein“ hier nachzukarten, sondern ich sage dies, meine Damen und Herren von der CDU, weil Sie falsch informiert worden sind. Sie sind falsch informiert worden und sind womöglich — und das Gespür habe ich auch, und das haben auch andere, das hat auch längst Herr Neumann — aufgesessen einer verhängnisvollen Entscheidung, mit der Sie konfrontiert worden sind, die einseitig in Ihren Gremien erklärt worden ist, Sie haben teilweise Ihren Blick dafür verstellt, daß es auch eine andere Version geben kann. Ich sage Ihnen, Sie sind falsch informiert worden über die Abläufe in diesem Ausschuß, über die Entscheidungen, die dort gefällt sind! (D)

(Abg. Wilhelms [CDU]: Das sind unglaubliche Unterstellungen!)

Ich frage jeden einzelnen von Ihnen, ich will nicht peinlich Namen nennen, aber ich bin überzeugt, es gibt auch unter Ihnen Nachdenkliche, die sich allmählich fragen, so wie auch die Bürger in diesem Lande, wie lange soll das noch so weitergehen, daß diese CDU es der absoluten Mehrheit der SPD durch solche Scharmützel, durch eine solche Politik mehr als leicht macht, die absolute Mehrheit zu behalten!

(Beifall bei FDP und SPD)

Wie lange, Herr Gassdorf, Frau Hänecke, Herr Schumacher, Herr Dr. Sieling, wie lange wollen Sie — —

(Abg. Gassdorf [CDU]: Als was werden wir jetzt angesprochen?)

Sie werden angesprochen als diejenigen, die hoffentlich bereit und in der Lage sind, einmal darüber

(A) nachzudenken, daß das, was hier gelaufen ist, und das, was hier gespielt wird, mit Sicherheit dem Parlamentarismus geschadet hat und mit Sicherheit einem einzigen in diesem Lande nützt, nämlich der absoluten Mehrheit dieser SPD. Damit ist das ja so bedauerlich, was wir hier haben. Es geht hier nicht um Personen, es geht nicht um Ihr persönliches Schicksal, Herr Klein, das sich jetzt zu einer gewissen Tragik verengt hat.

(Beifall und Heiterkeit bei FDP und SPD —
Abg. Klein [CDU]: Damit kann ich aber
leben, Herr Kollege!)

Herr Klein, macht nichts!

Es geht für mich um die Frage, was ist durch Ihre einsame Entscheidung beziehungsweise die Entscheidung, die man Ihnen angedient hat, erreicht worden unter dem Strich, Bilanz ziehend. Ich sage Ihnen, und viele im Lande sagen es auch so, das sind nicht alles Sympathisanten der SPD, vielleicht auch nicht einmal der FDP, aber viele schütteln den Kopf darüber, daß erstens diesem Parlament Schaden entstanden ist, zweitens, daß diesem Lande auch Schaden entstanden ist, und daß drittens der Opposition in diesem Lande ein erheblicher Schaden entstanden ist. Dies verdanken Sie, meine Damen und Herren von der CDU, denen, die zwar mit Instinkt politische Führungsarbeit bei Ihnen leisten, aber zu wenig mit Verstand, Herr Neumann!

(B)

(Beifall bei FDP und SPD — Lachen bei der
CDU)

Herr Neumann, Ihr Instinkt hat diesmal auch nicht einmal gestimmt. Ich habe ja Ihr Rundschau-Interview auch gehört, als Sie verzweifelt versucht haben, nun irgendwo irgend etwas noch aus dieser Sache für sich herauszuholen. Da ist Ihnen die Idee gekommen, nun nehmen wir uns einmal diejenigen Abgeordneten vor, von denen wir glauben — da fiel das Wort Schwachhauser Büro —, sie wären diejenigen, die uns CDU es am schwersten machen, die Version aufrechtzuerhalten, hier gäbe es eine Steigbügelhalterfunktion der FDP, insbesondere als deutlich wurde, daß wir hier echte Oppositionsarbeit leisten. Und dann kommen Sie und sagen, der Schönfeldt — ich will nicht für andere sprechen, es sind auch noch andere Namen genannt worden — sei derjenige, der dies gar nicht alles gewollt habe.

Ich sage Ihnen, Ihr Instinkt,

(Abg. Neumann [CDU]: Das sagt doch
die SPD selbst! Fragen Sie einmal Herrn
Stichweh!)

Ihr Instinkt hat Sie diesmal im Stich gelassen. Schönfeldt steht hinter der Entscheidung der Fraktion,

(Abg. Neumann [CDU]: Jetzt! Jetzt!)

so wie er hier vor Ihnen steht und Ihnen diese unliebsamen Wahrheiten sagt!

(C)

(Abg. Neumann [CDU]: Fragen Sie einmal Herrn Stichweh, was er über Ihr Verhalten denkt!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ganz kurz zum Schluß auf einige Bemerkungen eingehen, die hier gemacht worden sind im Zusammenhang mit unserem Verhalten! Ich habe kein Verständnis dafür, daß Journalisten nach der Pressekonferenz des Untersuchungsausschusses bemängeln, daß der FDP-Vertreter dort gesagt habe, es ginge — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Jetzt haben auf
einmal die Journalisten schuld!)

Nein, es sind nicht die Journalisten daran schuld. Aber ich habe kein Verständnis dafür, daß meine Haltung in der Pressekonferenz des Untersuchungsausschusses falsch ausgelegt worden ist, nachdem ich erklärt habe, es gebe für den Vertreter Schönfeldt in dieser Pressekonferenz des Untersuchungsausschusses keine Möglichkeit, die Frage zu beantworten, ob Konsequenzen zu erwarten sind, dies sei eine Entscheidung der Gesamtfraktion.

(Abg. Lahmann [FDP]: So ist es! So ist
es auch richtig!)

Ich meine, Herr Stichweh, so muß es verstanden werden, ich habe dort teilgenommen in meiner Eigenschaft als Untersuchungsausschußmitglied und war gar nicht befugt, im Rahmen dieses Gremiums politische Konsequenzen der FDP zu vertreten. Das war der Punkt!

(D)

(Beifall bei der FDP)

Ein Letztes oder ein Vorletztes! Die Aufforderung,

(Abg. Neumann [CDU]: Herr Lahmann,
was haben Sie mit ihm gemacht, daß er
jetzt so redet? — Abg. Stelljes [SPD]:
Dasselbe, was Sie mit Klein gemacht
haben!)

Herr Neumann, die Aufforderung, die ich heute morgen hier geäußert habe, dieser Senator Fröhlich möge sofort Konsequenzen in dem Bereich veranlassen, für den er ja bis heute noch verantwortlich ist, entspricht zweierlei Überlegungen:

Erstens habe ich so wie Sie die Zeitung gelesen. Es stand seit heute morgen fest, daß keinerlei Reaktion erfolgen würde innerhalb des Senats. Zweitens war mir bekannt, und ich bin ja kein Hellseher, daß auch die SPD, die diesen Senat trägt, unsere Forderungen ablehnen würde. Es ist daher nur realistisch, und mehr steckte nicht dahinter — da ist Ihr Instinkt auch schlecht, schwach gewesen —, wenn ich gesagt habe, Herr Senator Fröhlich, sorgen Sie, und jetzt füge ich dazu, wenigstens im nachhinein, in den Bereichen, die wir und auch der Bürgermeister in sei-

- (A) ner Schlußvernehmung angesprochen haben, für Abhilfe!

Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen einmal, das Protokoll vom 26. 6. 1980 zu lesen, die Schlußvernehmung des Bürgermeisters! Sie können in dieser Schlußvernehmung, und er ist so fair, mir das auch zu bestätigen, außerhalb dieses Raumes, Wort für Wort dezidiert nachlesen, was der Bürgermeister an Problemen, Schwierigkeiten und Fehlern selbst eingesteht.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Ja!)

Ich bin der Auffassung, der Mehrheitsbericht ist sogar hinter diesen Schlußfolgerungen zurückgeblieben, und daß der Bürgermeister heute angesichts Ihrer Fraktion die Dinge etwas wieder in ein anderes Licht rückt, bringt ihn nicht davon weg, daß in seiner Schlußvernehmung die Dinge ganz anders angesprochen worden sind.

Ein letzter Satz, meine Damen und Herren! Mir geht es persönlich darum, daß wir uns noch einmal der Tatsache bewußt werden, wozu es hier geht. Hier sind 252 Bremer Polizeibeamte nachweislich verletzt worden. Hier sind Polizeieinheiten dazu gebraucht worden, sich als menschliches Bollwerk einer von den Verwaltungsbehörden, von der Polizei, von den Journalisten, von der öffentlichen Meinung erkannten und gefahrenträchtigen Demonstrationen entgegenzustellen. Sie sind gebraucht worden in einem polizeitaktischen Konzept als lebende Bollwerke und sind Steinen ausgesetzt worden, der massiven Gewalt ausgesetzt worden. Das ist unser Problem, was wir diesen Leuten antworten müssen. Wie wollen wir dieses Problem lösen? Deswegen müssen wir rechtliche Überlegungen, die wir im Minderheitsbericht angestellt haben, nachvollziehen.

(B)

Wir müssen uns überlegen, und es ist inzwischen auch schon zugestanden worden, man werde das nächste Mal zu verhindern wissen, wie vermieden werden kann, daß die Polizeibeamten wiederum in diese Situation gebracht werden.

(Senator **Fröhlich**: Nicht verhindern, sondern verbieten!)

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen. Herr Senator, da nützt es nichts, wenn man sich jetzt vor seine Beamten stellt, wenn man sich vor sich selbst stellt und sagt, es ist doch alles nicht böse gemeint. Niemand unterstellt jemand anderem bösen Willen, aber es nützt nichts, wenn wir die aufgezeigten Fehler, von uns dezidiert belegten Fehler nicht erkennen, lesen, wahrnehmen und versuchen will, sie wahltaktisch umzumünzen, damit so etwas nicht wieder passiert!

Ich habe Verständnis dafür, wenn die Polizeibeamten diejenigen sind, die unzufrieden sind mit dem Ergebnis, denn die einzigen, die gestanden haben an diesem Tag, die wirklich Mann für Mann, Seite an Seite gestanden haben, das waren die Poli-

zisten und nicht die politisch Verantwortlichen, und das ist das Bedauerliche und Fazit dieses traurigen Ereignisses! — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich nach der Rede meines Kollegen von Schönfeldt sehr kurz fassen, möchte aber, bevor ich zum eigentlichen Thema meiner Ausführungen komme, eine Bemerkung machen zu dem, was Herr Stichweh vorgetragen hat, und zwar eine Bemerkung, das will ich hier ausdrücklich sagen, um einer Legendenbildung vorzubeugen. Ich habe mir keinen Vermerk darüber gemacht, aber ich kann aus meiner sehr lebhaften Erinnerung an diesen denkwürdigen Tag, Herr Stichweh, das voll und ganz bestätigen, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Nun zu einer Frage, die vielleicht eher eine Randfrage ist, aber ich glaube, eine wichtige Randfrage, und die sollten wir hier nicht außer acht lassen! Wenn Sie sich in der Öffentlichkeit umhören, meine Damen und Herren, dann werden Sie feststellen, daß es nicht nur in einigen Pressekommentaren, sondern durchaus auch, wenn Sie mit Leuten sprechen, große Vorbehalte bezüglich Untersuchungsausschüssen schlechthin gibt. Die Meinung, es kommt nicht viel dabei heraus, herrscht vor,

(D)

(Abg. **Dinné** [BGL]: Zu Recht!)

und selbst wenn wir, die wir ja mehr oder weniger in der Hinsicht Insider sind, der Meinung sind, daß der Bericht zeigt, daß es doch mehr ist als nichts, was dort herausgekommen ist,

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Die CDU ist herausgekommen!)

so müssen wir uns doch dieser Meinung stellen, müssen überlegen, wie es dazu kommen kann.

Dabei ist es vollkommen egal, ob man die eine oder andere politische Wertung teilen mag oder nicht. Ich glaube, daß diese Geringschätzung der Arbeit parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, und da können wir ruhig konkret auf diesen Fall eingehen, auch daher kommt, daß auf diesem Feuer einfach zu viele Süppchen gekocht werden. Ich will Ihnen das an ein paar Beispielen deutlich machen.

Jeder spielt sein Lieblingsklavier, heute haben wir wieder gehört von Herrn Adamietz, daß die armen Grünen nicht beteiligt worden sind. Herr Adamietz, ich mag es jetzt langsam nicht mehr, aber ich muß ja immer wieder darauf eingehen, weil Sie immer wieder damit anfangen! Herr Adamietz, wir haben Ihnen ein Angebot gemacht, Sie bemängeln, das sei nicht genug. Aber im gleichen Atemzug sa-

- (A) gen Sie, ja, aber der Senat war da, ja, aber die Fraktionsassistenten waren da. Die haben jedoch auch kein Rederecht gehabt. Ist es nun nicht besser, wenn wir Ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten bieten, als wenn Sie keine haben? Was wollen Sie denn eigentlich?

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. Adamietz [BGL]: Ein Feigenblatt wollten Sie uns geben!)

Herr Adamietz, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, die FDP-Fraktion hatte ein Vorschlagsrecht für ein Mitglied und einen Stellvertreter! Wir können Ihnen nun wahrlich nicht mehr anbieten als den Stellvertreter.

(Beifall bei der FDP — Abg. Dinné [BGL]: Den behaltet man!)

Ich empfinde diese wiederholten Einwände von Ihnen wirklich als absolut ungerecht, denn Sie wissen auch ganz genau, daß es die FDP-Fraktion in diesem Haus war, die sich zu jeder Gelegenheit dafür eingesetzt hat, daß Sie volle Mitwirkungsmöglichkeiten haben und nicht erst jetzt!

(Beifall bei der FDP — Abg. Dinné [BGL]: Mit dem Mund!)

Dann habe ich vernommen, daß Herr Adamietz gesagt hat, ja, der Untersuchungsausschuß hätte dies noch untersuchen müssen oder hätte das noch untersuchen müssen. Okay, der Meinung kann man sein! Wenn ich dann aber zur Kenntnis nehme, daß am 5. Mai, glaube ich, war es, im Stadtteilbeirat Mitte, da ging das Gespräch um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen des 1. Mai, Herr Dinné gesagt hat, ach, diese Untersuchungsausschüsse dienen doch nur der Verschleierung, und das wollen wir gar nicht haben, das bringt ja doch nichts, dann paßt auch das nicht zusammen! Hier wird auch wieder ein Süppchen gekocht.

(Beifall bei FDP und SPD — Zuruf: Das war die Vorspeise!)

Meine Damen und Herren, das war die Vorspeise, vollkommen richtig, denn jetzt komme ich zum Süppchen der CDU. Herr Neumann hat uns heute morgen erzählt, dankenswerterweise, daß die CDU ja nun beabsichtige, und das war uns allen klar, das zum Wahlkampfthema zu machen. Es ist natürlich irgendwo eine Geschmackssache, ob man so etwas tun will oder nicht, aber ich sage, daß es uns vorher klar war, und warum, das will ich Ihnen auch einmal an einem sehr plastischen Beispiel deutlich machen.

Es hat in Bremerhaven in der „Nordsee-Zeitung“ eine Anzeigenserie des Bundestagskandidaten der CDU, Bernd Ravens, gegeben, die sich über mehrere Wochen erstreckte, und ich meine, das ist mein subjektiver Eindruck, es war nicht immer besonders geistreich, was da stand.

(Beifall bei FDP und SPD)

Er erinnerte mich gelegentlich auch an Sonthofen, aber so weit, so gut! Ist ja Wahlkampf, habe ich gedacht, bis zum 8. 7.!

Meine Damen und Herren, der 8. 7., das ist der Tag, an dem in der Presse, auch in der „Nordsee-Zeitung“, über den am Vortag vorgelegten Bericht des Ausschusses berichtet wurde. Der Kollege Ravens hat also für diesen Tag wieder eine Anzeige gestaltet, und ich muß Ihnen sagen, ich bin der Meinung, daß wir uns unter uns meinetwegen auch manche Grobheit leisten können, auch wenn ich der Meinung bin, daß das nicht unbedingt der Information dient, ich will damit sagen: ich bin nicht zimperlich.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Lesen Sie es vor!)

Ich sage das also nicht meinetwegen — haben Sie doch Geduld, Herr Gassdorf, Sie kennen es doch hoffentlich! So eine schlechte Kommunikation bei Ihnen? —, also, ich sage es nicht meinetwegen, wenn aber der Herr Kollege Ravens folgendes dort von sich gibt — ich bitte Sie, sich das einmal auf der Zunge zergehen zu lassen! —: „Wer der Meinung ist, daß Steine bessere Argumente als Worte sind, soll SPD und FDP wählen, im besten Bremer Stil.“

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das hat Strauß gesagt!)

Meine Damen und Herren — Herr Wedemeier, wer nun das Erstgeburtsrecht hat, weiß ich nicht, ich habe hier ein schönes Bildchen, das zeigt Herrn Ravens —,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber der kann nichts dafür, der Ravens!)

wenn so etwas gesagt wird, und es geht da nicht um einen Politiker, der gewertet wird, sondern da geht es um Wähler, die gewertet werden, meine Damen und Herren, wenn so etwas gesagt wird, dann ist das eine ganz ungeheuerliche Diffamierung von Wählern demokratischer Parteien!

(Starker Beifall bei FDP und SPD — Zurufe von der CDU)

Es ist fast schon überflüssig, darauf hinzuweisen, daß diese Diffamierung durch nichts, aber auch durch gar nichts gerechtfertigt ist, und ich weise sie hiermit auf das Entschiedenste zurück!

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. Wilhelms [CDU]: Wer ist denn Bundestagskandidat in Bremerhaven?)

Noch aus einem anderen Grund demaskiert sich hier die CDU, meine Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Wilhelms [CDU])

denn diese Anzeige, Herr Wilhelms, da kommen Sie doch nicht heraus, auch wenn Sie jetzt noch einmal dazwischenrufen, ist doch ersichtlich geschaltet wor-

(C)

(D)

(A) den, bevor der Untersuchungsausschußbericht überhaupt vorlag.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Um 13 Uhr ist Anzeigenschluß! — Zurufe von der CDU)

Also kommt es der CDU doch gar nicht auf den Wahrheitsgehalt an, wenn nur der Zweck, der propagandistische Zweck, erreicht wird, und das, meine Damen und Herren, ist schädlich auch für dieses Parlament!

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Koschnick eingehe, das scheint mir unabweisbar zu sein, möchte ich einige Vorbe-merkungen machen und einige Debattenbeiträge meiner Vorredner dabei aufgreifen.

Zunächst, Herr von Schönfeldt, ein Wort zu Ihrer eindeutigen Rolle!

(Abg. **Neumann** [CDU]: Zweideutig! — Abg. **Wilhelms** [CDU]: Vieldeutig!)

Ich beziehe mich dabei auf, wie ich meine, eine seriöse Journalistenaussage vom heutigen Tage, die völlig unverdächtig ist, in irgendeiner Weise CDU-Politik zu vollziehen. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

„Das, was man einen Hammer nennt, die FDP will auf einmal politische Köpfe rollen sehen! Da reiben sich auch die FDP-Freunde die Augen. Am Wochenanfang sagte der FDP-Mann im Untersuchungsausschuß“, das sind offenbar Sie, Herr von Schönfeldt,

(Heiterkeit bei der CDU)

„sagte der FDP-Mann im Untersuchungsausschuß im Chor mit den vier Sozialdemokraten,

(Abg. **Neumann** [CDU]: Stichweh hat das bestätigt!)

keine personellen Konsequenzen! Am Wochenende war alles ganz anders. Will die Bremer FDP, die zwar in der Bremer Opposition ist, aber bekanntermaßen viel lieber bei der SPD wäre, nun die CDU rechts überholen?“ Eine Frage übrigens, die wir uns mit großer Besorgnis stellen, Herr von Schönfeldt!

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich fahre im Zitat fort: „Wie man hört, gibt es wegen der Rücktrittsforderung Ärger innerhalb der FDP.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Alles gelogen, Herr von Schönfeldt?)

Nicht alle Liberalen stehen hinter dem forschen Kurs ihres Chefs Lahmann. Wenn es stimmt, was mir ein FDP-Mitglied sagte, daß die FDP gegen den linken

Jugendsenator Scherf eigentlich gar nichts habe und seinen Rücktritt nur fordere, damit der Proporz zum rechten Innensenator Fröhlich stimme, dann spräche das liberaler Politik Hohn. (C)

(Beifall bei der CDU — Abg. **Neumann** [CDU]: Fragen Sie einmal, ob der Journalist gelogen hat!)

Gelegenheit zur Klärung auch dieser Frage gibt es heute in der Bürgerschaft. Radio Bremen überträgt, und die Bürger — Wähler — können kritisch verfolgen, ob es mehr wird als eine neue Redeschlacht nach der Straßenschlacht vom 6. Mai.“

Meine Damen und Herren, Sie, Herr von Schönfeldt, haben den Anspruch dieser journalistischen Aussage in keiner Weise erfüllt,

(Zuruf des Abg. v. **Schönfeldt** [FDP])

Sie haben Ihren Kurswechsel nicht klargemacht. Was stimmt denn nun?

(Beifall bei der CDU)

Sie ermitteln und sagen, keine personellen Konsequenzen, und dann müssen Sie hier das Gegenteil vertreten, wahrlich eine Verballhornung von Minderheitenrechten!

(Beifall bei der CDU — Abg. **Lahmann** [FDP]: Sie müssen einmal zuhören!)

Nun haben Sie gemeinsam mit Herrn Stichweh eine Darstellung des 18. 6., der letzten gemeinsamen nichtöffentlichen Beratungssitzung des Untersuchungsausschusses, gegeben, die ich nur als eine Mär bezeichnen kann. (D)

(Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, machen wir es uns ganz einfach! Lassen wir das Streitige austauschen von widersätzlichen Darlegungen, hören wir uns hier das vollständige Tonbandprotokoll an,

(Beifall bei der CDU)

und Sie werden sehen, meine Damen und Herren, Sie werden sehen, daß folgendes stimmt: Wir standen unter dem eindeutigen Druck,

(Abg. **Dr. Monnerjahn** [SPD]: Von Bonn!)

ausgehend von der SPD-Fraktion,

(Widerspruch bei der SPD)

formuliert in, ich möchte sagen, unnachahmlicher Weise von Herrn Stichweh, daß wir am 9. 7. dem Hause einen abschließenden Bericht vorlegen sollten.

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Möglichst!)

Gleichzeitig erfuhr ich von Herrn Dr. Wilken, daß die Protokolle der getätigten Beweisaufnahmen erst

(A) Anfang Juli vorliegen könnten. Ich habe daraufhin ein Minimalpaket unerläßlicher Beweisangebote geschnürt und von Anfang an dem Gremium unterbreitet mit mehrmaliger Begründung im einzelnen, mindestens in zwei Durchgängen habe ich das begründet.

(Abg. Dr. Koring [SPD]: Aber Einzelabstimmung nicht!)

Als Sie darauf nicht eingehen wollten und vor allen Dingen auch Herr von Schönfeldt sich außerordentlich engagiert dagegen aussprach, war es selbstverständlich, daß ich dazu vor der Mittagspause eine Einzelabstimmung nicht zuließ, denn es war ein Gesamtpaket als unsere Minimalforderung, um überhaupt den 9. 7. einigermaßen halten zu können.

(Abg. Dr. Koring [SPD]: Ohne Begründung!)

Ich habe Ihnen, Herr Stichweh, Herr von Schönfeldt muß sich daran auch noch erinnern, vor der Mittagspause gesagt, meine Damen und Herren, wenn Sie diese Minimalforderung nicht akzeptieren, stellen wir

(Abg. Tiedemann [SPD]: Alles oder nichts!)

unsere Forderung nicht zurück, wir können uns eine weitere Mitarbeit nicht vorstellen, wenn dies nicht akzeptiert wird.

(B) Es ist richtig, daß, als Sie es abgelehnt haben, Sie im nachhinein aus anderen Gründen, die Sie damals noch nicht vorausgesehen haben, nur zwei Zeugen unseres Beweisankomplexes vernommen haben. All die anderen Zeugen dürfen Sie nicht auf das Konto unseres Gesamtbeweisantrages gutschreiben. Es war doch selbstverständlich, daß Bürgermeister Koschnick und Herr Fröhlich noch abschließend vernommen wurden. Das hatte mit unseren sechs Beweiskomplexen nichts zu tun! Das war vorher in einer außerordentlich mühsamen siebenstündigen Beratungssitzung zugesagt worden. Sie haben in der letzten Sitzung sogar noch erklärt, daß diese Zusage stehe.

Daß wir Herrn Gilch noch vernehmen mußten, weil er schriftlich seine Aussage in einem wichtigen Punkt korrigierte mit einer Entschuldigung, war auch völlig außerhalb unseres Gesamtbeweisantrages, das war eine formelle Ergänzung, die nur in einer öffentlichen Beweisaufnahmesitzung erfolgen konnte. Es bleibt dabei, von unseren Komplexen sind nur zwei Zeugen nachträglich gehört worden. Alle anderen wären ohnehin gehört worden, haben mit unserem Gesamtbeweisantrag nichts zu tun. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis, damit hier die unerträgliche Irreführung der öffentlichen Meinung beendet wird!

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Koring [SPD]: Sie bringen doch alles durcheinander!)

(C) Nun, meine Damen und Herren, lasse ich es mir nicht nehmen, auf die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Koschnick einzugehen. Ich halte es für nicht vertretbar, ich halte es auch nicht für dem öffentlichen Interesse entsprechend, daß wir solche wesentlichen Ausführungen sozusagen im luftleeren Raum stehenlassen und uns hier auf Nebenkriegsschauplätze begeben, die ohne weiteres durch ordentliche Protokollierung und durch das Anhören von Protokollen, von Tonbandprotokollen, geklärt werden können.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Nun hat das Protokoll wieder die Schuld!)

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister Koschnick hat hier erklärt, daß alles getan worden sei von ihm, um die Sicherheit der Veranstaltung zu gewährleisten. Meine Damen und Herren, diese Aussage ist grundfalsch, steht im Widerspruch zu dem, was er vor dem Ausschuß bekundet hat. Herr Bürgermeister Koschnick hat vor dem Ausschuß bekundet, er habe von der Demonstrationsanmeldungs-lage im einzelnen nichts gewußt, und er habe vor allen Dingen nicht gewußt, daß die KBW-Anmeldung am Tor 2 des Weserstadions zugelassen worden sei. Das hat er zum Ausdruck gebracht und auf Befragen dann erklärt, hätte er davon gewußt, dann hätte er Bedenken angemeldet und sich für ein Verbot dieser Kundgebung in unmittelbarer Nähe von Tor 2 des Weserstadions ausgesprochen.

(D) Meine Damen und Herren, wer so etwas unter Eid erklärt, darf hier nicht sagen, er selbst habe als Bürgermeister alles in seinen Kräften Stehende getan, um die Sicherung der Veranstaltung zu gewährleisten!

(Beifall bei der CDU)

Das stimmt genauso wenig wie seine Bemerkung, seine Haltung zu dieser Gelöbnisveranstaltung sei eindeutig gewesen. Wir haben bewiesen, daß das nicht der Fall ist, sondern daß er von seiner dem Bundesminister der Verteidigung gegenüber geäußerten Haltung eindeutig abgewichen ist. Damit hat er in einer ganz wichtigen Frage öffentlich diese Veranstaltung konterkariert, unter dem Druck der Basis selbstverständlich!

Meine Damen und Herren, die Frage ist doch jetzt sozusagen als Zwischenzensur erlaubt: Was ist ein Bürgermeister wert, politisch,

(Abg. Jettka [SPD]: Mehr als Herr Klein!)

dem die gesamte Basis, Landesvorstand, andere Organisationen und die Fraktion in der Frage des eindeutigen Unterstützens dieser Gelöbnisveranstaltung fortschwimmen, was ist er wert? Politisch nichts mehr!

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Sie bleiben bei Ihrer alten Unwahrheit, das kann ich hier nur feststellen!)

(A) Natürlich geht es nicht darum, friedliche Demonstrationen zu verbieten. Es geht nicht darum, das Grundrecht der Demonstration aus den Angeln zu heben. Darum ist es nicht gegangen. Wissen Sie, warum es hier gegangen ist? Das Recht der Bevölkerung, für die Bundeswehr zu demonstrieren, zu sichern, und dieses Recht ist durch gegenläufige Emotionalisierung Ihrer Partei mit Füßen getreten worden!

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Stelljes [SPD])

Senator Fröhlich hat, wie ich meine, in noch unerträglicher Weise eine Pilatushaltung eingenommen. Beide, Bürgermeister Koschnick und Senator Fröhlich, haben sich von Anfang an für die Veranstaltung gegenüber Bonn und der Bundeswehr eingesetzt. Der Vorschlag, das Weserstadion zu nehmen, stammt sogar von Senator Fröhlich. Und dann merkt er die gegenläufige Emotionalisierung an der eigenen Basis. Was tut er? Er macht die Sache nicht zu seiner persönlichen Senatorensache, sondern nimmt eine Pilatushaltung ein und versteckt sich hinter seinen Referenten und Sachbearbeitern. Ich finde, eine unerträgliche Haltung, die ihm politisch vorgeworfen werden muß!

(Beifall bei der CDU)

(B) Es ist einfach unverzeihlich, daß sich nach dieser Vorentwicklung und diesen Beschlüssen, wir haben darüber berichtet, auch und gerade der Fraktion und des Landesvorstandes, der Unterbezirke, nach einer solchen Entwicklung und einer solchen veröffentlichten Meinung und einer solchen Emotionalisierung auch extremistischer Kräfte, das war ja alles bekannt, und dazu brauchte man noch nicht einmal den Verfassungsschutz, Senator Fröhlich verkriecht und noch nicht einmal weiß, daß die Demonstration der K-Gruppen, angemeldet am Bahnhof, sich der Demonstration der Jungsozialisten und der DKP anschließen will und daß er noch nicht einmal weiß bis zum Abend des 6. 5., daß unmittelbar am Tor 2 ein KBW-Kundgebungsort zugelassen ist von seinen eigenen Bediensteten. Ich finde, das ist eine Schande für Bremen und für dieses Amt!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich gehört dazu auch die Emotionalisierung im Bildungsbereich und im Hochschulbereich, und natürlich muß deswegen der Senatsbeschluß überprüft werden, die Dienste dürften nicht in diesen Bereichen observieren. Wenn jetzt von Herrn Bürgermeister Koschnick gesagt wird, auch von Ihnen, Herr Senator Fröhlich, das bezieht sich nur auf die Lehrveranstaltungen, und das bezieht sich nur auf den Lehrbetrieb im eigentlichen Sinne, dann muß ich Ihnen entgegenhalten, und zwar in Kenntnis des bisherigen Ermittlungsstandes, Herr Senator, daß die Folge dieses Senatsbeschlusses gewesen ist, daß die Dienste überhaupt

nicht mehr in den Bildungsbereich und in den Hochschulbereich hineingehen und daß sie von daher völlig in Unkenntnis gelassen werden über das, was sich dort an Konspiration eigentlich abspielt.

(Beifall bei der CDU)

Die politische Verunsicherung und die politische Ängstlichkeit der Dienste geht ja sogar noch weiter. Wir können es belegen, wenn wir die Ergebnisse des MAD und des hiesigen Landesamts vergleichen. Sehen Sie, am 17. 4. in einer öffentlichen Institution, der Hochschule für Technik, waren Juso-Vertreter zugegen! Der MAD hat es festgestellt, und aus dem Bericht des Landesamts folgt es unzweideutig. Die Jusos laden zu einer Folgebesprechung ein auf den 18. 4., auf den 18. 4. in den Steffensweg.

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Das ist falsch!
Absolut falsch!)

Das ist das Büro der Jungsozialisten. Was passiert? Das Landesamt geht nicht mehr hin, und auf Befragen erklärt der zuständige Mitarbeiter, wir dürfen nicht die Arbeit rechtsstaatlicher demokratischer Jugendorganisationen ermitteln. Meine Damen und Herren, das ist der Bankrott der Aufklärung!

(Beifall bei der CDU)

Lesen Sie bitte das, was dazu Herr Dr. Graf erklärt hat! Es ist ja wichtig, daß ein unabhängig vom Ausschuß arbeitender Zeuge auch ein Gutachten veröffentlicht hat.

(Unruhe bei der SPD)

Diese Vorwürfe, die er insoweit erhebt, finden meine volle Unterstützung. Was nützt ein Landesamt, was nützt eine solche wichtige Staatsschutzorganisation, wenn sie zurückscheut in dem Augenblick, in dem in irgendeiner Teilnehmerliste ein Juso-Mitglied erscheint! Dann können wir auf diese Institution verzichten!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, und nun zum Schluß! Versuchen Sie — —.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Machen Sie doch noch länger, Herr Kollege!)

Ich versuche, die Redezeit zu beachten, ich könnte noch viel mehr erzählen!

Zum Schluß, meine Damen und Herren, versuchen Sie, die unerläßlichen Ermittlungen in Bonn sozusagen verfassungsrechtlich zu konterkarieren. Dabei braucht man nicht Jurist zu sein, man braucht auch nicht Abgeordneter zu sein, um erkennen zu können, daß ein solcher Mischsachverhalt, wo die Bundeswehr, das Bundesverteidigungsministerium, das Bundesinnenministerium zentral beteiligt waren, selbstverständlich auch Aufklärung bedarf in Richtung auf diese Bonner Dienststellen. Das können Sie in gar keiner Weise in Abrede stellen. Davon beißt

(A) keine Maus einen Faden ab! Und diese unabweisbaren Ermittlungen versuchen Sie jetzt, verfassungsrechtlich zu konterkarieren.

Meine Damen und Herren, die Herren Senatoren Fröhlich und Scherf und Herr Bürgermeister Koschnick sind noch nicht geladen. Ich darf das einmal eben wiederholen und zitieren. Geladen sind aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, dem Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das haben wir doch alles schriftlich!)

des Chefs des Bundeskanzleramts, des Senats der Freien Hansestadt Bremen und seiner nachgeordneten Dienststellen und des Niedersächsischen Ministers des Innern und seiner nachgeordneten Dienststellen diejenigen, die zunächst für eine Ergänzung des gesamten Ermittlungsstoffes wichtig sind.

Dazu kommen dann Staatsbürger, die sowohl bremische Bürger sind als auch Bundesbürger. Dazu gehören auch Sie, Herr Kunick, denn Sie müssen zum Beispiel Auskunft geben über einen ganz wichtigen Landesvorstandsbeschuß, der nach dem Wortlaut in gar keiner Weise im Einklang steht mit dem Senatsbeschuß, der einen Tag später erlassen worden ist. Darüber Aufklärung zu geben sollte auch Ihnen ein ganz wichtiges Anliegen im öffentlichen Interesse sein!

(B) (Abg. Kunick [SPD]: Meinen Sie denn, das fällt mir schwer, Herr Kollege?)

Dies ist eine andere Frage!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Er hat schon wieder um fünf Minuten überzogen, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, allein das umfangreiche Beweisthema des Bonner Ausschusses zeigt, daß Ihre Auffassung, es wäre bereits alles ermittelt, verfehlt ist. Wir werden Gelegenheit haben, in gar nicht langer Zeit den restlich ermittelten Beweisstoff hier mit Ihnen zu erörtern. Wir sind sicher, daß wir dann Ergebnisse erzielen, auch in der politischen Auswertung, die im Interesse Bremens sind!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ich verzichte zugunsten von Herrn Dr. Monnerjahn!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Monnerjahn.

Abg. Dr. Monnerjahn (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Klein, wir stehen vor dem Phänomen, daß hier zwei sich diametral gegenüber-

stehende Darstellungen des Verlaufs des 18. Juni vorhanden sind. Wie ist das zu erklären? (C)

(Abg. Klein [CDU]: Aber Sie waren, glaube ich, nicht da!)

Wir haben zunächst davon auszugehen, daß jedes Mitglied dieses Hauses in vollem Umfang die Wahrheit sagt. Ich kann mir deshalb dieses Phänomen nur psychologisch erklären, daß jemand, wenn er hier mit derartiger Lautstärke ständig etwas wiederholt, es zum Schluß wohl selbst glaubt und glauben will.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Aber doch nicht Herrn Stichweh so beleidigen!)

Vielleicht, Herr Klein, darf ich noch einen Gedanken daran anschließen: Ich unterstelle jedem, daß er aus der Retrospektive möglicherweise in der Wahrnehmungsfähigkeit von Dingen, die zeitlich zurückliegen, etwas Schwierigkeiten hat. Vielleicht hilft es Ihnen in Zukunft — wenn Sie noch einmal einem Untersuchungsausschuß präsidieren sollten —, mit mehr und größerem menschlichen Verständnis und Gelassenheit Zeugen zu befragen, deren Erinnerungsvermögen geschwächt ist, oder wenn vielleicht noch einmal, wie bei den Zeugen Parpart und Diekmann oder bei den Zeugen Dr. Scherf und Drescher, die Situation entsteht, daß zwei Aussagen zu einem Geschehen nicht völlig übereinstimmen!

Eine weitere Bemerkung: Es ist richtig, daß die Beurteilung des Verhaltens von Herrn Bürgermeister Koschnick durch die Mehrheit des Ausschusses nicht völlig mit dem übereinstimmt, was Herr Bürgermeister Koschnick hier ausgeführt hat. Aber bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß möglicherweise wir uns von Ihnen dadurch unterscheiden, daß wir als freie und unabhängige Abgeordnete unser Mandat und unseren Auftrag im Untersuchungsausschuß wahrgenommen haben und nicht ferngesteuert worden sind von irgendeinem Fraktionsvorstand aus Bonn, vom Konrad-Adenauer-Haus oder — spiegelbildlich — von der „Baracke“!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das eigentliche Anliegen meiner Wortmeldung war, daß die Ausführungen einiger Debattenredner mich veranlaßt haben, einige grundsätzliche Bemerkungen zum Demonstrationsrecht und zur Frage der Zulässigkeit des Verbots einer angemeldeten Kundgebung zu sagen. Ich will gleich sagen, ich möchte hier kein juristisches Kolleg oder gar so ein juristisches Oberseminar abhalten, meine aber doch, daß es nützlich ist, wenn wir uns einige Fragen gemeinsam noch einmal klarmachen.

Das Demonstrationsrecht ist in unserer Verfassung als Grundrecht ausgestaltet, wie im übrigen auch in Artikel 11 der Menschenrechtskonvention. In

(D)

(A) Artikel 8 des Grundgesetzes ist ausdrücklich vorgesehen, daß alle Deutschen das Recht haben, ohne Erlaubnis friedlich und ohne Waffen sich zu versammeln. Eine Genehmigung ist mithin entgegen landläufiger Auffassung für eine öffentliche Kundgebung nicht erforderlich. Eine Demonstration unter freiem Himmel bedarf lediglich einer Anmeldung bei der dafür zuständigen Ortspolizeibehörde.

Das Versammlungsgesetz sieht dann im Paragraphen 15 Absatz 1 für die Polizei die Möglichkeit vor, eine Demonstration zu verbieten, und zwar dann, wenn nach den Umständen die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet ist. Bei dieser Vorschrift handelt es sich um eine Kannvorschrift mit einem weiten Ermessensspielraum für die Behörde.

Die Polizei hat, und das hat sie auch hier getan, meine Damen und Herren, bei der Ausübung ihres Ermessens zu berücksichtigen, daß es sich bei der Versammlungsfreiheit um ein demokratisches Grundrecht handelt, das der Sicherung der freien Meinungsäußerung und Meinungsbildung dient. Sie hat deshalb meines Erachtens diese Vorschrift in der Regel restriktiv zu interpretieren. Nur eine derartige Auslegung ermöglicht der Polizei eine angemessene Reaktion unter Einbeziehung aller entscheidungserheblichen, insbesondere auch polizeitaktischen Gesichtspunkte.

(B) Ich glaube, es ist nützlich, wenn wir uns, worauf auch Herr Bürgermeister Koschnick schon hingewiesen hat, weiter klarmachen, daß die Polizei nach Paragraph 15 Absatz 3 des Versammlungsgesetzes eine einmal von ihr verbotene Demonstration zwingend aufzulösen hat. Bei dieser Vorschrift handelt es sich nämlich nicht um eine Kannvorschrift, sondern um eine Mußvorschrift. Das bedeutet, daß die Polizei sich sozusagen selbst in Zugzwang setzt, wenn sie einmal ein Verbot ausgesprochen hat. Sie wäre zum Beispiel gezwungen, eine Demonstration, von der sie zunächst annahm, daß sie unfriedlich verlaufen würde, auch dann, wenn sie halbwegs friedlich verläuft, auf jeden Fall gewaltsam aufzulösen. Das wäre die Konsequenz, wenn voreilig Verbote ausgesprochen würden.

Im vorliegenden Fall, meine ich, hat der Polizeipräsident, Herr Diekmann, richtig darauf hingewiesen, daß die Auflösung des Demonstrationzugs dazu geführt hätte, daß die aggressive Stimmung von dem kleinen harten Kern der militanten Demonstranten auf einen großen Teil der friedlichen Demonstranten übergreifen hätte, weiter, daß der mit der Auflösung verbundene Einsatz von körperlicher Gewalt im Stadtkern hätte erfolgen müssen, daß die Straßenschlacht sozusagen zur Rush-hour in der Innenstadt hätte erfolgen müssen. Das hätte zu praktisch unübersehbaren Folgen für eine Vielzahl unbeteiligter Passanten und für Sachgüter geführt.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Polizei einen wesentlichen Teil ihrer Kräfte im Stadtzen-

trum, weitab von dem eigentlichen Ort, den sie hätte schützen müssen, gebunden hätte.

Weiter, meine Damen und Herren, ist in der bisherigen Diskussion bei der Forderung nach einem Verbot der Demonstration völlig übersehen worden, daß im Versammlungsgesetz auch eine Bestimmung enthalten ist, die es der Polizei ermöglicht — es handelt sich auch um eine Kannbestimmung —, eine nicht verbotene Demonstration dann aufzulösen, wenn sie unfriedlich verläuft.

Die eigentliche Frage, die wir uns hier zu stellen haben, lautet nicht, ob die Polizei am 5. oder am 4., als sie ihre Entscheidung zu treffen hatte, ein Verbot hätte aussprechen müssen, sondern ob unter Berücksichtigung aller Umstände die Verpflichtung bestand, die bereits ablaufende Demonstration am 6. Mai spätnachmittags aufzulösen. Ich bin der Ansicht, daß diese Frage genauso zu beurteilen ist wie die Frage des Verbots. Die Polizei hätte nämlich ebenfalls eingreifen müssen, praktisch in der Innenstadt, im Ostertor, in der Lüneburger Straße, und zwar mit den gleichen Konsequenzen, die ich eben aufgezeigt habe.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu einem weiteren Punkt, den Herr Bürgermeister Koschnick ebenfalls angeschnitten hat, einige Worte sagen. Meines Erachtens bestand die Aufgabe des Untersuchungsausschusses in erster Linie darin, einen bisher weitgehend ungeklärten strittigen Sachverhalt aufzuklären und festzustellen, um die Bürgerschaft als das verantwortliche Kontrollorgan in die Lage zu versetzen, diesen vom Untersuchungsausschuß festgestellten Sachverhalt politisch zu würdigen.

Dabei gehört es sicherlich mit zum Auftrag des Untersuchungsausschusses, die Verantwortlichkeit des Senats und der einzelnen Senatoren im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung vom 6. Mai zu prüfen. Meines Erachtens mußte sich die Prüfung dieser Verantwortlichkeit aber darauf beschränken, ob der Senat und die einzelnen Senatoren sich innerhalb ihres verfassungsrechtlichen Rahmens gehalten haben. Die eigentliche politische Wertung mußte den Fraktionen in diesem Hause vorbehalten bleiben. Deswegen halte ich auch das Minderheitsvotum von Herrn von Schönfeldt zum Teil für eine vorweggenommene politische Würdigung, die eigentlich erst hier im Hause hätte erfolgen dürfen.

Nicht zu den Aufgaben des Untersuchungsausschusses gehörte es, die Gründe und Ursachen, die zu diesem elementaren, eruptiven Ausbruch von Gewalt am 6. Mai geführt haben, zu ermitteln und zu analysieren. Meine Damen und Herren, der Ausschuß konnte und mußte sich aufgrund mangelnder Kompetenz mit der Feststellung begnügen, daß es sich bei den am 6. Mai zutage getretenen Gewalttätigkeiten um eine neue, bisher in dieser Art unbekannte Form von aggressiver Militanz handelte.

(A) Ich meine aber, daß das Parlament sich nicht auf diese Position zurückziehen kann. Das Parlament hat meines Erachtens sich diesem gesellschaftlichen Phänomen, das ja gesamtgesellschaftliche Ursachen hat, zu stellen, gerade vom Selbstverständnis eines Parlamentes her, das sich versteht als repräsentatives Organ der gesamten Bevölkerung, also damit der Gesellschaft, sich diesem Phänomen zu stellen.

Konkret lautet meines Erachtens die Frage: Was hat eigentlich diese einige Hundert junge Menschen dazu getrieben, in derart brutaler Form Pflastersteine gegen junge gleichaltrige Polizeibeamte zu werfen? Junge Menschen, und ich glaube, das muß hier auch einmal gesagt werden, bei denen es sich ja wohl nicht um Arbeiterkinder aus Walle oder Gröpelingen handelte, sondern um junge Mitbürger, die überwiegend aus gutbürgerlichen Familien stammen, mit gutbürgerlichen und gutbürgerlich wählenden Elternhäusern, mit Eltern, die plötzlich erschreckt und ratlos vor diesem Trümmerhaufen des mißglückten bürgerlichen Sozialisationsprozesses ihrer Kinder stehen! Das ist doch die eigentliche Frage.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir es uns zu einfach machen, wenn wir diese jungen Menschen einfach als Kriminelle abtun. Das würde im Grunde auch nur eine Verschiebung der Fragestellung bedeuten, denn jede Form der Kriminalität, auch eine derartige, hat natürlich gesellschaftliche Ursachen, und wir hätten die gleiche Frage zu stellen. Damit können wir uns nicht aus dieser Fragestellung herausmanövrieren.

(B)

(Abg. S a g n e r [CDU]: Wunderbar erkannt!)

Die gesamte bisherige Diskussion des Phänomens 6. Mai bewegt sich, meine Damen und Herren, im Grunde nur an oberflächlichen Symptomen. Sie erinnert mich so ein bißchen fatal an das Schicksal der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik, zu der Sie, meine Damen und Herren, wie ich das einschätze, ohnehin ja ein etwas gestörtes Verhältnis haben, wenn ich denke an die Haltung Ihrer Freunde in Bayern, die ja aus der Gesellschaft ausgetreten sind.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Lassen Sie unsere Bayern in Ruhe!)

Meine Damen und Herren, unendlicher Fleiß ist seit erdenklichen Zeiten von Geschichtsschreibern darauf verwandt worden, den Verlauf von Schlachten und Kriegen darzustellen. Auch den vordergründigen Ursachen von Kriegen wurde immer nachgespürt. Aber nur wenig Kraft, Energie und Mühe wurde in der Regel darauf verwandt, sich darüber Gedanken zu machen, wo die eigentlichen Ursachen derartiger Konflikte sind. Wir leben in einer immer rapider sich verändernden und immer komplizierter

werdenden Gesellschaft, die für den einzelnen, insbesondere für den jungen Menschen, immer undurchschaubarer wird und aus seiner Sicht natürlich auch immer weniger beherrschbar wird.

(C)

(Abg. D r . C a s s e n s [CDU]: Weltweites Problem!)

Das gilt, wie ich schon sagte, insbesondere für die jüngere Generation. Die Undurchschaubarkeit und Kompliziertheit ihrer gesellschaftlichen Existenz führt bei vielen jungen Menschen zunehmend zu den für sie auch kaum selbst wahrnehmbaren Ängsten. Vordergründig sind es zum Beispiel Ängste vor der Zukunft, Stichwort Jugendarbeitslosigkeit. Im weiteren sind es existentielle Ängste in dieser spätkapitalistischen — von der Industriegesellschaft in die Dienstleistungsgesellschaft übergehenden — Gesellschaft, in der sich viele junge Menschen einfach nicht mehr zurechtfinden.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Ich eröffne das Seminar!)

So finden wir auch, worauf Herr Bürgermeister Koschnick auch schon hinwies, in immer zunehmendem Umfang Aussteiger aus dieser Gesellschaft, Aussteiger, die versuchen, eine Lösung ihrer Probleme dadurch zu finden, daß sie in die Szene abgleiten, sei es nun in die der Drogen, seien es politische oder auch religiöse Sekten, oder seien es Landkommunen, in die die jungen Menschen abwandern. Aber, meine Damen und Herren, das ist im Grunde natürlich nur eine unzureichende Form der Bewältigung dieser Existenzängste.

(D)

In anderen Fällen entlädt sich aber die aufgestaute Angst, die bekanntlich immer Aggressionen erzeugt, plötzlich und unkontrolliert bei irgendeiner Gelegenheit, insbesondere bei Massenveranstaltungen und dann explosiv, irrational, unkontrolliert und gewalttätig. Ich meine, daß wir es mit einem solchen Phänomen zweifellos am 6. Mai zu tun hatten.

Aber ich glaube auch, dieser Exkurs reicht für eine Erklärung des Phänomens 6. Mai einfach nicht aus. Wir müssen einfach konzedieren, daß seit den Studentenunruhen Ende der sechziger Jahre eine neue Generation herangewachsen ist, eine neue Generation, die wiederum plötzlich feststellt, wie groß die Diskrepanz eigentlich zwischen dem öffentlich erhobenen und immer wieder betonten Anspruch auf Demokratisierung dieser Gesellschaft und der Realität in ihren eigenen Erfahrungsbereichen — sei es Arbeitsplatz, Schule, Berufsschule, Familie und andere — ist. Das ist ein Widerspruch, mit dem diese jungen Menschen nicht fertig werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich kann zum Schluß kommen. Meine Bitte geht dahin: Lassen wir bei der Beurteilung der Vorfälle vom 6. Mai nicht die gesellschaftlichen Ursachen und Bedingungen aus dem Auge! Überlassen wir die Bewältigung

- (A) dieses Phänomens nicht Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafrichter, sondern versuchen wir, den Dialog mit einer kritischen jungen Generation aufzunehmen, und schaffen wir insbesondere die Bedingungen, die diesen jungen Menschen die Existenzängste in dieser unserer Gesellschaft nehmen! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL *)): Meine Damen und Herren! Ich kann in sehr vielem dem Abgeordneten Monnerjahn zustimmen, sehr vielem von dem, was er hier gesagt hat, vielleicht abgesehen von seinen persönlichen Kenntnissen des Untersuchungsausschusses. Das betrifft sowohl die Frage des Demonstrationsverbots, die er hier rechtlich analysiert hat, das betrifft auch seine Bemerkungen über das Problem menschlicher Schwächen beim Erinnerungsvermögen.

- (B) Dabei muß ich allerdings einflechten, daß unsere Auffassung hier vom tatsächlichen her anderer Art ist, weil wir nämlich der Meinung sind, daß es in diesem Fall nicht um menschliche Schwächen des Erinnerungsvermögens bei etwa den Zeugen Parpart oder Scherf geht, sondern daß wir den Eindruck haben, das sind politische Schwächen hier, und diese politischen Schwächen wollten wir aufgegriffen sehen. Deswegen insistierten wir, daß hier mehr Aufklärung kommt. Ich bin der letzte, der sagen würde, jemand, der sich nicht erinnern kann, der müsse sich nun erinnern, denn das verleitet ihn nur dazu, Falschaussagen zu machen.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Ich stimme auch Herrn Monnerjahn zu in seinen abschließenden Bemerkungen, und es würde mich freuen, wenn die SPD-Fraktion ihm gestatten würde, häufiger hier einmal das Wort zu ergreifen oder etwas einflußreicher in dieser Richtung in seiner Fraktion tätig zu werden.

(Beifall bei der BGL — Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist er!)

Unsere Auffassung über die Hintergründe haben wir wiederholt hier deutlich gemacht. Ich möchte nur, um auch den Zuhörern das noch einmal klarzumachen und ihnen auch Hilfestellungen zu geben für die eigene Information, auf einen Vortrag verweisen, den Professor Horst Eberhard Richter gehalten hat, er war ja kürzlich auch in Bremen. Das immerhin hat es bewirkt, daß hier also auch Vorträge über das Problem des Friedens in Bremen stattfinden konnten.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Professor Richter hat einen Aufsatz geschrieben, der in der „Frankfurter Rundschau“ vom 27. Mai 1980, Nummer 121, dokumentiert ist. Er hat ihn genannt: „Den Blick auf den wichtigsten Feind der Menschheit verstellen“. Die Unterzeile lautet hier von der Redaktion: „Horst Eberhard Richter warnt vor der Verdrängung der Atomkriegsgefahr — Mahnung an die Bürger, Lethargie abzustreifen.“ Ich will daraus nur zwei kurze Zitate bringen, um die Richtung deutlich zu machen. Herr Richter analysiert wie folgt:

„Die Verrücktheit dieses Konzeptes“ — ich flechte ein, das politische Konzept hier der Abschreckung und gegenseitigen Rüstung —, „die Verrücktheit dieses Konzeptes wird ersichtlich, wenn der eine nicht mehr den anderen niederwerfen kann, sondern wenn der Kampf nur noch auf eine wechselseitige Vernichtung beider hinauslaufen würde. Aber das paranoide Rivalitätsdenken blendet diese Wahrheit aus. Es ist kaum faßbar, wie schwer es vielen fällt, sich von einem für uns alle lebensgefährlichen Denkmuster zu lösen und zu begreifen, daß es nicht mehr um Sieg oder Niederlage gehen kann. Selbst Persönlichkeiten, die es wahrhaftig besser wissen müßten, schüren um sich weiterhin eine wahnhaftige Verkennung der Situation.“ Er bringt dann Beispiele unserer Politiker.

An anderer Stelle fährt er fort: „Die ökologischen Bürgerinitiativen sind ein Modellfall dafür, wie Bürger, wenn sie vitale Interessen verraten sehen, durch die Form spontaner Massenbewegungen politischen Einfluß nehmen können und müssen, daß ökologische Kriterien ein zentrales Prinzip für alle politischen Planungen sein müssen, lernen, wenn es gut geht, nicht etwa die Bürger von den Politikern, sondern umgekehrt, die politischen Profis von den Bürgern. Auch die expansionistische Rüstungspolitik wird so lange automatisch weiter eskalieren, solange sich nicht die Menschen hier wie dort massenweise aufrufen, um sich diesem Wahnwitz entgegenzustemmen, denn auch hier ist die professionelle Politik grundsätzlich falsch programmiert.“ Ich meine, diese Bemerkungen sollten Anlaß geben, sich mit diesem Thema weiter zu beschäftigen.

Wir wollen an dieser Stelle nur noch ein paar Bemerkungen zu dem machen, was hier heute nachmittag verhandelt worden ist. Es geht um folgendes: erstens, zur Frage des Ausbaus des Verfassungsschutzes und auch der Polizei und des polizeilichen Instrumentariums, auch des polizeirechtlichen Instrumentariums als Lösung der hier gesehenen Probleme! Diese Vorschläge sind ja insbesondere im Minderheitsvotum der FDP des Untersuchungsausschusses hier deutlich gemacht worden.

Herr von Schönfeldt hat in seinem Bericht des weiteren folgendes angedeutet, ich zitiere: „Abgesehen von einer Ursachenforschung über die Hintergründe für die Motive dieser Leute, erscheint es

(A) dringend nötig, das Landesamt für Verfassungsschutz personell und fachlich neu zu organisieren.“

Wenn man das so liest, dann drängt sich mir der Verdacht auf — und Herr von Schönfeldt hat den leider durch seinen Hinweis auf den erforderlichen Sozialwissenschaftler beim Landesamt für Verfassungsschutz nur noch bestätigt —, daß hier tatsächlich das Landesamt für Verfassungsschutz nun die Hintergründe, die Motivationen der Leute zu demonstrieren, aufklären soll.

Das, meine ich, ist genau die falsche Richtung. Hier wird dann gerade wiederum nicht die politische Debatte geführt, hier werden Erkenntnisse gesammelt, die werden dann in Aktenordner gesteckt und mögen auch noch für polizeiliche Einsatzkonzepte genutzt werden, aber es wird gerade nicht die politische Analyse getrieben, es wird nicht die politische Debatte geführt, wie etwa Professor Richter das hier angedeutet hat.

Ich meine, daß hier die FDP in keiner Weise mehr liberal ist, daß hier gerade die repressiven Funktionen des Staates betont werden in einer politischen Auseinandersetzung, wo dieser Staat tatsächlich seine Glaubwürdigkeit oder, besser gesagt, die Funktionäre dieses Staates ihre Glaubwürdigkeit verloren haben. Ich glaube aber, es genügt, das in diesem Zusammenhang auszuführen, und Herr von Schönfeldt wird sich dann mit den Jungdemokraten weiter darüber streiten können.

(B) (Abg. Wedemeier [SPD]: Ja, das glaube ich auch! — Abg. Neumann [CDU]: Das stimmt allerdings!)

Zweitens, noch einmal zur Frage der Polizeierolle! Wir haben hier deutlich gemacht, daß wir auch das polizeiliche Verhalten nach der ganzen Veranstaltung aufgeklärt sehen wollen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß das hier überhaupt nicht richtig gewürdigt wurde und daß es vor allen Dingen keine Ausflucht gibt, das nun an die Staatsanwaltschaft zu verweisen. Alle anderen Vorgänge sind schließlich auch nicht an die Staatsanwaltschaft verwiesen worden.

Mit demselben Argument, mit dem Herr Bürgermeister Koschnick mir hier geantwortet hat und das auch im Ausschußbericht verwendet worden ist, nämlich diese Vorgänge werden ja doch ermittelt von der Staatsanwaltschaft, mit demselben Argument hätte man sich die ganze Arbeit des Untersuchungsausschusses sparen können, dann hätte man sagen können, die Steinewerferei wurde ja auch von der Staatsanwaltschaft ermittelt. Das ist ja gerade das Ergebnis dessen, was die Anhörung der Polizeibeamten hier ergeben hat, daß darauf immer hingewiesen wurde.

Also, das ist sicherlich ein nichtssagendes Argument und kann vor allen Dingen Sie nicht von der Verantwortung freisprechen, die Sie als Parlamentsabgeordnete in diesem Falle haben. Hier hat der

(C) Untersuchungsausschuß gerade, ich will es ruhig so salopp sagen, gekniffen, bewußt gekniffen. Ich meine, daß das hier deutlich gemacht werden sollte.

Uns interessiert dabei nicht, um das deutlich zu machen, etwa daß hier die Bürgerschaft einzelne Beamte an den Pranger stellt — wir haben uns das in jedem Zusammenhang bisher in der Bürgerschaft verbeten, daß so etwas geschieht —, sondern uns interessiert die politisch-polizeiliche Konzeption, die dahintersteht, der Einsatzbefehl, wenn man so will. Herr Diekmann hat das in anderer Weise ausgedrückt in seiner Anhörung am 12. Juni 1980, so steht es im öffentlichen Protokoll, er hat das als Bremer Modell bezeichnet, er möchte es fast ohne Eigenlob als Bremer Modell bezeichnen, wie man, nachdem die Objektsicherung abgeschlossen war, also abends um 22.30 Uhr, nun zur Beweissicherung übergehen konnte, daß er damit stolz vermerken kann, daß in Bremen 33 Verfahren eingeleitet werden konnten, während in Zürich oder Freiburg nur zwei Täter erwischt werden konnten.

Wir meinen, daß das nicht die polizeiliche Aufgabe hier ist, das ist tatsächlich eine Verdrehung der politischen und der polizeilichen Aufgaben. Ich jedenfalls weiß aus meiner anwaltlichen Kenntnis, wie problematisch es ist, wenn die Polizei Beweisführung dem hinterhergeht, daß man vorher einen Täter eben festgenommen hat. Dann ist es wirklich leicht, diesen Täter auch innerhalb eines Ermittlungsverfahrens so weit zu belasten, daß für ihn kaum noch ein Entkommen dabei ist. Ich meine, daß das hier eher dazu führt, daß Fehlermittlungen geführt werden, vorschnelles Festlegen auf Täterschaften statt wirklich eine Ermittlung der tatsächlichen Vorgänge, der sogenannten Wahrheit.

(D) Der weitere Punkt zur Rolle der Polizei ist die Frage des Demonstrationsverbots. Rechtlich gesehen beurteile ich die Sache so wie Herr Monnerjahn, ich will das deswegen hier nicht noch einmal ausdehnen, aber von der taktischen Frage her, meine ich, sollten noch ein paar Worte hier gesagt werden. Da bin ich in der Tat der Meinung, daß zu wenig von denjenigen, die ein Demonstrationsverbot fordern, gewürdigt wurde, was eigentlich die Folgen dann sind, wie die Polizei sie selbst geschildert hat.

Die Polizei hat darauf hingewiesen, daß sie dann ein solches Verbot vollstrecken müßte und dazu wahrscheinlich mehr polizeilicher Aufwand, mehr sogenannte Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung stattfinden würden, als wenn ein solches Verbot nicht stattfindet. Rein taktische Gesichtspunkte, ich bin aus rechtlichen Gründen sowie so dieser Meinung, aber nehmen wir einmal die taktischen Gesichtspunkte! Dann kommt doch die Frage heraus: Wem gibt man denn den Schwarzen Peter mit einem solchen Demonstrationsverbot? Doch gerade wieder der Polizei, wieder soll die Polizei statt etwa der politischen Führung entscheiden, wie nun hier ein solches Problem gelöst wird!

(A) In zweiter Instanz nach der Polizei, nach der polizeilichen Verbotsverfügung ist es die Rechtsprechung, sind es die Verwaltungsgerichte, die nun hier den Schwarzen Peter bekommen, ob ein solches Verbot denn nun Rechtens ist. Wiederum sind es nicht die Politiker, die hier verantwortlich etwa ein solches Problem, beispielsweise durch Verlegung einer solchen Veranstaltung in die Kasernen, zu lösen haben, sondern es ist dann die dritte Gewalt, die den Schwarzen Peter zugeschoben bekommt. Die Politiker stehlen sich aus der Verantwortung.

Wenn dann die Rechtsprechung gesagt hat, das Verbot ist Rechtens, wer soll es dann durchsetzen? Wiederum ist es die Polizei, die nun das Verbot durchsetzen muß, wiederum hat die Polizei den Schwarzen Peter, auf deren Rücken wird alle Male eine solche politische Auseinandersetzung ausgegossen! Wir sind der Meinung, daß das genau der Kernpunkt ist, der hier politisch fehlläuft, der politisch auch dem Senat anzulasten ist, wenn er nicht in der Lage ist, das anders zu steuern. Das genau ist der Hintergrund für unseren Antrag, den Herr Dinné heute hier eingebracht hat, diese Konzeption, die dort im Polizeihaus erarbeitet wird, die Grundüberlegungen, die dort angestellt werden, diese nun hier zur Debatte zu stellen, hier auch öffentlich zu diskutieren, wenn überhaupt hier etwas herauskommen soll.

(Zuruf des Abg. Wedemeier [SPD])

(B) Ja, da wird, Herr Wedemeier! Dann sind wir vielleicht besser informiert als Sie, da werden aber solche Überlegungen angestellt, und ich will ja nicht hier aus den noch vertraulichen Papieren dort zitieren, dann würde mir vielleicht ein Vorwurf gemacht. Wir haben ja den Antrag eingebracht, daß alle Abgeordneten diese einsehen können.

Ich möchte, um das deutlich zu machen, was eigentlich dahintersteckt, kurz aus der öffentlichen Anhörung von Herrn Diekmann, der immerhin ja Polizeipräsident ist, etwas zitieren, was er am 12. 6. vor dem Untersuchungsausschuß gesagt hat. Er hat gesagt:

„Gesellschaftspolitisch muß irgend etwas anderes geschehen. Ich habe das schon einmal ausgeführt, mit dem Polizeischlagstock ist Protestpotential nicht zu reduzieren. Punkt eins!

Der zweite Punkt ist, und das steckt doch offenbar dahinter, daß wir das Gefühl gehabt hätten, wir wären politisch nicht abgesichert, und dieses Gefühl hätten wir haben können, und das können wir manchmal auch haben, insbesondere wenn man sich vor Augen hält, was veröffentlicht worden ist vor dem 6. Mai. Das ist der Punkt, den ich hiermit angesprochen habe. Wenn ich also ein polizeiliches Grundkonzept, von der Toleranzgrenze möglichst großen Gebrauch zu machen, die Schwelle so hoch zu setzen wie möglich, herunter will in eine andere Richtung, dann kann die Polizei das allein nicht hal-

ten. Sie muß die Öffentlichkeit auf ihrer Seite haben, sie muß die Medien auf ihrer Seite haben, und sie muß vor allen Dingen die Politik auf ihrer Seite haben. Und den Versuch dazu, zum letzteren, haben wir, soweit uns das möglich ist, auch gemacht. Wir haben eine solche Sache, ich habe das mit dem gleichen Ernst, wie ich es hier vortrage, auch dem Senat vortragen können!“

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist das?
— Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, das ist das, was Herr Diekmann hier andeutet, daß man möglicherweise die Polizeikonzeption ändern will, herunter von der weiten Toleranzgrenze, und daß man hier die politische Absicherung haben will. Das, meine ich, wollen wir einmal hier diskutiert haben, das wollen wir sehen, was denn politisch-polizeiliche Konzeption hier des Senats ist, das wollen wir sehen, wie das bei den weiteren Konflikten, die hier in dieser Stadt anstehen, dann gelöst werden soll. Deshalb unser Antrag!

Zum Abschluß noch ein paar Bemerkungen zu zwei anderen Rechtsfragen! Zum ersten: Der Beweisbeschluß, der vom Bundesverteidigungsausschuß verfaßt worden ist! Ich will das hier nur andeuten. Wir haben in der Tat auch verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich der Art und Weise, wie der Verteidigungsausschuß seinen Auftrag wahrnimmt. Wir meinen, daß er sehr weit geht, insbesondere wenn man sich den Beweispunkt ansieht, wie sich die Bundesregierung die im Vorfeld der Gelöbnisfeier stattgefundene Meinungsbildung angeschaut hat und ob die Bundesregierung Veranlassung gesehen hat, auf diese Meinungsbildung einzuwirken.

Unter einem solchen Thema, eingeführt durch die Frage, wie sich die Bundesregierung das anschaut, kann man dann sehr viel bringen, und das wird nach diesem Beweisbeschluß auch der Fall sein. Von Radio Bremen über Mitglieder von Bürgerinitiativen, die Demonstrationen anmelden, und so weiter wird nun das gesamte Thema aufgerollt, das heißt, es werden nicht die Vorgänge, die im Bremer Parlament ja verhandelt wurden, ergänzt aus bundesverfassungsrechtlicher Sicht, sondern es wird doch umfassend ermittelt. Da haben wir in der Tat Bedenken, aber, und das müssen wir hier ganz klar sagen, diesen Bedenken, die hier auch bei der SPD angeklungen sind, diesen Bedenken hätte die SPD ja sehr schnell entgegensteuern können, wenn sie tatsächlich den Beweisbeschlüssen der CDU hier stattgegeben hätte.

Wir sind der Meinung, daß tatsächlich ein Minderheitsrecht bestehen muß, alle Beweisbeschlüsse, alle Beweisangebote in einem solchen Untersuchungsausschuß dann auch zu verhandeln. Das gilt für die Anträge der CDU genauso wie für das, was Herr

(C)

(D)

(A) von Schönfeldt angedeutet hat, was er als Beweis-
antrag hier eingebracht hat.

Ein letztes Wort zu dem Abgeordneten Richter,
der nun meinte, er müsse uns immer wieder vor-
halten, die FDP habe ja doch —

(Abg. Wilhelm [CDU]: Er ist übrigens
Bundestagskandidat! Er hat hier Wahl-
kampf gemacht!)

ja, auch das noch! —, die FDP habe uns einen Sitz
dort angeboten in dem Ausschuß, und wir sollten
doch nun nicht immer schimpfen, daß wir nicht in
dem Ausschuß seien. Wir schimpfen nicht, daß wir
nicht in dem Ausschuß sind, von der Frage her, daß
dieser Ausschuß so tolle Arbeit geleistet hätte, son-
dern daß hier in diesem Hause Abgeordnete zweiter
Klasse sitzen. Da nehme ich durchaus die FDP aus,
ich weiß gar nicht, warum die FDP sich mit uns dar-
über immer anlegt! Die beiden großen Fraktionen,
die das entschieden haben, sagen dazu kein Wort,
ich hoffe, beschämt!

(Glocke)

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident! Ich habe
es immer eingeräumt, daß die FDP uns einen Stell-
vertreterposten da angeboten hat, aber wir sind
der Meinung, so etwas reicht eben nicht, das ist nett
von der FDP, aber wirkungslos, und wir wollen nicht
wirkungslose Politik machen.

(B) (Vizepräsident Ehlers übernimmt den
Vorsitz.)

Der Ausschuß hat das doch so geregelt, daß bei
den Beweisaufnahmen die stellvertretenden Mitglie-
der nur im Fall der Abwesenheit des ordentlichen
Mitglieds Rede- und Fragerecht haben, und Herr
von Schönfeldt von der FDP war immer anwesend,
da wäre es gar nicht möglich gewesen, einmal Rede-
und Fragerecht zu haben.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Das ist
nicht richtig!)

Na ja, bei entscheidenden Fragen war das doch klar
der Fall! Deswegen, haben wir gesagt, nützt uns
das nichts im Ausschuß.

Ich möchte abschließend noch einen Antrag ein-
bringen. Herr Präsident darf ich das anschließen,
oder soll ich gleich noch einmal geschäftsordnungs-
mäßig das Wort ergreifen?

Vizepräsident Ehlers: Nein, erledigen Sie das
gleich mit. — Bitte sehr!

Abg. Adamietz (BGL): Es ist vielleicht besser,
wenn ich es gleich mit erledige. Das bezieht sich auf
die Erklärungen von Herrn Stichweh über den Ab-
lauf der Sitzung des Untersuchungsausschusses am
18. 6. 1980, der wie bekannt ja dann dazu führte, daß
die CDU ihre Mandate in diesem Ausschuß nieder-
gelegt hat. Herr Stichweh hat hier eine ausführliche

Darstellung gegeben, ich wollte ihm eine Zwischen-
frage stellen, weil mir das nicht klar war. Leider
ist er jetzt auch nicht da. Doch, da ist er ja! Viel-
leicht kann das noch einmal aufgeklärt werden.

Ich habe das so verstanden, daß er hier ein eige-
nes Gedächtnisprotokoll des Ablaufs gegeben hat.
Am Anfang hatte ich den Eindruck, daß es auch das
Verlesen des Beschlußprotokolls gewesen sei. Das
ist mir nicht ganz klar. Jedenfalls haben wir festge-
stellt, daß Herr von Schönfeldt hier über die ja
immerhin nichtöffentliche Sitzung ausführlich be-
richtet hat.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Herr Klein
auch! — Abg. Stichweh [SPD]: Herr
Klein hat damit angefangen! Herr Klein hat
die erste Pressekonferenz gegeben! — Abg.
Klein [CDU]: Sie können doch nicht ma-
chen, was Sie wollen!)

Herr Stichweh hat eine detaillierte Darstellung
der Abläufe in diesem Ausschuß einschließlich des
Kopfnickens von einigen Abgeordneten gegeben. Er
hat, wie er ausgeführt hat, das nicht abgestimmt mit
den anderen Mitgliedern dieses Ausschusses, mit
anderen Worten, es ist kein Beschluß in dem Aus-
schuß gefaßt, daß die Vertraulichkeit insoweit auf-
gehoben ist.

Ich stelle das hier also nur einmal fest, weil ge-
rade uns die Schwierigkeiten gemacht worden sind,
hier überhaupt Stellung zu nehmen, die vertrau-
lichen Protokolle einzusehen. Das Bemerkenswerte
an diesem ganzen Vorgang ist doch folgendes, daß
nicht einmal das Beschlußprotokoll dieser berücht-
berichtigten Sitzung des 18. 6. in den Unterlagen ist
— Herr Präsident, ich bitte, das auch zu vermer-
ken —, die den Abgeordneten mittlerweile in der
Bibliothek der Bürgerschaft zur Verfügung gestellt
wurden. Das ist also ein ganz anderer Vorgang als
der, den Herr Neumann heute morgen angespro-
chen hat und bei dem Herr Klink sich bemüht ge-
fühl hat, nun das zu ermitteln und hier anders dar-
zustellen.

Das Protokoll vom 18. 6. ist nicht bei diesen Unter-
lagen gewesen, wir haben das nie zu Gesicht be-
kommen. Ich habe dort in der Bibliothek nachge-
fragt und die Auskunft bekommen, daß Herr Bortt-
scheller, glaube ich, und noch jemand, Herr Pflug-
radt wahrscheinlich oder Herr Bürger, es auch haben
wollten

(Abg. Neumann [CDU]: Sie haben es
auch nicht bekommen!)

und auch nicht bekommen haben. Wo ist denn nun
dieses ominöse Protokoll?

(Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

Wenn wir dieses ominöse Protokoll nicht haben,
dann können wir auch keine Wertung über die Ar-
beit des Ausschusses, auch nicht über das Ende der

(C)

(D)

- (A) Arbeit des Ausschusses und auch nicht über den Zwischenbericht der CDU hier abgeben. Die CDU hat hier einen Antrag eingebracht, und wir haben dasselbe Problem wie neulich, daß wir über Anträge dann abstimmen sollen, ohne überhaupt die Kenntnis zu haben, die der Abstimmung dann zugrunde liegt.

Deswegen beantragen wir jetzt folgendes, ich darf den Antrag kurz verlesen:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen: Die Bürgerschaft wünscht — notfalls in nichtöffentlicher Sitzung —, den Tonbandmitschnitt der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 18. Juni 1980 anzuhören, hilfsweise: die Anhörung allen Mitgliedern der Bürgerschaft vor weiterer parlamentarischer Behandlung der zum 6. Mai vorgelegten Berichte zu ermöglichen.“

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, nur wenn wir das hier auch zur Kenntnis nehmen können, können wir dazu auch Stellung nehmen. Ich meine, daß auch alle Abgeordneten im Haus diesen Tonbandmitschnitt zur Kenntnis nehmen sollten, weil gerade anhand dieses Tonbandmitschnitts hier von verschiedenen Seiten verschiedene Darstellungen gegeben wurden und der Eindruck erweckt wurde, der eine oder andere lügt, und wir wissen, immer wenn man das Wort „Lüge“ hier verwendet, wie sehr das den Herrn Präsidenten ärgert.

(B)

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir müssen das hier auf eine Grundlage stellen, denn wir wollen dann ja auch abstimmen. Es geht hier nicht nur um eine politische Wertung, die einer vorträgt, sondern wir wollen dann ja auch abstimmen. Das ist dann ein parlamentarischer Beschluß.

(Glocke)

Ich meine, daß nur, wenn wir das auch angehört haben, ein solcher Beschluß gefaßt werden kann.

Vizepräsident Ehlers: Herr Adamietz, ich war damit einverstanden, daß Sie die Begründung gleich im Anschluß an Ihren Redebeitrag brachten, nur ist die Redezeit inzwischen um fünf Minuten überschritten. Darauf muß ich Sie aufmerksam machen.

(Abg. Adamietz [BGL]: Darf ich eine Zwischenfrage von Herrn von Schönfeldt noch beantworten?)

Nach diesem Zeitablauf, würde ich sagen, ist Ihre Redezeit beendet. Wir halten uns an die Geschäftsordnung. Danach hatten Sie 15 Minuten. Sie haben 20 Minuten gesprochen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Adamietz [BGL]: Tut mir leid, Herr von Schönfeldt!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Borttscheller.

Abg. **Borttscheller** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bin sehr dankbar, daß der Kollege Adamietz hier noch einmal so plastisch herausgearbeitet hat, daß im Grunde genommen dieser Streit um die Sitzung am 18. 6. nicht diese umfangreichen Diskussionsbeiträge wert gewesen ist. Der Ausschuß hat sich ja intensiv oder sollte sich intensiv um die Wahrheitsfindung bemühen, und wenn in einem Punkt die Wahrheitsfindung so furchtbar einfach war, dann war das hier, wo alles, was gesprochen worden ist, worüber wir uns jetzt streiten, auf Tonband aufgenommen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Stichweh, ich nehme zur Kenntnis, daß Sie eine Art von Protokoll verlesen, wo zumindest die Außenstehenden, die nicht dabei waren, zunächst den Eindruck haben mußten, es handele sich um irgendein offizielles Papier, und nachher kommt heraus, daß es weder im Ausschuß intern abgestimmt war noch in irgendeiner Weise wörtlich mit dem übereinstimmte, was dort an Worten gefallen ist. Aber ich meine, es ist wirklich sinnlos, sich darüber zu streiten, wo wir das Protokoll haben. Mag es denn geschrieben werden, und dann können wir uns alle darüber streiten, ob hier eine Falschaussage im Parlament nochmals vollzogen worden ist oder nicht.

(Unruhe bei der SPD)

Aber ich billige Ihnen zumindest zu, Herr Stichweh, daß Sie das so in Ihrer Erinnerung haben. Wenn man es sich selbst oft genug sagt, glaubt man es letztendlich auch!

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir heute eine sichere Erkenntnis aus der Arbeit im Untersuchungsausschuß ziehen können, dann letztlich die, daß das Instrumentarium, das wir derzeit haben, unpraktikabel ist, daß der Minderheitenschutz nicht gewährleistet ist und daß wir uns diesen Scherbenhaufen, daß nämlich jetzt ein Untersuchungsausschuß in Bonn, der im Konsens aller Parteien arbeitet, hätten ersparen können. Hier ist vorhin behauptet worden, daß wir — das ehrt mich, Herr Kollege Stichweh —, daß Herr Klein und ich uns in Bonn herumgetrieben hätten, offensichtlich sehr fruchtbar. Bislang hat sich vor uns nur ein ehemaliges Mitglied der bremischen Landesregierung vor rund zwanzig Jahren in Bonn herumgetrieben, kam mit veilchenblauen Augen zurück und trat dann, das gab es damals noch, zurück.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeyer [SPD]: Aber daß sich Herr Klein in Bonn herumtreibt, das glauben wir sofort!)

Herr von Schönfeldt hat dann ja auch gleich der Presse handfeste Vorschläge gemacht, wie man die Arbeit eines solchen Ausschusses effektiver gestalten könne, indem er — dabei hat er wohl an sich

(A) selbst am meisten gedacht — diesen Ausschuß mit einem Berufsrichter ausstatten wollte.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist ja noch schlimmer, Herr Kollege!)

Nur wage ich zu bezweifeln, ob ein solcher Berufsrichter sich in einem solchen Gremium wohlfühlte, wo ja nicht die Verfahrensmaximen beachtet werden, sondern wo handfeste politische Argumente, vor allen Dingen lautstarke Argumente ausgetauscht werden, und ich fürchte, der Berufsrichter würde uns schnell hier schreiend aus dem Haus laufen.

(Beifall bei der CDU)

Herr von Schönfeldt, was Sie an politischer Wendigkeit in den letzten Wochen gezeigt haben, ist beachtlich. Wenn das die neue liberale Politik ist, dann bin ich einigermaßen überrascht.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

In der Wendlanddebatte haben Sie sich zumindest verbal einmal außerhalb der Rechtsordnung bewegt,

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Das ist doch nicht wahr!)

und wenn Sie mich heute wieder ansprechen als Nichtliberalen, dann nehme ich Ihnen das persönlich nicht übel. Ich bin Ihnen selbstverständlich gern ein Dorn im Auge, vielleicht werde ich einmal zum Balken,

(B)

(Abg. Kunick [SPD]: Bisher nur ein Dörnchen!)

nur daß Sie als politischen Zeugen sich auf meinen verstorbenen Vater bei der Gelegenheit berufen, das finde ich schlicht geschmacklos!

(Beifall bei der CDU)

Aber über Geschmack läßt sich bekanntlich streiten, der eine hat ihn, der andere nicht!

(Beifall bei der CDU — Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Denken Sie einmal an Ihre „Weser-Report“-Artikel! — Abg. Lahmann [FDP]: Daß Sie das sagen mögen!)

Verehrter Herr Kollege von Schönfeldt, Sie scheinen derartig von diesem „Weser-Report“ besessen zu sein, daß ich das nicht nachvollziehen kann, was bei Ihnen vorgeht. Sie sind offensichtlich mittlerweile so dünnhäutig geworden,

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Ganz schlimm!)

daß Sie Kritik, wenn sie aus einem anderen Lager kommt, nicht mehr verdauen können!

(Beifall bei der CDU — Abg. Kunick [SPD]: Sie sind heute so dümmlich!)

Herr Kunick, mit dieser Taschenbuchrhetorik kommen wir auch nicht weiter! (C)

Ich meine, wir sollten aus dieser Ausschubarbeit für das Parlament das Fazit ziehen, daß wir dringend, worüber sich übrigens in der Vergangenheit das Haus auch immer einig war, eine Verfahrensordnung schaffen und es nicht nur bei dem Lippenbekenntnis lassen, daß das dringend erforderlich sei, sondern hier auch einmal das berühmte Mehr an Demokratie zum Wohl aller Parteien in die Tat umsetzen. Darum darf ich Sie bitten! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. Ostendorff (FDP): Herr Präsident — (Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Ostendorff hat Ihnen allen heute zugehört. Ich glaube, er redet heute zum ersten Mal. Nun sollten wir zuhören! — Bitte sehr!

Abg. Ostendorff (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir haben zu Beginn dieser Debatte beschlossen, daß wir den Antrag der CDU mitbehandeln und in der Debatte mit darauf eingehen. Ich möchte mich ausschließlich auf diesen Antrag beschränken. Ich habe mich jetzt gemeldet, um zu vermeiden, durch den Ablauf der Redezeit überrollt zu werden.

Durch Eilboten haben Sie alle am Freitag diesen Antrag bekommen. Wir waren also, ob wir wollten oder nicht, denn Briefumschläge pflegt man ja aufzumachen, schon am Freitag gezwungen, den Inhalt zur Kenntnis zu nehmen. Diese Kenntnisnahme wurde uns heute noch erleichtert, indem der erste Sprecher der CDU, Herr Klein, sich nahezu wörtlich an den uns übersandten Antrag hielt. Wir haben ihn also heute zum zweiten Mal zur Kenntnis genommen.

(D)

(Abg. Neumann [CDU]: Der ist so gut, das kann man auch! — Lachen bei der SPD)

Bevor wir nun möglicherweise einen Beschluß herbeiführen, daß wir ihn zur Kenntnis nehmen wollen, erlauben Sie mir einige Hinweise!

Am 21. Mai beschloß dieses Haus gegen die Stimmen der Abgeordneten der Bremer Grünen Liste die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Das Haus beschloß weiter, daß möglichst bis Mitte Juli ein Bericht erarbeitet werden sollte. Am 29. Mai erfolgte dann die erste Sitzung des Ausschusses. Es wurde in dieser Sitzung meines Wissens ohne kontroverse Äußerungen der Kollege Klein zum Ausschußvorsitzenden gewählt.

Zweitens: Es war für alle selbstverständlich, daß die Berichterstattung über das Ergebnis des Untersuchungsausschusses von dem Vorsitzenden, also von Herrn Klein, erstattet werden würde, wobei die Frage eines eventuellen Minderheitenvotums nicht

(A) erörtert wurde. Die bisherige Übung hat sowohl Minderheitenvoten gezeitigt wie auch, daß die Minderheitsmeinung in dem Bericht zum Ausdruck gebracht wurde. Diese durch eine Stimme erfolgende Berichterstattung wurde im übrigen bei der vorigen Ausschlußberichtsvorlage durch den damaligen Vorsitzenden Klein hier gegeben.

Ich muß das so minuziös wiederholen, meine Damen und Herren, weil heute, was die parlamentarischen Regeln anging, ein Großteil wohl einigen Kollegen aus der Erinnerung geschlüpft sein muß.

(Abg. Anneliese L e i n e m a n n [SPD]: Anscheinend!)

Drittens: Wenn sich nun einige Mitglieder dieses von allen gewählten parlamentarischen Untersuchungsausschusses, aus welchen subjektiven Gründen auch immer, ihrer Pflichten im Ausschluß begeben, begeben sie sich nach meiner Ansicht auch ihrer Rechte.

(Beifall bei FDP und SPD)

Jetzt im nachhinein aufgegebenen Rechte zurückfordern zu wollen ist unerträglich, für mich jedenfalls ist das eine unerträgliche Forderung, weil ja gar nicht mehr die Möglichkeit besteht, jetzt nachträglich die Pflichten, die sie aus von mir durchaus zu respektierenden Gründen aufgegeben haben, nachzuholen.

(B) Ich habe ein weiteres für meine Fraktion festzustellen. Die CDU bedient sich jetzt und hier leider nicht nur fragwürdiger, sondern schlicht falscher Formulierungen,

(Beifall bei FDP und SPD)

wenn sie sagt und schreibt, „der damals noch verfassungsmäßig zusammengesetzte Ausschluß“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wiederhole: Das Fernbleiben der CDU-Abgeordneten in diesem Ausschluß ist von ihnen zu vertreten, aber es ist für mich unerträglich, daß durch dieses Fernbleiben sogar die Verfassungsmäßigkeit des Ausschusses angezweifelt werden soll!

(Beifall bei FDP und SPD)

Es ist weiter nicht gut, wenn von den Parlamentariern der CDU jetzt gesprochen wird vom Rumpfausschluß oder vom Restausschluß.

(Zuruf von der CDU: Sumpfausschluß!)

Es ist meiner Meinung nach, ich gehöre dem Ausschluß nicht an, aber nicht nur wenig kollegial, sondern, ich möchte sagen, herabwürdigend, wenn man jetzt spricht vom „Ersatzvorsitzenden“. Herr Stichweh gehört nicht meiner Partei an. Ich bin mit vielen Äußerungen, die Herr Stichweh macht, durchaus nicht zufrieden. Ich habe mich mit ihm angelegt, ich werde mich, fürchte ich, auch noch weiter anlegen müssen. Ich halte es aber für unerträglich, wenn ein

Mensch, der sich Mühe gibt, den Ausschluß weiter zu leiten, als Ersatzvorsitzender deklassiert wird! (C)

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine sehr verehrten Damen und meine Herren, ich habe die Ehre und in letzter Zeit immer weniger das Vergnügen, diesem Haus zwanzig Jahre anzugehören. Wenn ein Mitglied eines Ausschusses durch sein Fernbleiben, das ich subjektiv respektiere, in der Lage sein sollte, die Verfassungsmäßigkeit der von uns eingesetzten Ausschüsse in Frage zu ziehen, dann ist das, ich hätte fast gesagt, eine Zerkleinerung der Ausschlußarbeit, eine Zerkleinerung jeglicher Ausschlußarbeit. Dagegen wehren wir Liberalen uns.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir sind, wie Sie wissen und wie Herr Lahmann in den ersten Ausführungen für die FDP-Fraktion gesagt hat, ursprünglich gar nicht so sehr für diesen Untersuchungsausschluß gewesen. Wir waren der Meinung, der Senat hätte, wenn er unsere Fragen komplett beantwortet hätte, uns vor diesem Ausschluß bewahren können. Nun, es ist anders gelaufen. Der Ausschluß ist eingesetzt. Wir sind der Meinung, dieser Ausschluß hat gute Arbeit geleistet. Daß wir andere Wertungen ziehen als die Vertreter der SPD und daß wahrscheinlich unsere Wertungen sich von den Ausführungen der CDU unterscheiden, ist legitim, hat aber mit der Arbeit als solche nichts zu tun. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus den von mir dargestellten Gründen lehnen wir eine dritte Kenntnisnahme der Ausführungen

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Das können Sie gar nicht, Sie haben sie ja schon zur Kenntnis genommen!)

der CDU — diese dritte Kenntnisnahme hier ausdrücklich zu beschließen, vielen Dank für den Hinweis, das war sehr hilfreich —, eine dritte Kenntnisnahme hier noch zu beschließen lehnen wir ab. Die Fraktion der Freien Demokraten wird den Antrag der CDU ablehnen.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Wir auch!)

Erlauben Sie mir nun noch ein persönliches Wort! Herr Kollege Borttscheller, ich war ein sehr guter Freund Ihres Herrn Vaters. Ich möchte nur eines feststellen: Den Namen des Senators Borttscheller in die öffentliche politische Auseinandersetzung zwischen CDU und FDP zu ziehen blieb bedauerlicherweise Ihnen überlassen während des Wahlkampfes.

(Starker Beifall bei FDP und SPD)

Sie haben sich in Ihrer Partei nicht durchsetzen können. Ich habe wider besseres Wissen während des Wahlkampfes einige Äußerungen, die, so hoffe ich, Ihnen untergeschoben waren, hingenommen. Ich habe darauf nicht geantwortet, weil ich das

(A) nicht in einen guten politischen Stil passend fand. Wenn Sie aber jetzt meinen, das aufgreifen zu müssen, ich bin bereit! Ich glaube, aus der politischen Arbeit Ihres Herrn Vaters weiß ich wesentlich mehr, als Sie wissen können!

(Starker Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. **Wedemeier (SPD)** *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch, weil alles andere, insbesondere auch durch den letzten Beitrag, gesagt ist, zu dem Antrag der Grünen Stellung nehmen, nämlich dem Antrag, den sogenannten Grobbericht den Abgeordneten zuzustellen. Herr Adamietz, Sie haben das begründet mit Passagen aus einer Vernehmung. Ich gehe davon aus, daß, wenn der Polizeipräsident im Untersuchungsausschuß einen solchen Bericht angekündigt hat, er diesen Bericht der Innendeputation zur Verfügung stellt und daß die Innendeputation über die Verwendung eines solchen Berichts entscheidet. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Abg. v. d. **Schulenburg [CDU]**: Sie haben ihn doch schon! Von der SPD!)

Den CDU-Antrag werden wir ebenfalls ablehnen. Von der SPD haben Sie einen solchen Bericht nicht.

(B) (Abg. v. d. **Schulenburg [CDU]**: Ach, sicher! — Abg. **Dinné [BGL]**: Herr Koschnick erklärt es den Journalisten schon, was darin steht!)

Erzählen Sie nicht solchen Unsinn! Sie haben von der SPD einen solchen Bericht nicht!

(Abg. **Neumann [CDU]**: Sie kommen aus Horn-Lehe, benehmen Sie sich!)

Zweiter Punkt: Tonbandmitschnitt! Wenn der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß der Meinung ist, daß das Tonband freigegeben werden sollte, haben wir nichts dagegen. Dann sollte jeder, der es möchte, hingehen und sich das Tonband anhören, aber deshalb unter Umständen noch eine nichtöffentliche Sitzung in diesem Haus zu machen, halte ich für sehr übertrieben. Deshalb werden wir auch diesen Antrag ablehnen, und daß wir den CDU-Antrag ablehnen, ergibt sich aus unseren Ausführungen, das ist weder ein Zwischenbericht noch sonst etwas, das ist gar nichts.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Dinné [BGL]**: Er hat ein schlechtes Gewissen!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Abg. **Neumann (CDU)**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich auch nur auf die beiden Anträge beziehen. Zum ersten auf den Antrag der Abgeordneten der Bremer Grünen Liste, nach dem es ein sogenanntes Analysepapier des bremischen Polizeipräsidenten geben soll! Nun haben wir ja den Polizeipräsidenten nicht hier, aber wir haben den Innensenator hier, und ich gehe davon aus, daß dieses Mal der Innensenator nicht sagen wird, ich weiß davon überhaupt nichts.

Deswegen möchte ich den Innensenator fragen: Ist es richtig, daß es einen Bericht des Polizeipräsidenten gibt, welcher auch wohl schriftlich formuliert worden ist, welcher unter anderen — so meine Informationen, die ich hier heute erhalten habe — den SPD-Innendeputierten zur Kenntnis gegeben worden ist und in welchem der Polizeipräsident in ziemlich kritischer Weise auch im Hinblick auf die Vorgänge am 6. Mai Stellung nimmt?

(Abg. **Wedemeier [SPD]**: Das ist aber ein ganz anderes Papier als das, was Herr Adamietz meint! — Abg. **Borttscheller [CDU]**: Zwei Papiere!)

Ich frage dies hier! Ich frage dies hier, weil dies durch die Räume geistert.

Frage, Herr Innensenator **Fröhlich**: Ist es richtig, daß es ein solches Papier gibt, ist es richtig, daß dies zusammenhängt mit den Krawallen am 6. Mai? Wenn dies so ist, meine ich, dann sollten natürlich auch alle anderen Abgeordneten, möglicherweise vertraulich, davon Kenntnis haben. (D)

Ein zweiter Punkt betrifft das Tonbandprotokoll. Herr Adamietz, ich glaube nicht, daß Sie eine nichtöffentliche Sitzung machen müssen. So habe ich das auch nicht verstanden, sondern ich habe es so verstanden, daß der Wunsch besteht, sich diesen Tonbandmitschnitt anhören zu können.

(Abg. **Dinné [BGL]**: Das hat ja einen Grund, daß das bisher nicht da ist!)

Dieses „notfalls“ verstehe ich so, wenn dies aus irgendwelchen Gründen im Normalumgang nicht möglich ist, aber ich gehe davon aus, daß dies möglich ist, daß dieses Tonband angehört werden kann, Herr **Stichweh**. Dann werden wir einmal vergleichen, ob nun bei Ihnen, in Ihrem Protokoll, der Wunsch Vater des Gedanken gewesen ist, wie ich das vermute, oder ob tatsächlich dieses Tonband etwas anderes aussagt. Ich möchte deshalb für meine Fraktion ankündigen, daß wir dem Petitum, das Tonband anhören zu können, zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator **Fröhlich**.

Senator für Inneres Fröhlich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist üblich, auch in den letzten Jahren, daß die Fraktionen die Möglichkeit bekommen, aus den verschie-

(A) densten Bereichen Mitarbeiter zu sich zu bitten. Dies hat die CDU-Fraktion getan, dies hat die FDP-Fraktion getan, wird sie demnächst tun beim Katastrophenschutz, und dies hat auch die SPD-Fraktion getan. Das heißt, hier hat der Polizeipräsident für den Polizeibereich einen Vortrag gehalten für die im Sicherheitsbereich Verantwortlichen und darüber hinaus für eine Reihe von Mitgliedern der SPD-Fraktion, so daß dieser Vortrag ein fraktionsinterner Vorgang der SPD-Fraktion ist.

Ich glaube nicht, meine Herren der CDU, der FDP, daß Sie, wenn Sie fraktionsinterne Diskussionen über einen Bereich haben, gewillt sind, dies hier in diesem Haus zu diskutieren. Von daher muß ich für den Polizeipräsidenten sagen, er hat diesen Bericht gegeben

(Abg. Neumann [CDU]: Aber es gibt ihn!)

an die SPD-Fraktion. Ich darf Ihnen sagen, daß der Termin für eine solche Veranstaltung lange vor dem 6. Mai gestanden hat, lange davor, und hier geht es nicht nur um Fragen von Demonstrationen, sondern es geht um eine Fülle von Fragen, die den Polizeibereich angehen.

(Abg. Neumann [CDU]: Aber auch 6. Mai!)

Von daher bin ich auch nicht in der Lage und beugt, hier etwas zum Detail zu sagen.

(B) (Glocke)

Dies ist eine Frage, die die Fraktion der SPD zu erörtern hat.

(Glocke — Zurufe von der CDU)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, Zwischenfragen anzunehmen?

Senator Fröhlich: Ja, gern!

Präsident Dr. Klink: Zunächst Frau Stieringer, dann Herr von der Schulenburg!

Abg. Karin Stieringer (CDU): Herr Senator, ist es also nicht richtig — Herr Armgort hat vorhin gesagt, dies sei die Unwahrheit, draußen auf dem Flur —, daß bei dieser Gelegenheit ein Papier an die beteiligten SPD-Innendeputierten gegeben wurde?

Senator Fröhlich: Nein, soweit mir bekannt ist, ist an die Beteiligten, soweit sie dagewesen sind, ein Papier nicht abgegeben worden.

(Abg. Dinne [BGL]: An einen Beteiligten mit der Bitte um Weitergabe!)

Einer hat es bekommen, aber diese Frage wird ja wohl die Fraktion zu entscheiden haben und nicht der Senat. Wir sind doch nicht Oberhaupt einer Fraktion.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zwischenfrage? — (C) Bitte, Herr von der Schulenburg!

Abg. v. d. Schulenburg (CDU): Herr Senator, sind Sie bereit, den Herrn Polizeipräsidenten zu bitten, dieses von ihm erstellte Papier, das ja wohl nicht nur für die Deputierten der SPD-Fraktion Gültigkeit haben kann, auch mindestens den anderen Mitgliedern der Deputation zugänglich zu machen?

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Laden Sie ihn doch ein!)

Senator Fröhlich: Nein, das ist nicht meine Aufgabe. Sie können wie bisher ja auch den Polizeipräsidenten bitten, in Ihrer Fraktion einen Vortrag zu halten zu Polizeifragen.

(Beifall bei der SPD)

Das können die Grünen genauso machen. Sie waren doch selbst schon beim Polizeipräsidenten und haben darüber gesprochen. Sie können sich ja gern einen Vortrag vom Polizeipräsidenten oder anderen Polizeibeamten anhören.

(Glocke)

Dies ist keine Frage von mir, sondern eine Frage, die in der SPD-Fraktion gestellt worden ist.

(Abg. Klein [CDU]: Sie verschanzen sich hinter Ihrer eigenen Fraktion!)

Ja, mein Gott noch einmal, ich habe ein Verfassungsverständnis in diesem Haus!

(D)

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten von der Schulenburg zu beantworten?

Senator Fröhlich: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr!

Abg. v. d. Schulenburg (CDU): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, daß der Herr Polizeipräsident in der Veranstaltung mit der SPD-Fraktion oder mit Teilen der SPD-Fraktion zur Grundlage seines Vortrags ein ausgearbeitetes Papier benutzt hat?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Was ist das eigentlich für eine Schnüffelpraxis?)

Senator Fröhlich: Also, Herr von der Schulenburg, wenn ich irgendwo einen Vortrag halte, werde ich mich ebenfalls vorbereiten und dies schriftlich vorfixieren, damit ich mich daran halten kann. Gar keine Frage!

Präsident Dr. Klink: Herr von der Schulenburg, noch eine Zwischenfrage? — Bitte sehr!

Abg. v. d. Schulenburg (CDU): Darf ich Sie dann weiter fragen, warum Sie sich mit Händen und Füßen zu wehren versuchen, dieses Papier, das doch wahrscheinlich nicht nur für SPD-Abgeordnete von

(A) Interesse zu sein scheint, auch den anderen Mitgliedern der Deputation für Inneres zu geben?

(Beifall bei der CDU — Abg. Neumann [CDU]: So ist es!)

Herr Senator, ist es vielleicht so, daß Dinge hier im Papier stehen, die Ihnen unangenehm sein könnten?

(Abg. Neumann [CDU]: Zu dieser Stunde vor allen Dingen!)

Senator Fröhlich: Also, Herr von der Schulenburg, zunächst einmal habe ich Ihnen gesagt, daß dieses Papier ein Diskussionspapier war in der SPD-Fraktion. Die SPD-Fraktion wird selbst darüber zu befinden haben, ob sie dieses Papier zum Gegenstand von Beratungen in der Deputation oder bei der Haushaltsberatung macht, und von daher ist das eine Sache der SPD. Die SPD war Einlader für diesen Bereich und nicht der Senat.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zwischenfrage? — Bitte sehr!

Abg. v. d. Schulenburg (CDU): Herr Senator, ich gehe doch davon aus, daß das eine Vorlage einer Behörde ist, und da Sprecher der Deputationen auch das Recht haben, mit Genehmigung des Senats beziehungsweise des zuständigen Senators Einsicht in Behördenvorgänge zu nehmen, frage ich Sie, sind Sie bereit, dem Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Cassens, Einblick in dieses Papier zu gewähren?

(B) **Senator Fröhlich:** Es ist kein Behördenvorgang in dem Sinne.

(Abg. Neumann [CDU]: Der war doch nicht privat da, der Polizeipräsident!)

Nein, aber trotzdem ist es doch die Frage, ob der Polizeipräsident hier mit einer Reihe von Polizeiführern innerhalb der Fraktion der SPD gesprochen hat oder nicht. Ich möchte einmal wissen, ob die CDU-Fraktion, wenn sie in ihren Sitzungen Diskussionen führt, die Papiere ebenfalls herausgibt. Wo sind wir denn hier?

(Beifall bei der SPD — Abg. Beckmeyer [SPD]: Das ist unerhört, was hier passiert!)

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zwischenfrage der Abgeordnete Dinné! — Bitte sehr!

Abg. Dinné (BGL): Herr Senator, können Sie denn ausschließen, daß dieses Papier Erkenntnisse enthält, die bei der Bewertung dieser ganzen Abschlußberichte, die hier nun vorliegen, maßgeblich sein könnten?

Senator Fröhlich: Ja, das kann ich ausschließen.

Abg. Dinné (BGL): Das können Sie ausschließen?

Senator Fröhlich: Ja!

(Heiterkeit)

Abg. Dinné (BGL): Ich darf noch eine zweite Frage anschließen: Könnte es deshalb sein, daß Sie vorzüglich in Kauf nehmen, daß das Parlament Dinge beschließt, die es nach Kenntnis dieser Dinge anders beschließen würde? (C)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist ungeheuerlich!)

Senator Fröhlich: Also, diese Frage ist mir unverständlich.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zwischenfrage? — Bitte, Herr Klein!

Abg. Klein (CDU): Herr Senator, stimmen Sie darin mit mir überein, daß in diesem Papier, das der Herr Polizeipräsident Diekmann bei seinem Vortrag vor der SPD-Fraktion zugrunde gelegt hat,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das war nicht in der SPD-Fraktion!)

dann ja nur die Position des von Ihnen geleiteten Ressorts stand und steht?

Senator Fröhlich: Dies kann ich so nicht beurteilen, weil die SPD-Fraktion hierzu die Einladungen vorgenommen hat. Die Einladung ging nicht nur an Herrn Diekmann, sondern an eine Reihe von Polizeiführern, die vorher ein Gespräch darüber hatten. Herr Diekmann hat dann der SPD-Fraktion vorgelesen, und Sie sind meines Wissens noch in Bremen in der Opposition. (D)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zwischenfrage? — Bitte sehr!

Abg. Klein (CDU): Herr Senator, stimmen Sie denn wenigstens darin mit mir überein, daß schriftlich vorbereitete Vorträge von Bediensteten Ihres Ressorts nicht zur Disposition der SPD-Fraktion stehen dürfen,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die waren bei uns doch eingeladen! Machen Sie doch auch nicht! Geben Sie uns Ihre Papiere?)

sondern ausschließlich zu Ihrer Disposition als dem zuständigen, dem gesamten Haus politisch verantwortlichen Senator?

Senator Fröhlich: Also, Herr Klein, ich muß Ihnen einmal ehrlich sagen, ich weiß, daß eine Fülle von Mitarbeitern, auch aus meinem Bereich, schon in CDU-Fraktionssitzungen gesprochen, diskutiert haben, ohne daß mir diese Fragen vorher vorgestellt wurden beziehungsweise zur Genehmigung vorgelegt worden sind, sondern daß diese Mitarbeiter in Selbstverantwortung bei Ihnen diskutiert haben. Ich erinnere an Herrn Dr. Schäfer, an Herrn Hinte oder an andere Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zwischenfrage? — Bitte, Herr Klein!

(A) **Abg. Klein (CDU):** Halten Sie es denn nicht für im Einklang mit Ihrer politisch-parlamentarischen Verantwortlichkeit, wenn Sie bei einer solchen Streitfrage den Polizeipräsidenten, der Ihnen untersteht, anweisen, dieses Papier auch anderen Fraktionen des Hauses zugänglich zu machen?

Senator Fröhlich: Dies ist im Moment nicht Gegenstand der Diskussion. Das Papier wird in der SPD-Fraktion zunächst einmal bei den Sicherheitsabgeordneten zu diskutieren sein, und diese werden dann darüber entscheiden, ob in der Gesamtfraktion oder im Parlament darüber diskutiert wird. Von daher, meine ich, teile ich nicht Ihre Auffassung.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zwischenfrage? — Bitte, Herr Klein!

Abg. Klein (CDU): Sind Sie denn nicht wenigstens der Meinung, daß Sie die Macht hätten, eine solche Anweisung — —.

(Starke Unruhe bei der SPD)

Senator Fröhlich: Ich habe ein anderes Demokratieverständnis als Sie.

(Beifall bei der SPD — **Abg. Klein (CDU):**
Ja, ein schlechteres!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

(B) **Abg. Adamietz (BGL):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Schluß wird es wieder interessant. Ich fand die Ausführungen des Herrn Senators zu der Vorlage dieses Berichtes doch sehr bemerkenswert.

(**Abg. Neumann (CDU):** Aber im negativen Sinne!)

Man muß das ja nun einmal richtig würdigen. Es gibt ja zwei Möglichkeiten. Der Herr Polizeipräsident hat das in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident gemacht. Dann ist das ein Papier, das sozusagen eine Amtsperson verfaßt hat, dann ist das dem Behördenbereich zuzuordnen. Dann fällt das in den Verantwortungsbereich des Senators. Nehmen wir an, daß in diesem Papier Einschätzungen stehen, die politisch der Linie, die hier vom Senat gerade in der Frage „Verhalten des Senats zum 6. Mai“ entgegenstehen, vertreten wird, dann muß der Senat das tragen. Darauf zielt genau die Frage von Herrn Dinné, ob der Bürgermeister ausschließen kann, daß in diesem Bericht Erkenntnisse stehen, die hier für die Meinungsbildung wirklich wesentlich sind

(**Abg. Neumann (CDU):** Natürlich sind sie das!)

und ob die vor allen Dingen auch für die Kritik am Senat wesentlich sind. Gerade wenn hier, die FDP

*) Vom Redner nicht überprüft.

hat das ja nun durch ihre Rücktrittsforderung sehr massiv deutlich gemacht, gerade wenn hier diskutiert wird, welche Verantwortlichkeit der Senat in diesen Fragen hat, wenn hier diskutiert wird der Untersuchungsausschußbericht, wenn diskutiert wird das Graf-Gutachten und wenn jetzt noch herauskommt, daß noch eine Stellungnahme des Polizeipräsidenten existiert, dann stellt sich natürlich die Frage, was steht denn darin an Hintergrunderkenntnissen, die wir haben müssen und wie die politische Verantwortung des Senats hier zu beurteilen ist. Genau daran haken wir fest, das Papier wollen wir haben.

Wenn der Senator nun erklärt, das sei nicht in seinem Amtsbereich, dann muß man natürlich die Frage stellen, was machen eigentlich seine Beamten. Wir kennen das ja nun schon aus einem anderen Zusammenhang. Da gibt es auch noch einen Beamten in der Pressestelle, der macht das ja auch nicht in seinem Amtsbereich, wenn auch auf amtlichem Papier, der arbeitet dem einen Senator zu. Jetzt geht der Polizeipräsident hin und macht Privatarbeit!

(**Abg. Dinné (BGL):** Für die SPD!)

Sicherlich nicht außer Dienst! Nun kommt der weitere Punkt, in der Tat, für wen macht er die Privatarbeit? Für die SPD!

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz, bitte sehr! (D)

Abg. Adamietz (BGL): Er macht die Privatarbeit für die SPD-Fraktion! Wohlgermerkt, ich kritisiere gar nicht den Polizeipräsidenten, weil ich der Meinung bin, davon weiß der gar nichts, wie seine Arbeit hier interpretiert wird. Aber der Senat behauptet das. Wenn das nämlich zutreffend wäre, daß der Senat nicht dieses Papier hätte und auch nicht hier der Bürgerschaft zur Verfügung stellen könnte, dann war das eine Privatangelegenheit, eine Auftragsangelegenheit des Polizeipräsidenten Diekmann im Auftrage der SPD-Fraktion. Das heißt, eine politische Fraktion dieses Hauses geht hin und läßt sich Privatpapiere anfertigen von den Beamten in der Senatsverwaltung.

Mit diesem Privatpapier wollen Sie nun Politik machen und wollen sagen, das geht alle anderen Abgeordneten nichts an, es sei denn, wir geben das frei. Das ist genau eine Umdrehung hier sozusagen des Urheberrechtes, nämlich daß derjenige, der ein Papier erstellt, das Urheberrecht daran hat, und das gehört hier im Amtsbereich natürlich dann auch in die Behörde, während hier die SPD genau sagt, nein, das ist eine Auftragsarbeit, die gehört privat uns.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Abgeordneter Adamietz, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

(A) Abg. **Adamietz** (BGL): Ja, selbstverständlich!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr!

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Herr Kollege Adamietz, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir, wenn wir einen Beamten aus dem senatorischen Bereich einladen wollen, auf den Dienstweg verwiesen werden und nur über den Dienstweg, das heißt, mit Erlaubnis der Senatoren, diese Herren einladen? Gehen Sie mit mir davon aus, daß dies innerhalb der SPD nicht anders ist, und können Sie mir dann zustimmen, daß daraus sich auch eine Verpflichtung ergibt, hier diesen in dienstlicher Eigenschaft vorgenommenen Vortrag zu veröffentlichen?

(Unruhe)

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr von Schönfeldt, ich nehme das gern zur Kenntnis, daß Sie auch diese Erfahrung haben.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die Unruhe ist nicht hilfreich. Sie erschwert die Diskussion. — Bitte, Herr Adamietz!

(Abg. **Neumann** [CDU]: Das liegt aber am Thema!)

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr von Schönfeldt, ich nehme gern zur Kenntnis, daß die FDP-Fraktion auch solche Erfahrungen hat. Ich kann das ergänzen mit Erfahrungen, die wir hatten, denn anlässlich der Vorlage des Polizeiberichtes, den wir vor einiger Zeit hier diskutiert haben, haben wir um ein Gespräch bei der Führung im Polizeihaus nachgesucht, haben dieses Gespräch auch erhalten, sicherlich, aber inhaltlich wurde uns dann gesagt, ja, das kann ich Ihnen nicht erklären, da müssen Sie den Senator fragen, und vor allen Dingen muß ich als erstes gleich anschließend — das war ein sehr frühes Gespräch, von, ich glaube, 8.00 bis 9.00 Uhr — den Senator informieren, daß Sie hier gewesen sind.

Meine Damen und Herren, genau das ist nämlich die Konsequenz, tatsächlich wird es so gehandhabt,

(Abg. **Neumann** [CDU]: Sehr interessant!)

wenn hier Oppositionsfraktionen einmal solche Fragen stellen und zu den einzelnen Beamten in den senatorischen Dienststellen oder in den einzelnen Ämtern gehen. Daran wird auch deutlich, welches Staatsverständnis die SPD hat, sie hat überall Zugriffsrechte, und wenn sie einmal zugreift und von einem Beamten ein Papier haben will, dann ist das nicht das Papier des Beamten, sondern ihr Privatpapier, wo sie einen Privatauftrag gegeben hat,

(Beifall bei BGL und CDU)

und dann sollen wir als Parlament der SPD hinterherlaufen und sagen, bitte, bitte, gebt uns doch einmal das Papier!

Ich meine, wenn der Polizeipräsident hier eine polizeiliche Konzeption erarbeitet hat und die offensichtlich so brisant ist, daß die uns hier zu interessieren hat, dann muß das Parlament doch auch die Möglichkeit haben, das einmal hier zu verhandeln, das hier zur Kenntnis zu nehmen, und sich dann abspalten zu lassen, meine ich, daß das vielleicht auf Gnade der SPD möglich wird, wenn sie das nämlich diskutiert hat und in die Deputation gegeben wird, ich meine, das zeigt erneut, wie wenig dem Senat und der SPD-Fraktion daran gelegen ist, Licht hier in einigem Dunkles zu bringen.

Ich meine, daß das deswegen ganz klar sein muß, dieser Bericht muß hier vorgelegt werden, und wir haben nichts anderes hier getan, als einen Entschließungsantrag einzubringen, der das Votum der Bürgerschaft deutlich macht. Die Bürgerschaft möchte das gern sehen, und wenn die SPD-Fraktion nun sagt, das zeigen wir nicht vor, dann macht sie deutlich, daß sie nicht einmal das Recht des Parlamentes hier respektieren will. Das ist der eine Punkt.

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zu den anderen Anträgen machen, um das deutlich zu machen. Wir haben des weiteren beantragt, die berühmte-berühmte Tonbandaufnahme der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 18. 6. hier anzuhören — wir haben das eingefügt —, notfalls in nichtöffentlicher Sitzung, weil uns doch immer wieder gesagt wurde, das seien doch vertrauliche Sachen, die wir doch gar nicht hören dürften. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß Herr Stichweh hier die vertraulichen Vorgänge in aller Öffentlichkeit ausgebreitet hat.

Im übrigen interpretiere ich die Entscheidungen des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses ja auch so, daß wir Abgeordneten die anderen Protokolle sehen können, daß das natürlich dann für diesen Tonbandmitschnitt gleichermaßen Geltung hat. Da wir das hier so öffentlich verhandelt haben, meine ich, daß es überhaupt kein Problem ist, das in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, aber nur, um denen entgegenzukommen, die meinen, hier müsse immer noch etwas geheimgehalten werden, sind wir auch bereit, das in nichtöffentlicher Sitzung zur Kenntnis zu nehmen, weil wir eigentlich überhaupt einmal wissen wollen als Abgeordnete, was denn da vorgeht, wenn der eine a und der andere b sagt. Wir können ja nicht entscheiden, was richtig ist, ohne Kenntnis von dem Sitzungsverlauf zu haben.

Dasselbe gilt für unseren Antrag, dann wenigstens die Anhörung den Mitgliedern zu ermöglichen, wenn wir schon nicht hier die Sitzung jetzt unterbrechen und auch das gemeinschaftlich anhören, dann wenigstens so lange mit der parlamentarischen Behandlung innezuhalten, bis diejenigen, die es interessiert und die nicht blind abstimmen wollen wie offenbar die Mehrheit der SPD-Fraktion, daß diejenigen dann wenigstens die Möglichkeit haben,

- (A) so einen Tonbandmitschnitt einmal sich anzuhören und sich ein eigenes Bild zu machen.

Ich meine, das ist das mindeste, was ich als Abgeordneter verlangen kann, daß ich nämlich die erforderlichen Informationen sammle, um überhaupt abzustimmen. Es wird immer soviel geredet, welches Bild dieses Parlament abgibt, und es gibt ja auch ein entsprechendes Bild ab, aber daran haben doch gerade diejenigen schuld, die hier den Abgeordneten zumuten, über Anträge zu befinden, von denen sie eben keine Ahnung haben. Das ist genau das Bild, das der Bürger auch vom Abgeordneten hat, wenn er leere Plenarsäle sieht, wenn Themen verhandelt werden, die den Bürger interessieren, daß er dann den Eindruck hat, die wissen gar nicht, worum es genau geht.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich bitte doch herzlichst um etwas mehr Ruhe! Wir haben uns ja vorgenommen, wir wollten spätestens um 19.15 Uhr, das ist in einer guten halben Stunde, die Beratungen zu Ende führen. Aber wenn diese Unruhe anhält, glaube ich, werden wir es leider nicht schaffen, nicht, weil soviel geredet wird, sondern weil wir uns überhaupt gar nicht mehr verständigen können. Ich bitte herzlichst darum, daß wir auch zu fortgeschrittener Stunde uns etwas disziplinierter verhalten!

- (B) Wir haben noch vier Wortmeldungen vorliegen. — Bitte sehr, Herr Adamietz!

Abg. **Adamietz (BGL):** Danke sehr, Herr Präsident! Ich kann nur zum wiederholten Male feststellen, daß gerade bei der SPD-Fraktion immer besondere Unruhe herrscht, wenn jemand von uns redet

(Abg. **Helene Knorr [SPD]:** Wenn Sie reden!)

und vor allen Dingen, wenn jemand von uns auch etwas wissen will und der SPD-Fraktion einmal etwas abverlangt, nämlich einfach nur schlichte Aufklärung, mehr verlangen wir ja schon gar nicht mehr von der SPD. Daß sie politisch keinen anderen Kurs einschlagen kann als den, den wir mit dem berühmten Wort des Breitbandverhaltens hier gekennzeichnet haben, das ist uns ja klar.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich stehe nicht an, das Breitbandlüge zu nennen. Deswegen ist das für uns auch klar, daß wir dann diesem Antrag, wenn eben schon einmal so ein Antrag gestellt wird, vielleicht wäre er überflüssig, aber wenn er gestellt wird, wir nehmen den an, wir halten das für eine parlamentarische Selbstverständlichkeit. Wir vermerken natürlich mit Interesse, daß die SPD nicht einmal mehr die Oppositionsfraktionen hier zur Kenntnis nehmen will.

(Beifall bei der BGL)

- Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann. (C)

Ich bitte herzlich darum, daß wir die letzten Minuten etwas ruhiger die Diskussion verfolgen!

Bitte, Herr Lahmann!

Abg. **Lahmann (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe fast den Eindruck, daß hier immer neue Kriegsschauplätze eröffnet werden, nur damit wir die Zeit bis 19.15 Uhr nun wirklich herumbekommen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, meine Damen und Herren, ich habe keine Lust mehr, mich um solchen Kleinkram weiter zu kabbeln.

(Beifall bei FDP und SPD)

Darum schlage ich Ihnen vor, daß wir bald zur Abstimmung über die Anträge kommen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das Papier des Polizeipräsidenten, meine Damen und Herren, scheint bedeutsam zu sein, das zeigt die kontroverse Debatte.

(Abg. **Neumann [CDU]:** Jetzt auf einmal — Abg. **Gassdorf [CDU]:** Darüber reden wir doch die ganze Zeit!)

- Es ist das Papier einer Behörde, ein Diskussionspapier, wie gesagt wird. Wenn dieses Papier, wie die einen sagen, keine Brisanz hat, ja, dann verstehe ich gar nicht, wieso es nicht veröffentlicht werden soll; hat es aber Brisanz, ist es also sozusagen heiße Ware, dann müssen wir es natürlich um so mehr kennenlernen, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei FDP und BGL)

Wenn es so heiß ist, daß es in der Öffentlichkeit nicht ausgebreitet werden darf, nun gut, dann besteht die Möglichkeit für den Senat, der das ja beurteilen kann, dieses Papier in der Innendeputation vorzulegen.

(Abg. **Dinné [BGL]:** Das ist zu wenig!)

Meine Fraktion, meine Damen und Herren, wird also, gerade weil hilfsweise diese Möglichkeit besteht, das Papier in der Innendeputation vorzulegen, mit dieser Maßgabe dem Antrag der BGL zustimmen.

Zum zweiten Antrag der BGL, das heißt zu dem Antrag, den Tonbandmitschnitt hier anzuhören: Meine Damen und Herren, ich finde, daß es die Sache überhaupt nicht wert ist, dafür etwa noch eine Sondersitzung der Bürgerschaft einzuberufen oder heute so lange auszusetzen, bis das alles technisch hergerichtet ist. Ich darf Ihnen sagen, ich halte diesen Punkt, der da erörtert wird und mit Hilfe des Tonbands nachgewiesen werden soll, für eine aus-

(A) gesprochene Randfrage. Er ist nämlich nicht bedeutsam für den Abschluß dieser Diskussion,

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Woher wissen Sie denn das?)

auch übrigens, Herr Adamietz, nicht bedeutsam, wir haben die beiden verschiedenen Darstellungen gehört, beide sind nicht bedeutsam für die Abstimmung über irgendwelche Anträge zum Abschluß des Verfahrens, denn Anträge zum Abschluß des Verfahrens, zur abschließenden Bewertung des Untersuchungsverfahrens liegen heute überhaupt nicht vor. Also besteht kein Anlaß, bevor wir heute die Diskussion beenden, hier dieses Tonband abzuspielen.

Ich persönlich, auch das darf ich noch einmal für mich sagen, bin auch überhaupt nicht daran interessiert, das zu hören. Andererseits, wen das interessiert, der mag die Möglichkeit bekommen, es anzuhören. Darum schlagen wir Ihnen vor, Ihren Antrag so zu ändern, daß Sie sich nur auf Ihre Hilfslösung beschränken, daß also die Anhörung allen Mitgliedern der Bürgerschaft ermöglicht werden soll. Sie müßten allerdings auch noch streichen, daß dies vor weiterer parlamentarischer Beratung der zum 6. Mai vorgelegten Berichte geschehen solle. Also, wenn Sie den Antrag so fassen, daß die Bürgerschaft beschließen soll, die Anhörung solle allen Mitgliedern der Bürgerschaft ermöglicht werden, dann könnten wir diesem Antrag zustimmen, sonst werden wir ihn ablehnen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Fröhlich.

Senator für Inneres Fröhlich: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion darüber gesprochen habe und auch die SPD-Fraktion bereit ist, bin ich gern bereit, das Papier allen Abgeordneten zur Verfügung zu stellen.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Den Innendeputierten!)

Den Innendeputierten, einverstanden! Damit nicht hier etwa ein falscher Zungenschlag entsteht — —.

(Abg. D i n n é [BGL]: Wir wollen das auch haben, sonst veröffentlichen wir das! — Heiterkeit)

Herr Dinné, ich habe gesagt, ich will es dem Hause zur Verfügung stellen, hier ist gesagt worden, der Innendeputation.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Nein, ich möchte das auch haben!)

Also, mir macht das nichts aus. Ich würde empfehlen, daß es die Deputierten bekommen, das sind alle

Fraktionen, und ein Exemplar bekommen die Grünen. Überhaupt kein Problem! (C)

Im übrigen darf ich sagen, dieses Papier beschäftigt sich mit allen Fragen der Polizei, mit Ausbildung, mit polizeilicher Größe et cetera.

(Abg. K l e i n [CDU]: Wir können ja lesen!)

Bitte?

(Abg. K l e i n [CDU]: Lesen können wir noch! — Abg. L a h m a n n [FDP]: Ist ja gut!)

Ich darf noch eines sagen: Wir haben hier im Hause am 23. Januar dieses Jahres den Bericht zur Polizei vom Senat zur Verfügung gestellt, der am 1. März 1979 von diesem Parlament beantragt wurde. Wir haben ihn vor der Bürgerschaftswahl im Hause eingebracht. Er ist dann zweimal vertagt worden. Dieser ist weiterhin Maßgabe für den Senat, für die Arbeit. Daß zum Teil die Polizei andere Forderungen stellt, höhere Forderungen, auch bei den Haushaltsberatungen, ist selbstverständlich.

Hier mag möglicherweise, weil die Diskussion in der Frage aufgekommen ist, auch im Hinblick auf innere Sicherheit etwas gesagt worden sein. Ich darf Ihnen sagen, daß bei Großveranstaltungen wie EG-Gipfel, wie 6. Mai wir eben nicht in der Lage sind, durch Polizeibeamte aus Bremen allein die Sicherheit zu gewährleisten, sondern wir müssen auf die anderen Länderpolizeien zurückgreifen, wie alle übrigen Länder auch. Ich sage dies hier, damit nicht ein falscher Zungenschlag entsteht bei der Lektüre dieses Berichts.

Ansonsten würde ich mich freuen, weil ein Teil dieser Sorgen auch meine sind, würde ich mich freuen, wenn man dies alles, was an Forderungen auf dem Tisch liegt, in den nächsten Jahren realisieren könnte. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

(Zuruf von der CDU: Ist das das Papier jetzt?)

Abg. W e d e m e i e r (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir ging es vorhin auch gar nicht darum, die Veröffentlichung des Papiers zu verhindern. Da ich den Kreis derer kannte, die da beteiligt waren, die es haben, konnte ich mir auch denken, wie das zu Ihnen gekommen ist.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Wir haben es doch nicht!)

Wie von Ihnen etwas zu Olaf Dinné kommt, kann ich mir auch denken, das ist überhaupt kein Pro-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(D)

- (A) blem. Olaf Dinné bestätigt das gerade, daß er das von Ihnen bekommen hat.

(Widerspruch bei der BGL)

Sie haben eben genickt!

(Abg. Jackisch [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Wedemeier** (SPD): Also, mir ging es um folgendes: Ich möchte jetzt einmal — — Paul ist doch Sportdeputierter, das ist keine sportliche Veranstaltung hier, Herr Jackisch, hier geht es um die Innendeputation!

(Heiterkeit)

Mir ging es um folgendes, und das bitte ich, hier zu beachten, darüber müssen wir uns vielleicht noch einmal in der Interfraktionellen Besprechung unterhalten: Es ist völlig selbstverständlich bisher für alle Fraktionen gewesen, daß die jeweiligen Deputierten einer Deputation auch Fachleute aus den Ressorts zu sich laden, in der CDU sogar manchmal in der Fraktion. Wir haben selbstverständlich den Innensenator gefragt, ob er einverstanden ist, und haben dann eingeladen. Ich betrachte solche Veranstaltungen als fraktionsinterne Veranstaltungen, die nicht der Kontrolle einer anderen Fraktion unterliegen. Wenn das hier einreißt, dann ist die Schnüffelpraxis, Herr Klein, so wie Sie sie wollen, wirklich perfekt.

(B)

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]:
Jetzt kommt wieder der alte Vorwurf!)

Nein, ich möchte nur, daß wir darüber Klarheit verschaffen, daß fraktionsinterne Vorgänge nun nicht der Kontrolle der anderen Fraktionen unterliegen.

(Abg. Klein [CDU]: Ist das auch Gesinnungsschnüffelei, was in Bonn gemacht wird? Parpart war Gesinnungsschnüffelei!)

Ach, das ist doch Dummheit, was Sie da jetzt sagen! Lassen Sie das doch einmal, wir sind doch bei einem ganz anderen Thema jetzt!

(Abg. Klein [CDU]: Sie fangen doch mit Gesinnungsschnüffelei an!)

Ach, das ist so etwas, wenn wir fraktionsintern uns gegenseitig kontrollieren. Das habe ich gemeint, Herr Klein. Wir haben das Thema wirklich gewechselt, vielleicht bemühen Sie sich einmal, jetzt zu folgen!

(Abg. Klein [CDU]: Sie haben von etwas ganz anderem gesprochen, von dem Papier!)

Also darum geht es mir. Zu dieser Sitzung waren, ich kann das jetzt ruhig sagen, verschiedene Polizeibeamte hinzugeladen. Herr Diekmann hat da in

einem längeren Referat aus seiner Sicht die Sorgen der Polizei vorgetragen. Da es hier auch um die Haushaltsberatung ging, hat er das natürlich auch so geschickt gemacht, wie er das immer macht, wenn man Geld haben will, Sie wissen ja, wie das ist, Herr Lahmann, wir beide waren im Haushaltsausschuß, da muß man bestimmte Worte finden, um auch Geld zu bekommen. Na ja, die erste Rate ist ja auch gelaufen, 800 000 Mark hat er ja erhalten für die Ausrüstung.

(Abg. Neumann [CDU]: Die ersten Versuche zur Verharmlosung! Sehr interessant!)

Er hat also dieses Referat da gehalten. Anschließend haben Herr Armgort und ich ein Exemplar bekommen. Ich teile Teile dieses Referats überhaupt nicht, es ist ihm auch gesagt worden, wir diskutieren auch noch weiter mit ihm, aber wenn es jetzt dienlich ist, dann bin ich damit einverstanden, daß das in der Innendeputation beraten wird, damit der Geruch da herunter kommt, daß es ein Papier ist, das man nicht veröffentlichen könne. Ich behalte aber meine grundsätzliche Stellungnahme bei, daß wir bitte da vorsichtig miteinander umgehen müssen, sonst könnte man auch bei manchen Vorgängen bei den anderen Fraktionen fragen, woher sie das haben.

Also, mit dem Änderungsantrag von Herrn Lahmann, daß das an die Innendeputation geht mit einer Stellungnahme des Innensensors — darum möchte ich bitten, weil das nur ein Papier des Polizeipräsidenten war, ich möchte die Stellungnahme des verantwortlichen Senators dazu haben —, sind wir einverstanden, daß das in der Innendeputation beraten wird.

Wir sind auch mit dem zweiten Änderungsantrag einverstanden, würden dann auch Ihrem Antrag zustimmen, daß die Möglichkeit eröffnet wird, daß Sie sich das Tonbandprotokoll anhören. Warum soll man sich nicht auch einmal allein dann amüsieren, aber das müssen doch nicht alle zusammen machen hier, dazu brauchen wir keine Sondersitzung.

(Abg. Lahmann [FDP]: Richtig!)

Herr Adamietz, Sie achten sonst immer darauf, daß Steuergelder nicht verschleudert werden, verzichten Sie auf die 30 DM, und setzen Sie sich so hin!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abgeordneter Lahmann, haben Sie einen Änderungsantrag gestellt zu dem Antrag 10/276?

(Abg. Lahmann [FDP]: Ich hatte an sich die BGL gebeten, das in ihren Antrag zu übernehmen, aber ich bin bereit, diese Änderungsanträge zu stellen, wenn das nicht geschieht!)

(C)

(D)

(A) Bitte sehr, Herr Neumann!

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Genauso wie dieser Fall für Herrn Wedemeier von grundsätzlicher Bedeutung ist, ist er für uns von grundsätzlicher Bedeutung. Im übrigen können Sie sich in dem Punkte wirklich einmal bei Hans Koschnick bedanken, daß der gerade gekommen ist und Sie dazu gebracht hat, nun aus der Situation, in die Sie sich beinahe verfahren hätten, herauszukommen.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Davon hat er kein Wort gesagt!)

Das haben wir sehr wohl zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren, verehrter Herr Senator Fröhlich, es ist ja bemerkenswert, wie schnell Sie in wenigen Sekunden Ihre Position ändern.

(Senator **Fröhlich**: Das habe ich überhaupt nicht! Ich habe mich nur abgesprochen mit der SPD-Fraktion!)

Ich will hier einmal eines sagen, damit wir das jetzt ganz grundsätzlich klar haben. Zu dem, was Herr Wedemeier sagt oder was er fragt, ob es denn nicht so sei, daß Fraktionsvorgänge vertraulich seien, wenn in Fraktionen irgend etwas debattiert und beschlossen wird, dazu ist ein uneingeschränktes Ja zu sagen. Natürlich soll das vertraulich bleiben. Darum ging es ja aber gar nicht, sondern es ging darum, daß uns, wir haben das Papier im übrigen nicht, nehmen Sie es uns bitte ab,

(B)

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Ich will den Beamten nicht entlasten!)

aber mich interessiert es, wenn Sie es mir gleich übergeben können. Ich sage Ihnen hier, nicht daß Sie wieder falsche Verdächtigungen austreuen, Herr Wedemeier,

(Beifall bei der CDU)

von meiner Fraktion hat keiner dieses Papier. Ich habe das heute erstmalig auch in der Lobby gehört wie andere. Und, meine Damen und Herren, wenn ich es hätte, hätte ich es wahrscheinlich schon längst debattiert, denn daß darin etwas stehen muß, machen ja Ihre Verniedlichungsversuche deutlich, davon gehen wir einmal aus! Ich hätte das hier sehr wohl in die Debatte eingebracht. Es ist ein Polizeipräsident als Polizeipräsident in eine Fraktion gegangen, er hat einen Bericht gegeben,

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: In eine Arbeitsgruppe der Fraktion!)

in eine Arbeitsgruppe der Fraktion, nun gut, er hat einen Bericht gegeben aus seiner Sicht als Beamter — ich entnehme das Ihren Worten — zur Einschätzung der Situation der inneren Sicherheit im Lande Bremen. Ich habe auch gehört, Sie haben es

etwas verdeutlicht, daß es dabei sehr düster aussehen soll, das, was der Polizeipräsident dort gesagt hat.

(C)

Er hat dies getan in seiner Eigenschaft als Beamter. So, und jetzt kommt uns dies zur Kenntnis. Jetzt ist das gar kein Problem der SPD-Fraktion, Herr Senator Fröhlich, insofern müßten Sie Ihr Verständnis über Ihre Möglichkeiten einmal überprüfen. Jetzt werden Sie als Dienstherr gefragt, ob es denn nicht möglich sei, daß alle Abgeordneten oder Abgeordneten der Innendeputation diese Einschätzung Ihres Beamten auch einmal kennenlernen. Da sagen Sie, das sei nicht Ihre Sache, das müsse die SPD entscheiden. Wissen Sie, ich halte das im Ansatz für fundamental falsch. Sie als Exekutive, Sie als Chef eines Bereiches, müssen **Materialien**, die Sie einigen Abgeordneten zur Kenntnis geben, wenn es darauf ankommt, auch den **Abgeordneten** der Opposition zur Kenntnis geben, das ist Ihre Pflicht!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Herr Neumann, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Adamietz anzunehmen?

Abg. **Neumann** (CDU): Bitte, Herr Adamietz!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Adamietz!

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Neumann, leider hat mir das Präsidium eben bedeutet, daß ich Herrn Wedemeier diese Frage nicht stellen konnte, aber an Sie eine Verständnisfrage: Haben Sie die Ausführungen von Herrn Wedemeier auch so verstanden, daß irgendwelche Vorgänge, **Papiere** oder sonst etwas, die von einer Fraktion dieses Hauses im Zusammenhang mit Informationen, die sie nun bei Beamten, Angehörigen senatorischer Dienststellen und so weiter erlangt, daß solche **Informationen** gewissermaßen nach Auffassung der SPD Privatigentum dieser Fraktion sind und somit auch dann natürlich nicht anderen Fraktionen oder politischen Organisationen, Parteien, zugänglich gemacht werden können, wenn diese Fraktion nicht zuständig ist? Mit anderen Worten, wenn wir etwa zu Herrn Diekmann gehen und haben dort ein Gespräch, daß dann tatsächlich das Ergebnis auch nicht der SPD-Fraktion zugänglich gemacht werden kann, und wenn wir erfahren sollten, daß das geschehen sei, daß das dann eine Pflichtverletzung sei. So habe ich Herrn Wedemeier verstanden.

(D)

Abg. **Neumann** (CDU): Ich halte es für möglich, daß Herr Wedemeier so gedacht hat, wie Sie es vermuten, er muß so gedacht haben, denn um nichts anderes geht es, Herr Adamietz. Es geht ja gar nicht darum, daß wir die Diskussionsverläufe dieser Arbeitsgruppe der SPD hier wissen wollen, es geht ja auch gar nicht darum, daß wir SPD-Meinung oder -Beschlüsse wissen wollen, sondern es geht darum, daß es hier keine Abgeordnetengruppen oder keine

(A) Fraktionsgruppen oder keine Fraktion unterschiedlichen Rechts gibt. Wenn der Polizeipräsident gebeten wird, einen Bericht im Rahmen seines Amtes über die innere Sicherheit der Polizei zu geben, und er wird gebeten von der SPD, dann ist es schlichtweg selbstverständlich, daß der Senator, wenn er Rückgrat hätte, ohne die SPD zu fragen gesagt hätte, auch Sie, meine Herren von der Opposition, bekommen dieses Papier. So hätte ich es von Ihnen erwartet!

(Beifall bei CDU und BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné. Verzichten Sie?

(Abg. Dinné [BGL]: Um Gottes Willen!
Es hat sich viel erledigt, aber nicht alles!)

Sie haben das Wort!

Abg. Dinné (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst — —.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Berichten Sie einmal von Ihrem Gespräch! Vom Wiener Hof!)

Also gut, ich will einmal mit dem Thema anfangen, das wollte ich gerade aufnehmen.

(Glocke)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Das gehört hier nicht zur Sache.

Abg. Dinné (BGL): Doch, das gehört zur Sache, Herr Präsident, das wird auch Sie sehr interessieren!

(Heiterkeit)

Die Frage der — —.

(Glocke)

Nun warten Sie doch erst einmal ab, was ich sagen will! Dieses Vorherklingeln führt ja nun wirklich zu weit!

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Dr. Klink: Ich bin den ganzen Tag schon verunsichert, weil Sie heute mit Schlips aufgetreten sind.

(Heiterkeit)

Abg. Dinné (BGL): Also, die Sache mit der Vertraulichkeit des Protokolls, die finde ich ja wieder — —. Da wundere ich mich auch über die FDP, wir sollen auch heute wieder bestimmte Dinge beschließen, die Wertungen sein werden dieses Parlaments, ohne daß wir Sachen kennen, und da sagen Sie, Sie finden das nicht so wichtig mit dem Protokoll.

(Abg. Lahmann [FDP]: Was wollen Sie denn beschließen?)

Ja, wir sollen doch alles mögliche zur Kenntnis nehmen, ob der Senat nun fähig ist oder nicht — —. (C)

(Abg. Lahmann [FDP]: Ja, zur Kenntnis nehmen, aber nicht beschließen!)

Es geht darum, Sie haben doch einen Antrag gestellt oder wollen den stellen oder wie auch immer, jedenfalls: Wenn Sie sagen, daß das Protokoll für Sie unwichtig und uninteressant ist, und wir streiten uns — Sie mit Herrn Stichweh — einen halben Tag darüber, dann scheint doch etwas Wichtiges daran zu sein. Und wenn die Vertraulichkeit hier so lax gehandhabt wird — jetzt kommt der Punkt mit dem Wiener Hof! —, dann gehe ich heute abend in den Stadtteilbeirat Mitte, ich habe mir schon zwei Kopien aus den vertraulichen Unterlagen gemacht, und werde dort den Leuten einmal reinen Wein einschenken, was die SPD-Fraktion eigentlich in der Sache Wiener Hof dort macht. Wundern Sie sich nicht über die Fragen der Vertraulichkeit, die dann auftauchen!

(Zurufe — Unruhe)

Der nächste Punkt, den ich habe, hat sich weitgehend erledigt durch diese Rolle rückwärts vom Herrn Innensenator.

(Heiterkeit bei der CDU — Zuruf von Senator Fröhlich)

Heißt das denn — Sie haben uns ja auf offener Bühne zugesagt, wir bekommen so ein Ding —, wir können also morgen früh zu Herrn Diekmann hingehen und ein Exemplar holen? Habe ich das richtig verstanden? (D)

(Zuruf von Senator Fröhlich)

Gut, also morgen früh! Wir wollen nicht, daß die Fassung erst lange bereinigt wird, daran liegt uns dann nicht so viel!

(Beifall bei BGL und CDU)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dinné, ich weiß nicht, was Sie heute da sagen werden, aber Sie kennen ja den Paragraphen 5 der Geschäftsordnung über die Pflichten der Abgeordneten!

(Zuruf des Abg. Dinné [BGL])

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schumacher. Er will gemäß Paragraph 42 der Geschäftsordnung Ausführungen machen. — Bitte sehr!

Abg. Heinrich Schumacher (CDU *): Herr Präsident, miene leeven Frünnen! Mi is dat ganz suur fullen, hier nu hertokamen. Aver de Börgermester hett vörher wat seggt över Geselschopsopolitik, un dat hett mi den Anstoß geven. Seggen wull ik dat all lang.

Wat ik seggen will, is nich vondoog de Anlaß, de dat aver fertig bröcht hett, dat ik dat seggen will.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Wat ik seggen wull, dat is seker sehr wichtig un richtig, dat wi hier över dit Problem snacken doot, aver as wi dat maken doot, up welke Art, as wi dat hier maakt, ich fraag mi, of dat de richtige Weg is. Ik meen, wi sünd hier hunnert Mann, 99 sitt hier ünner, een sitt dor boven, un denn hebbt wi noch den Senot, un denn hebbt wi noch de Zeitung dor boven, de dat all berichten deit, wat hier vör sik geit, dat Radio is jo im Moment afstellt, dorum weer ik besonnens froh, dat ik dat nu seggen kann. Ik will hier nu kien Bifall un ok kiene Pfiffe hören, ik will hier glieks ganz still von dissen Platz wegghohn, ik meen aver, up disse Art, as wi nu vondoog mit'nanner snackt hebbt, hier, von dissen Platz ut un ok von dor her, ik meen, dat weer jo woll nich dat Richtige.

Wenn wi unner us sünd, wenn wi dor achtern usen Koffi drinken doot, denn snackt wi ganz anners mit'nanner. Köönt wi dat nich ok hier maken?

(Beifall bei SPD und FDP)

Vernünftig mit'nanner snacken, jeder up siene Art, so klook, as he is? Ik villicht nich ganz so veel as annere, aver ik weet ok, wat los is, un kann dat ok woll verstohn. Aver denn mööt wi hier arbeiden mit Gerichte, mit Minnerheiten, mit Mehrheiten, und de Mehrheit, dat ist dat ja nu mol, de dreegt de Hauptverantwortung hier in dissen Huus, un dat is ok de Senot.

(B) Ne, mien leeve Günter, ok wi in de Minnerheit mööt dat seggen, wat us vernünftig vörkummt.

(Beifall bei der CDU)

Ik will kien Klatschen!

(Abg. Klein [CDU]: Ich klatsche trotzdem!)

Ik meen, denn kummt de Geschäftsordnung, denn warrt Pause maakt, un wat kummt hier vondoog dorbi rut, bi den ganzen Lamento hier? Garnix! Jedenfalls, wi hebbt över dat snackt, wat wi nich wullen un wat wi all seggt, en paar hebbt dat versocht, wat mit den 6. Mai los is, de Gröönen hebbt dat up ehre Art versocht, wi up use Art, annere ok, aver dat kummt doch gar nich toschick.

Ik meen, darum bin ik hier herkamen, wi mööt doch wull mol en beten mehr Vertroen to'nanner hebben. Jeder up siene Art! Anners kummt wi nich wieter, anners glööv't ok de junge Welt, so, as hier-von snackt worrn is, köönt de överhaupt noch mit us snacken, wenn wi hier so'ne Vörbiller afgeven dot, hier so'n Schandaal maken dot? Dat kann doch ja wohl nicht angahn!

Ik bin ut enen Punkt hierher kamen. Villicht warrt de Präsident dat naher noch seggen: Bit to'n 6. Oktober is noch en Veddelsjahr hen, un in disse

Tiet much ik de bremische Art beleven, de hier so veel beschreven warrt, at wi hier vernünftig mit'nanner umgaht, up bremische Art, at wi mol wedder in Bremen dat warrt, wat wi wesen sünd!

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten das beherzigen, was der Abgeordnete Schumacher gesagt hat.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, es liegen drei Anträge vor. Ich schlage Ihnen vor, daß wir zunächst einmal über den Antrag der Bremer Grünen Liste mit der Drucksachen-Nummer 10/277 abstimmen lassen, weil er quasi einen Geschäftsordnungsantrag enthält, nichts mehr zur Sache, sondern nur zur Abstimmung, und falls der Antrag angenommen würde, würde er eine Unterbrechung der heutigen Beratung bedeuten.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz zur Geschäftsordnung.

Abg. Adamietz (BGL): Herr Präsident, ich will das Verfahren erleichtern, weil sich abgezeichnet hat, daß die Bürgerschaft als Ganzes nicht wünscht, sich diesen Tonbandmitschnitt anzuhören, und deswegen nehme ich von meinem Antrag folgende Worte zurück: von dem Gedankenstrich vor „notfalls“ bis „hilfsweise“, so daß der Antrag nunmehr lautet: „Die Bürgerschaft wünscht, die Anhörung allen Mitgliedern der Bürgerschaft“, und so weiter, „zu ermöglichen“.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lahmann, übernehmen Sie das? Ist das auch Ihr Antrag?

(Abg. Lahmann [FDP]: Dann brauche ich den nicht einzubringen!)

Dann brauchen Sie den nicht einzubringen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Können Sie den Antrag noch einmal vorlesen?)

„Die Bürgerschaft wünscht, die Anhörung des Tonbandmitschnitts der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 18. 6. 1980 Mitgliedern der Bürgerschaft zu ermöglichen.“

(Abg. Lahmann [FDP]: Allen Mitgliedern!)

„Allen Mitgliedern der Bürgerschaft zu ermöglichen.“!

(Starke Unruhe)

(A) Ist die Antragstellung klar?

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Nein, Herr Adamietz ruft eben dazwischen, daß da noch hinein müßte „vor weiterer parlamentarischer Behandlung“! Mit dem Zusatz können wir das nicht annehmen! — Abg. **Adamietz** [BGL]: Wir haben doch heute nichts mehr! Dann können wir uns das doch anhören!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, dann bringe ich diesen Änderungsantrag ein, den Sie da in der Hand haben, wie Sie ihn vorgeschlagen haben, also ohne den Zusatz „vor weiterer parlamentarischer Behandlung“.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lahmann, Sie müssen den Änderungsantrag stellen, „vor weiterer parlamentarischer Behandlung“ zu streichen. Das ist die Antragslage. Ist das klar?

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Ja, das ist der Antrag!)

Wer dieser Änderung — —. Ja, bitte sehr! Herr Neumann, zur Geschäftsordnung!

(B) Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, ich bin dafür, daß wir das so machen, möchte Sie nur als Präsidenten darauf hinweisen, daß es, wenn wir so verfahren, nicht völlig korrekt ist, denn aufgrund der Geschäftsordnung gibt es einen Paragraphen 4 a, und dieser Paragraph — ich bitte, mich zu korrigieren — sieht vor, daß diese Dinge ausschließlich vom Verfassungs- und Geschäftsausschuß aufgehoben werden können. Ich sage dies, ich glaube, daß ich das richtig in Erinnerung habe.

(Abg. **Lahmann** [FDP]: „Zu ermöglichen“ steht da!)

Na gut, ich weise darauf hin, in der Sache sind wir natürlich dafür.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Neumann, ich sehe es genauso wie Sie. Ich sehe die Formulierung „wünscht“ und „ermöglicht“ als eine Bitte oder als einen Auftrag an den Verfassungs- und Geschäftsausschuß, sich dieser Frage anzunehmen und zu entscheiden.

Der Abgeordnete Lahmann hat den Antrag gestellt, „vor weiterer parlamentarischer Behandlung“ zu streichen.

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmhaltung?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Nunmehr lautet der Antrag: „Die Bürgerschaft wünscht, die Anhörung des Tonbandmitschnitts der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 18. 6. 1980 allen Mitgliedern der Bürgerschaft zu ermöglichen.“ Darüber würde dann der Verfassungs- und Geschäftsausschuß befinden.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

(Abg. **Dinné** [BGL]: Wann tagt denn dieser Ausschuß?)

Wir sind in der Abstimmung!

Nunmehr schlage ich Ihnen vor, daß wir über den Entschließungsantrag der CDU abstimmen.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/275 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen? — Unruhe bei der CDU)

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag des Abgeordneten Dinné, Gruppe der Bremer Grünen Liste. War hierzu ein Änderungsantrag vorgelegt worden? Aber der Antrag wird so interpretiert, daß es der Innendeputation vorgelegt wird? Ist das richtig? — Bitte?

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Nein, das war ein Änderungsantrag!)

Herr Lahmann, zur Geschäftsordnung!

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, ich stelle den Änderungsantrag, daß in diesem vorliegenden Satz hinter dem Wort „insgesamt“ eingefügt werden die Worte „über die Deputation für Inneres“ und daß nach dem Wort „wird“ der letzte Halbsatz gestrichen wird.

Der geänderte Antrag würde dann folgenden Wortlaut haben: „Die Bürgerschaft verlangt, daß ihr das Analysepapier — Grobbericht — des Bremischen

(A) Polizeipräsidenten insgesamt über die Deputation für Inneres zugänglich gemacht wird.“

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Mit einer Stellungnahme des Hauses!)

Kann er ja machen!

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dinné.

Abg. Dinné (BGL): Herr Präsident, die Beratungsergebnisse waren schon weiter. Wir waren uns einig, daß das zwar so laufen soll, wie der Abgeordnete Lahmann sagt, aber daß wir uns, weil wir von der Innendeputation nichts bekommen, das vom Senator für Inneres direkt abholen können.

Der Änderungsantrag würde dann lauten wie folgt: „über die Mitglieder der Innendeputation — die Grünen ab morgen früh direkt beim Senator für Inneres —“.

(Heiterkeit und Beifall bei der BGL — Starke Unruhe)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich glaube, in einem Punkt hat der Abgeordnete Dinné recht. Wir waren der Meinung gewesen, zumindest habe ich das so verstanden, daß auch ein Vertreter der Bremer Grünen Liste ein Exemplar erhalten soll. Ist das richtig? Wollen wir das in den Antrag hineinnehmen?

(B)

(Abg. Lahmann [FDP]: Wir gehen von der Selbstbindung des Senats aus!)

Dann heißt es: „über die Deputation für Inneres sowie einem Vertreter der Bremer Grünen Liste zugänglich gemacht wird“.

(Abg. Wedemeier [SPD]: „Über“ ist falsch! Der Deputation für Inneres!)

Meine Damen und Herren, „über die Deputation für Inneres und einem Vertreter der Bremer Grünen Liste zugänglich gemacht wird“.

(Abg. Wedemeier [SPD]: „Der Deputation für Inneres und einem Vertreter der Bremer Grünen Liste zugänglich gemacht wird“, so muß es doch heißen!)

Ich lese jetzt einmal den Änderungsantrag umgearbeitet vor:

„Die Bürgerschaft verlangt, daß ihr das Analysepapier — Grobbericht — des bremischen Polizeipräsidenten insgesamt über“ — muß es doch heißen! — „die Deputation für Inneres und einem Vertreter der Bremer Grünen Liste zugänglich gemacht wird.“

(Starke Unruhe — Glocke)

Das Wort hat der Abgeordnete Wedemeier zur Geschäftsordnung. — Bitte sehr!

Abg. Wedemeier (SPD): Herr Präsident, wir stimmen nur einem Änderungsantrag zu, der den Wortlaut hat:

(C)

„Die Bürgerschaft erwartet, daß der Deputation für Inneres und einem Vertreter der Bremer Grünen Liste das Analysepapier des Polizeipräsidenten mit einer Stellungnahme des Innensensors zugestellt wird.“

(Abg. Dinné [BGL]: Wieso das denn? Ich brauche doch kein Kindermädchen!)

Die ganze Zeit haben gerade Sie die politische Verantwortung des Innensensors für die Polizei deklariert, und jetzt bestehen wir darauf, daß dieses Papier mit einer Stellungnahme des politisch Verantwortlichen herausgegeben wird, jetzt sagen Sie, das muß nicht sein. Also, das ist — nein, das darf man wohl nicht sagen —, das ist nicht ganz richtig!

(Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Neumann zur Geschäftsordnung. — Bitte sehr!

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, ich verstehe jetzt nun wirklich allmählich nicht mehr, was die SPD-Fraktion will und was sie nicht will. Jetzt hat ihr eigener Innensensor gesagt, meine Herren, ich habe mich abgesprochen, sie können dieses Papier umgehend haben. Wir waren doch eben so weit, daß wir das morgen bekommen können.

(D)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Nein! — Starke Unruhe)

Warum haben Sie denn nun soviel Angst?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Nein! Ist er verantwortlich oder nicht? — Zurufe von SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, es geht darum, daß wir als Abgeordnete dieses Papier bekommen, so wie Sie es auch als Vorlage bekommen haben. Der Innensensor hat ja wohl auch keine Stellungnahme abgegeben. Trauen Sie uns zu, daß wir in der Lage sind, dieses Papier zu werten?

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Sehr gut! — Starke Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz zur Geschäftsordnung.

Abg. Adamietz (BGL): Ich verstehe auch die Einschränkungen nicht mehr, die die SPD-Fraktion jetzt macht. Es ist für uns jedenfalls inhaltlich wichtig, daß allen Abgeordneten dieses Papier zugänglich gemacht werden kann. Das heißt, wir haben jetzt festgestellt, daß viele Abgeordnete hier im Hause, speziell der SPD-Fraktion, gar nicht alle Pa-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) piere oder andere Kenntnisse hier haben wollen. Wir wollen das. Wenn man jetzt wiederum die Einschränkungen nimmt, die die SPD hinzugefügt hat —

(Zuruf des Abg. Fluß [SPD])

Moment, lassen Sie mich doch ausreden, Herr Fluß! —, nämlich daß das Papier der Deputation für Inneres zugänglich gemacht wird und einem Vertreter, dann steht wiederum dahinter, daß das nur ein Vertreter bekommt, was ist mit den anderen Abgeordneten der Grünen?

(Starke Unruhe bei der SPD)

Ja, meine Damen und Herren, wir haben einen ganz einfachen Antrag eingereicht, daß das allen zugänglich gemacht wird. Wir wollen keinen Formalismus, daß nun alles einzeln aufgeführt wird, sondern daß jeder Abgeordnete es bekommt und das dann auch verwerten kann. Das war der ursprüngliche Antrag. Nur wenn das jetzt zu Protokoll genommen ist, daß es Einverständnis des Hauses ist, daß das alle bekommen und auch verwerten können, kann man solchen Einschränkungen zustimmen.

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Lahmann zur Geschäftsordnung. — Bitte sehr!

(B) Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, ich halte das für einen Streit um Kaisers Bart. Auch dieser Antrag, der hier vorhin eingebracht worden ist, hat das Ziel, daß alle Fraktionen und die Gruppe mindestens ein Exemplar bekommen, so der klare Wille dieser Bürgerschaft. Ich ziehe deshalb unsere Änderungsanträge zurück. Wir können uns dem anschließen, was Herr Wedemeier beantragt hat, weil dieses Ziel doch von allen begrüßt wird.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, das Wort hat Bürgermeister Koschnick. Wollen Sie die Debatte eröffnen?

(Zurufe)

Entschuldigung, wenn er sich zu Wort meldet, eröffnet er die Debatte!

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Ja, dann tue ich das mit einem ganz einfachen Satz. Meine Damen und Herren, ich mache auf die Verfassung des Senats aufmerksam. Jedes Deputationsmitglied — und jetzt sind die Grünen in der schwierigen Situation, weil sie in der Deputation nicht vertreten sind — hat das Recht, bei unseren Behördenleitern sich Informationen zu verschaffen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Das haben wir erstens schon versucht auszuloten!)

Rede doch so'n Zeug nicht, Gassdorf!

(Abg. Gassdorf [CDU]: Da waren Sie nicht da!)

(C) Doch, ich höre gelegentlich auch noch zu, auch wenn ich einmal nicht dabei bin, weil ich ja eine Abhöranlage habe. Verzeihung: Mithöranlage, nicht Abhöranlage!

(Heiterkeit — Zurufe von der CDU)

Ja, sogar mit Einverständnis des Parlaments, damit ich laufend informiert bin!

Jeder Deputierte und jede Gruppe hat das Recht, sich zu informieren. Das hat eine Gruppe getan. Die anderen sagen, wir möchten genauso informiert werden, ein legitimer Anspruch. Die Grünen sagen, aber wir wollen auch informiert sein, wir sind in der Deputation nicht vertreten, auch legitim, darum geht es gar nicht.

(Abg. Adamietz [BGL]: Hört, hört!)

Nicht hört, hört, Herr Adamietz, Sie können nicht sagen, daß wir Sie nicht informieren wollen.

Doch jetzt kommt die nächste Frage: Die Information über die Deputation für Inneres ist an sich der sachgebotene Bereich, auch in der SPD-Fraktion sind nur die Deputierten der Deputation für Inneres informiert worden, weil sie den Wunsch gehabt haben. Gleichwohl braucht die Innenverwaltung Zeit,

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Wofür? — Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

(D) um sachgerecht auf Wünsche und Vorstellungen ihrer Behördenleiter einzugehen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Der Bericht ist doch da! Wir wollen doch nur den Bericht haben!)

Wenn der Herr Cassens ein bißchen ruhig wäre, würde er weiter hören können.

Ich gehe also davon aus —

(Abg. Dinne [BGL]: Er hat Angst!)

nein, gar keine Angst —, ich gehe davon aus, daß der Bericht sofort zugestellt wird, aber daß die Stellungnahme der Innenverwaltung nachgereicht wird. Dies wollte ich Ihnen nun gerade hier erklären. Sie sollten deshalb nicht sogleich schreien, sondern zuhören! Ich bitte deswegen, den Bericht so zu nehmen, wie er ist, als einen Bericht von Behördenleitungen an Deputierte. Hinterher muß die gesamte Deputation ihrerseits Stellung nehmen. Vorher muß auch die Innenverwaltung dazu Stellung nehmen. Dies kann nicht von heute auf morgen im Interesse einer sachlichen Bearbeitung geschehen. Das und nichts anderes wollte ich hier deutlich werden lassen.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann ist die Beratung geschlossen.

(Abg. Neumann [CDU]: Wann bekommen wir denn den Bericht nun?)

Ich habe die Ausführungen von Bürgermeister Koschnick so verstanden, daß die Bereitschaft besteht, der Deputation für Inneres und einem Vertreter der Bremer Grünen Liste den Bericht auf kurzem Wege, das heißt umgehend, zu geben,

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Unverzüglich!)

zuzuleiten und daß eine Stellungnahme des Senators für Inneres nachgereicht wird. Ist das richtig so?

(Abg. Neumann [CDU]: Jawohl!)

Dann könnte der Antrag lauten, ich lese ihn einmal vor und kann ihn jetzt an die neuere Entwicklung anpassen: „Die Bremische Bürgerschaft erwartet, daß der Deputation für Inneres und einem Vertreter der Bremer Grünen Liste mit einer späteren Stellungnahme des Senators für Inneres der Bericht,

(Abg. Lahmann [FDP]: Das Analysepapier!)

(B)

das Analysepapier — Grobbericht —, des bremischen Polizeipräsidenten zugänglich gemacht wird.“

(Abg. Adamietz [BGL]: Unverzüglich! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Herr Präsident, wenn der Bericht mit einer späteren Stellungnahme zugeschickt werden soll, dann kann er erst später zugeschickt werden! Der Bericht soll jetzt zugeschickt werden! Die Stellungnahme kann nachgereicht werden!)

Ich glaube, der Wille ist da zum Ausdruck gekommen. Wir können jetzt darüber abstimmen. Ich

frage die Bremer Grüne Liste: Sind Sie einverstanden, daß der Antrag so gefaßt wird? (C)

(Abg. Dinne [BGL]: Wir haben Sie eben so verstanden, als ob das unverzüglich geschehen soll! Dann würden wir auch bitten, das in den Antrag aufzunehmen!)

Dann wird also der Antrag lauten: „Die Bremische Bürgerschaft erwartet, daß der Deputation für Inneres und einem Vertreter der Bremer Grünen Liste unverzüglich und mit einer späteren Stellungnahme des Senators für Inneres das Analysepapier — Grobbericht — des bremischen Polizeipräsidenten zugänglich gemacht wird.“

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP, BGL und Teile der SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Fritz Fischer [SPD], Abg. Dr. Koring [SPD], Abg. Töpfer [SPD])

Stimmenthaltungen?

(Abg. Barsuhn [SPD])

Bei einer Stimmenthaltung stelle ich fest, die Bremische Bürgerschaft stimmt diesem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Drucksache 10/261, Kenntnis. (D)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Wir haben den Zeitplan in etwa eingehalten. Es ist aller Voraussicht nach — und das will ich in unserem gemeinsamen Interesse hoffen — bis zum Ablauf der großen Ferien die letzte Sitzung. Ich wünsche Ihnen deshalb allen einen guten Urlaub. Kommen sie gesund wieder, denn die Zeit nach den Ferien wird sicher gleich wieder sehr munter werden auf der politischen Bühne!

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 19.19 Uhr)

FFP 10/21